TROISDORF
UNTER DEM HAKENKREUZ

Eine rheinische Kleinstadt und

die Nationalsozialisten

dritte Auflage, 16.08.2024

von Norbert Flörken



Impressum

© 2024 by Norbert Flörken

für alexandra, allon, assaf, barbara, carlos, dalid, daniel, daniel, merit, naama, roland, shani, thomas, tom und alle anderen kinder

... dass Auschwitz nicht noch einmal sei. ADORNO

Die Vergangenheit ist nicht tot - sie ist nicht einmal vergangen. FAULKNER

Bei meiner ganzen Arbeit habe ich nie mit den grossen Fragen begonnen, weil ich fürchtete, magere Antworten zu bekommen. Ich habe es daher vorgezogen, mich der Präzisierung und den Details zuzuwenden. HILBERG

... blos zeigen, wie es eigentlich gewesen. RANKE (1824)

Unser Ausgangspunkt ist der vom einzigen bleibenden und für uns möglichen Zentrum, vom duldenden, strebenden und handelnden Menschen, wie er ist und immer war und sein wird. Jacob BURCKHARDT: Weltgeschichtliche Betrachtungen (1905)

Inhalt

DIE VERFOLGUNG DER POLITISCHEN GEGNER 1933-1935	10
DAS ENDE DES GEMEINDERATES 1933	32
DIE BÜRGERMEISTER 1933-1935	39
BETRIEBE UND ARBEITERSCHAFT 1933-1945	44
DER SCHIESSPLATZ ALTENRATH UND DIE WAHNER HEIDE 1938	49
IN DEN FÄNGEN DER NS-JUSTIZ 1934-1944	52
DIE TROISDORFER JUDEN 1933-1945	56
DIE AUSLÄNDISCHEN ARBEITER 1939-1945	115
DIE »VERNICHTUNG LEBENSUNWERTEN LEBENS« 1933-1945	120
TODESURTEIL IN RUSSLAND 1943	136
WIDERSTAND 1933-1945	138
Neue Dokumente zu »Troisdorf unter dem Hakenkreuz« - Nachträge von 1993	145
Archivalische Quellen	160
Danksagung (1986)	172
Abkürzungen	175
kurze Erläuterung chemischer Begriffe	180
Literaturverzeichnis	181
Index	194
Anmerkungen	208

[Geleitwort 1986]

Liebe Leserinnen und Leser,

dieses Buch ist das Ergebnis jahrelanger Bemühungen des Verfassers.

Es befasst sich mit der Troisdorfer Geschichte zwischen 1933 und 1945.

Durch die Schilderung vieler Einzelheiten und Zusammenhänge und mit einer Genauigkeit, die mühevolle Recherchen erkennen lässt, beschreibt Norbert Flörken hierin die Zeit des Nazi-Regimes in unserer Stadt.

Bei vielen »alten« Troisdorfern werden vielleicht Erinnerungen wachgerüttelt. Viele von uns erfahren aus all diesen Fakten möglicherweise aber auch einiges Neue oder auch Dinge, bei denen wir damals einfach weggesehen haben.

Ich meine, dieses Buch macht deutlich, dass wir alle uns stets unserer Geschichte verpflichtet fühlen müssen.

Darüber hinaus aber sollte sich jedem von uns die Frage stellen:

Was kann heute alles an Unrecht in der Welt geschehen, ohne dass wir es bemerken oder bemerken wollen und ohne dass etwas dagegen getan wird ...?

Ich wünsche dem Buch viele Leser.

Jaax

Bürgermeister

Troisdorf, im November 1986

Vorwort [zur ersten Auflage 1986]

Troisdorf war in den dreissiger Jahren eine kleine Gemeinde von rund 10.000 Einwohnern[1] mit chemischer und Metallindustrie im Schatten der Grossstadt Köln. Auch in Troisdorf hat der Nationalsozialismus seine Spuren hinterlassen - sicher nicht so dicht wie in Köln, Bonn oder auch in der Kreisstadt Siegburg. Bevor jedoch nach nunmehr 50 Jahren immer mehr dem Vergessen anheim fällt, soll ein erster Versuch unternommen werden, eine Bestandsaufnahme der 12 NS-Jahre zu machen und festzuhalten, was an Zeugnissen und Berichten noch greifbar ist[2]. Nicht zuletzt soll mit diesem Buch auch der Bitterkeit jener Rechnung getragen werden, die sich darüber - zu Recht - beklagen, dass »man dieser Sache besser schon vor 30 Jahren hätte nachgehen müssen.«[3]

DIESES BUCH IST DEN KLEINEN LEUTEN GEWIDMET, die zwischen 1933 und 1945 ihr kleines Leben führen wollten, daran aber von den Machthabern nachhaltig gehindert wurden. Die Rede soll sein von den Verfolgten, die es keineswegs darauf anlegten, Gegenstand unermesslichen Behördenaufwandes oder schreierischer Presseartikel zu werden: Mitglieder der KPD, der SPD, des Zentrums und ihre Familienangehörigen; die Bewohner des Dorfes Altenrath und die Juden; die Geisteskranken und die Ausländer; der aus dem Tritt geratene Soldat - kurzum diejenigen Mitmenschen, die z. T. 12 Jahre lang unter den Nazis zu leiden hatten - und unter der vollmundigen Selbstgefälligkeit angeblicher Widerständler auch noch nach 1945.

Die, die »1000 Jahre« lang das Sagen hatten, und ihre Mitläufer sollen in das Dunkel der Geschichte, aus dem sie kamen, zurückfallen. Ihre Motive, Konflikte und Persönlichkeitsmerkmale, die einem Psychiater etwas bedeuten könnten, interessieren hier höchstens am Rande. Wer Mitglied der NSDAP war, hat auch das Recht verwirkt, vor der jungen Generation sein Tun rechtfertigen zu dürfen. Thema ist, was die Verfolgten erlebt haben; was sie in den letzten Monaten oder Minuten vor ihrem Tod durchlitten, gefühlt, gedacht haben. Der Leser möge sich in ihre Lage hineinversetzen.

Eine Geschichte Troisdorfs existiert aus dem Jahre 1940: TRIPPENs *Heimatgeschichte*; MÜLLER (*Geschichte der Troisdorfer Pfarreien*, S.82-103) behandelt die NS-Zeit, soweit die Nazis in das Kirchenleben eingriffen; HELLMUND in den Troisdorfer Jahresheften 1981 und 1984 stellt kurz einige Aspekte der NS-Zeit dar; OSSENDORF hat 1984 einen umfangreichen Bildband zur Geschichte Gesamt-Troisdorfs herausgegeben.

Zwei Ausstellungen - *Alltag im Nationalsozialismus in Troisdorf* (1983 und 1985, Jungsozialisten Troisdorf[4]) und *Juden an Rhein und Sieg* (1983, Rhein-Sieg-Kreis[5]) - haben in letzter Zeit die lokale Vergangenheit aufgearbeitet und der Öffentlichkeit vorgelegt.

Untersuchungsgebiet dieses Buches ist in der Hauptsache die ehemalige Gemeinde Troisdorf; sie ist in erster Linie gemeint, wenn von »Troisdorf« die Rede ist. Hinzukommen bei einzelnen Themen, ohne dass dabei Vollständigkeit erreicht wird, drei weitere Gebiete:

1. Die sogenannte »Homberg-Siedlung«[6], benannt nach dem Bauunternehmer Homberg; sie gehörte bis 1969 amtlich zu dem Sieglarer Ortsteil Oberlar, war aber von diesem durch die Eisenbahnlinie Köln-Troisdorf optisch getrennt und lag viel näher an Troisdorf. Diese Siedlung liegt im Viereck von Kölner-, Sieglarer-, Ohm- (früher: Horst-Wessel-)Strasse und Stationsweg.

2. Der Ortsteil Friedrich-Wilhelms-Hütte[7], der bis 1969 zum Amt Menden gehörte, von diesem aber durch die Sieg getrennt ist und optisch - wenn auch nicht so eindeutig wie die »Homberg-Siedlung« - zu Troisdorf geschlagen wurde. Für die Zeit der Untersuchung ist besonders wichtig die sogenannte »Schwarze Kolonie«, wie die »Rote Kolonie« in Troisdorf-West[8]

und die Siedlung in der Oberlarer Johannesstrasse, eine Arbeitersiedlung der Klöckner-Mannstaedt-Werke und benannt nach der Farbe der Dachziegel.

3. Altenrath, in der Wahner Heide gelegen, gehörte ehemals zur Gemeinde Lohmar, war aber durch die Agger von ihr getrennt und - vor allem nach der Vertreibung 1938 durch die Militärs[9] - viel stärker mit Troisdorf verbunden; seit 1969 ist auch Altenrath Troisdorfer Ortsteil.

Untersuchungszeitraum sind grundsätzlich die Jahre 1933 bis 1945; von einzelnen Personen (Peter Z., Matthias Langen, Josef Hoegen, Hans Götz) wird auch einiges aus der Zeit der Weimarer Republik oder aus den Nachkriegsjahren berichtet.

Diese Darstellung muss lückenhaft bleiben. Nach 50 Jahren leben viele Zeitzeugen - d.h. in den meisten Fällen: Opfer - nicht mehr. So sind allein während der Vorarbeiten zu diesem Buch Leonhard R., Bruno F., Käthe J., Agnes K., Peter K., Otto N. und A. M. verstorben. Schriftliche Unterlagen sind vielfach durch Kriegseinwirkung zerstört, aber auch von den Nazis vernichtet worden[10]. Spätere haben sie nach Ablauf von Fristen aussortiert[11] oder achtlos weggeworfen. Vereinzelt haben Betroffene - offensichtlich verschreckt durch bittere Erfahrungen in den letzten Jahren - sich geweigert, ihre Unterlagen oder ihr Wissen mitzuteilen.

Ehemalige Nazis sind bewusst nicht befragt worden. In ihren Aussagen - so wertvoll sie in Details auch sein mögen - wird die NS-Zeit nach den Erfahrungen des Verfassers durchweg verharmlost oder gerechtfertigt. Zuweilen erwiesen sich diese älteren Männer als unbelehrbare, nur mühsam an rechtsstaatliche Normen angepasste, unverbesserliche Hitler-Anhänger. Um sie nicht durch eine Befragung oder Erwähnung noch einmal aufzuwerten, hat es der Verfasser in Kauf genommen, dass die eine oder andere Information fehlt.

So bleibt denn als Aufgabe, aus den in unterschiedlicher Dichte überlieferten Quellen ein schlüssiges Bild jener Jahre zu erstellen. Vorgänge, die im Vergleich mit anderen möglicherweise wenig bedeutsam oder folgenreich erscheinen, werden trotzdem so ausführlich wie möglich behandelt, und sei es eben nur deshalb, weil die Quellenlage so günstig ist oder weil Zeitzeugen berichten konnten.

Auch aus einem anderen Grund kann kein komplettes Bild jener Zeit erwartet werden: Für den Nachgeborenen erwächst die NS-Zeit doch nur mittelbar - aus Akten, Zeitungen, Erzählungen. Und darin hat sich weitestgehend nur das Besondere, Auffällige, Unangepasste niedergeschlagen und erhalten. Der übliche, unauffällige, angepasste 12 Jahre dauernde Alltag mit seinem familiären Glück oder Leid (z. B. der Bombenangriff vom 29.12.1944 oder der Tod an der Front), mit den privaten Erlebnissen oder dem beruflichen Aufstieg wird nicht erfasst.

Nicht behandelt werden zwei zugegebenermassen wichtige Bereiche: die Kirchen[12] - hier in erster Linie die katholische - und die Vereine[13]. Sie wurden zurückgestellt, um die Veröffentlichung des Buches durch langwierige Forschungsarbeiten nicht noch weiter zu verzögern. Auch in den Bereichen: Zwangsarbeiter und Euthanasie ist die eine und andere Frage noch nicht beantwortet worden.

Die Namen von Privatpersonen - Tätern wie Opfern - werden meistens nur abgekürzt oder verändert wiedergegeben. Einerseits wollen manche Angehörigen das Leben ihrer verfolgten Eltern nicht noch einmal vor der Öffentlichkeit ausgebreitet sehen. Andererseits geniessen die Täter heute den Schutz der Persönlichkeit und sind womöglich so dreist, den Schutz des Rechtsstaates, den sie selbst jahrelang mit Füssen getreten haben, vor Gericht für sich gegen die Forschung in Anspruch zu nehmen. In drei Fällen ist das Schicksal der betroffenen Personen nicht weiter dargelegt worden, da sie noch leben.

Vorwort zu dieser Auflage [2013]

Nach nunmehr 26 Jahren wird diese zweite Auflage veröffentlicht. Die erste Auflage[14] war nach wenigen Jahren vergriffen, und immer wieder wurde eine Neuauflage gewünscht. Dem soll hiermit nachgekommen werden, auch wenn dem Vf. bewusst ist, dass die Forschung seit 1986 auf lokaler und überregionaler Ebene weiter fortgeschritten ist, z. B. bei den Themen »Zwangsarbeiter«, »Patientenmord« oder »Raub an jüdischem Vermögen«. Deswegen wurden wenigstens weitere darstellende Texte einer Quellensammlung von 1993[15] am Ende hinzugefügt.

Das Erscheinungsbild ist lesbarer gemacht worden, die Anmerkungen befinden sich weiterhin am Ende (Seite 208 ff). Die Dokumente und Bilder, die in der ersten Auflage beigefügt worden waren, sind nicht mehr abgedruckt; dafür wird verwiesen auf Heft 25 der Schriftenreihe des Stadtarchivs Troisdorf[16] von 2008.

Möge dieses Buch den Jüngeren helfen, sich ein Bild vom »Tausendjährigen Reich« in einer rheinischen Kleinstadt zu machen.

Troisdorf, am 30. Januar 2013

Vorwort zur Dritten Auflage (2024)

Die letzten Informationen (zu Ziert und Pins/Hirsch) sind eingebaut worden. Die Verweise auf Quellen und Literatur sind komplett überarbeitet und angepasst worden.

Troisdorf, den 15. Augsut 2024

DIE VERFOLGUNG DER POLITISCHEN GEGNER 1933-1935

»in jeder Beziehung ihre Pflicht tun!«

Hausdurchsuchungen und Verbote, Februar 1933

> Ich werde meine Kraft für das Wohl des deutschen Volkes einsetzen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen. [17]

Keinen einzigen Punkt dieses Amtseides wird der neue Reichskanzler erfüllen, der am Mittag eines bitter kalten Januartages 1933 in der ehemaligen Bismarckschen Amtswohnung in Berlin diese Sätze spricht. Nach Tuscheleien, Hektik, Bluff und hohlen Phrasen - Vorgängen, die nur schwerlich die Bezeichnung »Koalitionsgespräche« verdienen - erledigt Adolf Hitler diese lästige, aber unumgängliche Prozedur vor dem verkalkten Reichspräsidenten von Hindenburg.

Jetzt ist Hitler am Ziel: Die NSDAP, die »Hitler-Bewegung« ist an der Regierung. Ist sie auch an der Macht? Vizekanzler Franz von Papen beruhigt einen konservativen Hitler-Gegner, der ihn warnt, mit der schnoddrigen Bemerkung:

> Was wollen Sie denn? Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In zwei Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, dass er quietscht. [18]

Drei Nazis sitzen im Kabinett: Adolf Hitler, Reichsinnenminister Frick und der Minister ohne Geschäftsbereich Göring. Drei Nazis gegen acht Nicht-Nazis, die zudem die klassischen Ressorts (Äusseres, Wirtschaft, Justiz, Finanzen und Verteidigung) besetzen.

Und trotzdem: *Jetzt sind wir so weit!* ruft Hitler, als er in das Hotel Kaiserhof, seinen Berliner Wohnsitz, zurückkehrt[19].

> Es beginnt eigentlich nicht überraschend, das »Dritte Reich« in Troisdorf. Kaum ist Hitler Reichskanzler, werden die Wohnungen von neun[20] Troisdorfer Kommunisten von der Polizei durchsucht. Am 2. Februar 1933, drei Tage nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten, mittags zwischen 14:10 und 15:30 Uhr, schwärmen sieben Polizisten aus; sie müssen eine geheime Anordnung des neuen Innenministers von Preussen, Hermann Göring, an alle Polizeibehörden des Landes ausführen: KPD-Wohnungen um Punkt 12 Uhr nach Waffen und Druckerzeugnissen durchsuchen![21] Die KPD, die in Alt-Troisdorf bei den Reichstagswahlen rund 13 % der Stimmen bekam[22], wurde als der Staatsfeind Nr. 1 angesehen - übrigens schon vor 1933. Die Kommunisten waren eben der politische Gegner nicht nur der Nazis, sondern auch der Sozialdemokraten. So hat 1930 der damalige preussische Innenminister Carl Severing (SPD) allen Beamten der preussischen Verwaltung die Teilnahme an diesen Organisationen [=NSDAP und KPD], die Betätigung für sie oder ihre sonstige Unterstützung verboten.[23]

16 Beamte der Kreisverwaltung haben im Juli 1930 die Kenntnisnahme des Runderlasses durch Unterschrift bestätigt[24]; bei einem Beamten, Dr. T., ist zu vermuten, dass er damals schon Mitglied der NSDAP war.

Und der preussische Ministerpräsident Otto Braun (SPD) schreibt am 4. März 1932 an Reichskanzler Heinrich Brüning (Zentrum) u. a. :

> Es braucht nicht betont zu werden, dass die Gefährlichkeit der KPD von der Leitung der preussischen Polizei seit jeher richtig beurteilt wird, und dass ihren Treibereien und staatsgefährdenden Umtriebe mit allen Mitteln nachdrücklich bekämpft werden. [25]

Das Ergebnis der Wohnungsdurchsuchungen in Troisdorf ist negativ: *Es ist nichts gefunden worden, was in bezug auf den genannten Funkspruch von Bedeutung ist*, meldet der Beigeordnete Amandus Hagen noch am selben Tag dem Landrat in Siegburg, Dr. Eduard Wessel[26].

Dass die Untersuchungen nichts zu Tage förderten, hat an der Umsicht der Troisdorfer Kommunisten gelegen. Sie hatten ihre Schusswaffen einem früheren Mannstaedt-Kollegen, dem parteilosen St., anvertraut, der sie in die Agger oder in die Sieg warf[27]. Nach Meinung von Regierungsassessor Dr. Thiel, dem Stellvertreter des Landrats in Siegburg, ist das magere Ergebnis der Polizeiaktion auf *das pflichtwidrige Verhalten* eines Troisdorfer Beamten zurückzuführen; dieser habe nämlich die Durchsuchungen *längere Zeit ohne sachlichen Grund verzögert* und dadurch *das Untersuchungsergebnis gefährdet*. Thiel schreibt weiter:

> Ich muss gerade in heutiger Zeit Wert darauf legen und fordern, dass sämtliche Beamte, namentlich die mit der Bearbeitung politischer Angelegenheiten betrauten, in jeder Beziehung ihre Pflicht tun. [28]

Was hatte denn jener unglückselige Beamte, dem für den Wiederholungsfall Disziplinarmassnahmen angedroht wurden, der Amtsobersekretär Franz Sch., verbrochen? Er - an Stelle des abwesenden Bürgermeisters[29] Matthias Langen - war am 2. Februar gegen 11.30 Uhr von Thiel telefonisch[30] beauftragt worden, sofort alle Polizeibeamten auf das Rathaus[31] zu holen.

Als der Vertreter des Landratsamtes, der für allgemeine Polizeiangelegenheiten zuständige[32] Kreissekretär Hoppe, eine Stunde später in Troisdorf eintrifft - in der Hand den pauschalen Durchsuchungsbefehl des Innenministers -, ist gerade einer der sechs Troisdorfer Polizisten, der Polizeihauptwachtmeister Hoff (»Hoffs Hännes«), anwesend: Von den übrigen fünf sind drei krank, zwei sind nach dem Nachtdienst noch zu Hause[33].

Offensichtlich hat Sch. in der Zwischenzeit nichts unternommen, offensichtlich hat er den Ernst der Stunde nicht erfasst. Erst als Hoppe laut wird, lässt Sch. die restlichen Polizisten rufen oder mit dem kreiseigenen Auto des Hoppe abholen. Mit zwei Stunden Verspätung, um 14. 10 Uhr, beginnen jetzt endlich die Wohnungsdurchsuchungen - echt rheinische Schlamperei oder gezielte Sabotage?

Auch das letztere darf man annehmen, wenn man einem anonymen NS-Dossier aus dem Jahre 1933 (?) Glauben schenkt, das sich - in einzelne Abschnitte auseinandergerissen - in den Akten[34] befindet. Darin wird neben dem Bürgermeister Langen *(segelt seit 1927 vollkommen im Fahrwasser der Marxisten)* und dem Polizeioberwachtmeister Josef M.[35] *(unhaltbar*) auch der »Oberinspektor« für Polizeiangelegenheiten Franz Sch. erwähnt: *marxistische Einstellung*! Dennoch bleibt Sch. in der Verwaltung, weiterhin zuständig für Polizeiangelegenheiten. Am 1. Oktober 1936 wird er sogar Nachfolger des Rentmeisters Philipp

Heller, der jahrzehntelang im Dienst der Stadt Troisdorf gestanden hat und zuletzt Leiter der Gemeindekasse war[36].

Nach Waffen in Privatwohnungen zu suchen, war damals keineswegs so abwegig, wie wir das heute meinen könnten. Der Besitz von Gewehren oder Pistolen in privater Hand war 1933 offensichtlich weiter verbreitet als heute. In mündlichen Mitteilungen ist der Besitz und der Einsatz von Waffen (das allerdings nur zur Wilddieberei) offen zugegeben worden. Und im Volkshaus Siegburg[37] sind am 17. Februar 1933 von der Polizei ein Gewehr, zwei Pistolen und Munition gefunden worden.

Im Februar 1933 wird ein KPD-Funktionär von der Hütte wegen des Besitzes einer Mauser-Armeepistole, die er unter seinem Tisch versteckt hatte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt[38].

Ein Angler zieht Ende März 1933 einen Karabiner aus der Sieg[39].

Dass nun gerade die Linke im Frühjahr 1933 von den neuen Machthabern besonders scharf unter die Lupe genommen wird, versteht sich von selbst. So ist auch ein Ereignis einzuordnen, das sich am 7. März, spätabends, auf der Hütte zutrug[40].

Irgend jemand hat den Bürgermeister Langen angerufen und ihm erzählt, auf der Hütte würden Waffen transportiert. Langen telefoniert mit dem »Beauftragten der Hilfspolizei«[41], Dr. Ammon, einem Ingenieur der Mannstaedt-Werke, zudem »Stahlhelm«-Mitglied und Kandidat des »Nationalen Blocks« für die Gemeindewahlen[42].

Ammon wiederum beauftragt einen Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der Mannstaedt-Werke, S., der später anführt, er sei 1925 *zum öffentlichen Polizeibeamten für die gesamten Werksanlagen und die Kolonien*[43] ernannt worden.«[44] Zusammen mit dem Troisdorfer Polizisten Hoff geht S. der Sache nach und stellt fest:

Zehn bis zwölf junge Leute haben »Möbel usw.« vom Jugendheim der Arbeiterwohlfahrt zur Wohnung des Reichsbanner-Führers Johann B. in der Uferstrasse 17 gebracht, keineswegs »Gewehre oder dergl[eichen]«. Auf ausdrücklichen Wunsch B. s durchsucht S. die leeren Räume des Jugendheims, Hoff inspiziert die Umgebung: Nichts wird gefunden. Das Heim war geräumt worden, weil die Nazis angeblich beabsichtigten, das Heim »zu stürmen« - so der Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Menden, der Lehrer Karl Kuhn [45].

Dichtung? Wahrheit?

Es geht weiter in einem Tempo, das erstaunen macht: Nachdem Hitler in der Kabinettssitzung vom 1. Februar gegen den hartnäckigen Widerstand Hugenbergs (DNVP) Neuwahlen für den 5. März durchgesetzt hat, verbietet der Regierungspräsident Köln am 2. Februar *alle Versammlungen unter freiem Himmel und alle Umzüge der K. P. D. und ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen*, da *unmittelbar Gefahr für die öffentliche Sicherheit* drohe[46].

Am 4. Februar erlässt Reichspräsident Hindenburg die »Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes«[47]. Darin werden politische Versammlungen praktisch verboten. Der Regierungspräsident in Köln wiederum verschärft in seinem Rundschreiben an die Landräte vom 11. Februar diese Notverordnung dahingehend, dass alle Versammlungen der KPD »in jedem Einzelfall« zu verbieten seien[48].

Dasselbe Verbot auf derselben Grundlage trifft die SPD im gesamten damaligen Regierungsbezirk Köln nach den Vorfällen am Siegburger Volkshaus vom 14. /15. Februar, bei denen ein SS-Mann getötet wird[49]; begründet wird dies damit, dass

> zur Zeit alle öffentlichen Versammlungen der SPD, der Eisernen Front und der diesen nahestehenden Organisationen [...] als unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit angesehen werden (müssen). [50]

Gelockert wird dieses Verbot für die SPD am 20. Februar, für die KPD am Tag danach. Weiterhin sind aber Versammlungen unter freiem Himmel verboten, Zusammenkünfte in geschlossenen Räumen sind jetzt erlaubt. Die Bedeutung dieses Verbots lässt sich erst ganz ermessen, wenn man berücksichtigt, dass es ja in den Wahlkampf fällt: Am 5. März sollen Reichstags-, am 12. März Gemeinderatswahlen sein. Zudem können die Parteien zu dieser Zeit ihre Wähler nur vereinzelt über den Rundfunk, noch gar nicht über das Fernsehen ansprechen.

Die NSDAP wird in der ganzen Zeit von den Behörden, in denen noch die »alten« Beamten sitzen, nicht behelligt ...

»die Arbeiterschaft von Unbesonnenheiten zurückhalten«

Reaktionen auf die Volkshaus-Schiesserei, Febr. 1933

In der Nacht vom 14. auf den 15. Februar 1933 fallen an dem Volkshaus in der Siegburger Kaiserstrasse Schüsse. Von der gegenüberliegenden Tankstelle feuern SA und SS; aus dem Haus, das dem Metallarbeiterverband gehört und in dem auch Räume des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und der SPD sind, schiessen Sozialdemokraten und Gewerkschafter[51]. Nach dem Gerichtsurteil vom März 1935, das die allein angeklagten Volkshausverteidiger freisprach, waren diese in der Nacht von einer SS-Streife zuerst beschossen worden und hatten daraufhin das Feuer erwidert. Bei diesem Schusswechsel traf eine Kugel den SS-Scharführer und Anstreichergehilfen Franz Müller tödlich[52]. Es ist in mehreren Prozessen nie geklärt worden, von welcher Seite die tödliche Kugel abgefeuert wurde.

Am Vormittag des 15. Februar machen sich Emil Müller, der Bruder des Getöteten, Johann Ke. und ein dritter Nazi zu einem privaten Rachefeldzug auf. In SA-Uniform suchen sie im Arbeitsamt nach dem stellvertretenden Leiter, Fl. (SPD), finden ihn aber nicht und verabschieden sich mit den Worten: *Der Kerl hat Glück gehabt, dass er nicht da ist!*[53]

Anschliessend, gegen 11. 30 Uhr, fragen sie sich im Landratsamt durch nach dem Kreisbauamtssekretär Josef K., dem Vorsitzenden der Troisdorfer SPD. Im Zimmer seines Vorgesetzten, des Kreisbaurates Heinrich B., finden sie ihn schliesslich. Wortlos schlagen sie sofort mit Gummiknüppeln auf K. ein und verlassen dann ebenso wortlos den Raum[54].

Mit zwei weiteren Nazis dringen Ke. und Müller in die Wohnungen der Gewerkschaftssekretäre Berghold (Steinbahn) und Klein (Dohkaule) ein und zetteln Schlägereien an; Schüsse fallen.

Nach diesen Vorfällen werden Ke. und Müller zunächst festgenommen, gegen Ke. ergeht Haftbefehl, Müller wird bald wieder freigelassen[55].

K. wird in das Troisdorfer Krankenhaus eingeliefert[56]. Aus dem Siegburger Krankenhaus wird er am frühen Morgen des 13. März, um 2.00 Uhr[57] - nur Stunden nach der Gemeindewahl, für die er nicht mehr kandidiert hat[58] - verhaftet und ins Siegburger Gefängnis gebracht. Entlassungsgesuche seiner Frau[59] und seines Bruders[60] werden vom Landrat abgelehnt.

Am 15. Juni 1933[61] und am 9. Juli 1933[62] stellt K. selbst Anträge; in dem letzten bedauert er seine SPD-Mitgliedschaft. Daraufhin verfügt Landrat Buttlar *nach Rücksprache mit dem Kreisleiter [...], der Gefängnisverwaltung, sowie dem Bürgermeisteramt in Troisdorf*[63] die Entlassung K.s[64] mit einer Auflage, die allerdings nicht überliefert ist[65]. Später begibt sich K. für einige Zeit zu seinem Bruder, der in der Nähe von Nürnberg lebt.

Zwei Reaktionen auf die NS-Übergriffe sind überliefert; sie zeigen, dass in der Arbeiterschaft noch Widerstandswille vorhanden ist.

Am Nachmittag des 15. Februar 1933, gegen 15.30 Uhr, ruft der Gewerkschaftssekretär Henseler im Landratsamt an und berichtet Thiel von Unruhe unter den Arbeitern von Troisdorf und Siegburg; besonders aufgebracht seien die Arbeiter der Mannstaedt-Werke und der RWS[66]. Henseler bittet um Schutz für die vier prominenten Gewerkschafter bzw. Sozialdemokraten K., Klein, Berghold und Fleischer - ansonsten gebe es am folgenden Tag Streiks. Thiel beruhigt ihn: Für Schutz sei gesorgt, ausserdem billige die SA diese Vorfälle nicht[67].

Kaum hat Thiel den Hörer aufgelegt, klingelt wieder der Apparat: Diesmal ist es der Mannstaedt-Direktor Leo Kuttenkeuler[68]. Der Betriebsrat sei gerade bei ihm und habe ihm erklärt, wenn ihre Gewerkschaftskollegen weiter bedroht würden, gebe es Streik; darin seien sich die Mannstaedt-Arbeiter mit ihren Kollegen von der RWS einig.

Jetzt wird Thiel deutlich: Der Grund für die Übergriffe sei schliesslich die Erschiessung des SA(!)-Mannes am Volkshaus, *als deren mittelbare Täter die bedrohten Personen angesehen würden*. Die möglichen Täter - nun meint Thiel die drei Nazis vom Vormittag - seien verhaftet, für Schutz sei gesorgt[69].

Die Gewerkschafter Klein und Fleischer haben sich aber auf diese Zusage nicht verlassen, sondern sind - in Begleitung eines Polizeibeamten - nach Köln zu Freunden gefahren[70].

Die Reaktion von Landrat Wessel lässt sich aus den Akten sehr genau ermitteln. Dort sind nämlich zwei Fassungen des Berichts erhalten, den der Landrat an seine vorgesetzte Dienststelle - den Regierungspräsidenten in Köln - gesandt hat.

1. Zunächst der Entwurf[71]: Er stammt aus der Feder von Thiel, wie seine Paraphe ausweist, und ist mit handschriftlichen Änderungen des Landrats versehen;
2. dann der Durchschlag der Ausfertigung, die am 17. Februar an den Regierungspräsidenten abging[72].

Der Landrat hat im Entwurf den Satz gestrichen, in dem Thiel - ähnlich wie in dem Telefonat mit Kuttenkeuler - den Gewerkschaftern eine Mitschuld an den Angriffen zuschiebt:

> Ursache der Beunruhigung seien die Erschiessung des SA-Mannes und die damit in Zusammenhang zu bringende Bedrohung der Gewerkschaftsführer, von

> denen man annehme, dass sie in der fraglichen Nacht im Volkshaus vorübergehend anwesend gewesen seien und den Angriff eingeleitet hätten.

Das angeforderte Schupo-Kommando für die Beerdigung von Franz Müller, das nach Thiels Vorstellung 40 Mann hoch sein sollte, schrumpft nach einer weiteren Korrektur in der Endfassung auf 20 Mann. Wessel ist offensichtlich bestrebt, den Scharfmacher Thiel zurückzuhalten und die Nervosität nicht noch weiter anzuheizen, im Gegenteil:

> Ich habe sowohl dem Betriebsrat [der Mannstaedt-Werke] wie die bei mir vorstellig gewordenen Arbeiterführer dringend gebeten, auf ihre Leute beruhigend einzuwirken und die Arbeiterschaft von Unbesonnenheiten und von unbegründetem Streik zurückzuhalten, was mir bindend zugesagt wurde.

Wessel versichert den Arbeitern ausserdem,

> dass keinerlei Grund zur Beunruhigung der Bevölkerung und insbesonderheit der Arbeiterschaft bestehe und dass alle möglichen und notwendigen polizeilichen Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit und zur Abwendung von weiteren Bedrohung der Arbeiterführer getroffen seien und, falls notwendig, erweitert würden.

Diese Zusagen können wohl zu Recht als sehr weitgehend eingestuft werden; damit befindet sich Landrat und Zentrumsmitglied Wessel durchaus nicht auf der Linie der Nazis, wie die folgenden Wochen zeigen, in denen z. B. K. in Schutzhaft genommen wird. Es verwundert daher auch nicht sonderlich, dass Wessel am 5. April auf seinen Antrag hin »aus Gesundheitsgründen« beurlaubt[73] und am 15. April nach Erkelenz versetzt wird[74] - einer der etwa 20 Landräte in Preussen, die ihren Posten verlieren bzw. abgeschoben werden[75]; sein Nachfolger ist der Schriftsteller Ludwig von Buttlar[76]. Ende April tritt Wessel aus dem Zentrum aus[77].

Nebenbei: Auch Regierungspräsident Elfgen wird im April 1933 »beurlaubt«[78].

Vor dem Reichstagsbrand

Die Listen vom Februar 1933

Am 22. Februar 1933 liefert die Gemeinde Troisdorf - wie alle anderen Kommunen - dem Landrat in Siegburg eine Liste ab, die die Namen und Anschriften von Troisdorfer Kommunisten enthält. Diese Liste war vier Tage zuvor über den Landrat vom »Höheren Polizeiführer West - Sonderkommissar des Ministers des Innern«, Stieler von Heydekampf[79], angefordert worden. Dieser HPFW war von dem neuen NS-Innenminister Hermann Göring - an den verfassungsmässigen Behörden vorbei - als eine Art »Oberpolizeipräsident« eingesetzt worden, in unserem Falle für die gesamte Rheinprovinz.

Der HPFW hatte die Landräte um eine Aufstellung »ersucht« mit den Namen der *Führer der K.P.D. [, der] kommunistischen Nebenorganisationen [und] der freien Gewerkschaften.*[80] In einem Rundschreiben an die Bürgermeister des Kreises hatte Thiel *(persönlich! sofort!)* diese Aufstellung *binnen 24 Stunden* angefordert: *Ich mache die genaue [...] Aufstellung der Liste zur Pflicht*. [81]

Troisdorfs Bürgermeister Matthias Langen nun gibt seine Liste am 22. Februar ab. Sie enthält für die KPD und ihre Nebenorganisationen insgesamt 14 Namen[82]. Die meisten

anderen Städte und Gemeinden haben - wie die Kreisliste[83] ausweist - entsprechend dem Auftrag, »Führer« zu nennen, einen, zwei oder drei Namen aufgeführt, z. T. mit ihrer Funktion (»Vorsitzender der Ortsgruppe«, »Stellvertreter«, »Ortsgruppenpolleiter«); davon weicht nur noch Siegburg-Mülldorf ab, dessen Bürgermeister sieben Namen (ohne Funktionen) angibt.

Dieses Missverhältnis (zwei, drei, sieben gegen vierzehn) scheint auch einem späteren Leser - dem Landrat ? - aufgefallen zu sein: In der Akte ist neben den Block der 14 Troisdorfer Namen von Hand ein grosses Fragezeichen gesetzt worden.

Bürgermeister Langen hat das Rundschreiben nicht genau genug gelesen. So führt er auch noch Hans Götz, Kirchstrasse 1, in der Liste auf mit dem Zusatz »zur Zeit flüchtig«[84]. Dabei war in dem Rundschreiben des HPFW auch nach »Decknamen« und »gegebenenfalls Ausweichquartiere[n]« gefragt worden - Informationen, die - auch für einen Laien durchschaubar - eindeutig Fahndungszwecken dienen. Durch seine Nachlässigkeit (oder seinen Übereifer) hat Langen nicht nur die »Führer«, sondern zahlreiche weitere Troisdorfer KPD-Mitglieder den Nazis ans Messer geliefert.

Dass diese Listen kein Spielmaterial, sondern mit Bedacht vorbereitete Fahndungslisten sind, zeigt sich nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar[85], als im ganzen Reich Jagd auf Kommunisten und Sozialdemokraten gemacht wird: Von den 13 Troisdorfer Kommunisten sind 7 verhaftet worden, 6 in der Nacht vom 28. Februar auf den 1. März, einer am Abend des 1. März:

Bruno Franke
Hermann H.
Wilhelm Kn.
Karl Kr.
Johann Lo.
Paul Münster
Gottfried Ra.

Ihre Verhaftungen waren sämtlich vom Landrat telefonisch angeordnet worden, ebenso ihre Einweisung in das Siegburger Gefängnis an der Luisenstrasse 90[86].

Eine zweite Gruppe von KPD-Mitgliedern ist nach der Gemeindewahl vom 12. März[87] festgenommen und eingeliefert worden:

Konrad F.
Adolf R.
Christian R.
Matthias S.
Paul S. [88]

Dagegen nimmt sich die Liste der verhafteten SPD- bzw. Reichsbannermitglieder mit sechs Personen recht bescheiden aus; sie werden alle am 13. März, dem Montag nach der Gemeindewahl, verhaftet:

Johann B. (FWH)
Josef K.

Karl Kuhn
Johann M.
Matthias O.
Hermann S. [89]

Noch ein paar Zahlen:

- → 42 Männer und Frauen aus Troisdorf, Altenrath, Friedrich-Wilhelms-Hütte sind in Schutzhaft gewesen[90],
- → 167 Kommunisten und Sozialdemokraten sind im März 1933 im Gefängnis Siegburg[91],
- → 3324 Kommunisten sind in Schutzhaft in den Regierungsbezirken Koblenz, Köln, Aachen, Trier, Düsseldorf[92],
- → ca. 25.000 Schutzhäftlinge in Preussen[93],
- → 3. 818 Schutzhäftlinge im Regierungsbezirk Düsseldorf im März/ April 1933[94],
- → 340 Schutzhäftlinge im Kölner Klingelpütz am 1. April[95].

Diese »Schutzhaft« ist keineswegs eine Erfindung der Nazis[96], die ja manches bloss konsequent zu Ende getan haben, was andere vor ihnen schon gedacht haben. Schon vor 1914 konnte jemand in Schutz- oder Polizeihaft genommen werden, wenn diese Person z. B. durch Angriffe einer Volksmenge gefährdet schien. Auch in der Weimarer Zeit gab es die Polizeihaft zum Schutz der öffentlichen Ordnung; dabei war jedoch vorgeschrieben, dass der Verhaftete binnen 24 Stunden einem Richter vorgeführt werden musste.

Nach der Machtübergabe vom 30. Januar 1933 wird die Schutzhaft von den letzten rechtsstaatlichen Hemmnissen »befreit«: Durch zwei Notverordnungen vom 4. und vom 28. Februar (»Reichstagsbrand-Verordnung«[97]) wurde die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit aufgehoben. Jetzt war die Schutzhaft[98] eine »vorbeugende polizeiliche Massnahme zur Ausschaltung der von staatsfeindlichen Elementen ausgehenden Gefahren« - so hätte man damals gesagt. Der neue preussische Innenminister Göring schärfte allen seinen Polizisten am 6. März ein:

> Zur Richtigstellung irrtümlicher Auffassung wird darauf hingewiesen, dass Schutzhaft im Rahmen des § 1 der VO vom 28. 2. 33 eine rein polizeiliche Massnahme ist, bei der jede Mitwirkung der Gerichte ausgeschlossen ist.

Eine Vorführung vor einen Richter komme nicht in Frage[99].

»zur Abwehr staatsgefährdender Gewaltakte«

Die Schutzhaft, März - August 1933

Die Reichstagsbrand-Verordnung »zum Schutz von Volk und Staat« wird dann auch von den Behörden zitiert, als einer der Schutzhäftlinge, der Troisdorfer SPD-Vorsitzende Josef K., am 23. März[100] und seine Ehefrau am 15. April[101] eine »Eingabe« an den Landrat richten mit der Bitte um Entlassung. Am 5. Mai teilt Landrat Buttlar »Herrn Josef K. in Siegburg, Luisenstrasse 90«[102] und dem Bürgermeister Langen mit:

> Nach Ausserkraftsetzung des Artikels 114 der Reichsverfassung durch § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. Febr[uar] 1933 (R. G. Bl. I. S.83) sind Beschränkungen der persönlichen Freiheit durch Inschutzhaftnahme zulässig. Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung macht Ihr Verbleiben in der Haft zur Abwehr staatsgefährdender Gewaltakte erforderlich, sodass vorläufig eine Entlassung aus der Schutzhaft nicht in Frage kommen kann.

Ein anderer Schutzhäftling, Christian R., beschwert sich am 3. April 1933 schriftlich beim Regierungspräsidenten in Köln. Die kühle Antwort am 28. April: Die Beschwerde wird wegen Verspätung zurückgewiesen[103].

Neu in Deutschland ist auch, dass Parteifunktionäre ein Wörtchen mitreden bei der Frage, ob jemand entlassen werden konnte oder nicht. So berichtet Bürgermeister Langen am 7. April dem Landrat:

> Der Führer der hiesigen SA[104] erklärte mir, dass er beantragt habe, den Ra[...] mit Lo[...] und Fr[...] am längsten in Schutzhaft zu halten. [105]

Und dem oben erwähnten Antrag des Josef K. auf Haftentlassung, den Bürgermeister Langen unterstützt, wird *seitens des Ortsgruppenführers der NSDAP[106] nicht widersprochen*. [107]

Der Beigeordnete Steinmetz (NSDAP), der seit dem 12. Mai 1933 den beurlaubten Bürgermeister Langen vertritt[108], teilt am 13. Mai dem Landrat mit, dass die Haftentlassung des Christian R. von dem Unterzeichneten und »von der örtlichen Parteileitung« weiterhin abgelehnt werde[109].

Die ersten Schutzhäftlinge werden schon am 15. März entlassen. Auf Anweisung des Landrats öffnen sich um 19 Uhr die Gefängnistore für Paul So.[110] und Johann B. Am nächsten Tag folgt Adolf R., am 22. März Wilhelm Kn., Konrad F. und Karl Kr., am 27. März Johann M., Paul S. und Hermann S. [111]. Am 4. April ist Paul Münster (vorläufig) frei, am 8. April Dr. Matthias O. (auch vorläufig), am 20. und 22. April Gottfried Ra. und Bruno Franke[112].

Am 4. Mai 1933 sind im Siegburger Gefängnis noch 221 Schutzhäftlinge, darunter 40 aus dem Siegkreis[113], und folgende aus Troisdorf:

	bis
Julius H. (FWH)	?
Josef K.	10. Juli
Karl Kuhn	27. Mai
Johann Lo.	19. Mai
Christian R.	02. Juni
Johann T.	02. Juni
Josef Z.	03. Oktober

Die Schutzhäftlinge, die zwischen Juni und Oktober entlassen werden (z. B. R. und Z., wahrscheinlich auch K.), müssen sich zweimal täglich bei der Polizei melden[114].

Auch in den Ortschaften Altenrath und Friedrich-Wilhelms-Hütte greifen die Nazis mehrfach zu: Aus Altenrath werden Ferdinand V. und Heinrich J. am 6. Juni nachmittags verhaftet und nach Siegburg gebracht[115].

Auf »der Hütte« ist der bekannteste Schutzhäftling der Schulrektor Wilhelm R. Er wird am 3. Mai festgenommen[116], weil er gesagt haben soll[117], die Politik der Nazis sei eine Verdummung des Volkes. Als aber ein Zeuge bei der Vernehmung *auf Befragen an[gibt], die einzelnen Worte [...] nicht wiedergeben zu können*[118], wird R. bereits am 8. Mai entlassen[119]. Vom 1. November 1933 an ist R. an der Schule Kirchstrasse tätig[120]; dorthin ist er strafversetzt worden, verbunden mit einer Degradierung[121]; sein Sohn, später Universitätsprofessor, avancierte zum Führer in der HJ[122].

Der Lehrer Karl Kuhn wird schon am 13. März, dem Tag nach der Gemeindewahl[123], verhaftet[124]. Er wohnt in Troisdorf, Fischerstrasse, und ist Vorsitzender der AWO Menden. Wenn er nicht schon deshalb verdächtig ist, hat er sich gewiss durch seine Anfrage beim Landrat unbeliebt gemacht[125].

Johann B. (SPD und Reichsbanner) aus der Uferstrasse 17 wird am 12.[126] oder 13. März[127] verhaftet, kommt aber am 15. März, 19 Uhr, schon wieder frei[128]. Er und Jean W. (ebenfalls aus der Uferstrasse) werden im März zwar noch in den Mendener Gemeinderat gewählt[129], aber Ende Juni aus diesem Gremium wegen ihrer SPD-Mitgliedschaft ausgeschlossen[130].

Julius H., Büroangestellter, Windgassenplatz 3, kommt vom 30. Juni bis zum 3. August 1933 wegen »aufhetzende[r] Redensarten der Regierung und Bewegung[!]« ein zweites Mal in Schutzhaft[131]. Er war bereits am 2.[132] oder 5. Mai[133] aus unbekanntem Grund und für unbekannte Zeit verhaftet worden.

Klüngel und Korruption

Ein Leserbrief und seine Folgen, 1933

In Schutzhaft landen auch zwei Troisdorfer, die mit den »gemeingefährlichen Bestrebungen« von SPD oder KPD nichts zu schaffen haben; ihre Schutzhaft ist allerdings auch - wenn man den amtlichen Verlautbarungen glaubt - eine tatsächliche »Schutz«-Haft. [134]

Amandus Hagen, Zementfabrikant, Bauunternehmer und Beigeordneter in einer Person, schreibt einen Leserbrief, der am 24. April 1933 im ANZEIGER FÜR TROISDORF [...] UND UMGEGEND (Verleger Alex Möller) erscheint. Darin verwahrt sich Hagen gegen einen am 21. April im WB abgedruckten Artikel mit der Überschrift »Klüngel und Korruption«. Hagen schliesst den - ansonsten faden - Leserbrief mit den Sätzen:

> Es ist sehr bedauerlich, wenn Zeitungen solche Vorwürfe und Unwahrheiten von jedwedem Denunzianten in die Oeffentlichkeit bringen, und ich muss es jedem rechtlich denkenden Menschen überlassen, sich hierüber eine eigene Meinung zu bilden.
>
> Im übrigen bemerke ich, dass mein Unternehmen sowie meine politische Einstellung anerkannterweise stets einwandfrei waren, auch zu der Zeit, in der sich andere Elemente separatistisch betätigt haben.
>
> [gez.] Amandus Hagen

Das bleibt nicht ohne Folgen: Bürgermeister Langen und Staatskommissar Heinz Naas[135] (NSDAP) werden aktiv; Langen schreibt dem Landrat einen Brief, Naas fährt nach Siegburg und spricht mit Thiel. Langen schreibt:

> Der Artikel ist m[einer] A[nsicht] nach geeignet und dazu angetan, in der Öffentlichkeit unliebsame Diskussionen usw. hervorzurufen. Ich bitte dortseits um Entscheidung, ob und evtl. welche Massnahmen gegen den Zeitungsverleger zu ergreifen sind.

Wohlgemerkt: Langen fragt nach »Massnahmen« nur gegen Möller. In Siegburg malt Naas ein düsteres Bild: Die Brüder Be., die sich von Hagens letztem Satz angesprochen fühlten, hätten *gedroht, sich an Hagen und Möller vergreifen zu wollen*. Die Be. hatten auch ein Baugeschäft, beide Söhne waren in der Partei bzw. SS.

Landrat Buttlar lehnt zunächst eine Schutzhaft ab, lässt sich dann aber von Naas umstimmen. Auch Bürgermeister Langen scheint am Telefon irgendwann umgeschwenkt zu sein, auch er hält jetzt Schutzhaft »für geboten«. Naas hat nämlich kategorisch erklärt, *persönlich keine Gewähr für die Sicherheit der beiden Personen übernehmen zu können*. Und dennoch: Buttlar ist die Sache nicht geheuer: Die erste Formulierung (»verfüge ich [...] polizeiliche Verwahrung«) lässt er abschwächen (»stelle ich anheim«). Ausserdem befristet er die mögliche Schutzhaft auf den 29. April.

An diesem Tag kommt ein Anruf vom Regierungspräsidenten in Köln beim Landrat an, Hagen und Möller zu entlassen; um 9.30 Uhr sind sie nicht mehr in »Schutz«-Haft[136].

Aus den wenigen Briefen und Vermerken lässt sich der Hintergrund nicht ausreichend erhellen, zu viel bleibt unklar. Festzustellen ist aber:

- → Bürgermeister Langen tut nichts, um seinen Beigeordneten vor Schutzhaft bzw. «Schutz«-Haft zu bewahren; er bietet Möller als Übeltäter an.
- → Staatskommissar Naas versteckt sich scheinheilig hinter den gewalttätigen - angeblich oder tatsächlich - Brüdern Be.
- → Landrat Buttlar will mit diesem lokalen Gezänk nichts zu tun haben.
- → Naas ist der Scharfmacher - im Bunde mit Be. - gegen Hagen.
- → Bürgermeister Langen macht wieder eine hilflose Figur.

»zwecks Vernehmung durch die Gestapo«

Das SA-Heim am Stationsweg, Herbst 1933

In der Liste der im Februar/März verhafteten KPD- und SPD-Mitglieder fehlt ein Name: Leonhard R., Jahrgang 1907, aus der Roonstrasse 4. Er ist am 28. Februar, dem Tag nach dem Reichstagsbrand, untergetaucht und hat bis zum 5. September 1933 illegal in Troisdorf und Köln gelebt[137]. Zwei Wochen, nachdem er wieder in Troisdorf erschienen ist, wird er von den Nazis gefasst und in das SA-Heim am Stationsweg 4[138] geschleppt.

Grundstück und Gebäude (Wohnhaus und Schuppen) hatten bis 1932 der Witwe Homberg gehört, deren Mann die benachbarte Siedlung hatte bauen lassen. In den 20er Jahren war in den Anbauten die Schreinerei des August Kader[139]. 1932 wird das gesamte Anwesen zwangsversteigert, die neue Besitzerin ist die »Gewerkschaft Hulda«[140] in Duisburg. Mindestens zwei Mitglieder des Grubenvorstandes von »Hulda« sind Bankiers der Dresdner

Bank Duisburg, die 1936 das Haus an den Troisdorfer Bauunternehmer Fritz Gr. verkaufen[141]. Auf welchem Weg die SA ab Juli 1933[142] die Erlaubnis bekam, einen Teil der rückwärtigen Anbauten für ihre Zwecke zu nutzen, ist nicht bekannt.

In dieses SA-Heim gelangt auch im August 1933 das Radio des Kommunisten Christian R.[143], das - so R. - für rückständige Miete und Hundesteuer gepfändet worden sei. Es soll dort *Tag und Nacht* gelaufen sein, um die Schreie der Gefolterten zu übertönen; zu demselben Zweck liessen die SA-Leute im Hof immer wieder ein Motorrad[144] im Stand laufen.

Im SA-Heim scheint man auch lange und viel telefoniert zu haben - auf Kosten der Gemeinde. Denn der Haushaltsplan für 1934 erhöht den Kostenansatz für Fernsprechgebühren von 3. 700 auf 4. 200 RM: *überwiegend auf den Anschluss des SA-Heimes zurückzuführen*.[145]

Das SA-Heim war die private NS-Folterkammer in Troisdorf[146]. Mehrere tatsächliche oder vermeintliche Kommunisten werden dort im Sommer/Herbst 1933 festgehalten und gefoltert[147]. Zwei Opfer haben später ihre Erlebnisse berichtet: Leonhard R.[148] und Peter K. [149]; R. schreibt:

> Am 19. September 1933 [...] kam ich in das SA-Heim in Troisdorf (Stationsweg). Hier gab es zur Einführung [...] Schläge mit der Hundepeitsche; als Begleitung lief ein Motorrad, damit man das Geschrei nicht hören konnte. Die Schläger bei mir waren St[...], Karl, Sch[...], Karl und B.; der letzt genannte ist verstorben. Dieser Vorgang wurde bei jeder Vernehmung gemacht. Es ist auch in den 10 Tagen, die ich im SA-Heim war, dreimal vorgekommen, wo ich zweimal am Tage dieses erlebte.
>
> Als Vernehmungsbeamter war Kriminalkommissar Gi[...]. Dieser Mann hatte eine besondere Methode:[...] Er hatte nämlich einen Gummiknüppel und schlug mir auf den Hinterkopf, bis ich taumelig war. Dann sollte ich ein Phantasie-Protokoll unterschreiben, was ich verweigerte. An einem Tag, da war der Polizeiwachtmeister Walter M[...] der Mann, der seine Kraft zeigte; ich wurde von ihm so mit der Hundepeitsche geschlagen, bis er nicht mehr konnte. Da kam Kommissar Gi[...] dran und dann M[...], bis beide erschöpft waren. Am Schluss sagte dieser Mann, als ich auf der Erde lag und alle Viere von mir streckte: ‚Dir Kommunistenschwein soll man den Kopf zermalmen!' und setzte mir den Fuss auf den Kopf.
>
> Den ganzen Tag musste ich mit Gesicht und Fussspitzen und erhobenen Händen an der Wand stehen. Hier hatte man einen Spruch an die Wand geschrieben:
>
> »Heil Hitler! Heil Moskau! Rot Front!«
>
> Sagte ich ‚Heil Hitler!', so war die Antwort: Du Kommunistenschwein wagst es, Heil Hitler! zu sagen?!
>
> [Dann] wurde ich gezwungen, den anderen Spruch zu lesen; diese Antwort lautete: »Du Kommunistenschwein wagst, dieses heute noch zu sagen?!« Dann gab es Prügel mit der Hundepeitsche.
>
> [...]

> Bei der Einlieferung ins Siegburger Gefängnis[150] hatte ich blutunterlaufene Augen von den Schlägen, die ich von Kommissar Gi[...] auf den Kopf bekommen habe. Protokollführerin war die frühere Angestellte Fräulein Mü[...] aus dem Bürgermeisteramt Troisdorf.

Peter K. berichtet:

> Ich habe mich im Hof vor eine Hauswand stellen, die Arme heben und mit der Nase ein Stück Papier an die Wand drücken müssen. Wenn die Arme nach einiger Zeit erlahmten, stachen die Nazis mit Nadeln in den Oberarm. Weil ich bei der Vernehmung nicht ‚Heil Hitler!' sagte, wurde ich mit Stahlruten auf den Rücken geschlagen. Damit draussen keiner die Schreie hörte, liess man ein Motorrad laufen oder drückte den Gefangenen ein Kissen auf den Kopf. Ein Mitgefangener, Jakob S., trank in seiner Not seinen eigenen Urin.
>
> Anwohner des Stationsweges, die doch irgendwann mal neugierig wurden, scheuchte die SA mit Gewehren von der Strasse oder von den Fenstern weg.
>
> Als ich ins Siegburger Gefängnis eingeliefert wurde, hat dort niemand meinen zerschlagenen Rücken ärztlich behandelt.

Ein anderer Gefangener soll - die Aussagen sind nicht ganz sicher - tagelang in einen »Eiskeller« gesperrt worden sein: einen wand hoch gefliesten, feuchten Kellerraum; dadurch habe er sich ein Nieren- oder Blasenleiden zugezogen[151].

Mindestens 10 Männer und vielleicht eine Frau sind - z. T. nur für Stunden - im SA-Heim gewesen; acht Männer und eine Frau sind am 26. bzw. 28. September 1933 ins Siegburger Gefängnis gebracht worden.

Ausser den schriftlichen Aufzeichnungen von Leonhard R., den Aussagen von Peter K. sowie zahlreicher Angehöriger und Freunde gibt es zwei amtliche Aktenstücke, die die »Vernehmung« in diesem Privat-KZ belegen:

1. der »Stimmungsbericht« des Beigeordneten Steinmetz an den Landrat vom 25. September 1933[152],
2. der »Antrag auf Erstattung der Kosten für Schutzhäftlinge während des Monats September 1933«, unterschrieben am 3. Oktober 1933 von demselben Beigeordneten Steinmetz[153].

In seinem »Stimmungsbericht« schreibt Steinmetz u. a. :

> Im SA-Heim befinden sich eine Anzahl ehemaliger Kommunisten aus Troisdorf und Sieglar in Haft zwecks Vernehmung durch Beamte des Staatspolizeiamtes Köln. Ein abschliessendes Ergebnis liegt noch nicht vor.

Und in seinem Erstattungsantrag führt Steinmetz für die Gemeinde selbst keine Kosten auf, setzt aber unter die Liste mit acht männlichen und einem weiblichen Schutzhäftling ohne genaueren Beleg:

> Die hier [im SA-Heim] und durch die Überführung der Schutzhäftlinge ins Gefängnis entstandenen Kosten belaufen sich auf 90,55 RM.

Steinmetz gibt hier auch den Grund ihres Aufenthalts an:

> Die Schutzhäftlinge sind vor ihrer Überführung ins Gefängnis [...] einige Zeit im S. -A. -Heim untergebracht gewesen zwecks Vernehmung durch den Beamten der Staatspolizeistelle in Köln.

Für einen der dort - allerdings später - »untergebrachten« und »vernommenen« Menschen endet diese »Zeit« tödlich: Anton Hamacher[154]. Er ist Jahrgang 1908 und Vater eines vierjährigen Jungen. Seine Frau Elisabeth steht am 5. Dezember vor dem Sieglarer Standesbeamten

> und zeigt an, dass der Arbeiter Anton Hamacher, 25 Jahre alt, wohnhaft in Sieglar, Hauptstrasse 5, geboren zu Beuel, verheiratet mit der Anzeigenden, zu Sieglar, Rathausstrasse 1, am fünften Dezember des Jahres tausend neunhundert dreiunddreissig, vormittags um viereinhalb Uhr, verstorben sei.
>
> vorgelesen, genehmigt und unterschrieben [...][155]

Hinter den dürren Worten der Sterbeurkunde verbirgt sich die Tatsache, dass Hamacher im SA-Heim zu Tode geprügelt worden ist - nur dürftig verschleiert durch den Umstand, dass er seinen Verletzungen erst im Sieglarer Krankenhaus erlegen ist. Hinsichtlich der Todesursache[156] gab es lange Zeit unklare und widersprüchliche Aussagen von Zeitzeugen; die Aussagen Überlebender oder Freunde weichen von einander ab. :

- → Peter K. s Version[157]: Anton habe bei einem Verhör einem SA-Mann unbeabsichtigt den Ellenbogen ins Gesicht gestossen; der habe daraufhin Anton zu Boden geworfen und sei mit äusserster Kraft auf dessen Brustkorb gesprungen.
- → Heinrich Z. weiss von einem geplatzten Blinddarm[158]. Andere haben ihre Kenntnisse aus dritter oder vierter Hand.

Nunmehr, im Jahre 2007, ist ein Dokument[159] bekannt geworden, das einigermaßen zuverlässig ist. Ein Siegburger Rechtsanwalt, der in einen Verleumdungsfall verwickelt war, gibt bei der Polizei u. a. zu Protokoll:

> Insbesondere ist mir zuverlässig mitgeteilt worden, daß der am 5. 12. 33 verstorbene Anton Hamacher aus Troisdorf oder Sieglar, derart in dem Eiskeller des SA-Heimes ausgepeitscht worden ist, daß ihm die Eingeweide zerrissen wurden. Durch die Ärzte Dr. Hargan[160] und Dr. Wiersberg wurde eine Öffnung in die Seite des Hamacher gemacht, um durch diese künstliche Öffnung den Koth abzuführen. Trotzdem ist Hamacher an der Mißhandlung gestorben.

Als Täter werden »SA- und SS-Leute« genannt, allerdings sei auch der kommissarische Sieglarer Bürgermeister Jakob Hörsch *bei diesen Vorkommnissen lebhaft beteiligt* gewesen[161]. Gewährsmann des Rechtsanwalts war vermutlich Philipp Hamacher - der Bruder des Getöteten -, der zur selben Zeit im SA-Heim gefoltert wurde. Wenn es auch hier und da Unsicherheiten in den Details gibt (Sieglar statt Oberlar, Hargan statt Harzem), erscheint diese Version noch als die wahrscheinlichste, zumal sie inhaltlich nicht weit von der Version des Heinrich Z. entfernt ist.

Dieser Mord - nur mühsam vertuscht durch die Einlieferung in das Sieglarer Krankenhaus[162] - führte immerhin dazu, dass 1934 von der Bonner Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen Hörsch und andere eingeleitet wurde[163]. In der Personalakte findet sich aber nach dem 23. August 1934 kein Hinweis mehr auf das Strafverfahren – wohl auf

Unregelmässigkeiten in den Amtsgeschäften des Bürgermeisters Hörsch, der sich nach 1945 erfolgreich seine Pension als Bürgermeister a. D. erstritt.

Das Grab von Anton Hamacher ist heute nicht mehr auffindbar. Die Witwe hat 1938 nach Köln geheiratet; der Sohn, der 1986 auch nicht mehr in Troisdorf wohnte, erinnert sich noch daran, dass das Grab - vermutlich ein Reihengrab - links neben dem Eingang des Sieglarer Friedhofs war und dass er es nach 1945 noch gesehen hat. Der frühere Friedhofswärter Vo. berichtet, dass man nach 1945 damit begonnen habe, die Reihengräber in diesem Bereich einzuebnen[164].

In diesem Zusammenhang soll auch ein anderer Mann erwähnt werden, der allerdings auf der Täterseite stand: Josef Hoegen. Dieser Mann, *wohl einer der gefürchtetsten Gestapo-schergen*[165], wohnte eine Zeit lang in Troisdorf. Geboren 1898 in Köln, beginnt er dort eine kaufmännische Lehre, wechselt dann aber als ungelernter Arbeiter zu Mannstaedt, bis er 1917 zum Heer einberufen wird[166]. Von 1919 bis 1922 arbeitet er wieder bei Mannstaedt, ab 1922 bei der Kripo in Köln. Die Machtübergabe an die Nazis hat ihn nicht aus dem Amt vertrieben, im Gegenteil, 1934 geht er zur Gestapo, wo er es bis zum Kriminalsekretär bringt.

Von 1933 bis 1945 treibt er sein Unwesen zuerst im Kölner Polizeipräsidium, dann im EL-DE-Haus[167], zuletzt in Brauweiler. In über 50 Fällen hat ihm das OLG Köln 1949 »Verbrechen gegen die Menschlichkeit«, »Aussageerpressung«, teilweise »gefährliche Körperverletzung im Amt« nachgewiesen und zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt.

Hoegen gehörte zum Referat IV A und u. a. zur Sabotage-Kommission des ebenso berüchtigten Kriminalinspektors Kütter[168].

1953 wird Hoegen aus der Haft entlassen und wohnt bis 1955 in der Friedrich-Ebert-(heute: Hospital-) Strasse 9[169].

»für tot erklärt«

Emigration in die Sowjetunion, 1933

Drei Troisdorfer sind in die Sowjetunion ausgewandert: zwei Männer und eine Frau. Die UdSSR war für sie das naheliegende Auswanderungsland - sie (d.h. nur die Männer) waren Mitglieder der KPD oder standen ihr nahe.

Hans Götz, Jahrgang 1899, ist bereits 1930 als KPD-Redner im Lokal Königsfeld in Oberlar aktenkundig geworden[170]. Anfang 1932 ist er an einer der damals üblichen Strassenschlachten (in Wahlscheid) beteiligt und wird verhaftet. Am Ende eines Urlaubs von der Untersuchungshaft geht er nicht wieder ins Bonner Gefängnis zurück, sondern taucht am 17. Februar 1932 unter[171].

Zwei Jahre später vermutet Bürgermeister Reinartz ganz richtig, dass sich Götz in der Sowjetunion aufhält[172]. Die Postsperre, die am 21. September 1933 gegen seine Frau Wally verhängt wird, fängt in den folgenden Tagen einen Brief von Hans ab. Offenbar gegen Ende eines Kuraufenthaltes auf der Krim schreibt er, dass er eine Ruhr-Infektion, die er sich in Swerdlowsk zugezogen habe und durch die er auf 56 kg abgemagert sei, gut überstanden habe; die Ärzte hätten ihm von einem weiteren Aufenthalt im Ural abgeraten und das Klima der südlichen Sowjetunion (Krim, Kaukasus, Wolga-Republik) empfohlen. Hans bittet

seine Frau, die Kinder Ingeborg (11 Jahre) und Wilhelm (9 Jahre) zu grüssen: *Haben sie mich noch nicht vergessen? Mit vielen Grüssen und Küssen Dein Mann*. [173]

Die letzte Nachricht von Hans ist vom Dezember 1933[174]. Beigeordneter Braschoss nimmt im März 1934 an:

> Es liegen nicht die allergeringsten Anzeichen dafür vor, dass Götz mit seiner Ehefrau noch in irgend welcher Verbindung steht.[175]

Die Postsperre wird daraufhin von Landrat Buttlar am 27. März 1934 aufgehoben[176].

Briefe von Frau Götz an die deutsche Botschaft in Moskau (1935) und an die sowjetische Botschaft in Berlin (1936) bringen keinen weiteren Hinweis auf den Verbleib von Hans[177]. Nach dem Krieg wird er auf Antrag seiner Frau vom Amtsgericht Siegburg *für tot erklärt. Als Todestag ist der 31. 12. 1948 festgestellt.*[178]

»die Einschaltung der Moskauer Sendungen vorerst unmöglich«

Radios in Kommunistenhand, 1933-34

Die Familie Götz wohnte damals in einer Mansardenwohnung in dem Schulgebäude[179] an der Kirchstrasse. Als Frau Götz im Herbst gegenüber der Gemeinde als Vermieterin in Mietrückstand gerät, lässt der Beigeordnete Steinmetz ihr Radio pfänden[180]. Frau Götz spricht daraufhin zunächst mit Bürgermeister Reinartz, schreibt dann auf seinen Rat hin an Landrat Buttlar. Sie bittet um die Rückgabe des Radios, das seinerzeit 65 RM gekostet habe und von den Ersparnissen der beiden Kinder angeschafft worden sei[181]. Sie selber sei nie KPD-Mitglied gewesen, ihr Mann sei schon seit zwei Jahren in der Sowjetunion[182].

In seiner Stellungnahme zu dem Gesuch behauptet der Beigeordnete Steinmetz, dass das Radio »manipuliert« sei[183].

Was darunter zu verstehen ist, hat Steinmetz bereits im Sommer 1933 dem Landrat gesteckt: Die Kommunisten besässen *auffallend gute und moderne Radioempfangsgeräte*, die den Empfang des Moskauer Senders (montags bis donnerstags, 22-23 Uhr) ermöglichten. Steinmetz wusste damals auch schon Abhilfe:

> Die hiesige Stelle ist dazu übergegangen, die Apparate durch einen Sachverständigen, den Funkwart der NSDAP, durch Anbringen einer Sperre für hohe Wellen, zu denen auch die Moskauer Sender gehören, unbrauchbar zu machen. Hierdurch ist eine Einschaltung der Moskauer Sendungen vorerst unmöglich zu machen. [184]

Im Fall der Frau Götz gibt Steinmetz zu bedenken, dass der Kommunist Christian R. Frau Götz hin und wieder besuche; solange der aber in Schutzhaft sei, habe er - Steinmetz - nichts dagegen, dass das Radio zurückgegeben werde[185].

Thiel vom Landratsamt verfügt zwar noch am 5. Dezember 1933: *Soll beschlagnahmt bleiben! Antragstellerin entsprechend zu bescheiden!*[186], trotzdem wird das Radio bald darauf Frau Götz zurückgegeben - obwohl die Mietschulden noch nicht beglichen worden sind[187].

Auch R.s Radio ist im August 1933 wegen rückständiger Hundesteuer und Miete von der Gemeinde eingezogen worden[188]. Nach einem Jahr - R. war mehrmals in Schutz- oder

Untersuchungshaft - beantragt er im Oktober 1934 bei der Gemeinde die Herausgabe des Radio[189]. Bürgermeister Reinartz gibt unumwunden zu, er habe es

> damit gar nicht eilig gehabt, weil ich verhindern musste, dass R. in politischer Hinsicht den Apparat benutzte, um staatsfeindliche Mitteilungen zu empfangen bezw. zu verbreiten. [190]

Nachdem sich R. an den Landrat gewandt hat, weist der die Gemeinde an, das Radio herauszugeben. Zuvor repariert der Radiohändler St. *kleine Beschädigungen* für 9,50 RM[191].

»Es kommt schon noch mal besser!«

Peter und Josef Ziert, 1933-1934

In die Sowjetunion emigriert auch Peter Ziert. Er hat 1932 verbotswidrig Flugblätter gegen die Schutzpolizei nachts in Spicher Briefkästen gesteckt[192]. Durch eine Panne wird die Aktion bekannt, noch während Peter unterwegs ist. Er wird von einem Polizeibeamten entdeckt und zunächst auch festgehalten. Aber mit einem gezielten Boxhieb schlägt der sportliche Peter den Polizisten nieder und entkommt in die Nacht. In den folgenden Monaten hält er sich bei Freunden in Köln-Mülheim versteckt. Der jüngere Bruder Heinrich[193], damals 17 Jahre alt und Fussballer bei Sparta Sieglar, trifft Peter noch einmal unverhofft bei einem Fussballspiel in Hürth-Gleuel.

Peter, der fliessend englisch und französisch spricht, kommt nicht mehr nach Hause, sondern emigriert nach dem 30. Januar 1933 über die Niederlande in die Sowjetunion. Im Oktober 1933 schreibt er aus Kunzewo, einem Vorort von Moskau, einen Brief an seine Eltern in der Horst-Wessel-(heute: Ohm-)Strasse, der aber von den Behörden abgefangen wird[194]:

> Erhalte von Onkel[195] soeben die Mitteilung, dass Pap[196] wieder frei ist. Nun Pa, sei also gegrüsst in der sogenannten Freiheit, hoffentlich sind die Folgen der Haft nicht allzu nachhaltig auf deinen Körper [...]. Onkel teilt mir noch mit, dass Käthy[197] noch immer sitzt [...]. Sie hat doch nichts mit meinen Angelegenheiten zu tun gehabt. [...]

Peter schreibt weiter, dass er jetzt in der KIM-Nadelfabrik 300 Rubel verdiene. Im Juli habe er zwei Briefe an sie geschickt; am 30. Oktober, zwischen 18. 30 und 20.00 »deutscher Zeit«, wolle er bei der befreundeten Familie Bröhle[198] anrufen[199].

Auf einer Ansichtskarte aus Moskau (Park der Kultur und Erholung: Parade der Sportler), datiert vom 24. Oktober 1933, erinnert Peter an seinen Anruf:

Vergesst nicht den 30. 10. abends 6 - 8 bei Bröhle am Telefon![200]

Briefe und Karte werden von der Post abgefangen und an den Landrat abgeliefert. Die Gestapo Köln, an die Thiel den Brief schickt, verfügt am 26. Oktober:

> Der anliegende Brief ist wegen seines propag[andistischen] Inhalts polizeilich zu beschlagnahmen. Ich bitte, das in dem Brief angekündigte Telefongespräch in Verbindung mit der zuständigen Postverwaltung abhören[201] zu wollen. Den Angehörigen des Z. ist über dieses Telefongespräch keine Mitteilung zu machen[202].

Noch eine weitere Ansichtskarte hat Peter Z. im Oktober 1933 nach Troisdorf geschickt: Paul Münster, Ursulaplatz 1, ist der Adressat der Karte, die auf der Bildseite des Sucharew-Turm in Moskau zeigt; Peter schreibt:

> Werter Herr M[...]!
>
> Wir senden Ihnen ein R[ot] F[ront] trotzalledem und bleiben dieser Fr[aktion] auch weiter treu. Von anderen können wir das ja nicht sagen. Aber es kommt schon noch mal besser.
>
> Ziert P[eter]
>
> Ich komme wieder. Artur K[?][203]

Auch diese Karte hat den Adressaten nie erreicht - abgesehen davon, dass M. damals im KZ sass -, sondern ist in die Akten des Landrats befördert worden.

Wie man Briefe heimlich und schnell öffnet, ohne dass der Empfänger *durch zurückgebliebene Spuren einer ungeschickten Öffnung gewarnt wird*, erfahren die Landräte im November 1934 von kompetenten Leuten. Verfasser dieses Leitfadens (*Missstände bei der Postkontrolle*) ist die Gestapo Köln[204].

Die in Peters Brief erwähnte »Käthy« ist seine Verlobte Katharina L., die Tochter des Schreiners L. aus der Hippolytusstrasse. Sie wohnt ebenfalls in der Horst-Wessel-Strasse, im Haus Nr. 9. Am 15. Juli 1933[205] wird sie verhaftet; im September 1933 ist sie im Klingelpütz; Ende Oktober 1933 wird Katharina - wie alle weiblichen Schutzhäftlinge im Amtsbereich des Oberpräsidenten Koblenz - auf Anweisung des preussischen Innenministers Hermann Göring[206]- in das »Häftlingslager« Brauweiler verlegt[207]. Aus dem »Konzentrationslager« Brauweiler wird sie am 22. Dezember 1933, um 17.30 Uhr entlassen[208], nachdem sie eine »Verpflichtungserklärung« unterschrieben hat, jeden Kontakt mit Staatsfeinden zu unterlassen und keine Schadensersatzansprüche zu stellen[209].

Nach ihrer Freilassung taucht wieder Polizei vor Katharinas Wohnung auf, findet die junge Frau aber dort nicht vor. Heinrich Ziert, Peters Bruder, der die Beamten gesehen hat, steigt unauffällig auf sein Fahrrad und radelt los: Er weiss, dass Katharina sich gerade bei Freunden aufhält, und verhindert, dass sie noch einmal in ihre Wohnung zurückkehrt. Noch in der Nacht radeln die beiden nach Köln, wo Katharina einen Zug nach Rotterdam nimmt. Über Schweden und Finnland folgt sie ihrem Verlobten in die Sowjetunion[210].

Im März 1934 vermutet Landrat Buttlar die junge Frau in Rotterdam[211]. Im Juni 1934 schreibt sie zusammen mit Peter Ziert einen Brief aus Kunzewo an ihre jüngere Schwester Johanna (»Hanni«), dem sie ein neues Passfoto[212] beilegt[213]. Brief und Foto werden von der Gestapo Köln zu den Akten genommen[214]. Peter galt seiner Zeit als verschollen, es war allerdings zu vermuten, dass er die stalinistischen Säuberungen nicht überlebt hat.

Und in der Tat: Inzwischen haben Nachforschungen der Bundesstiftung Aufarbeitung ergeben, dass Peter am 29.12.1938 in Butowo als deutscher Spion verurteilt und hingerichtet worden ist. Seine Witwe und seine Tochter haben die sibirischen Lager des Gulag überlebt, sind aber inzwischen auch verstorben[215].

Zwei weitere Mitglieder der Familie Ziert geraten in die Maschinerie der Nazis: Der schon erwähnte Bruder Heinrich und der Vater Josef Ziert. Er wird am 13. März 1933 in Schutzhaft genommen. Als Betriebsratsvorsitzender der RWS in den 20er Jahren und Gründer des ASB

war er - wie viele andere prominente Sozialdemokraten - nach den Gemeindewahlen vom 12. März praktisch vogelfrei. Wie manche andere auch legt Josef Ziert am 17. Mai beim Regierungspräsidenten Beschwerde gegen die Schutzhaft ein; der weist sie nach fünf Wochen(!) als »unbegründet« zurück[216].

Mitte Juli 1933 ist Josef Ziert - neben Josef K., Peter Kl. und Albert Kr. - zunächst einer der 26 Schutzhäftlinge aus dem Siegkreis, *die für die Überweisung in ein Konzentrationslager*[217] *in frage kommen*. Bis auf Kl. werden die Troisdorfer bzw. Sieglarer nach und nach aus den Listen gestrichen, K. (Jahrgang 1886) und Ziert (Jahrgang 1888) möglicherweise wegen ihres Alters.

Hinzu kommt gewiss auch, dass der für Ziert und Kr. zuständige Sieglarer Bürgermeister Jakob Hörsch[218] in seiner Juli-Aufstellung der Schutzhäftlinge bemerkt: Gegen die Entlassung dieser beiden

> bestehen keine Bedenken, da m[eines] E[rachtens] die Voraussetzungen für die Schutzhaft heute nicht mehr vorliegen.[219]

Zu einer Entlassung von Ziert hat diese Bemerkung freilich nicht geführt: Er kommt erst am 3. Oktober 1933 frei.

Josef Ziert ist - nach den Akten - der einzige Schutzhäftling in Siegburg, der sich während seiner Haft von März bis Oktober nicht mit seiner Lage abfindet. Während andere - Sozialdemokraten wie Kommunisten - teilweise weinerliche Bettelbriefe an den Landrat schreiben, allem abschwören und sich als verhinderte Nationalsozialisten oder todkranke Männer hinstellen, beantragt Ziert im Juli keck eine neue Hose und fordert besseres Essen[220]. Die Beamten des Gefängnisses schmettern dieses Ansinnen etwas sauertöpfisch ab - nicht ohne darauf hinzuweisen, dass Zierts Körpergewicht von 69,5 kg (März) auf 71,5 kg (August) gestiegen sei[221].

Während der Schutzhaft des Vaters muss die Familie Ziert mehrmals Hausdurchsuchungen über sich ergehen lassen, vornehmlich in den frühen Morgenstunden. Noch lange vermutet die Gestapo, dass Sohn Peter noch einmal nach Hause komme; vielleicht ist es aber auch nur Schikane, dass die Brüder Heinrich und Jakob jedes Mal - aus dem Schlaf gerissen - die Brust frei machen müssen, damit sich die fremden Polizisten vergewissern konnten, ob nicht doch der gesuchte Peter, dessen Brust stark behaart war, unter der Bettdecke steckte[222].

»Böswillige Verächtlichmachung des Reiches«

Lieder gegen den Strich, 1933

An einem warmen Samstagnachmittag im Mai 1933 gerät schliesslich auch der 17jährige Heinrich Z. in die Fänge der Nazis. Er ist auf Besuch in der Nachbarschaft in der Homberg-Siedlung, bei Albert Kr., Fussballer wie er, wenn auch in der Seniorenmannschaft[223]. Es ist etwa 14:30 Uhr, aus dem Radio ertönen laut das Deutschland-Lied und das Horst-Wessel-Lied[224]. Albert, Mitglied im Arbeitersportverein, aber nicht in der KPD, singt das zweite Lied mit - aber nicht die braune Version, sondern eine andere. So ist denn zwischendurch zu hören:

*Es schaun aufs Hakenkreuz hoffnungs**los** Millionen*

und:

*Bald flattern **Moskau**-Fahnen über allen Strassen.* [225]

Dies vernehmen durch die offenen Fenster auch zwei Parteigenossen, einer in der Wohnung über Kr., einer in der Wohnung über Eck in der Sieglarer Strasse. Letzterer geht am Montag zum Bürgermeisteramt nach Sieglar und zeigt die beiden munteren Sänger an[226]. Albert Kr. und Heinrich Z. werden vernommen, ebenso die Nachbarn[227]; am Dienstag beantragt »Staatskommissar« Hörsch Schutzhaft für die beiden wegen Vergehen gegen § 134 a des Strafgesetzbuches: »böswillige Verächtlichmachung des Reiches und seiner Farben und Flaggen«[228]. Noch am selben Tag verfügt der Landrat die Schutzhaft[229].

Am 3. August werden Z. und Kr. aus der Schutzhaft entlassen[230] - zur Gerichtsverhandlung. Der minderjährige Heinrich wird zu sechs Tagen Haft verurteilt, Kr. zu acht Tagen[231]. Heinrich bekommt einen Vormund, natürlich einen Pg. Die DAG lehnt eine Anstellung Heinrichs ab; jener Bürgermeister Hörsch aber verwendet sich für den jungen Mann bei einer Porzer Firma. Es kommt aber nicht mehr zu einer Einstellung, Heinrich wird zur Wehrmacht eingezogen.

Vater Josef, der nach der Schutzhaft lange arbeitslos ist, wird schliesslich Vertreter einer Wuppertaler Textilfirma und bleibt es auch noch nach 1945. Am 17. März 1961 wird er bei einem Verkehrsunfall getötet.

Freispruch mangels Beweises

Der erste Hochverratsprozess, 1934

Matthias Odenthal war Doktor der Staatswissenschaften und Sozialdemokrat - in damaligen Zeiten und in unserer Gegend sicher eine seltene Kombination: Die SPD war eine Arbeiterpartei, und ein Akademiker war »normalerweise« national und konservativ.

Matthias war das siebte von 10 Kindern des Mondorfer Rheinschiffers Hilarius Odenthal[232], geboren 1896. Er arbeitet sich in Kursen und Prüfungen - nach Feierabend - empor, bis er 1932 an der Universität Köln promoviert wird. Gleichzeitig arbeitet er (bis Oktober 1929) bei der DAG; dort ist er Betriebsratsmitglied von 1921 bis 1925. 1929 und 1930 ist Odenthal Kreisvorsitzender der SPD. Nach der Promotion arbeitet er vom 15. November 1932 an beim Arbeitsamt Köln.

Hitler kommt an die Macht.

Odenthal kandidiert bei den Gemeindewahlen am 12. März 1933[233] für die SPD und wird auch gewählt[234]. Am Montag nach der Wahl wird er wie andere Sozialdemokraten verhaftet. In der Schutzhaft erhält er die Kündigung seines Arbeitgebers zum 31. März 1933[235]. Am 8. April wird Odenthal entlassen[236], Ende April hat er die Übernahme des Mandats im Gemeinderat abgelehnt[237], am 11. Mai legt er es endgültig nieder[238].

Odenthal, der eine Familie zu ernähren hat, muss sich wie viele andere in seiner Lage, nach einem neuen Arbeitsplatz umsehen. Dies ist seine Absicht - das glaubt ihm später das Oberlandgericht Hamm -, als er sich im Herbst 1933 mit alten Genossen aus dem Köln-Aachener Raum in Eupen (Belgien) trifft:

> […] Bei der Unterredung wurden u. a. auch politische Fragen, insbesondere die Herausgabe politischer Zeitungen, erörtert. Welche Bedeutung im übrigen diese Unterredung gehabt hat und wie Odenthal sich an ihr beteiligt hat, konnte in der Hauptverhandlung nicht mit ausreichender Sicherheit festgestellt werden. Nach der Angabe der Angeklagten Odenthal und Z[…] wurde die Zusammenkunft veranstaltet, um dem Angeklagten Odenthal die Möglichkeit einer Existenz im Auslande zu verschaffen[239].

Dass Odenthal am 27. September 1934 wie sechs weitere Angeklagte freigesprochen wird[240], ist gewiss auf sein Geschick in der Hauptverhandlung, auf die Solidarität der Genossen und auch ein wenig auf Glück zurückzuführen. Man darf aber auch nicht übersehen, dass das Gericht sich bei der Bewertung der Aussagen in etwa noch an die alten rechtsstaatlichen Grundsätze hält.

Die zwei Hauptangeklagten erhalten je zwei Jahre Gefängnis wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verbrechen »gegen die Neubildung von Parteien«.

Nach 1945 arbeitet Odenthal wieder in der Arbeitsverwaltung, von 1948 bis 1961 ist er Leiter des schleswig-holsteinischen Landesarbeitsamtes in Kiel. Nach seiner Pensionierung 1961 ist er noch einige Monate bis zu seinem Tod am 5. November 1962 Sprecher der Troisdorfer SPD-Ratsfraktion und Ortsvereinsvorsitzender[241].

»nur untergeordnete Mitglieder der KPD«

Der zweite Hochverratsprozess, 1935

Gegen 15 Kommunisten aus Troisdorf und Umgebung verhängt der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht am 9. Januar 1934 Haftbefehl - man ist versucht zu sagen: »normalen« Haftbefehl. Den 15 wird Vorbereitung zum Hochverrat vorgeworfen[242], die Standard-Anklage gegen Kommunisten oder Sozialdemokraten. Die Hintergründe, soweit sie über das übliche hinausgehen, sind nicht vollständig zu klären, weil inzwischen keine Zeitzeugen mehr leben; einigen Bemerkungen ist zu entnehmen, dass sich im Sommer/Herbst 1933 Troisdorfer Kommunisten, die die Nazis vergessen oder übersehen hatten, sich im Wald, in der Nähe der »Eremitage«, getroffen und über Politik geredet hatten. Eine Teilnehmerin dieser Runde soll geredet und damit die Gruppe haben auffliegen lassen.

Genaueres wäre dem Urteil und der Begründung zu entnehmen; die Akten sind aber unzugänglich. Das Urteil ist erhalten und befindet sich im Zentralen Staatsarchiv Potsdam (DDR). Der Bestand »Oberreichsanwalt/Volksgerichtshof« steht aber nicht *für die Auswertung durch ausländische Forscher zur Verfügung*.[243]

Verurteilt werden schliesslich zwei Personen: Margarete Ke. und Peter K. : Je zweieinhalb Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust verhängt der 1. Senat des Volksgerichtshofs in Berlin am 13. Juli 1935[244].

Der WB, der den Urteilsspruch meldet, kennzeichnet die Strafe als milde, weil es sich bei den beiden *nur um untergeordnete Mitglieder der illegalen Organisation* der KPD handele, die im September 1933 den Versuch unternommen hätten, die KPD wieder aufzubauen, dabei *aber keinen wesentlichen Schaden angerichtet* hätten. *Schon am Abend* des 13. Juli war das Berliner Urteil in *komm[unistischen] Kreisen allenthalben bekannt*.[245]

K. sitzt seine Strafe in Siegburg ab, arbeitet nach 1937 beim Autobahnbau im Siebengebirge und ist nach 1942 beim Strafbataillon 999 in Griechenland eingesetzt[246].

»Macht euch keine Sorgen, auch ich kehr' einst zurück.«

Troisdorfer Moorsoldaten, 1933-1935

Um die immer noch übervollen regulären Gefängnisse zu entlasten, auch um nicht müssige Kostgänger durchzufüttern - so hätte man damals gesagt -, kommen die Nazis bald auf die naheliegende Idee, die Schutzhäftlinge arbeiten zu lassen, und zwar in den menschenleeren Moorflächen des Emslandes. Nebenbei war damit auch ein Grossteil der Häftlinge den Augen und Ohren der Öffentlichkeit entzogen[247].

So erreicht denn Ende Juni 1933 den Landrat ein Befehl, 25 »voll arbeitsfähige« Schutzhäftlinge für einen Transport am 10. Juli auszuwählen, später weitere[248]. Also macht man sich im Landratsamt ans Sortieren und Listenschreiben; für unseren Bereich bleiben zum Schluss hängen:

Paul Münster, Jahrgang 1893, Ursulaplatz 1 und
Peter Kl., Jahrgang 1911, Langenstr. 56 (FWH)[249].

Kl. war Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes (KVJD) in Friedrich-Wilhelms-Hütte gewesen. In der elterlichen Wohnung hat die Polizei am 21. Juni 1933 »Druckschriften, Lektüre, Aufklebezettel« gefunden[250]. Mendens Bürgermeister Söntgen verlangt »Inschutzhaftnahme« am Hütter Kirmessonntag, dem 23. Juni[251], die dann auch erfolgt. Seit dem 24. Juli[252] ist Kl. im KZ Dörpen[253], später im KZ Börgermoor, von wo aus er am 22. Dezember 1933 entlassen wird[254].

Münster[255] war sicher einer der massgebenden Männer in der Troisdorfer KPD[256]. Von Zeitzeugen wird hervorgehoben, dass er es verstand, in Versammlungen oder auf Kundgebungen flammende und begeisternde Reden zu halten.

Kein Wunder also, dass er unter den ersten ist, die nach dem Reichstagsbrand verhaftet werden. Am 16. Juni 1933, als die SA die Wohnungen der Kommunisten nach der illegalen KPD-Zeitung »Rote Fahne« durchsucht, wird Münster erneut verhaftet[257]. Ein Tipp ist auch von dem »Abwehrbeauftragten« der DAG, Bo., gekommen: Er hat dem Landrat die Wohnung Münsters am Ursulaplatz als ständigen konspirativen Treff (»Geburtstags- und Namenstagsfeiern«) angezeigt[258].

Während die ersten Gefangenen aus Brauweiler kurz vor Weihnachten 1933 entlassen werden[259] oder andere im Januar 1934 in Untersuchungshaft[260] nach Essen kommen, fehlt von Münster zunächst jedes Lebenszeichen. Seine Frau wendet sich Ende Januar/ Anfang Februar 1934 an Bürgermeister Reinartz[261], ebenso an Pfarrer Kenntemich, um über sie wenigstens den Aufenthaltsort ihres Mannes zu erfahren und um seine Freilassung zu bitten. Zu diesem Zeitpunkt war Münster noch in Brauweiler; erst Mitte März 1934 teilt der Leiter des KZ Brauweiler dem Landrat mit, dass nach Auflösung von Brauweiler zwei Männer aus dem Siegkreis in das KZ Papenburg gebracht würden[262]. Der Regierungspräsident schreibt an Frau Münster am 26. Februar 1934[263] und Pfarrer Kenntemich am 4. April[264], dass Münster *aus sicherheitspolizeilichen Gründen* nicht entlassen werden könne.

Zu Ostern 1934 schickt Paul Münster seiner Familie selbstgebastelte Postkarten[265] als Festtagsgrüsse aus dem Moor[266]. Im April 1935(!) schreibt Bürgermeister Reinartz in seinem »Stimmungsbericht«: *Der letzte Schutzhäftling ist inzwischen entlassen worden.*[267] Ob damit Münster gemeint ist, konnte nicht geklärt werden; seine Tochter meint, er sei 1934 entlassen worden[268]. Als ihr Vater nach Hause kommt, ist er am Kopf schwer verletzt, hinter dem rechten Ohr klafft eine tiefe Wunde, auf dem Rücken sind Striemen zu sehen; in der Bonner HNO-Klinik wird Münster behandelt. Noch mehrere Male taucht die Gestapo bei der Familie Münster auf, nimmt Paul für Stunden oder Tage mit, z. B. am 23. Dezember 1943. Am 6. Mai 1944 stirbt Münster, der inzwischen Soldat geworden war, während eines Artillerieangriffes in Russland.

DAS ENDE DES GEMEINDERATES 1933

Welcher Geist künftig durch das Troisdorfer Rathaus wehen soll, führen die Nazis nach der Reichstagswahl, aber noch vor der Gemeindewahl allen Mitbürgern deutlich sichtbar vor Augen: Am 7. März hissen sie vormittags - angeblich auf höhere Anordnung[269] - auf dem Rathaus[270] an der Poststrasse die Hakenkreuzfahne: Juristisch und protokollarisch ist es (noch) ein Unding, eine Parteifahne auf einem öffentlichen Gebäude hochzuziehen. Freilich sind die Troisdorfer Nazis nicht die einzigen, die das tun; solches ist aus anderen Orten[271] auch überliefert. Sie tun auch nur das, worum der neue preussische Innenminister Hermann Göring scheinheilig gebeten hat:

> In der Freude über den ausserordentlichen Wahlerfolg [bei den Reichstagswahlen] hat die Bevölkerung vieler Orte das Hissen der Hakenkreuzfahne auf staatlichen und kommunalen Dienstgebäuden gefordert und durchgesetzt. Ich bitte, dieser verständlichen Volksstimmung in den nächsten Tagen Rechnung zu tragen. [272]

Der Bürgermeister von Bad Godesberg, Zander, allerdings hat noch am 27. Februar die auf der Godesburg aufgezogene Fahne entfernen lassen und Strafantrag gegen die Godesberger NSDAP wegen Hausfriedensbruch[273] gestellt. Aus Troisdorf ist vergleichbarer Widerstand nicht überliefert.

Hakenkreuzfahne hin - Hakenkreuzfahne her: Die Gemeindewahl am 12. März bringt den Nazis in Troisdorf einen schönen Erfolg: Sie sind jetzt zum ersten Mal im Gemeinderat vertreten, und zwar mit fünf Gemeindeverordneten (GV):

Nikolaus Ihrlich
Wilhelm Pütz
Peter Reinartz
Arthur Schellberg
Peter Steinmetz

Damit stellen sie nach dem Zentrum (8 GV) und mit der »Gemeinnützigen Interessengemeinschaft«, hinter der sich der Haus- und Grundbesitzerverein versteckt[274], die zweitstärkste Fraktion[275]. Aber bezogen auf die Reichstagswahl vom Sonntag zuvor haben die Nazis - wie andere Parteien auch - beträchtlich an Stimmen verloren: Von 1. 663 (RT) ist das Stimmenaufkommen auf 1. 146 (GR) gesunken. Und von den 22 Sitzen des

Gemeinderates stellt die NSDAP mit ihren 5 keineswegs eine irgendwie beeindruckende Mehrheit dar. Wie im Reichstag auf die DNVP und das Zentrum, so sind die Nazis auch im Troisdorfer Gemeinderat auf den guten Willen der ansonsten so verhassten Parteien der »Weimarer Systemzeit«, vor allem des Zentrums, der Partei des politischen Katholizismus, angewiesen.

Die Linke, im Gemeinderat mit drei Sitzen vertreten (Odenthal und Schneider, SPD; Saal, KPD), kann schon nicht mehr mitreden, weil diese drei am Tag nach der Wahl, am 13. März, verhaftet werden. An der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates am 4. April sind sie nicht beteiligt: Odenthal wird erst am 8. April entlassen[276]; Saal, bereits am 30. März entlassen[277], darf nach einem besonderen Runderlass des preussischen Innenministers vom 20. März nicht mehr an der Sitzung teilnehmen, da alle Vertreter der KPD

> sämtlich unter dem Verdacht des Hochverrats stehen. Ihre Ladung hat daher zu unterbleiben.[278]

Saal verzichtet am 2. April auf die Wahrnehmung seines Mandats; Schneider ist *abwesend m[it] E[ntschuldigung]*[279].

Die bürgerlichen Parteien sind also bei der ersten Sitzung des Gemeinderates unter sich. Was damals passierte, kann man im Protokoll und in drei Zeitungsberichten nachlesen:

[1. SIEGBURGER ZEITUNG:]

> T r o i s d o r f, 6. April. Leider[,] möchte man sagen, war der prachtvoll geschmückte Thiesensche [Saal] viel zu klein [,] um alle die Erschienenen zu fassen, die der Einladung zur Eröffnung des Troisdorfer Gemeinderats gefolgt waren. Ausser den Oberklassen der Schulen waren die hiesigen Vereine, Verbände und sonstige Korporationen mit Fahnendeputationen vertreten. Unter den Erschienenen bemerkte man als Ehrengäste u. a. Regierungsassessor Dr. Thiel und Kreisdeputierter Herchenbach als Vertreter der Kreisverwaltung, sowie verschiedene massgebende Persönlichkeiten der hiesigen Fabriken. Eine solche gewaltige u[nd] eindrucksvolle Feier wie diese hat Troisdorf wohl noch selten gesehen.
>
> Nach den einleitenden Musik- und Gesangvorträgen, dem Prolog, gesprochen von einem SA. -Mann, eröffnete der Bevollmächtigte der Nationalen Regierung, Herr Naas, die Feier und gab in kurzen Zügen die Ziele der Nationalen Regierung bekannt. Nun ergriff Bürgermeister Langen das Wort zur Begrüssung der Ehrengäste und der Erschienenen. Er gelobte der neuen Regierung die Treue der Gemeinde, ermahnte die neuen Gemeindeverordneten[,] getreu ihre Pflicht zu tun[,] und bat aber auch die Erschienenen[,] ihrerseits Vertrauen zur Verwaltung zu haben, damit die Gemeinde als Urzelle des Staates gedeihe und mit der Gemeinde der Staat und das Vaterland. Anschliessend nahm er die Verpflichtung der G[emeinde]V[erordneten] vor. Einsprüche gegen die Wahl[280] waren nicht erfolgt.
>
> Aus der nun getätigten Wahl der Beigeordneten und Kommissionen gingen hervor: Beigeordnete: Steinmetz Pet[er], Hagen Amandus, Dr. Karl Mannstaedt und Braschoss Franz; [es folgen die Kommissionen und ihre Mitglieder].

Dem Antrag, die Poststrasse Adolf-Hitler-Strasse zu benennen, wurde zugestimmt[281]. Ebenfalls wurde dem Antrag stattgegeben, dem Reichspräsidenten v[on] Hindenburg und dem Reichskanzler Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Weiter folgten nun die Reden der einzelnen Fraktionsführer, die ebenfalls der neuen Regierung treue Mitarbeit gelobten zum Wohle der Gemeinde und des Vaterlandes. Damit nahm die eindrucksvolle Feier, die von Musikvorträgen einer SA- und einer Stahlhelmkapelle, sowie von Gesangsvorträgen des MGV Caecilia umrahmt war, ihr Ende.

[2. Kölner Stadt-Anzeiger:]

Die erste Gemeinderatssitzung

Erhebender Verlauf. - Alle Beschlüsse einstimmig gefasst. - Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Hitler Ehrenbürger. - Die Poststrasse in Adolf-Hitler-Strasse umgenannt.

Wir haben in den letzten Wochen manchen erhebenden Akt des nationalen Deutschland erlebt. Wer aber gestern die erste Gemeinderatssitzung miterlebt hat, kann nur in den Worten des Gemeindeverordneten TAUBE[282] mit einstimmen, der sagte: Solche Stunden habe ich noch nicht erlebt, aber auch solche Stunden vergisst man in seinem Leben nicht. Damit ist wohl in den paar knappen Zeilen dem Ganzen der Stempel des Erhebenden aufgedrückt.

Lange vor Beginn war der grosse Saal Thiesen, von dem vor Jahren hier in Troisdorf die Bewegung[283] ihren Ausgang nahm, von allen Ständen der Bevölkerung besetzt. Aber immer noch kommen neue Scharen, sodass, als die Vereine mit ihren Fahnen einmarschierten, bereits ein beängstigendes Gedränge herrschte. Der Saal selbst, mit den Fahnen Schwarz=weiss=rot, der Hackenkreuzfahne[sic!] und den Landesfarben geschmückt, machte einen feierlichen Eindruck. Lorbeerbäumen[!] und frische Blumen umstanden die Bilder des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers.

Nach einem Prolog eröffnete Herr NAAS, Bevollmächtigter der Nationalen Regierung, die erste Gemeinderatssitzung, zugleich alle geladenen Gäste und Erschienenen aufs herzlichste begrüssend[284] und der Gefallenen des Weltkrieges gedenkend.

Bürgermeister LANGEN nahm dann die Verpflichtung der neugewählten Gemeindeverordneten vor, nachdem er vorher in einer kurzen Ansprache auf den Sinn und die Bedeutung der Zusammenkunft hingewiesen hatte. Er bat alle Bürger, ihrerseits auch alles Trennende zu vermeiden und alles einzusetzen für die geliebte Heimatgemeinde und das gemeinsame Vaterland.

Die zu erledigenden Punkte der Tagesordnung fanden schnell ihre Erledigung. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefasst und setzen sich die verschiedenen Kommissionen wie folgt zusammen:

Beigeordnete

Steinmetz Peter, Hagen Amandus, Dr. Mannstaedt Carl, Braschoss Franz.

[Es folgen die Kommissionen und ihre Mitglieder.]

Herr REINARTZ richtete dann einige Worte an die Festversammlung und betonte besonders, dass die N. S. D. A. P. es als ihre heiligste Pflicht ansehe, besonders die Bürger zu schützen, die am bedürftigsten sind. Sein Antrag, dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, fand einstimmige Annahme.

Dr. HAMACHER gab seitens der Zentrumspartei die Erklärung ab, im Sinne ihres Führers Kaas[285] an dem Aufbau tatkräftig mitzuarbeiten und alles Gewesene zu vergessen. Zur Bekräftigung seiner Worte bot er den anderen Fraktionsführern seine Rechte[,] welches dankbar anerkannt wurde.

Herr TAUBE versicherte für sich und seine Freunde, weiter wie bisher zu arbeiten unter dem Motte[!] : Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Viel zur Verschönerung der Feier trug die Cäcilia bei, die mit ihren Liedern Wo die alten Eichen rauschen und Hoffnung der Weihestunde das richtige Gepräge gab.

Aber auch die beiden Musikchöre, die Stahlhelmkapelle Troisdorf und die S. A. =Kapelle dürfen nicht vergessen werden. Ihre Weisen waren dem ganzen angepasst und wurden vorwiegend Musikstücke aus vergangenen Zeiten zu Gehör gebracht. Mit dem Deutschlandlied fand die Feier ihren Abschluss. [...][286]

Die Gemeinde sandte folgende Telegramme aus Anlass der Ernennung zu Ehrenbürgern nach Berlin:

Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, Berlin.

Aus Anerkennung und zum Zeichen des Dankes für Ihr hervorragendes Wirken hat die Gemeinde=Vertretung Sie in feierlicher Sitzung einmütig zum Ehrenbürger der Gemeinde Troisdorf ernannt. Der Ehrenbürgerbrief folgt in Kürze.

Gehorsamst:

Der Bürgermeister. Das Beigeordnetenkollegium. Die Gemeindevertretung.

Herrn Reichskanzler Hitler, Berlin.

In feierlicher Sitzung hat der neugewählte Gemeinderat von Troisdorf Sie einstimmig zum Ehrenbürger ernannt. Der Ehrenbürgerbrief folgt in Kürze.

Gehorsamst:

Der Bürgermeister. Das Beigeordnetenkollegium. Die Gemeindevertretung.

[3. Westdeutscher Beobachter:]

Gemeinderatssitzungen im Siegkreis

[...] in Troisdorf

Heute morgen 11 Uhr trat der neugewählte Gemeinderat zu seiner ersten Sitzung zusammen, die in feierlicher und erhebender Form abgehalten wurde. Der Römersaal[287] Troisdorf konnte die Massen, die dieser nationalen Veranstaltung beiwohnen wollten, nicht fassen. Vertreter der Geistlichkeit[288], der

Behörden, Fahnenabordnungen von Verbänden und Vereinen, zahlreiche Ehrengäste, die Schulkinder und viele Bürger füllten den Saal.

Man sah unter anderen den Kreisleiter der NSDAP, Pg. HOFFSTÄTTER M. d. L., den Leiter des Finanzamtes in Siegburg, den Pg. OBERREG[ierungs]RAT KOLLEVE, den Staatskommissar für die Stadt Siegburg, Pg. Willi LEY, von der Kreisverwaltung Herrn Reg[ierungs]Assessor Dr. THIEL und den Kreisdeputierten Herchenbach.

Nach dem feierlichen Einzug der Fahnen, darunter allein vier Hakenkreuz- und eine Stahlhelmfahne, sprach stellvertretender Kreisleiter Pg. GABRIEL SAAL einen Prolog, der die deutsche Nation zur Freiheit und Einigkeit aufrief.

Sodann ergriff der Beauftragte der nationalen Regierung beim Amte Troisdorf, Obersteuersekretär Pg. Nass[289], das Wort zu einer längeren Rede, woran sich eine Ehrung der Gefallenen des Weltkrieges anschloss. Die Musik spielte das Lied vom guten Kameraden, und alles gedachte unserer Gefallenen des Weltkrieges und der Blutopfer unserer Freiheitsbewegung.

Der Männergesangverein Caecilia Troisdorf brachte nun einen wohlgelungenen Chorgesang zu Gehör und erntete für seine Darbietung reichen Beifall.

Hiernach sprach der Bürgermeister von Troisdorf, Herr LANGEN.

Zu Beginn seiner Ausführungen wies er darauf hin, dass es ein Symbol sei, dass das Wappen von Troisdorf heute von dem Hakenkreuzbanner und der Fahne Schwarz-Weiss-Rot umrahmt würde.

Er betonte die BEREITWILLIGKEIT[,] IN EINIGKEIT mitzuarbeiten am Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Dann forderte er die Wiederherstellung der Selbstverwaltung und das Wiederkehren von Sauberkeit und Gerechtigkeit in den einzelnen Verwaltungen.

Zum Schluss gelobte er dem Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, und dem Reichskanzler Adolf Hitler TREUE GEFOLGSCHAFT und brachte ein dreifaches Heil auf diese Führer unseres Volkes aus.

Nun wurde in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Der Bürgermeister verpflichtete die neuen Gemeindeverordneten durch Handschlag. Die Gültigkeit der Wahl wurde einstimmig festgestellt. Ebenso einstimmig wurden die Beigeordneten und die einzelnen Kommissionsmitglieder gewählt. Der Bürgermeister gab ferner bekannt, dass verschiedene Strassenumbenennungen erfolgt seien, und zwar die Poststrasse in Adolf-Hitler-Strasse und die Friedrich-Ebert-Strasse in Claus-Clemens-Strasse.

Der Fraktionsführer der NSDAP, Standartenführer [Peter] REINAR[T]Z, beantragte, den Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, und den Reichskanzler Adolf Hitler zu Ehrenbürgern zu ernennen. Der Bürgermeister befürwortete diesen Vorschlag, der dann auch einstimmig angenommen wurde.

[…]

Nach Schluss seiner Rede sang die Menge begeistert das Horst-Wessel-Lied.

Der Männergesangverein Caecilia sang abermals einen Chor, und jetzt sprach der Vertreter des ZENTRUMS, Dr. [Wilhelm] Hamacher. Aus seinen Ausführungen konnte man die PRINZIPIELLE BEREITSCHAFT zur TÄTIGEN MITARBEIT schliessen.

Der Vertreter der ARBEITSGEMEINSCHAFT[290], Gemeindeverordneter Taube, führte aus, [...] er sei froh, dass die marxistische Herrschaft endlich gebrochen sei, denn die früheren Machthaber hätten jegliche Aufbauarbeit im nationalen Sinne gehemmt. Er und seine Freunde seien bereit, mitzuarbeiten für die Ziele der nationalen Regierung.

Nach Vorträgen der [SA-]STANDARTENKAPELLE 160 und der STAHLHELMKAPELLE schloss der Bürgermeister die in vollster Einmütigkeit verlaufene erhebende Feier.

Der erste Bericht ist aus der SIEGBURGER ZEITUNG (SZ), der zweite aus dem Kölner STADT-ANZEIGER; die beiden können als bürgerliche Blätter betrachtet werden. Der dritte - fast vollständig zitiert - aus dem »Westdeutschen Beobachter« (WB), dem Parteiorgan der NSDAP.

Hier soll nun nicht die Berichterstattung unter journalistischen Gesichtspunkten beleuchtet werden - was auch manche Aufschlüsse brächte: hier interessiert das Verhalten der Politiker. Der WB als parteiische Zeitung muss selbstverständlich mit Vorsicht gelesen werden: Hinter der Maske des nationalen Biedermannes verbirgt sich ein Feind der Demokratie, ein Hetzer. Doch was Einzelheiten angeht, ist der WB erstaunlich exakt. So bleibt festzuhalten:

- Die NS-Prominenz marschiert auf: Kreisleiter, stellvertretender Kreisleiter, der Siegburger Staatskommissar, der Leiter des Finanzamtes;
- die Nazis beherrschen das Programm: Prolog, Musik und Eröffnung werden von ihnen gemacht;
- vier Hakenkreuzfahnen »schmücken« den Saal;
- als erster spricht nicht Bürgermeister Langen, sondern der Staatskommissar Naas, der schlicht eine Propagandarede hält; er eröffnet auch die Gemeinderatssitzung;
- Langen befürwortet die Ehrenbürgerschaft Hitlers[291];
- der Rumpf-Gemeinderat nimmt keinen Anstoss daran, dass die SPD- und KPD-Vertreter fehlen; offensichtlich finden es die Anwesenden in Ordnung, alle Kommissions-/Ausschuss-Posten nur unter sich aufzuteilen.

Der Rentner Felix Taube von der »Gemeinnützigen Interessengemeinschaft« jubelt, dass die *marxistische Herrschaft endlich gebrochen sei* - als ob in Troisdorf die SPD und die KPD jemals »geherrscht« hätten! Aber er hat ja auch das Reich im Sinn, das Vaterland, die Nation ...

Den Anträgen der NSDAP (Ehrenbürgerschaften, Strassennamen) wird »einstimmig« und »freudig« zugestimmt. Heisst das: Mit den Stimmen des Zentrums? Haben sich Dr. Hamacher und seine Fraktion beim Antrag der Ehrenbürgerschaften durch den Namen »Hindenburg« von den Nazis hereinlegen lassen? Haben sie den ersten Reichspräsidenten

Friedrich Ebert (SPD) symbolisch geopfert gegen irgendeinen NS-Märtyrer? Der WB lügt nicht, als er schreibt, dass Hamacher *die prinzipielle Bereitschaft zur tätigen Mitarbeit* erkennen lasse, der STADT-ANZEIGER berichtet ebenso. Auch das offizielle Protokoll formuliert:

> Namens der Zentrumsfraktion sprach Herr Dr. Hamacher. Er betonte, dass die Zentrumsfraktion gewillt und bereit sei, mit den übrigen Fraktionen zusammen zu arbeiten, und bot allen Parteiführern die Hand[292].

Ohne auch nur den Anschein von Widerstand zu erwecken, lassen die bürgerlichen Parteien die Republik fallen. Vielleicht erhoffen sich Hamacher und seine Freunde aus ihrem »Nicht-Dagegen-Sein« irgendwelche Freiräume. Wenn man sagt, »Weimar« sei eine »Republik ohne Republikaner« gewesen, so sind damit auch die bürgerlichen Umfaller gemeint[293].

Meinungsverschiedenheiten hat es im Troisdorfer Zentrum vielleicht doch gegeben: Am 11. Mai treten Alois Müller und Dr. Forsbach von ihren Mandaten zurück; für sie rücken Franz Broermann und W. Lohmar nach[294] - solange, bis auch die restlichen Parteien verboten werden (Juni/Juli 1933).

Der »Stahlhelm«, die Vereinigung der Veteranen des 1. Weltkrieges, hat sich schon mehrmals mit den Nazis zusammengetan:

- am 10. Februar zu einem Fackelzug für den Reichspräsidenten Hindenburg,
- zu einem Konzert im Saal Thiesen[295],
- zur Beerdigung des SS-Mannes Franz Müller in Siegburg[296],
- und zum »Tag von Potsdam«[297].
- Auch am 1. April, als die bereits bekannte Kapelle der SA-Standarte 160 wiederum im Saal Thiesen[298] ein Militärkonzert gibt, dürften »Stahlhelmer« unter den Zuhörern gewesen sein[299].

Bei der dritten Sitzung des Gemeinderates am 21. Juni 1933 haben sich die Reihen weiter gelichtet: Schneider[300] und Udert[301] (SPD) haben ihr Mandat niedergelegt - niederlegen müssen: Auch sie werden den Brief des Landrats erhalten haben, in dem ihnen »aufgegeben« worden ist, sich der weiteren Ausübung ihres Mandats zu »enthalten«[302]. Von dem (NS-) Beigeordneten Steinmetz werden die neuen Zentrumsmitglieder Lohmar und Broermann darauf *aufmerksam [gemacht], dass sie ihr Amt im Sinne des Nationalsozialismus auszuüben haben*.[303] Tags darauf wird die SPD im ganzen Reich verboten[304], am 6. Juli löst Brüning das Zentrum auf[305]; am 14. Juli werden mit dem »Gesetz gegen die Neubildung von Parteien«[306] alle Parteien - ausser der NSDAP natürlich - verboten.

In der vierten Gemeinderatssitzung am 30. Juni 1933 verkündet der neue Bürgermeister Peter Josef Reinartz stolz, er sei nicht gewählt, sondern *mit dem Willen unseres Volkskanzlers Hitler an die erste Stelle der Troisdorfer Gemeinde berufen worden*.[307] Und selbst jetzt noch - Ende Juni 1933 ! -gibt Dr. Hamacher für das Zentrum *die Erklärung loyaler Mitarbeit ab*: Die sieht dann so aus, dass er *wünscht, dass die Kirchstrasse ihrer Bedeutung wegen bei der Herrichtung asphaltiert werde*.[308] Dr. Hamacher wohnt in der Kirchstrasse Nr. 39.

Zur Mitglieder- oder gar Wählerstruktur der Troisdorfer NSDAP im Frühjahr 1933 kann nicht viel Definitives gesagt werden, weil die Quellenbasis schmal ist: Überliefert sind die

Kandidatenlisten zur Gemeindewahl[309] und die Wahlergebnisse für den Reichstag und den Gemeinderat[310]. In der Kandidatenliste überwiegen die »bürgerlichen« Berufe (10 von 16), 6 Kandidaten sind als »Arbeiter« zu betrachten (4 Schlosser, 1 Elektriker, 1 Kraftfahrer). Die 10 »Bürgerlichen« setzen sich zusammen aus 4 kaufmännischen Angestellten, 1 Ingenieur, 1 Landwirt, 1 Gastwirt, 1 Treuhänder, 1 Reichsbahn-Betriebsassistent, 1 Buchhalter. Für Sieglar und Niederkassel sind neuerdings Mitgliederlisten von 1933 bekannt geworden, in denen auch der Beruf bzw. Sozialstatus genannt ist:

Akademiker:	28
Angestellter:	33
Arbeiter:	36
Bauer:	16
Beamter:	25
Freiberufler:	9
Handwerker:	49
Kaufmann:	33
ohne	13
Selbstständiger:	22
Summe:	264

Damit fällt die Zusammensetzung noch nicht aus dem allgemein bekannten Rahmen: Die NSDAP war die *gewaltige Sammelpartei der Mittelschichten*[311], die Partei des radikalisierten und furchtsamen Kleinbürgertums[312].

Die »guten« Bürgerlichen (Lehrer, Ärzte, Fabrikanten) waren im Zentrum[313] oder - wenn sie »nationaler« dachten - im »Nationalen Block«[314]. Eines ist ihnen allen gemeinsam:

- Wenn man verständnisvoll argumentiert: Sie sind auf das »Nationale«, das »Erhebende« bei den Nazis hereingefallen wie dumme Jungen; sie haben den skrupellosen, zielgerichteten, modernen Machtwillen der Nazis unterschätzt, ihnen das gleiche dröge, bürokratische Verhältnis zu Recht und Gesetz unterstellt, das sie selber hatten;
- wenn man scharf mit ihnen ins Gericht geht: In scheinheiliger Kumpanei, in unheiliger Allianz mit den Nazis haben sie dem schon immer ungeliebten Rechts- und Sozialstaat den Dolchstoss versetzt.

DIE BÜRGERMEISTER 1933-1935

»Die Notwendigkeit des gegenseitigen Verstehens«

Matthias Langen

Matthias Langen[315], geboren 1887 in Frechen, Jurist, ist seit dem 19. Mai 1927 Bürgermeister von Troisdorf. Wegen der Zentrumsmehrheit im Gemeinderat ist er wohl dieser politischen Richtung zuzuordnen, wenn er nicht sogar Zentrumsmitglied ist[316]. Beamte wie er werden nach dem 30. Januar 1933 sofort von den Nazis angegangen. Normaler, korrekter

Umgang mit Sozialdemokraten oder Kommunisten bringt schnell den Vorwurf ein, »im Fahrwasser der Marxisten« zu segeln[317].

So ist denn auch weiter nicht verwunderlich, wenn man in Langens Personalakte mehrere Briefe des Oberstaatsanwalts Bonn findet. Irgend jemand nimmt den Bürgermeister im Frühjahr 1933 ins Visier und erstattet Strafanzeige gegen ihn wegen *unvorschriftsmässigen Verhaltens - evtl. liegt Betrug vor*.[318]

Dass Langen nicht besonders glücklich agiert, zeigt u. a. seine schwache Reaktion auf die Vorfälle am 9. /10. März 1933, als er bedrängten jüdischen Geschäftsleuten zu Hilfe eilen will, vor der braunen Gewalt aber kuscht[319].

Ein paar Tage später, am 13. März, dem Montag nach der Gemeindewahl, gerät Langen selbst in arge Not: Wie manche seiner Kollegen in der Nachbarschaft[320] wird er auf Anordnung des *Bevollmächtigten der nationalen Regierung für den Siegkreis*[321] *[...] beurlaubt*.[322]; mit der kommissarischen Wahrnehmung der Amtsgeschäfte wird der Obersekretär We. beauftragt[323]. Diese hemdsärmeligen Entlassungen - etwas anderes ist es nicht - gehen dem Regierungspräsidenten in Köln dann doch zu weit; er sieht die grosse Gefahr, dass durch dieses Wildwest-Personalkarussell *der geordnete Gang der Verwaltung erheblich gestört wird* und teilt den Landräten mit, dass Beurlaubungen seiner vorherigen schriftlichen Genehmigung bedürften; dies möchten sie auch bitte den Mitgliedern der NSDAP weitergeben[324]. Am Donnerstag, dem 16. März nachmittags, erhalten Langen und ein weiterer Beamter der Gemeindeverwaltung die Nachricht, dass die »Beurlaubung« aufgehoben sei[325]:

> Die vielen Wünsche innerhalb aller Kreise der Bevölkerung, die auf der Strasse oder am Biertisch sowie in einer Fülle von Schreiben und Telefonanrufen der Hoffnung Ausdruck gaben, dass Bürgermeister Langen baldigst die Leitung der Gemeinde wieder übernehme, sind am Donnerstagnachmittag in Erfüllung gegangen [...][326]

Am 21. März, dem »Tag von Potsdam« an dem der neugewählte Reichstag in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet wird[327], gibt es wie überall in Deutschland auch in Troisdorf eine grosse Feier. Die »nationalen«, die konservativen Deutschen taumeln schier vor Freude und Begeisterung - worüber eigentlich? Dass wieder ein starker Mann da ist,

- der mit dieser elenden Demokratie aufräumt;
- der die alten, nationalen, deutschen Traditionen achtet (Cut, Uniform, Preussen, Potsdam...);
- ein Kämpfer, kein Schwätzer, Taktierer oder Kompromissler,
- der aber ebenso Ehrfurcht und Gefühl fürs Erhabene kennt (meint man).

In Troisdorf feiern schon am Vormittag die Schulen: die katholischen im Saal Mörsch (Kirchstrasse), die evangelische in der Schule an der Viktoriastrasse. Rektor Friedrichs und Hauptlehrer Schöneshöfer halten die Festreden.

Am Abend veranstalten die »nationalen« Verbände einen Fackelzug, die Musikkapellen spielen, ein Feuer wird angezündet, und Raketen werden abgeschossen. Bürgermeister Langen ruft seine Mitbürger auf, *alles Trennende zurückzustellen* und der neuen Regierung

treue Gefolgschaft zu leisten, bevor zum Abschluss das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied gesungen werden[328].

Dieses Treuegelöbnis wiederholt er (warum eigentlich?) bei der Eröffnungssitzung des Gemeinderates am 4. April[329]. Es fällt auf, dass die protokollarische Eröffnung der »Feier« in Anwesenheit des Stellvertreters des Landrats von Staatskommissar Heinz Naas[330], und nicht von Bürgermeister Langen vorgenommen wird.

Schon das Vorspiel hatte aufhorchen lassen: In ein und derselben Zeitung (STADT-ANZEIGER) sind zwei verschiedene Einladungen zu dieser Gemeinderatssitzung abgedruckt, eine am 27. März, und eine am 1. April[331]:

Die erste Einladung ist korrekt und trocken, der übliche Stoff, mit dem sich Gemeinderäte in der Regel befassen; Termin ist abends 18 Uhr im Rathaus. Das muss einigen Leuten aber arg missfallen haben; Langen unterschreibt am 31. März eine neue Einladung, diesmal zu einer »nationale[n] Kundgebung«, die nur noch *verbunden [ist] mit kurzer[!] Gemeinderatssitzung*.

Was hat sich inhaltlich geändert? Die Nazis haben jetzt die grosse Bühne, um sich

- ✓ optisch: Fahnen, Uniformen[332],
- ✓ akustisch: »Prolog«, gesprochen von einem SA-Leiter,
- ✓ rhetorisch: »Ansprache« des Pg. Naas,
- ✓ protokollarisch: »Eröffnung« durch den Pg. Naas

in den Vordergrund zu spielen. Und zu all dem hat Langen die Hand gereicht: Er hat, als er die zweite Einladung unterschreibt, gewusst, wer was wann sagt oder spielt.

Und dann seine Rede selbst[333]: Natürlich stehen die NSDAP, Hitler und die anderen Nazis höchstens an zweiter Stelle, hinter Namen und Begriffen wie

- Hindenburg
- Tradition
- preussisch-deutsch
- alt
- Gemeinsamkeit
- Arbeit
- Aufbau usw.

Aber wo bleibt die Distanz? Wer sich nicht gemein machen will mit den braunen Verbrechern; wer von seinen Freunden als NS-Gegner erkannt und verstanden werden will; wer von der anderen Seite nicht vereinnahmt werden will: der wählt doch wohl eine andere Sprache.

In der Sache fällt es immer schwerer zu glauben, dass Langen nicht schon Pg. war: Langen tritt am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein[334]. Offensichtlich tut er diesen Schritt, um seine politische Existenz zu retten. Zu diesem Zeitpunkt ermittelt wohl schon die Staatsanwaltschaft gegen ihn, denn zwei Tage später stimmt Langen einer Verkürzung seines Besoldungsdienstalters um 10 Jahre(!) zu[335].

Am Freitag, dem 12. Mai, wirft Langen das Handtuch: Er schreibt an den Landrat, seine vorgesetzte Behörde: *Zu meiner Erholung bitte ich, mir von Montag, dem 15. 5. 33, ab einen Urlaub von vier Wochen zu erteilen.*[336]

> Zahlreiche leitende Beamte der kommunalen Verwaltungen entzogen sich den Wirkungen des Zwanges [seitens der Nazis], indem sie ihre Beurlaubung oder Zurruhesetzung beantragten, die ihnen von den kommunalen Körperschaften meist sofort gewährt wurde. Es steht kaum in Frage, dass ihnen sonst über kurz oder lang der Stuhl vor die Tür gesetzt worden wäre, ohne dass sie sich die Umstände noch hätten aussuchen können.[337]

Später wird er Mitglied in der DAF, im NSV, im NS-»Rechtswahrerbund« - das ist der Juristenverband - und im NS-»Reichskriegerbund« - das ist der NS-Veteranenverein - »durch Übergang des Kyffhäuserverbandes« in diesen NS-Verein[338].

Langens Verhalten fordert eine Bewertung geradezu heraus. Die NS-Vergangenheit ist noch immer nicht »bewältigt«; die Rechtfertigungs-Strategien (»Was hätte er denn tun sollen?«) und die Verharmlosungs-Schachzüge (»Er hat es nicht allein getan.«[339]) werden immer wieder hervorgekramt. In der Grauzone der Nicht-Mörder gefällt sich manch einer in einer Leidensrolle, der nur zu unbeweglich war, um sich den neuen Machthabern richtig anzupassen.

Es gibt 1933 auch andere Verhaltensweisen - Konrad Adenauer in Köln zeigt den Nazis die Stirn[340]. Zugegeben: die Situation wird von Tag zu Tag aussichtsloser - aber so ein schäbiges Einknicken vor den braunen Machthabern ist kein Vorbild für spätere Generationen[341]. Als leitender Angestellter der DAG ist sich Langen jedenfalls nicht zu schade, von den Nazis 1934 - das ihm zustehende - »Ruhegehalt« von 4.000 RM[342] anzunehmen.

Und dass er 1946 wieder zum Gemeindedirektor gewählt wird, beweist nur die schlimme Kontinuität der ewig Gestrigen, die ihn wählten[343].

In seiner freien Zeit muss sich Langen mit folgenden Beschuldigungen auseinandersetzen:

- Die Kosten für die Feier anlässlich seiner Amtseinführung 1927 habe die Gemeinde bezahlen müssen;
- die Instandsetzung seiner Dienstwohnung in der Poststrasse 73 (ab 1928) in Höhe von 17.414,63 RM seien noch nicht nachgewiesen;
- für Miete, Gas, Wasser habe Langen zu wenig bezahlt;
- der Dispositionsfonds von jährlich 500 RM (ab 1929) sei unsauber geführt[344].

Langen gibt am 16. Juni eine Gegenerklärung dazu ab, deren Text nicht erhalten ist. Auch Landrat Buttlar und Staatskommissar Naas nehmen - auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft - am 25. August und am 4. September zur Sache Stellung. Der Tenor beider Schreiben: Langen hat korrekt gehandelt. Der Oberstaatsanwalt verfügt am 6. Oktober, dass die Ermittlungen einzustellen seien, *da eine strafbare Handlung nicht vorliegt;* von dieser Entscheidung sei der Beschuldigte *ohne Angabe von Gründen* zu benachrichtigen[345].

Nach den Massstäben des Rechtsstaates ist Langen jetzt rehabilitiert, er könnte jetzt seinen »Erholungsurlaub« abbrechen. Doch Landrat Buttlar seinerseits hat am 14. August mit Hinweis auf das schwebende Verfahren Langens Versetzung in den Ruhestand gemäss § 6 des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums«[346] beantragt. Diesem

Antrag scheint höheren Orts auch stattgegeben worden zu sein, denn Buttlar beurlaubt Langen immer wieder - bis zum 31. Januar 1934[347].

Josef Reinartz

Langens Nachfolger Josef Reinartz[348] verlässt am 21. Mai 1935 den Bürgermeisterposten ebenso glücklos wie sein Vorgänger - allerdings aus ganz anderen Gründen. Zunächst scheint er genau der richtige Mann zu sein: In Bergheim geboren (1891), seit 1922 in der NSDAP (Mitgliedsnummer 263. 912), Ingenieur, Sohn eines Troisdorfer Unternehmers der Sparte Heizungsbau[349].

Aber gerade diese familiäre Beziehung wird ihm zum Verhängnis. Im März 1935 wendet sich ein ehemaliger Mitarbeiter der Firma Reinartz, der sich im Sommer 1934 selbständig gemacht hat und damit zum Konkurrenten seines früheren Arbeitgebers wurde, an Stellen in der NSDAP und an die Gestapo[350]. Er erhebt in der Hauptsache den Vorwurf, Bürgermeister Reinartz habe der Firma Reinartz ungesetzmässig Aufträge zugeschanzt; Reinartz soll dabei andere Anbieter durch nachträgliche Manipulationen in den Angeboten »seines« Unternehmens ausgestochen haben.

Bei den Aussagen der Konkurrenz und anderer Mitmenschen kommen jetzt noch weitere unschöne Dinge hoch: So behauptet ein Zeuge, dass Reinartz auffallend oft krank sei und im Amt fehle, dass aber der Grund für seine »Krankheit« ein offenes Geheimnis sei: Alkohol. Die Beschuldigungen gegen Reinartz sind entweder so erdrückend oder schon so weit in der Öffentlichkeit herumgetragen worden, dass der Landrat ihn am 21. Mai 1935 entlässt: *Ihre Bestellung zum staatlichen Kommissar […] widerrufe ich […] mit sofortiger Wirkung.* Am Tag darauf beantragt Reinartz, der sich seiner Sache sicher zu sein scheint, beim Landrat ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst.

Zwei Tage später, am 24. Mai 1935, erscheint im STADT-ANZEIGER ein sehr einfühlsamer Artikel über Reinartz:

> Abberufen
>
> wurde durch ein Schreiben des Landrats ohne Angabe von Gründen mit sofortiger Wirkung der bisherige kommissarische Bürgermeister Reinartz von Troisdorf.
>
> […]
>
> Schon längere Zeit war das Gerücht betreffs der Abberufung im Umlauf, aber man wollte es nicht glauben. Zugegeben, dass manche bei der Einführung am 9. Juli 1933 nicht einverstanden waren, zugegeben muss aber heute werden, dass diese Zahl bis auf ein kleines Häuflein zusammengeschmolzen ist. Denn ohne Uebertreibung kann gesagt werden, dass der Scheidende in den zwei Jahren es verstanden hat, sich die Sympathie fast aller Troisdorfer erworben hat[!]. […][351]

Ein halbes Jahr nach der Anzeige stellt der Oberstaatsanwalt in Bonn am 9. September 1935 das Verfahren gegen Reinartz ein. Am Ende der 13seitigen Begründung kommt der Ankläger zu dem Schluss: *Keine einzige der gegen den Beschuldigten vorgebrachten Verdächtigungen ist […] stichhaltig.*

Wenn auch heute die eine oder andere Beschuldigung als nicht schwerwiegend, eher krämerisch, erscheint, so bleibt doch ein schaler Geschmack zurück: Sollte mit dieser Einstellungsverfügung - so verheerend sich die Ermittlungen auf Reinartz' Ruf auch auswirkten - dem Pg. Reinartz eine Gefälligkeit erwiesen werden? Schliesslich war Bruder Peter in Bonn inzwischen SA-Standartenführer und Polizeidirektor geworden.

Den Anzeigenden traf die volle Härte der Justiz: Er wurde wegen Verleumdung verurteilt.

Helmuth Jakobs

Und auch der nächste Bürgermeister, Helmuth Jakobs[352], amtiert nur wenige Monate. Er ist 1897 in Köln geboren, seit 1929 in der Partei (Mitglieds-Nr. 165 967), seit dem 20. April 1935 SA-Obersturmbannführer, und von 1933 bis 1935 Bürgermeister in Eckenhagen. Am 1. Juni 1935 tritt er seinen Dienst in Troisdorf an[353], doch schon am 17. Februar 1936 stirbt er im Troisdorfer Krankenhaus an Lungenentzündung. In dem im WB abgedruckten Nachruf rühmt Landrat Buttlar den verstorbenen Jakobs als umsichtig, selbstlos, rechtlich und überparteiisch[354], anderen ist er als fanatisch und verbissen in Erinnerung[355].

Nach einer Übergangszeit, in der der Regierungsreferendar und SA-Sturmführer von Hirschfeld vom Landratsamt Köln die Amtsgeschäfte kommissarisch führt[356], wird Ernst Schünemann[357] (Pg. seit 1929) am 2. Mai 1936 als neuer Bürgermeister in sein Amt eingeführt. Er bleibt es bis zum Einmarsch der US-Army in Troisdorf am 14. April 1945.

BETRIEBE UND ARBEITERSCHAFT 1933-1945

»Der Marxismus liegt zertrümmert am Boden«

Betriebsratswahlen und 1. Mai 1933

Wie verhielt sich die Arbeiterschaft nach der Machtübernahme und den darauf folgenden Ereignissen? Die Reaktionen der ersten Stunden und Tage reichen von unbegreiflicher Routine in Berlin (»Bereit sein ist alles!«[358]) über eindrucksvolle Protestmärsche (z. B. in Bonn[359]) bis zur Untätigkeit in Troisdorf.

Die Nagelprobe im Siegkreis ist dann aber die Schiesserei am Volkshaus in Siegburg in der Nacht vom 14. auf den 15. Februar 1933[360]. Die Arbeiter von DAG und Klöckner-Mannstaedt protestieren vernehmlich und drohen mit Streik. Aber Versammlungsverbote und vor allem die Verhaftungswellen im März bedeuten das Ende des üblichen, am Gesetz orientierten Protestes.

Die KPD verbreitet im Frühjahr (und Sommer?) unter der Hand noch ihre Zeitschrift »Rote Fahne«; als private Besuche getarnte Zusammenkünfte[361] hat es auf jeden Fall bis zum August gegeben: Paul Sch. brachte Heinrich N. Pflaumen.

Von Versammlungen, die *als Geburts- und Namenstagsfeiern frisiert* in den Wohnungen von Paul Münster (Ursulaplatz 1) und Peter K. (Paul-Müller-Strasse 8) stattfinden, berichtet im Mai 1933 der im Detail ungenaue Polizei- oder NS-Spitzel, der spätere DAG-Abwehrbeauftragte Kurt Bo. [362]. Er behauptet auch, dass die RGO von Köln und Bonn aus »eine rege Tätigkeit« entfalte und durch Vertrauensleute über Vorgänge in der DAG unterrichtet werde.

Über einen Arbeiter des Trolit-Presswerks der DAG, Emil Sch., gibt Boller die Behauptung weiter, *dass er angeblich während der Nachtschicht innerhalb des Betriebes R.G O. -Versammlungen auf den Klosetts abhält.*[363]

Anfang März 1933 entfallen bei den Betriebsratswahlen bei der DAG auf

- die freien Gewerkschaften 1. 249 Stimmen = 9 Mandate,
- die christlichen Gewerkschaften 309 Stimmen = 2 Mandate,
- die NS-Betriebsorganisation(NSBO) 199 Stimmen = 1 Mandat,
- die RGO 189 Stimmen = 1 Mandat,

bei einer Wahlbeteiligung von 88 %[364].

Im Arbeiterrat der Mannstaedt-Werke erringen die freien Gewerkschaften 8, die christlichen 3 Mandate; im Angestelltenrat bekommen die Nazis 1 von 5 Mandaten; im Betriebsrat stellen die freien 7 und die christlichen Gewerkschaften 2 Sitze[365].

Bei der Kleinbahn Siegburg-Zündorf hat die NSBO mehr Erfolg: Dort fallen ihnen 31 von 51 abgegebenen Stimmen (= 3 von 4 Sitzen) zu, den freien Gewerkschaften nur 14 (1 Sitz).

Der Klöckner-Mannstaedt-Betriebsrat ist aber nur bis zum 28. April 1933 im Amt: An diesem Tag setzt die NSBO den Vorsitzenden Karl Z. kurzerhand ab. Ernst Court ernennt sich zum kommissarischen Leiter des Betriebsrats; Wilhelm U., der Vorsitzende des Arbeiterrats, wird verhaftet[366].

Der Termin dieser Machtübernahme ist nicht zufällig, stand doch der 1. Mai, der alte Kampftag der Arbeiterbewegung für Frieden und Solidarität, bevor.

Dieser Tag wird von den Nazis zum »Tag der nationalen Arbeit« und zum Feiertag erhoben. In seinem Aufruf behauptet der neue »Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda«, Dr. Josef Goebbels: *Der Marxismus liegt zertrümmert am Boden*. Der Tag soll nicht länger geprägt werden von »marxistischen Hassgesängen« und »innerer Zerklüftung«, sondern von »einem neuen glühenden Idealismus« und »nationale[r] Verbundenheit aller Stämme, Stände und Berufe.«[367]

Den Zeitungen ist in groben Zügen zu entnehmen, wie dieser Tag, der am 25. April von der örtlichen NSBO und den Ortsvereinen vorbereitet worden ist[368], in Troisdorf abläuft:

Es gibt am Vormittag Feierstunden in den Betrieben der DAG, Klöckner, bei der Kleinbahn und bei der Reichsbahn. In der DAG werden im Beisein des stellvertretenden Kreisleiters Gabriel Saal und des Generaldirektors Paul Müller die Hakenkreuzfahne gehisst und das Horst-Wessel-Lied gesungen.

Auf der Heide sind später etwa 15.000 Menschen versammelt: Belegschaften, Innungen, Vereine und die Bürger. Der protestantische Pfarrer Theiss hält einen Feldgottesdienst ab, die unvermeidliche SA-Kapelle und der Werkschor der DAG spielen und singen. Reden halten SA-Sturmbannführer Theo Saal, NSBO-Kreisleiter Schäfer und Landrat Buttlar, der den 1. Mai 1933 als den Tag der deutschen Auferstehung feiert.

Am Abend sind Feiern in den Sälen Mörsch und Thiesen.

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai meldet die SZ einen Tag später, dass die Belegschaft der Klöckner-Werke, die bislang im Metallarbeiter-Verband organisiert gewesen sei, geschlossen in die NSBO eingetreten sei; und bei den Mannstaedt-

Werken sei als letzte Abteilung die Schraubenfabrik in die NSBO eingetreten[369]. Ortsgruppenleiter der NSBO war damals Josef Fleckes, sein Stellvertreter und Zellenleiter bei der DAG Georg Brodesser; Zellenleiter bei Mannstaedt war Fritz Köhn[370].

Die Zahl der Erwerbslosen[371] in Troisdorf betrug im Februar 1933 311 Personen mit 895 Angehörigen[372]; diese Zahl sank schnell auf 80 Personen ein Jahr später[373], stieg noch einmal leicht auf 92 im September 1934[374] und erreichte im Juni 1935 den vorläufig niedrigsten Stand mit 47 Personen[375]. Pflichtarbeit für Erwerbslose[376]; das »Hilfswerk«[377], das Wäsche und Kleidungsstücke an die Erwerbslosen verteilt; ein »Rechtsausschuss« für Erwerbslose: Das sind 1932/33 noch die alltäglichen Dinge.

Zurückzuführen ist der Rückgang ab 1933 u. a. auf beträchtliche Neueinstellungen im April 1934, z. B. 791 bei der DAG[378], 453 bei Mannstaedt und 148 in sonstigen Betrieben[379]. Im Juni 1934 arbeiten bei der DAG 3.377, bei Mannstaedt 2.050 Personen[380].

Ein weiterer Grund für den Rückgang der Zahlen sind wohl auch Rodungsarbeiten, die im Winter 1933/34 anlaufen. Bürgermeister Reinartz schreibt im November 1933, dass 400 Morgen (Wald-)Land von der Schiessplatzverwaltung in Wahn gepachtet worden seien und demnächst gerodet würden[381]. Die Rodungen beginnen dann auch im Januar 1934 mit 50 Arbeitslosen[382], Ende März sind 70 Morgen gerodet[383]; als Ackerland wird der »Röhrichtsiefen« im April 1934 in Besitz genommen[384], 1935 folgen weitere 150 Morgen[385]. 1934 sind im Haushaltsplan für Rodungen am Güldenberg erstmalig 60.000 RM vorgesehen[386], für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an 5 Schulen, an Rathaus, Post und Pfarrkirche St. Hippolytus insgesamt 20. 980 RM[387].

Im August 1934 schreibt Bürgermeister Reinartz: *Das Gros der ehemaligen Kommunisten ist in Arbeit und hat an Politik infolgedessen wenig Interesse.*[388]. Einige der aus der Schutzhaft entlassenen Kommunisten habe er selbst »in Arbeit bringen können«[389]. Im Monat darauf behauptet Reinartz glatt: *Die kommunistische Partei ist tot.*[390]

Damit hat Reinartz den Mund doch zu voll genommen. Abgesehen davon, dass wir es heute besser wissen - die KPD arbeitete trotz massiver Rückschläge im Untergrund weiter -, sahen auch die eingeweihten Nazis die Situation etwas anders. Das Gestapa in Berlin ersuchte zu Jahresbeginn 1935 die untergeordneten Staatspolizeidienststellen, *der kommunistischen Bewegung nach wie vor besondere Aufmerksamkeit zu schenken.*[391] Im weiteren Verfolg dieser Anweisung bis hinunter zu den Bürgermeistern wird von der Gestapo Köln, bzw. vom Landrat, gefordert, dass »die staatsfeindlichen Elemente sorgfältig beobachtet« und dass gegen sie »unnachsichtlich« eingeschritten wird[392]; *ein organisiertes Wiederaufleben des Kommunismus [...] auch in den verschiedensten Gegenden des Siegkreises* sei zu befürchten. Deswegen seien ein *offenes Auge, klarer Kopf, unermüdlicher Diensteifer und der fanatische Wille zur rücksichtslosen Verfolgung jedes Verräters am deutschen Volk, Vaterland und Führer [...] jetzt mehr denn je [...] erforderlich.*[393]

»Massenwiderstand der Arbeiterklasse« ?

1. Mai 1934

Vor dem 1. Mai 1934 entwickeln die NS-Behörden Eifer: Mitte April macht das Gestapa Berlin darauf aufmerksam, dass der inhaftierte KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann am 16. April

Geburtstag habe; die Gestapo Köln fordert den Landrat auf, Verdächtiges sofort telefonisch zu melden: Der entdeckt jedoch keine »kommunistischen Machenschaften«[394].

Hinsichtlich des kommenden »Feiertages« weiss das Gestapa von Kampfvorbereitungen der KPD: Sie wolle die Feiern sabotieren bzw. dabei agitieren; deswegen sollen die Behörden Verbindung mit SS und SA aufgenommen werden[395]. Der Landrat schärft den Bürgermeistern ein, *etwaigen Störversuchen [...] mit aller Schärfe entgegenzutreten*.[396] Am 27. April weiss die Gestapo Köln auch noch Genaueres: Das illegale Zentralkomitee der KPD habe zum 1. Mai folgende Anweisungen herausgegeben:

> Rote Fahnen auf Fabrikschornsteinen, Direktionsgebäuden, Wohnhäusern der faschistischen Bürokratie, vervielfältigtes Agitationsmaterial in Form von kleinen Handzetteln [...], Losungen an [...] Zäunen, Wänden und Bürgersteigen, in Wasch- und Abortanlagen der Betriebe

helfen

> Hass- und Kampfstimmung gegen die faschistische Sklavenhaltung [...] so zu steigern, dass es zu Demonstrationen kommt

und dass

> an dem Massenwiderstand der Arbeiterklasse das faschistische Versklavungsgesetz, Arbeitsgesetz vom 1. Mai, zerschellen wird [...][397]

Ob auch in Troisdorf Postkarten, bedruckt mit dem Gummistempel:

> Wir die werktätige Bevölkerung fordern Freilassung Ernst Thälmanns und aller polit[ischer] Gefangener

auftauchten, wie das Gestapa Ende April verbreiten liess, ist unbekannt[398].

»Alles singt mit«

Betriebsratswahlen und 1. Mai 1935

Die »Vertrauensratswahlen« des Jahres 1935, als die Arbeiter nur noch eine komplette Vorschlagsliste wählen oder ablehnen können, bringen den Nazis blamable Ergebnisse: Von den grossen Troisdorfer Betrieben (DAG, Klöckner-Mannstaedt) entfallen auf die Liste nur 2/3 der abgegebenen Stimmen; dabei sind noch durchgestrichene Zettel, die normalerweise ungültig sind, *anordnungsgemäss als Ja-Stimmen gewertet worden*.[399] In anderen, kleineren Betrieben des Siegkreises liegt die Zustimmung noch niedriger.

Der 1. Mai 1935 (»Nationaler Feiertag des Deutschen Volkes«) soll nach dem Willen des Kreispropagandaleiters Ernst Court eine straff organisierte Veranstaltung werden. In 18 Punkten eines Merkblattes für die Parteiorganisationen wird alles geregelt: Vom Beginn der örtlichen Veranstaltungen über die Dauer des Schlussworts des Ortsgruppenleiters (»1 Minute«), über Anweisungen für die Teilnehmer (»Alles singt mit!«) und Transparent-Texte bis zum Brauchtum:

> 18. Als Maikönigin ist ein BDM-Mädel zu bestimmen, dessen Name vor dem 1. Mai der Kreispropagandaleitung mitzuteilen ist.[400]

Die Beteiligung an diesen Maifeiern war aber nur »recht zufriedenstellend«, wie Landrat Buttlar etwas steif an die Gestapo schreibt[401].

Helle Aufregung herrscht aber am 4. Mai im Landratsamt, als dem Landrat das Gerücht zugetragen wird, unmittelbar vor den 1. -Mai-Feiern bei der DAG seien Lautsprecher, die die Rede des Führers in die Betriebe übertragen sollten, gestohlen worden. Etwa doch Sabotage? Bericht in 24 Stunden! fordert Buttlar von Bürgermeister Reinartz[402]. Der antwortet am 7. Mai, nichts davon sei wahr; die Rundfunkanlage habe vorzüglich funktioniert, lediglich in einem der Speisesäle sei ein Radio gestohlen worden: *in keiner Weise ein politischer Hintergrund*.[403]

Das ist aber der Fall bei den zahlreichen Flugblättern, die in der Nacht zum 30. April auf der Hütte und in anderen Ortsteilen Mendens verstreut und versteckt worden sind; darin werden Lohnverbesserungen gefordert[404]. Nur ein Teil davon kann von der Polizei vor Tagesanbruch eingesammelt werden[405].

Und der 1. Mai 1936 ? Das alte Brauchtum hat sich behauptet: Maibaum, Fähndelschwenken, Maifeuer, Ausrufung des Maikönigspaares[406]; der WB registriert auch nur noch, dass man auf dem Marktplatz, der inzwischen Horst-Wessel-Platz heisst, die Rundfunkübertragung aus Berlin gehört hat[407]: der 1. Mai ist offensichtlich ein nationaler FEIERtag geworden.

Die Eisenbahnbrücke Menden

Sabotage und Anschläge, 1933 - 1945

Die Möglichkeiten, dem NS-Regime Widerstand zu leisten, sind spätestens im Sommer 1933 geschwunden. Missliebige Meinungsäusserungen und Flugblätter werden erbarmungslos - wenn auch oft ergebnislos - verfolgt. Wer jetzt noch etwas ausrichten will, muss schon zu sehr subtilen Mitteln greifen. Eine dieser Massnahmen ist z. B. die Sabotage in den Betrieben, doch beileibe nur eine versteckte. Die Gestapo Köln wies 1934 die Landräte auf ein Flugblatt der KPD hin, wonach die Arbeiter Sabotage üben sollten, aber so, dass diese nicht als solche erkennbar werde[408]; so könne z. B. unauffällig Sand in Ölbehälter und Getriebelager von Flugzeugen geschüttet werden[409]; man arbeite langsamer und produziere mehr Ausschuss[410]. Ob derlei Parolen in Troisdorfer Betrieben befolgt worden sind, und wenn ja, in welchem Umfang, lässt sich heute nicht mehr feststellen.

Ein Donnerschlag im wahrsten Sinne ist dann am 23. November 1942 der Sprengstoffanschlag auf die Eisenbahnbrücke über die Sieg zwischen der Hütte und Menden[411]. Ihm folgen dann bis zum Kriegsende weitere Anschläge auf Eisenbahnlinien, Tunnel oder Brücken, teils leichte, teils schwere. Im Herbst 1942 ist der Anschlag etwas derartig Neues und Unerhörtes, dass die Gestapo Plakate[412] kleben lässt, auf denen eine Belohnung von 10.000 RM ausgesetzt wird für Hinweise auf die Täter; später unterbleiben solche Aktionen; die Nazis wollen niemandem auf die Nase binden, dass der doch so allmächtige Staat verwundbar ist, und die Fiktion der Einheit (»Führer, wir folgen dir!«) aufrecht erhalten.

Die Ermittlungen der Gestapo[413] ergeben später folgendes:

- Der Sprengstoff wurde gegen 01.50 Uhr gezündet;
- neun Männer sind tatverdächtig, darunter zwei Belgier oder Franzosen[414];

- die Brücke ist mit 25 kg »Gelatine Donarit 1« gesprengt worden; der Sprengstoff (insgesamt 300 kg) ist im Juli in Herschbach (Kreis Montabaur) gestohlen worden;
- ein verdächtiges Herren-Fahrrad, Marke Viktoria, wird am Tatort gefunden und bei der Fa. Stiel, Siegburg, Kaiserstrasse, ausgestellt.

Die Gestapo verdächtigt wild alle ausländischen Arbeiter und lässt sie durch den Landrat überprüfen; aber alle Hektik und Geschäftigkeit täuschen nicht darüber hinweg, dass die Suche nach den Tätern erfolglos bleibt.

Als Anschlag französischer »Zivilarbeiter« wird zunächst ein Brand eingestuft, der sich am 12. Juni 1944 an der Heerstrasse in der Nähe der sogenannten »Eremitage« ereignet[415]. Bei dem Scheinwerferturm der Flakstellung verbrennen 5 bis 10 m^2 Heidekrautstauden und die unteren Äste einiger Fichten. Die Soldaten, die den Brand schnell löschen, verdächtigen einige Ausländer, die sie kurz vorher verscheucht haben. Die Troisdorfer Polizei findet heraus, dass es sich um Angehörige der französischen PETAIN-JUGEND handelt, die erst am 10. Juni nach Deutschland gekommen sind und im DAG-Lager Oberlar wohnen:

ASTREOUD	Georg * 03.03. 1926 Lyon,
JEANNIAUX	Albert * 11.06. 1925 Ternay,
KOLIN	Aldo * 21. 10. 1925 Lyon,
LAVAL	Lucien * 14.05. 1926 Lyon,
TRUNELL	Roger * 31.03. 1926 Lyon,
VALERY	René * 08. 12. 1925 Lyon.

An der Brandstelle, an der ein deutlicher Phosphorgeruch wahrgenommen wird, findet man Glasscherben, denen eine dunkelbraune, zähe Masse anhaftet. Eine Analyse im DAG-Labor ergibt, dass es sich bei den Resten um

> Bruchstücke der üblichen englischen Brandflaschen von etwa 300 ccm Inhalt mit Kronenkorkverschluss handelt. Diese Brandflaschen werden in Blechbehältern, und zwar 7 Stück, u. a. an Freiballonen untergebracht. [416]

Die verdächtigten Franzosen machen bei den Vernehmungen einen so »guten und aufgeschlossenen Eindruck«, dass »von weiteren Massnahmen daher abgesehen« wird[417].

DER SCHIESSPLATZ ALTENRATH UND DIE WAHNER HEIDE 1938

»Die Heimat für immer verlassen«

Zu den Opfern des Nationalsozialismus im weitesten Sinne gehören auch die Einwohner von Altenrath. Hier soll nun nicht das wechselvolle Schicksal des geplagten Heidedorfes nachgezeichnet werden; das ist in groben Zügen nachzulesen in den Artikeln von HELLMUND und HAAS in den Troisdorfer Jahresheften 1984.

Auch in Altenrath regen sich 1933 die Nazis, aber recht spät: Erst am 25. März - zwei Wochen nach der Gemeindewahl - gründet der aus Köln zugezogene Jakob Wintrich im Saal Hoeck die NSDAP-Ortsgruppe Altenrath[418]. Er kann gleich 12 Altenrather als Neumitglieder

in die Partei aufnehmen. Mehr Erfolg hat aber der »Stahlhelm«: Am 1. April kann er 25 Erstaufnahmen verzeichnen[419].

Der Zulauf zur NSDAP und die Zustimmung zur neuen Politik sollen sich - so ein ehemaliger Altenrather - in bescheidenen Grenzen gehalten haben; er führt das auch darauf zurück, dass die Pgs. sich vornehmlich aus den in die Waldsiedlung (»Ferkes-Siedlung«) zugezogenen Neu-Altenrathern rekrutierten[420].

Hauptlehrer Land, der die Schulchronik[421] führt und sich zu einem strammen Pg. entwickelt[422], verzeichnet zunächst nur die positiven Seiten der Machtergreifung; am 20. August 1933 schreibt er:

> In den verflossenen Sommerferien herrschte im Dorf ein frohes Leben. Hitlerjugend und Jungvolk hatten in der Zeit vom 01. bis 20. August auf dem grossen Gelände rechts und links der Alten Kölner Strasse im Sand ein grosses Zeltlager aufgeschlagen. Zeitweise betrug die Belegschaft an 2.000 Jungen. Auch die Schulklassen sowie das Gerätehaus waren als Proviantmagazin in Anspruch genommen. Der Gebietsführer sowie der Gebietsjungvolkführer weilten in der ganzen Zeit in Altenrath. 3 Feldküchen dampften dauernd, um die Jungen nach Spiel, Exerzieren und Marschübungen mit kräftiger Kost zu versorgen. Im Verlauf der Lagerzeit kamen Gauleiter Grohé und Standortgruppenführer Prinz August Wilhelm[423] das Lager besichtigen. [424]

Und am 15. Februar 1934:

> [...] Auch in der Gemeinde [gemeint ist wohl Altenrath] macht sich der Rückgang der Wohlfahrtserwerbslosen gut fühlbar. [425]

Ein kultureller Höhepunkt in den dreissiger Jahren ist für das Dorf Altenrath die Heimatausstellung im Juli 1934, zusammengetragen und -gestellt von den Lehrern Land und Rohde und dem Sohn des ehemaligen Lehrers Joseph Rademacher, Pg. Dr. Carl Rademacher. Rührend ist der Eifer, mit dem die Dilettanten zu werke gehen und versuchen, die Vor- und Frühgeschichte sachlich und sprachlich in den Griff zu kriegen. Ihre »Einführung in die vorgeschichtliche Abteilung der Heimat-Ausstellung zu Altenrath auf der Heideterrasse«, eine kleine Schrift von 9 Seiten, wimmelt von Sach- und Setzfehlern[426]. Es war - vielleicht unbewusst - der Versuch, den Altenrathern Mut zu machen, ihnen Selbstbewusstsein (zurück-) zu geben, und der Versuch, das Dorf vor dem Untergang zu retten[427].

Schon bald nach der Machtübergabe taucht die bange Frage auf: *Was wird aus der Wahner Heide?* So ist ein Artikel im STADT-ANZEIGER[428] überschrieben, in dem die Eingabe der Gemeinde Troisdorf an »die übergeordnete Behörde« wiedergegeben wird:

> [...] Wie hier bekannt geworden ist, soll beabsichtigt sein, das Gebiet des ehem[aligen] Schiessplatzes grösstenteils als Uebungsplatz für die Polizei des Rheinlandes zur Verfügung zu stellen. Wenn dies zutrifft, würde eine Sperrung und Abschliessung des Platzes [...] notwendig werden. Hiergegen muss die Gemeinde Troisdorf entschieden protestieren [...]

Aber Ende August 1933 sperrt die Kommandantur alle nicht öffentlichen Wege in der Wahner Heide - angeblich wegen der Gefahr, die von Heidebränden und Blindgängern ausgeht[429]. Im Frühjahr 1934 sperrt der Regierungspräsident in Köln ganz die Heide, für die Troisdorfer ist nur noch ein Weg frei: der am Leyenweiher und Röhrichtsiefen vorbei nach

Lohmar[430]. Quasi als Trostpflaster preist der STADT-ANZEIGER ihn als »überaus reizvollen Wanderweg« »durch das schönste Waldgebiet«, »hochwasserfrei« und »gut begehbar«[431].

Alle Altenrather ahnen Böses, als Wald und Heide für die Bevölkerung gesperrt werden. Am 13. Juli 1935 teilt Bürgermeister Jakobs (Troisdorf) dem Landrat im monatlichen Stimmungsbericht mit:

> Die vollständige Absperrung und Umzäunung des bis unmittelbar an den Ort Troisdorf heranreichenden Polizei[!]-Übungsplatzes stösst bei der Bevölkerung [in Troisdorf] allgemein auf Unverständnis.

Die Industriebevölkerung sei jetzt ohne Erholungsmöglichkeit, der Einzelhandel spüre das Ausbleiben der Kundschaft aus Altenrath[432], da der Zufahrtsweg nach Troisdorf abgeschnitten wurde. Die Absperrung verläuft - von Troisdorf aus gesehen - unmittelbar hinter dem Wald-Café. Dort werden im September 1934 zwei Männer aus dem Ruhrgebiet »wegen Spionageverdachts« festgenommen, bald aber wieder freigelassen[433].

Seit Dezember 1933 wird insgeheim die Post, die aus den Niederlanden, Belgien, Frankreich und Luxemburg in Altenrath eintrifft (ebenso die für die Einwohner von Eil, Wahn, Spich, Troisdorf, Lohmar), überwacht. Eine entsprechende Bitte übermittelt die Gestapo Köln dem Landrat »wegen der Nähe des Polizeiübungsplatzes in Wahn«[434]; Landjäger L. aus Troisdorf wird entsprechend unterrichtet und zur Geheimhaltung vergattert[435].

Ohne die Hintergründe zu ahnen oder sie wahrnehmen zu wollen, berichtet der Schulchronist im Mai 1936 von der ersten militärischen Artillerieübung nach dem Kriege im Dorf:

> Zwei Haubitzenbatterien 15 cm und 10 cm Kaliber fuhren mit prächtig neuen Geschützen an verschiedenen Stellen im Dorfe in Stellung. Das Herz schlug den alten Soldaten höher! Die Kinder jubelten. Man konnte ungehindert ganz nah an die Geschützstellungen herangehen und das Geschützmanövrieren beobachten. Der altgediente Artillerist bewunderte an den Geschützen besonders die neuartigen praktischen Spreizlafetten. Es war die Tage ein buntes frohes Leben im Dorf. [436]

Die Altenrather befürchten mit der Absperrung und den Übungen noch Schlimmeres: Vertreibung. Die Öffnung der Altenrather Strasse im Mai 1936[437] mag den einen oder anderen getäuscht haben: Als aber im August 1936

> nach dem Hochamte bei den üblichen Bekanntmachungen auch verkündet wurde, dass das ganze Gebiet der Zivilgemeinde Altenrath bis zur Reichsautobahn für Zwecke der Wehrmacht aufgekauft und dem Schiessplatz Wahn einverleibt werde, kam es doch wie eine Lähmung über die Leute. Denn sie wussten, jetzt heisst es, die Heimat für immer zu verlassen. [438]

Hauptlehrer Land, der zum 1. April 1937 Leiter der Siegburger Volksschule an der Bonner Strasse wird, erwähnt zum ersten Mal im Februar 1937 die kommende Räumung:

> Nachdem bereits seit langem im Dorf das Gerücht umging, Altenrath müsse zum Zwecke der Schiessplatzerweiterung geräumt werden, ist diese langgehegte Befürchtung Wirklichkeit geworden. [...] Schon seit Oktober [1936] haben Aufkäufer einer Reichsumsiedlungsgesellschaft hier ihr Arbeitsfeld. Es gehören hierzu landwirtschaftliche sowie Landsachverständige. Sie besuchen

> die Bewohner des Dorfes und schätzen die Werte der Bauten sowie der Grundstücke. Sie sind ziemlich wortkarg, die Herren. Die Leute wundern sich darüber nicht wenig. [439]

Die REICHSUMSIEDLUNGSGESELLSCHAFT (RUG) kauft eine Parzelle nach der anderen. Einige Altenrather leisten hartnäckigen, aber aussichtslosen Widerstand: Hinter der RUG steht nicht der Rechtsstaat, sondern die Diktatur. Die letzten, die sich nicht auf einen Verkauf einlassen, werden schlicht hinausgeworfen[440]. In der Zeitung erscheinen ein Foto und ein Artikel über eine neue Strasse vom Waldfriedhof um die Wahner Heide herum bis nach Köln (die heutige Heerstrasse)[441].

Lands Nachfolger Pg. Rohde berichtet von »bedrückten Herzen« bei der Maifeier 1937 und »sehr gemischten Gefühlen« bei der letzten Kirmes im August 1937[442]. Im März 1938 werden die Schüler[443] der Jahrgänge 5 bis 8 auf die Schulen in Lohmar und Scheiderhöhe verteilt. Die Lehrerin Knaup, die die letzte Lehrkraft in Altenrath ist und am Ende 54 Schüler unterrichtet, schliesst die Schulchronik mit folgender Eintragung:

> Nachdem nun Altenrath endgültig geräumt wird, fand heute zum letzten Mal Unterricht statt. Die Kinder verlassen die Schule mit dem Bewusstsein, dass sie zwar ihre schöne, alte Heimat auf immer verlassen, aber in der neuen mit frischem Mut und besten Vorsätzen wieder anfangen, um Eltern, Volk und Führer Freude zu machen.
>
> Heil Hitler![444]

Aber auch Troisdorfer sind von der Ausweitung des Schiessplatzes unmittelbar betroffen; als Beispiel möge der Fall Engländer dienen:

Frau Engländer, geborene Becker, sitzt am 22. Dezember 1937 in der guten Stube ihres Hauses in der Taubengasse 32 dem Gerichtsassessor Köhn gegenüber. Dieser nimmt ein Protokoll auf, in dem Frau Engländer »zur Abwendung der Enteignung« dem Deutschen Reich, vertreten durch die RUG, ein »Angebot« macht. Sie verkauft drei Parzellen Ackerland, zusammen knapp 2.400 Quadratmeter (heute annähernd die Grundstücke Lohmarerstrasse 62 und 64) zum Preis von ca.0,48 RM pro Quadratmeter: ein unverschämt niedriger Preis auch für damalige Verhältnisse[445].

IN DEN FÄNGEN DER NS-JUSTIZ 1934-1944

Diese sieben Fälle[446] würde man heute eher unter das Stichwort »Denunziation« einordnen. Sie sind – bis auf eine Ausnahme: die Russen im EL-DE-Haus – noch glimpflich ausgegangen; die Russen sind wahrscheinlich getötet worden[447] - siehe Seite 148. (Nachtrag von 2012).

Ein Homosexueller, 1934

Im April 1934 berichtet ein bekannter Troisdorfer Geschäftsmann dem Bürgermeister von einem Streit zweier Eheleute[448]: Der Mann, 24 Jahre alt, (nennen wir ihn Toni) ist einige Zeit in Haft gewesen wegen § 175 StGB, d.h. er ist homosexuell; das war damals strafbar. Seine Ehefrau macht ihm bei seiner Rückkehr aus dem Gefängnis laut und heftig Vorwürfe, gegen

die sich Toni u. a. mit der Bemerkung wehrt, Röhm sei auch pervers. Röhm ist oberster Chef der SA, im Frühjahr 1934 (noch) einer der mächtigsten Männer in Nazi-Deutschland und ausserdem bekannt für seine Homosexualität.

Die Ehefrau, Tage später dazu vernommen, bestätigt den Inhalt der Anzeige, fügt aber hinzu, ihr Mann sei nicht regierungsfeindlich. Bürgermeister Reinartz berichtet den Vorgang der Gestapo Köln, der Staatsanwalt in Bonn ermittelt[449].

Am 1. Juli 1934 werden auf Hitlers Befehl Röhm, weitere SA-Führer und alte Hitler-Gegner, insgesamt 150-200 Personen, ermordet; die Nazis nennen dieses Blutbad »Röhm-Putsch«[450]. Daher kann der Landrat am 16. August 1934 die Akte schliessen mit dem Vermerk: Durch Amnestiegesetz vom 7. August 1934 »erledigt«.

Toni ist 1962 gestorben.

Die Nachbarschaft, 1935

Im zweiten Fall, ein Jahr später, beweist die 56jährige Frau W. ungetrübtes Urteilsvermögen, allerdings verbunden mit einigem Leichtsinn: Gegenüber dem Hausbesitzerehepaar macht sie etwa folgende Äusserungen[451]:

- Hitler ist ein Mörder;
- Göring ist Morphinist;
- da kommen die Idioten [von der HJ];
- Hitler hat die am 1. Juli 1934 [beim »Röhm-Putsch«, s. o.] Erschossenen auf seinem Gewissen;
- die Nazis haben den Reichstag in Brand gesteckt.

Nachdem Frau W., die Hausbesitzer und Nachbarn vernommen worden sind, schickt ein Beamter des Troisdorfer Bürgermeisteramts Frau W. samt Protokollen am 2. Juli 1935 zum Amtsgericht Siegburg; er beantragt, den Vorfall durch einen Schnellrichter zu erledigen, denn *die exemplarische Verfolgung liegt im Interesse des Staates*.

Das Amtsgericht reicht an den Oberstaatsanwalt in Bonn weiter; der fordert weitere Akten an: die aus dem Mietstreit (Kündigung) zwischen dem Ehepaar W. und den Hausbesitzern; das schiebt er weiter an den Oberstaatsanwalt beim Sondergericht in Köln.

Diese Sondergerichte waren am 21. März 1933 von der Reichsregierung auf dem Verordnungswege eingerichtet worden und zuständig für Verbrechen nach der Reichstagsbrand-Verordnung und später nach dem Heimtückegesetz[452]. Die drei Berufsrichter des Sondergerichts sollten schnell, d.h. unter Umständen auch ohne Zustellung der Anklageschrift, urteilen; Berufung war nicht möglich[453]. In 1933 wurden 3. 744 Personen verurteilt wegen Vergehen gegen die Heimtückeverordnung[454]. Das Kölner Sondergericht tagte zum ersten Mal am 13. April 1933, bis zum Jahresende 1934 waren 151 Hauptverhandlungen durchgeführt worden[455]. Der Bundesgerichtshof hat später bezweifelt, dass »die Sondergerichte allgemein noch eine rechtsstaatliche Funktion ausübten.«[456]

Dass der Fall der Frau W. an das Sondergericht weitergegeben wird, ist schon eine Verschärfung der Gangart, die aber vom Bonner Oberstaatsanwalt auch so gewünscht wird; er meint nicht, *dass die Anzeige gegen W. lediglich*[457] *aus persönlicher Gehässigkeit aus*

Anlass des Mietstreites erstattet worden sei. Aber: Überraschend objektiv vermerkt sein Kollege beim Sondergericht, es sei

> bedenklich, dass sie [die Hausbesitzer] ihre Pflicht zur Mitteilung [der o. a. Äusserungen] erst entdeckt haben, nachdem der [Miet-]Streit entstanden war.

Das Verfahren wird am 11. August 1935 eingestellt.

Die Konkurrenz, 1939

Im dritten Verleumdungsfall meint ein Troisdorfer Nazi, einer Geschäftsfrau, die allerdings auch in schönster Tratschmanier dummes Zeug dahergeredet hat, fertig machen zu können[458]. Frau L., die mit ihrem Ehemann im Juli 1938 von dem Juden Albert Brünell dessen Haus in der Hippolytusstrasse 4 gekauft hat[459], hört - angeblich - im Oktober 1939 während einer Zugfahrt ein Gespräch mit. Darin wird geäussert, am kommenden 9. November - dem ersten Jahrestag der »Reichskristallnacht« - würden sich die Juden, wenn sie könnten, für das erlittene Unrecht rächen.

Zu Hause angekommen, erzählt sie das einer Kundin weiter, die es der Ehefrau jenes besagten Nazi brühwarm berichtet - warum eigentlich? Der Nazi F. geht noch am selben Tag, dem 10. November, zum Polizeioberwachtmeister Dü. und zeigt Frau L. an. Bürgermeister Schünemann lässt Frau L. festnehmen und zur Gestapo nach Köln bringen.

Dort scheint man sich aber nicht allzu lange mit dem Tratsch befasst zu haben. Als Ergebnis notiert der Landrat in seinen Akten: *L. soll verwarnt werden*.

Unabkömmlich, 1941

Der vierte Fall, 1941, geht noch harmloser aus, obwohl er für den Angezeigten zunächst recht bedrohlich sich anlässt[460].

Der Zahnarzt L., 55 Jahre alt, seit 1925 in Troisdorf, ehemals SPD-Mitglied, hat einen schwierigen Patienten: einen Lackierer, der bei der Firma Meirowsky, einem Unternehmen der Flugzeugindustrie in Porz-Urbach, arbeitet; diesem Mann bietet L. mehrere Termine für die weitere Behandlung an. Alle Vorschläge scheitern an der Behauptung des Lackierers, in der Flugzeugindustrie könne man sich nicht so ohne weiteres frei nehmen.

Die nun folgenden Äusserungen des Zahnarztes sind etwas unterschiedlich überliefert; ihr Tenor ist aber:

- Die Flugzeugindustrie geht auch ohne Sie weiter!
- Wenn Sie nicht auf meine Vorschläge eingehen wollen, scheren Sie sich doch zum Teufel!

Daraufhin zeigt der Patient den Zahnarzt an wegen Verstosses gegen das Heimtückegesetz, der Zahnarzt den Patienten wegen »falscher Beschuldigungen«. Der Polizeibeamte Dü., inzwischen Kriminaloberassistent, verneint ein Vergehen gegen das Heimtückegesetz; trotzdem gibt Bürgermeister Schünemann die Akten an Landrat und Gestapo weiter, die aber kein »Interesse« hat. Der Landrat notiert:

Auch in polizeilicher Hinsicht [sind] Massnahmen gegen L. […] nicht zu ergreifen.

Falsche Marken, 1943

Wegen *Verschaffung und Inverkehrbringen [von] vom Feinde nachgemachten, abgeworfenen Lebensmittelmarken und wegen Diebstahls von 2 Eimern Salpetersalz in Tateinheit mit gewinnsüchtigem Verwahrungsbruch,* wie es in fehlerhaftem Juristen-Deutsch heisst, wird ein Troisdorfer Arbeiter zu 25 Monaten Zuchthaus verurteilt[461]. Die Strafe wird vom oben erwähnten Sondergericht Köln verhängt, am 16. Dezember 1943.

Der 61jährige Rangierer S. der Kleinbahn Siegburg-Zündorf, der auf der Frankfurterstrasse wohnt, hat verstossen gegen

- die Volksschädlingsverordnung,
- die Kriegswirtschaftsverordnung,
- das Strafgesetzbuch.

Er hat am 31. August 1943, frühmorgens während der Arbeit, beim Rangieren auf dem Bahngelände zwischen den Gleisen Flugblätter entdeckt und Lebensmittelkarten[462] mit der Aufschrift »Margarine 5 g., gültig bis 30. 9. 1943«. Alles das ist im wahrsten Sinne vom Himmel gefallen - abgeworfen von Flugzeugen der Alliierten, die so die deutsche Kriegswirtschaft schädigen wollen. An diesem Morgen liefern die »Volksgenossen« bei der Troisdorfer und Sieglarer Polizei die gefälschten Marken in Massen ab; die Sieglarer Polizei vernichtet am 2. September 1943 gefälschte Marken für ca. 1,5 kg Margarine, 10 kg Fleisch und 15 kg Brot[463]. Der Arbeiter S. nimmt - so das Urteil - 60 Marken mit nach Hause, als er seinen Dienst um 10.30 Uhr beendet, gibt sie seiner Frau und sagt, sie solle damit bei Stüssgen einkaufen.

Die Ehefrau, 15 Jahre jünger, mit ihm seit einigen Wochen verheiratet (seine zweite Ehe), läuft jedoch stracks zur Polizei: Die Ehe - bemerkt das Sondergericht trocken - war eben

> nicht besonders glücklich. Es kam häufig zu Auseinandersetzungen zwischen dem Angeklagten einerseits und der [...] Ehefrau [...] andererseits.

Zur selben Zeit hat S. - so das Urteil - zwei Eimer Salpetersalz »an sich genommen«, das aus einem Kesselwagen der Lülsdorfer Kolytwerkes stammt und das er in seinem Garten verwendete.

Und so kippt dann das Gericht sein NS-Vokabular über den Angeklagten aus:

- Volksschädling,
- ehrlose Gesinnung,
- gewisse Bauernschläue,
- böswillige Handlungsweise,
- ausserhalb der Volksgemeinschaft.

Und weil der Angeklagte (man höre!) »frivol« und »noch in seinem Schlusswort hartnäckig geleugnet hat«, wird ihm die Untersuchungshaft nicht angerechnet; die bürgerlichen Ehrenrechte verliert er zusätzlich für drei Jahre - sagt das Gericht; in Wirklichkeit natürlich keine zwei Jahre, bis zum April/Mai 1945.

Nach dem Krieg soll sich S. - so vermutete das Troisdorfer Einwohnermeldeamt damals - in der französischen Besatzungszone aufgehalten haben[464]. Die unglückliche Ehe ist am 29. März 1944 vom Landgericht Bonn geschieden worden; im August zieht die Ehefrau nach Berlin um[465].

Äusserst nervös reagiert der Nazi-Staat auf solche Fälschungen von Lebensmittelkarten, die Bargeld darstellen. Die Betriebe - in der Mehrzahl Metzgereien und Bäckereien - nehmen aus der Bevölkerung diese Marken in Zahlung und rechnen sie z. B. mit der »Fleischabrechnungsstelle« ab, indem sie die abgegebenen Marken dort einreichen. In den Akten befinden sich - verstärkt ab 1944 - immer wieder Anfragen (bei der Kriminalpolizei), Nachforschungen und Verhöre wegen Marken, die tatsächlich nicht 100prozentig dem Muster entsprechen. In allen Fällen stellt sich aber heraus, dass es sich um »echte« Ersatzdrucke aus anderen Gegenden Deutschlands handelt[466].

Defaitismus, 1944

In der Literatur[467] wird ein gefährlicher Fall von Miesmacherei erwähnt: Ein 24jähriger Chemie-Laborant, der von 1939 bis Februar 1943 Soldat war, wird schliesslich entlassen, weil er zuletzt wegen einer Kopfverletzung wehruntauglich wird. Die rettet ihn, als er unvorsichtigerweise immer öfter Bemerkungen macht wie diese:

- Haben wir den Krieg gewonnen oder verloren?
- Grüssen Sie immer noch mit Heil Hitler?
- Ihr müsst einmal überlegen, wo sollen wir die Menschen herhaben? Zuerst der Verlust von Stalingrad, dann Afrika, jetzt Italien; in Deutschland werden die Städte bombardiert. Das geht rapid bergab.

Gegen L. wird die Todesstrafe beantragt - die inzwischen übliche Bestrafung für solche »Verbrechen«. Aber man gesteht L. wegen seiner Kopfverletzung verminderte Zurechnungsfähigkeit zu und schiebt ihn »nur« in Zuchthäuser und Straflager ab. Dort überlebt er die Nazis.

»Deutschfeindlich«, 1944

Im Jahre 1944 zeigt ein Diplom-Ingenieur der DAG einen belgischen Arbeiter an, der sich »deutschfeindlich« geäussert habe[468]. Der Belgier wird daraufhin von dem Abwehrbeauftragten der DAG, Bo. [469], der Gestapo Köln gemeldet. Der Ausgang ist nicht überliefert[470].

Einen weiteren Verstoss gegen das Heimtückegesetz hat es noch gegeben, von dem aber - abgesehen von dem Namen des Beschuldigten: H. - weiter nichts bekannt ist[471].

DIE TROISDORFER JUDEN 1933-1945

Der Auftakt 1933-1941

Was die 12 Jahre Nazi-Herrschaft für die deutschen und die europäischen Juden bedeutet haben, ist im allgemeinen bekannt; das Schicksal der Juden auf regionaler, nationaler und

europäischer Ebene ist nachzulesen z. B. bei (Hilberg, 1982), (Reitlinger, 1961), (Poliakov/Wulf, 1983), (Adler, 1974) und auch (Linn, 1983).

In den ersten Jahren werden die Juden vor den Augen der Öffentlichkeit belästigt, drangsaliert, schikaniert und deportiert: DAS muss praktisch jeder Deutsche gesehen haben. Dass sie später ermordet werden, ist als Tatsache vielen Deutschen schon während des Krieges bekannt.

In vielen Städten Deutschlands haben Forscher in den letzten Jahren das Schicksal ihrer ehemaligen jüdischen Mitbürger in Ausstellungen oder Büchern dargestellt. Für Troisdorf gibt es bislang nur einen kurzen Artikel in den »Troisdorfer Jahresheften« (1981); darin hat (Hellmund, 1981) an Hand von erhaltenen Postkarten den Leidensweg einiger Troisdorfer Juden zu rekonstruieren versucht; weitere, systematische Nachforschungen hat er aber nicht angestellt.

Wenn nun im folgenden von den »Troisdorfer« Juden die Rede ist, so sind diese Personengruppen gemeint:

- Juden, die in Troisdorf geboren sind und lange Jahre hier gewohnt haben, z. B. Samuel Levy, und ihre Familienangehörigen;
- Juden, die in Troisdorf geboren sind, aber später weggezogen sind, z. B. Albert Marcus, und ihre Familienangehörigen;
- Juden, die nicht in Troisdorf geboren sind, aber lange Jahre hier gewohnt haben, z. B. Albert Brünell oder Alfred Pins, und ihre Familienangehörigen.

Ihre Gesamtzahl beträgt 73 Personen:

- Am 30.01. 33 wohnen in Troisdorf 37,
- am 01.09.39 wohnen in Troisdorf 21,
- am 08.05.45 wohnen in Troisdorf 0 Personen.

»von polizeilichen Massnahmen Abstand genommen«

Erste antijüdische Aktionen, März 1933

Die Juden sind neben den Kommunisten und Sozialdemokraten die zweite Bevölkerungsgruppe, denen die Nazis schon vor 1933 und deutlich genug den Kampf angesagt haben. Auch bei ihnen warten die Nazis nicht lange mit den ersten Aktionen. Bereits im März 1933 starten sie den sogenannten »Juden-Boykott«: SA-Männer ziehen mit Schildern vor jüdischen Geschäften auf und warnen die Passanten: *Deutsche, wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!*[472]

So auch in Troisdorf vor den Geschäften »Ehape« und »Hollandia«[473] an der Kölnerstrasse. Das geschieht am 9. März[474], schon drei Wochen vor dem reichsweit propagierten »Boykott«-Tag des 1. April[475]. Bürgermeister Langen als Chef der Ortspolizeibehörde wird an diesem Donnerstag Nachmittag von den Geschäftsleuten alarmiert; er verbietet auch den SA-Leuten jegliche »Geschäfts- und Verkehrsstörung«, hat damit aber keinen Erfolg - im Gegenteil: Am Tag darauf, kurz vor 12 Uhr,

> erschienen vor den oben genannten Geschäften eine Anzahl SS. - und SA. - Leute von auswärts, anscheinend von Siegburg, und verboten den Geschäftsinhabern den weiteren Verkauf. Die Geschäfte wurden geschlossen und auf die Fenster die Aufschrift gesetzt: »Von der SS. geschlossen«.

Weder die dort postierten Polizisten, denen gesagt wird, das sei eine Massnahme der Kölner Gauleitung der NSDAP, noch der Bürgermeister, der inzwischen erfahren hat, dass in Nachbargemeinden das gleiche passiert ist, sehen sich imstande, diesen Gewaltakt zu verhindern oder rückgängig zu machen. Vielmehr meldet Langen dem Landrat am Freitag, dem 10. März, abends:

> Zur Vermeidung unzweckmässiger Weiterungen [habe ich] von polizeilichen Massnahmen Abstand genommen.

Armseliger kann der oberste kommunale Beamte seine Kapitulation vor der braunen Gewalt nicht ausdrücken.

Die gewaltsam geschlossenen Geschäfte öffnen zwar am Freitag gegen 18 Uhr, nachdem die SA abgezogen ist, noch einmal kurz; aber am Samstag ist die SA um 8 Uhr wieder zur Stelle, verfügt wieder die Schliessung und überwacht anschliessend die Einhaltung dieser Massnahme[476].

Dabei konnten sich die SA-Leute eines Sinnes wissen mit dem neuen Innenminister und damit Chef der Polizei von Preussen, Göring; am Abend desselben 11. März sagt Göring in Essen:

> Ich habe erst angefangen zu säubern, es ist noch längst nicht fertig [...]. Wenn sie sagen, die Bevölkerung ist in furchtbarer Erregung, weil jüdische Warenhäuser vorübergehend geschlossen waren, so frage ich: Ist es nicht natürlich, wenn wir Deutsche endlich erklären: Kauft nicht bei Juden, sondern beim deutschen Volk. Ich werde die Polizei rücksichtslos einsetzen, wo man das deutsche Volk zu schädigen weiss. Aber ich lehne es ab, dass die Polizei eine Schutztruppe jüdischer Warenhäuser ist. Es muss endlich einmal der Unfug aufhören, dass jeder Gauner nach der Polizei schreit. Die Polizei ist nicht dazu da, die Gauner, Strolche, Wucherer und Verräter zu schützen. Wenn sie sagen, da und dort sei einer abgeholt und misshandelt worden, so kann man nur erwidern: Wo gehobelt wird, fallen Späne. Wir haben jahrelang die Abrechnung mit den Verrätern angekündigt[477].

Das Bild, das Göring hier von »den« Juden zeichnet (»Gauner, Strolche, Wucherer und Verräter«), dürfte das Standard-Klischee der nicht-jüdischen Bevölkerung gewesen sein - oder noch sein. Wenn es auch noch nicht mörderisch ist, so ist es doch unfreundlich, gehässig, grob verallgemeinernd. Es ist durchaus denkbar, dass manch einer böse Erfahrungen mit der Geschäftstüchtigkeit von Juden gemacht hat - wer alle Juden, w e i l sie ermordet worden sind, zu Unschuldslämmern erklärt, ist naiv - aber gibt es unter Nicht-Juden keine »Gauner, Strolche etc.« ? Auf die Idee, alle nicht-jüdischen »Gauner, Strolche, Wucherer und Verräter« zu ermorden, ist wohl noch niemand gekommen.

Nein, die Nazis haben nur die alten Gedanken zu Ende gedacht:

> [...] Von den frühesten Zeiten, vom vierten, fünften oder sechsten Jahrhundert an, hatten die christlichen Missionare zu den Juden gesagt: »Ihr könnt unter uns nicht als Juden leben. «
>
> Die weltlichen Herrscher, die ihnen vom Spätmittelalter an folgten, entschieden: »Ihr dürft nicht unter uns leben. «
>
> Und die Nazis beschlossen: »Ihr dürft nicht leben. «[478]

Und schliesslich: die »Geschäftstüchtigkeit« in manchen Branchen (Handel, insbesondere Viehhandel, Geldgeschäfte) war Resultat der jahrhundertelang erzwungenen Beschränkung auf eben solche »unchristlichen« Tätigkeiten.

- Dass »die« Juden in früheren Jahrhunderten ihre einzige Überlebenschance in einem bewussten Jüdisch-Sein, d.h. Anders-Sein, sahen;
- dass sie ihr Ghetto nicht als Gefängnis betrachteten, sondern als Chance fast schon dankbar akzeptierten;
- dass sie ihren Peinigern das Argumentieren immer so leicht machten;

- dies ist natürlich eine tragische Schuld, sofern man von »Schuld« in diesem Zusammenhang überhaupt sprechen darf. Die Zeitspanne, in der ihnen dann eine Assimilierung (Anpassung) ermöglicht wurde (etwa ab 1860 in Preussen[479]), hat nicht ausgereicht, die uralten Vorurteile aus dem Weg zu räumen; sie hat aber gezeigt, dass Juden bereit und willens waren, sich ihrer Umgebung anzupassen: Man lese - für unseren Raum - bei LINN einmal nach, was dort über Isaac Bürger aus Siegburg steht[480].

Und wenn es nicht unter so widrigen Umständen geschehen wäre, könnte man sich über das Paradox erheitern, dass gerade nach 1933 eine starke (Rück-) Besinnung der Juden auf das Jüdische einsetzt und der Zionismus eine Hochkonjunktur erlebt.

An »politischen« Akteuren hat die kleine Gruppe Troisdorfer Juden keine grossen Persönlichkeiten vorzuweisen - wenn man von Albert Brünell einmal absieht: er bringt es innerhalb der für Troisdorf zuständigen Siegburger Synagogengemeinde 1925 und 1932 zum 1. Stellvertreter bei der Repräsentantenwahl[481].

Aber in den wirklich *politischen Sachen [sind die Juden] sehr zurückhaltend, und es ist schwer, sich von ihrer inneren Einstellung das richtige Bild zu machen*[482], schreibt Bürgermeister Reinartz im Oktober 1933. Zwei Jahre später weiss Bürgermeister Jakobs *von Juden und Freimaurern [...] nichts besonderes zu berichten.*[483] Und der kommissarische Bürgermeister von Hirschfeld wundert sich im März 1936:

> Die Juden sind auffallend zurückhaltend; sie suchen jedem Konflikt aus dem Wege zu gehen. Der Ausschluss der Juden vom Wahlrecht[484] ist bereits durch frühere Gesetze bekannt gegeben; er bietet keine Veranlassung zur Beeinträchtigung der öffentlichen Meinung. [485]

Ein Beweis für den jüdischen Willen zur Integration ist paradoxerweise auch ihre Untätigkeit nach der Machtübergabe am 30. Januar 1933. Sicher haben einige sofort die Zeichen an der Wand erkannt und sind in Ausland geflüchtet; aber die überwiegende Mehrzahl vor allem der Juden in der Provinz hat sich 1933 nicht zur Flucht/ Emigration/ Auswanderung/ Alijah (=Auswanderung nach Palästina) entschliessen können:

> Was meine Familie anbetrifft, kann ich Ihnen mitteilen, dass besonders mein Vater der Ansicht war, dass »der Hitler nicht lange dauern würde«, und der Gedanke, alles, das Haus usw. im Stich zu lassen, mag auch dazu beigetragen haben, nicht in die Fremde zu gehen. [486]

Damit stand der alte Pins nicht alleine, wie die Auswanderungszahlen beweisen[487].

Doch zurück zum März/April 1933: Stark ist die Erschütterung der offiziellen Sprecher, schwach ihr Protest: Sie verwahren sich gegen die Anklage, die Juden hätten dem deutschen Volk geschadet, und bekennen ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volk[488]:

> Nichts kann uns die tausendjährige Verbundenheit mit unserer deutschen Heimat rauben. Keine Not und Gefahr kann uns dem von unseren Vätern ererbten Glauben abspenstig machen.In Besonnenheit und Würde wollen wir für unsere Sache einstehen. [...] Verzagt nicht! Schließt die Reihen! Kein ehrenhafter Jude darf in diese Zeit fahnenflüchtig werden. Helft uns, das Vatererbe zu bewahren![489]

Bemerkenswert an diesen Vorfällen in Troisdorf ist nicht so sehr die Tatsache, dass jüdische Geschäfte gewaltsam geschlossen werden: Dies ist ja weitgehend bekannt. Erstaunlich ist der Zeitpunkt: 9. /10. März. Von diesem Tag sind NS-Aktionen in der Literatur überliefert aus grösseren Städten wie Kassel (Tietz), Essen (Karstadt, Woolworth) und Bottrop[490]. Warum sich gerade Troisdorf - und auch Siegburg[491] - so frühzeitig hervortun, ist nicht bekannt.

»Ein besonderer Rechtskreis«

Gesetze und Verordnungen gegen die Juden in Deutschland, 1933-1938

Nach diesen Vorfällen - so sollte man annehmen - sind die Juden eigentlich gewarnt. Doch die »Alten« tun nichts - so sieht es jedenfalls zunächst aus. Nur 28 »Junge« (von insgesamt 73) verlassen Nazi-Deutschland[492], die meisten aber auch erst 1938 oder später. Was hat die »Alten« hier gehalten?

- Am 7. 4. 33 werden die jüdischen Beamten aus dem Staatsdienst geworfen[493],
- vom 6. 5. 33 an werden jüdische Steuerberater nicht mehr zugelassen,
- vom 25. 8. 33 an werden jüdische Oberprimaner in Preussen nicht mehr zum Abitur zugelassen,
- vom 20. 6. 33 an werden jüdischen Heiratswilligen keine Ehestandsdarlehen mehr gewährt,
- am 7. 5. 33 wird allen bei der Reichswehr beschäftigten jüdischen Arbeitern und Angestellten gekündigt,
- am 13. 12. 34 verbieten die Nazis den Juden die Habilitation,
- vom 5. 2.35 an werden Juden nicht mehr zu den staatlichen Prüfungen als Ärzte, Zahnärzte und Apotheker zugelassen,
- vom 21. 5.35 an dürfen Juden nicht mehr in die (neue) Wehrmacht,
- und vom 21. 5.35 an dürfen Juden nicht mehr von den Rundfunkgebühren befreit werden.

Die Liste der kleinen Schikanen und bösen Stiche liesse sich noch seitenlang fortsetzen.

Und dann kommen - endlich! denken manche - die Judengesetze vom Nürnberger Reichsparteitag (September 1935)[494]:

- Das »Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre«[495] (Blutschutzgesetz) verbietet in der Hauptsache Eheschliessungen zwischen Juden und Nicht-Juden sowie den ausserehelichen Geschlechtsverkehr.
- Das »Reichsbürgergesetz«[496] schafft den »Staatsangehörigen« für den Juden und den »Reichsbürger« für den Arier.

Von den deutschen Juden werden diese Gesetze »mit einer gewissen Erleichterung« aufgenommen; die Juden erwarten jetzt

> die Beendigung aller gesetzwidrigen Massnahmen und [bereiten] sich vor auf ein Leben innerhalb eines besonderen, jedoch endgültig fixierten und garantierten Rechtskreises.[497]

Doch diese Hoffnung ist unbegründet: die Juden, die das glauben, verkennen die der NS-Ideologie - wenn es denn eine war - innewohnende Dynamik, man könnte auch sagen: die chaotische Irrationalität, was komplette gedankliche Konstruktionen betrifft. Nach zwei Jahren Herrschaft sind diese Gesetze in Nürnberg in wenigen Stunden zusammengeschludert[498] worden, nach NS-Manier Rahmengesetze[499], die später dann von den Behörden mit Verordnungen »ausgefüllt« werden.

Spätestens hier taucht die Frage auf, ob Hitler oder »die Nazis« oder »ein paar ganz radikale Nazis« oder wer auch immer von Anfang an die Juden ausrotten wollten. Wer hat da wen getrieben? Hat Hitler die (unschuldigen) Deutschen zum Völkermord verleitet - oder ist er von einigen dunklen, wüst antisemitischen Hintermännern zur Ausführung seiner Gedanken veranlasst worden? Gibt es »den« deutschen Volkscharakter, der Schäferhunde, Gartenzwerge, Richard Wagner und Beethoven liebt u n d Juden und Zigeuner und Geisteskranke und Kommunisten tausend- und millionenfach ermordet? Es möge uns erspart bleiben, jemals wieder darauf eine Antwort geben zu können.

Nach Nürnberg geht es zügig weiter:

- Jüdische Kunst- und Antiquitätenhändler werden aus der »Reichskammer für bildende Künste« ausgeschlossen[500],
- jüdische Kinobesitzer müssen bis zum 30. 12.35 ihre Filmtheater verkaufen,
- am 30. 9.35 entlässt der Reichsinnenminister alle Beamten, die von drei oder vier »volljüdischen« Grosseltern abstammen usw.

Freilich, manche von den genannten und auch den nicht erwähnten Verordnungen treffen »unsere« Troisdorfer Juden nicht, weil sie schlicht und einfach nicht zu diesen Personengruppen gehören: Sie sind Geschäftsleute (Metzger, Händler) und führen auch keine Künstlernamen, die sie ablegen müssten. Ja, sogar die Nürnberger Gesetze treffen sie - zunächst - nicht.

Allerdings: eine junge Siegburgerin, Ilse Fröhlich (Jahrgang 1919), und ihr Freund zerbrechen daran - er ist nicht Jude. Ihre Liebe ist gesetzlich verboten. Sie begehen am 13. Juni 1939 in dem Ostseebad Ahlbeck Selbstmord[501].

Und wenn man sarkastisch ist, kann man sogar sagen: Der Entzug des Wahlrechts 1936[502] ist ohne Bedeutung - dann was bedeuten schon Wahlen bei den Nazis?

Jüdische Kinder müssen die Schulen verlassen[503].

Im Anschluss an die Nürnberger Gesetze sind in zwei Fällen doch Nervosität oder Angst erkennbar: Zwei junge Leute, Kinder einer jüdischen Mutter und eines nicht-jüdischen Vaters, lassen sich am 6. Februar 1936 von Pfarrer Kenntemich taufen und erklären am 14. bzw. 17. Februar 1936 ihren Austritt aus der Synagogengemeinde Siegburg[504]. Eine andere junge Frau verlässt ebenfalls die jüdische Glaubensgemeinschaft, um einen nicht-jüdischen Mann heiraten zu dürfen[505].

Spätestens im April 1938 muss es auch dem unauffälligsten Juden klar werden, welches Spiel demnächst mit ihm gespielt wird: Jeder Jude, der ein Vermögen von 5.000 RM und mehr besitzt, muss ein Vermögensverzeichnis ausfüllen: Auf vier DIN-A4 Seiten werden Angaben über »Land- und forstwirtschaftliches Vermögen«, »Grundvermögen«, »Betriebsvermögen«, »Sonstiges Vermögen, insbesondere Kapitalvermögen« abverlangt[506]. Wozu?

Empfindlich getroffen hat Alfred Pins wahrscheinlich die Einziehung des Wandergewerbescheines im Oktober 1938[507].

»Die berechtigte Wut der Bevölkerung«

Das Pogrom vom 9. November 1938 (»Reichskristallnacht«)

Schon vor der sogenannten »Reichskristallnacht« sind Massnahmen eingeleitet worden, die den Bewegungsspielraum und die Freiheit der Juden immer weiter einengen und ihre Menschenwürde verletzen:

- Ab 1. 1.39 müssen Juden den zusätzlichen Vornamen Israel bzw. Sara annehmen, wenn sie nicht einen der amtlich anerkannten jüdischen Vornamen wie Aron, Chaim, Elias, Israel oder Jesabel, Rachel, Rebekka[508] tragen[509].
- Ab 1. 1.39 müssen alle Juden über 15 Jahre eine »Kennkarte« beantragen, auf die aussen und innen ein grosses »J« aufgedruckt ist[510].

Insgesamt 16, in Troisdorf geborene Juden »beantragen« beim hiesigen Standesamt den zusätzlichen Vornamen[511].

Für die Kennkarte müssen die Juden ein neues Passfoto anfertigen lassen: ein spezielles, auf dem das linke Ohr frei sichtbar sein muss. Frauen und Mädchen, die langes Haar tragen, müssen für die Aufnahme ihr Haar hinter das Ohr legen oder stecken - eine für sich genommen unbedeutende, alltägliche Handbewegung; im Zusammenhang trifft sie die Jüdinnen aber schwer in ihrem Selbstbewusstsein[512].

Da ist es gewiss ein Trost, dass in Troisdorf ein Fotograf wohnt, der mit einer Jüdin verheiratet ist und von den Juden sicher als einer der ihren angesehen wird: Erwin Bernauer. Er fertigt für 138 Juden aus Troisdorf und Umgebung die Fotos an[513].

Es kommt das Pogrom vom 9. /10. November 1938. In unserer Stadt - wie im übrigen Rheinland[514] - finden die Ausschreitungen erst in den frühen Morgenstunden des 10. November statt.

Die Anwohner der Kirchstrasse (damals: Franz-Müller[515]-Strasse) und des Ursulaplatzes werden zwischen 6 und 7 Uhr morgens von einem Knall aus dem Schlaf gerissen[516]: Ein stadtbekannter Nazi, Julius F., ein Kaufmann von der oberen Kölnerstrasse, hat von dem Schulgelände aus mit einem Gewehrschuss einen Benzinkanister in Brand gesetzt, den er und weitere 5 - 10 SA-Männer in den Eingang des Hauses Nr. 6 gestellt haben. Dort wohnt die Familie Levy, Samuel Levy hat (noch) eine Metzgerei. Die Fassade des schätzungsweise 300 Jahre alten Fachwerkhauses fängt schnell Feuer.

Die Familie Levy ist nicht zu Hause: Samuels Bruder Josef in Siegburg ist zwei Tage zuvor gestorben, Samuel soll zu der fraglichen Zeit in Köln gewesen sein. Frau Levy und die Tochter Ruth Johanna sind bei Samuels und Josefs Schwester, Frau Eva Wolf, auf der Frankfurterstrasse 56.

Eine Nachbarin, Gertrud Büchel, versucht, mit Eimern den Brand zu löschen. Sie wird von den Nazis beschimpft und bedroht, so dass sie von dem - letztlich auch vergeblichen - Löschversuch ablässt[517]. Einem Zeitungsfotografen, der Aufnahmen machen will, wird bedeutet, er solle seine Kamera schnell wieder wegstecken und weitergehen[518]. Die Feuerwehr rückt erst an, als das Nachbarhaus zu Rechten, in dem ein SS-Mann wohnt, Feuer zu fangen droht.

Schliesslich dringen die Nazis in das Haus ein und stehlen den Levys die Auswanderungsunterlagen für die USA. Damit ist die Auswanderung praktisch unmöglich geworden; die Papiere sind von den US-Behörden durchlaufend nummeriert worden[519]. Wer im November 1938 einen neuen Antrag stellt, erhält eine neue Nummer und gerät damit an das Ende der Warteliste, seine Nummer wird erst viel später aufgerufen - d.h. zu spät.

Der Schaden am Haus beläuft sich auf 1.200 RM[520]. Falls das Haus gegen Brand versichert war - was nicht bekannt ist -, hätte Samuel Levy der Versicherung den Schaden nicht melden dürfen - gemäss § 2 der »Verordnung zur Wiederherstellung des Strassenbildes bei jüdischen Geschäftsbetrieben«[521].

Was der WB unter der Überschrift »Antijüdische Kundgebungen[!] im Siegkreis« in 33 dürren Zeilen meldet, ist der Gipfel an Unterschlagung und Verdrehung:

> [...] Die berechtigte Wut der Bevölkerung [über das Attentat des Herschel Grynszpan...] führte zu spontanen Kundgebungen gegen das Judentum. Bei dieser Gelegenheit richtete sich die Volkswut begreiflicherweise auch gegen die jüdischen Geschäfte, die sich noch[!] im Siegkreis, vor allem in Siegburg, breit machten und teilweise durch raffinierte Tarnung versuchten, die deutschen Volksgenossen in ihre Läden zu locken. In mehreren Fällen wurden jüdische Geschäfte in der Empörung zertrümmert. In den Synagogen in Siegburg, Honnef und Ruppichteroth, die von der Bevölkerung schon lange als Schandflecken im Ortsbild empfunden wurden, brachen Brände aus. Auch in anderen Orten des Kreises schloss sich die Bevölkerung in grosser Empörung zu Kundgebungen gegen die jüdischen Geschäfte und die jüdischen Bewohner zusammen [...]. Trotzdem bewahrte aber die gesamte Bevölkerung den Verhältnissen entsprechend äusserste Disziplin. [522]

Samuel Levy (spöttisch auch »Semmel« gerufen) war in Troisdorf sicher wohl gelitten. Er hatte einen grossen Kundenkreis, der nur allmählich schrumpfte. Viele Troisdorfer hatten nicht vergessen, dass Levy den Armen kostenlos Fleisch und Suppe ausgeteilt hat[523]; einer von denen, die früher eine solche Suppe bekommen hatten, Peter O., soll Samuel jedoch im November 1938 angespuckt haben.

Samuel beschäftigte immer Gesellen und Lehrlinge, teils jüdische, teils nicht-jüdische. Man hatte sich daran gewöhnt, dass Samuel am Sabbat (=Samstag) mit seinem Sohn Emil (Jahrgang 1910) zu Fuss nach Siegburg in die Synagoge ging und sein Geschäft erst am Abend wieder öffnete.

Der am 10. November einsetzenden Verhaftungswelle im gesamten Reich - die Gestapo hat die Festnahme von 20.000 bis 30.000 Juden (»vor allem vermögende«) angeordnet[524] - fallen in Troisdorf drei Männer zum Opfer[525]:

Samuel Levy, Kirchstrasse 6[526],
Josef Meier, Im Grotten 23[527],
Alfred Pins, Hofgartenstrasse 8[528].

Von geborenen Troisdorfern sind mindestens zwei verhaftet worden:

Albert Falkenstein, Siegburg, Zeithstr. 21[529],
Jakob Falkenstein, Siegburg, Zeithstr. 21[530].

Im Kreisgebiet werden 83 jüdische Männer verhaftet[531], einige bei der Beerdigung des Josef Levy auf dem jüdischen Friedhof in Siegburg[532]. Sie alle werden nach Brauweiler und dann »zumindest teilweise«[533] in das KZ Dachau gebracht, wo sie am 15. November eintreffen[534]. Für unseren Personenkreis ist das gesichert für Albert und Jakob Falkenstein[535]; Samuel Levy kommt nach Düsseldorf[536].

Albert Falkenstein (Gefangenen-Nr. 27003) wird am 7. Dezember 1938, sein Bruder Jakob (Gefangenen-Nr. 28502) am 10. Januar 1939 aus Dachau entlassen[537]. Über Josef Meier oder Alfred Pins ist dazu nichts bekannt, Samuel Levy wird im Februar 1939 entlassen[538].

Josef Meier, 1935 von seiner Frau Selma[539] geschieden[540], emigriert nach Grossbritannien; seinen Sohn Günter (Jahrgang 1927) lässt er bei seinen Eltern zurück[541]. 1942 ist Josef Meier in Australien[542], dort ist er auch gestorben[543].

Nach der »Reichskristallnacht« kommen die Massnahmen gegen die Juden Schlag auf Schlag:

- Vom 28. 11.38 an können die Behörden die Bewegungsfreiheit der Juden in bestimmten Bezirken oder zu bestimmten Zeiten untersagen[544],
- am 3. 12.38 entzieht der Reichsführer SS, Himmler, allen Juden die Fahrerlaubnis für Kraftwagen[545],
- vom 3. 12.38 an müssen die Juden ihren Betrieb verkaufen[546],
- vom 28. 12.38 an ist Juden die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen verboten, die Übernachtung in Luxus-Hotels, das Baden in Badeanstalten; jüdischen Beamten kann die Pension gekürzt werden[547].

Kolumbien, Shanghai, USA

Flucht aus Nazi-Deutschland

Nach dem 9. November 1938 bricht unter den deutschen Juden eine regelrechte Auswanderungspanik aus, spätestens jetzt sind alle Hoffnungen auf ein Nebeneinander zunichte gemacht. Über 80.000 Juden verlassen 1939 ihre deutsche Heimat[548], von den Troisdorfern insgesamt 28[549]:

Salli Cahn, Julia (geb. Levy) und Sohn Hermann (Siegburg)
Anneliese Falkenstein (Siegburg)
Erich Sommer
Leopold und Elisabeth Levy (Düsseldorf)
Rudolf Falkenstein (Siegburg)
Grete, Hilde und Margot Marcus (Siegburg) zusammen mit ihren Familien
Josef Meier

Bereits früher wanderten aus:

Selma Meier
Ludwig Pins
Solli Jonas, Hilde (geb. Levy) und Sohn Walter Josef
Hans Falkenstein und Erna (geb. Levy) (Siegburg)

Zu einem unbekannten Zeitpunkt sind ausgewandert:

Arthur (und Elfriede?) Meier
Erwin (und Alice?) Brünell
Josef Levy
Max Levy

Aus Deutschland vertrieben zu werden, ist sicher für alle »Auswanderer« hart und bitter, auch für diejenigen, die ein »gutes« und sicheres Land wie die USA gefunden haben - ganz zu schweigen von denjenigen, die »nur« nach Holland oder Belgien geflüchtet sind und dort nach 1940 von den Nazis eingeholt werden.

Wenn Hilde und Solli Jonas erzählen, hört man, dass die ersten Monate oder Jahre in den USA aus Arbeit, Kündigung, Umzug, Geldmangel bestehen; dabei hat Solli einen nützlichen und brauchbaren Beruf: Er ist Metzger. Den deutschen Juden stehen in den USA eben auch nicht die Tore zum Paradies weit offen. Dass sie heute wohlhabende Leute sind, kann ja wohl nicht ihren ehemaligen Landsleuten zugute gehalten werden. Juden, die in den 30ern nach Palästina auswanderten, berichten sogar von nächtlichen Feuerüberfällen der Araber auf die unerwünschten Kibbuzim.

Ludwig Pins schlägt sich von 1934 bis 1936 mehr schlecht als recht in den Niederlanden durch[550], wird von jüdischen Organisationen unterstützt, arbeitet auch mal bei der Einpolderung der Nordsee. Nach vielen Umwegen - auch privater Art - verschlägt es ihn noch vor dem Krieg nach Kolumbien. In diesem südamerikanischen Land versucht sich der junge Mann zuerst als Kaffeeröster; dann baut sich Pins, der eine Schneiderlehre bei der

angesehenen Bonner Massschneiderei Oberländer absolviert hat, mühsam eine Existenz auf, gründet eine Familie und erwirbt die kolumbianische Staatsangehörigkeit.

Über Erich Sommer, der 1960 in Troisdorf starb, ist überraschend wenig bekannt. Er ist 1939 nach Shanghai ausgewandert, wohnt Anfang der 50er Jahre in Sfad, einer Stadt in Israel, kommt aber dann nach Troisdorf zurück, wo er im elterlichen Haus in der Bergstrasse 17 wohnt.

Anneliese Falkenstein und ihr Vetter Rudolf emigrieren nach Sheffield (GB)[551] und arbeiten dort in einer Fabrik; Rudolf stirbt 1948. 1950 wandert Anneliese nach New York aus und heiratet einen Juden, der Auschwitz überlebt hat. In den USA *we made a new life for ourself*.

Doch die älteren Troisdorfer Juden teilen wohl die Meinung des CENTRAL-VEREINS DEUTSCHER STAATSBÜRGER JÜDISCHEN GLAUBENS, der in seiner Zeitung schreibt:

> Mit Würde und mit Mut werden wir die mitleidlosen Massnahmen Deutscher gegen deutsche Juden auf eigener Heimaterde zu ertragen wissen. [552]

Auch wenn er nach der Systematik nicht in dieses Buch gehört, soll er doch erwähnt werden: Norbert Cahn, Jahrgang 1921, aus Sieglar. In Zusammenhang mit dem 8. Mai 1985 stellte eine frühere Nachbarin, Frau A., den Kontakt zu ihm her. Herr Cahn lebte damals in Schweden - dabei wollte er damals eigentlich nach Israel; er hatte sich in der Vorbereitungsschule[553] in Urfeld (Vorgebirge) von Februar bis August 1939 auf die »Alijah«, die Auswanderung nach Palästina, vorbereitet. Am 20. August verabschiedet er sich in Sieglar von seinen Eltern, Alfred und Elisabeth Cahn. Über Sassnitz und Trelleborg erreichen Norbert und noch einige andere junge Juden aus dem Rheinland Schweden. Dort werden sie vom Krieg überrascht, Norbert bleibt in seiner neuen Heimat[554]. Seine Eltern hat er nach dem 20. August 1939 nicht mehr wiedergesehen.

Bei seinem Besuch in Troisdorf 1987 hat er zwei Postkarten vorgelegt, die von seinen Eltern an eine ehemalige Sieglarer Nachbarin, Frau Qu., geschickt worden waren; daraus geht eindeutig hervor, dass auch sie in Malyj Trostenez ermordet worden sind[555]. Norbert Cahn ist inzwischen in Schweden verstorben.

Der Krieg beginnt, 1939

Am 1. September 1939 überfällt Hitler-Deutschland Polen und löst damit den zweiten Weltkrieg aus. Jetzt wendet sich für die Deutschen etliches: zum Bösen. Für die Soldaten beginnt jetzt das Sterben an der Front, für die Menschen in der Heimat die Rationierung, die Verdunkelung, die Frauenarbeit, die Bombenangriffe usw.

Auch für die Juden bedeutet (spätestens) der 1. September 1939 ein Ende: Der NS-Staat hört auf, die Juden »nur« zu schikanieren, »nur« zu vertreiben. So hat es z. B. Eichmann noch im Februar 1938 auf einer Tagung des SD propagiert[556]. Bis zum November 1938 (»Reichskristallnacht«) und auch noch einige Monate danach, als den Juden allgemein die Tür zum Ausland offengehalten wird, kann der NS-Staat (natürlich mit erheblichen Vorbehalten) als »normaler« Unrechtsstaat eingeordnet werden, keinen Deut besser als z. B. Spanien, Italien, die Sowjetunion - aber auch nicht viel schlimmer. Noch bewegt sich Hitler-Deutschland innerhalb eines Konvois von Terroristen; erst am 1. September 1939 übernimmt es die Spitzenposition in dieser makabren Parade[557].

An diesem 1. September fällt auch ein Gesichtspunkt weg, der die allerschärfsten Judenhasser bis dahin immer noch gebremst hat: Rücksichtnahme auf das Ausland.

Unverblümt hat Hitler noch vor Kriegsbeginn die Vernichtung der Juden angekündigt[558], am deutlichsten in der Reichstagsrede vom 30. Januar 1939; sie war damals noch scheinheilig von einer Bedingung abhängig gemacht worden:

> Wenn es dem internationalen Finanzjudentum [...] gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis [...] die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa sein[559].

Der naive Zeitgenosse, der die 30er Jahre unbeschadet oder gar erfolgreich erlebt hat, kann sich im Oktober 1939, nach dem »Blitzsieg« über Polen, als überlegener Herrenmensch wähnen. Noch sind nicht einmal die grossen militärischen Erfolge an der Westfront oder in Russland erzielt, doch am Ende vernichtet dieser Krieg als »Irrsinn eines grenzenlosen Macht- und Zerstörungswillens«[560] diejenigen, die ihn wie eine Lawine losgetreten haben. Wie in der klassischen griechischen Tragödie der Held, so stehen die Deutschen im Herbst 1939 vor imposanten Siegen und vor dem Abgrund - sie wissen es nur noch nicht.

Den Juden, die jetzt noch in Deutschland sind, ersteht die fürchterliche Gewissheit, dass für sie am Ende - wann auch immer das sein wird - ihr gewaltsamer Tod steht. Es ist müssig, ihnen ihr Zaudern vorzuwerfen. Ludwig Pins, der früh genug verschwand, hat es nicht geschafft, seine Schwester oder seine Eltern zum Auswandern zu bewegen - zu gross sind die Rücksichtnahmen, zu schwer wiegen die Fehleinschätzungen des einzelnen.

Zwei Wochen nach Kriegsbeginn teilt die Gestapo Köln den Landräten den Erlass des Reichsführers SS mit, dass den Juden der Ausgang nach 20 Uhr verboten ist[561], acht Tage später, dass die Radios der deutschen und polnischen Juden zu beschlagnahmen seien[562]: Es beginnt die Periode der Konfiskationen, doch dazu unten mehr.

In Troisdorf[563] werden am 23. September, an Yom Kippur (Versöhnungsfest), einem der höchsten jüdischen Feiertage[564], zwei Radios eingezogen: Das von Marx (Körting S 2400 WL) und das von Pins. Das Marx'sche Radio händigt Bürgermeister Schünemann zunächst der 4. Flak-Batterie 405 aus, das Radio von Pins nimmt er in den »Asservatenbestand«[565]. Es bestehen wohl noch keine klaren Ansichten darüber, was denn mit den Geräten weiter geschehen soll (weitergeben an die Wehrmacht? verkaufen?); denn am 28. September fordert die Gestapo den Landrat auf, die Radios einzusammeln, aufzulisten und zu pflegen[566]. Schünemann liefert »seine« beiden Radios dann auch am 6. und 12. Oktober beim Landrat in Siegburg ab[567], wo 38 Geräte aus dem ganzen Siegkreis lagern[568]. Auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin werden dann doch alle Geräte - bis auf eins - zugunsten der Wehrmacht eingezogen[569].

Zum entscheidenden Schlag gegen die 274 im Siegkreis wohnenden Juden[570]holen Gestapo und Kommunalbehörden 1941 aus: Im April wird die Deportation der Juden in das ehemalige Reichsarbeitsdienst(RAD)-Lager Much eingeleitet; im Mai werden die noch zurückgebliebenen Juden in die »Judenhäuser« gesteckt; im Oktober gehen die ersten Transporte von Köln ins Ghetto Lodz oder Litzmannstadt. In diesen wenigen Monaten entscheidet sich das Schicksal der deutschen Juden. In diese Zeit fällt auch der Einmarsch in die Sowjetunion - Zufall?

»mit Juden zu belegen«

Ins Judenlager Much, 1941-42

Am Abend des 13. Juni 1941 werden die ersten 95 Juden aus dem Siegkreis in Much abgeliefert[571]. Sie werden in dem ehemaligen RAD-Lager an der Wahnbachtalstrasse[572] untergebracht. Aus Troisdorf sind darunter[573]:

Otto und Betti Neumann,
Emanuel und Regina Meier mit ihrem Enkel Günter[574];

von geborenen Troisdorfern aus Siegburg:

Albert und Amalie Marcus,
Sara (»Lisette«) Berger,
Sophia Levy[575].

Die »Umsiedlung«[576] nach Much war zunächst gar nicht vorgesehen, da *auf Anordnung des RSHA Ghettos nicht gebildet werden dürfen*[577]. Kreisinspektor Solbach trägt aber am 17. Mai der Gestapo Köln den heftigen Wunsch der Kreisverwaltung vor, das Lager Much doch als Sammelstelle zu genehmigen. Dr. Schaefer von der Gestapo erlaubt dann »im Einverständnis mit der Gauleitung« der Partei, dass das Lager Much, *soweit dies notwendig ist, mit Juden belegt werden kann*.[578]

Der den Landräten am 12. Mai mitgeteilte »Umsiedlungs«-Termin des 1. Juni ist offensichtlich nicht einzuhalten. So ordnet die Gestapo Köln am 7. Juni an, die »Umsiedlung« spätestens am 1. Juli zu beenden[579]. Das dauert aber dem rührigen Kreisamtsleiter der NSDAP[580] zu lange: Er ruft am 8. oder 9. Juni bei Dr. Schaefer in Köln an und setzt durch, dass die »Überführung nach Much« spätestens am 15. Juni abgeschlossen ist; das teilt er dann auch persönlich dem Landratsamt mit[581].

Juden »in Klein- und Kleinstwohnungen zusammenlegen!«

Die »Judenhäuser« in Troisdorf, 1941-42

Am 12. Mai 1941 befiehlt die Gestapo Köln den Landräten des Regierungsbezirks die »Zusammenlegung der Juden«[582]: Diese müssen bis zum 1. Juni aus »arischen« Häusern ausziehen, ebenso aus eigenen Häusern, wenn diese Villen seien oder ähnlichen, besonderen Baucharakter hätten. Die Durchführung dieser Aktion wird der jeweiligen jüdischen Gemeinde aufgebürdet; Grundstücke und Möbel dürfen (zunächst) nicht verkauft werden, bewegliche Gegenstände müssen gelagert werden[583].

Parallel zur Verlegung in die »Judenhäuser« verläuft die letzte Erfassungsaktion: Regierungsassessor Stackelberg notiert am 16. Mai 1941, dass die Bürgermeister sofort eine Liste der in ihrem Ort wohnenden Juden mitsamt Familien und Arbeitsplatz abzuliefern haben[584]. Nach inzwischen sattsam bekanntem Muster ist das der Auftakt zu Schlimmerem: Festnahme, »Evakuierung«[585] und schliesslich Mord.

Bürgermeister Schünemann liefert am 26. Mai die Liste[586] mit den 15 Juden ab, die zu diesem Zeitpunkt (noch) in der Gemeinde Troisdorf wohnen. Vom Landratsamt sind später

fünf Namen von Hand durchgestrichen worden, in der Spalte »Bemerkungen« steht lapidar: »Much«.

Über die Verwendung der freiwerdenden Wohnungen macht sich der rührige Kreisorganisationsleiter Court beizeiten Gedanken: Am 6. Juni - noch sind die Juden nicht in Much - verschickt er ein Rundschreiben (»Streng vertraulich!«) an alle Ortsgruppenleiter und Bürgermeister:

> Für freiwerdende Judenwohnungen ergeht folgende Anordnung:
>
> 1. […]
>
> 2. a) Judenwohnungen, welche durch Umsiedlung oder durch vorherigen Wegzug einzelner Juden frei werden, sind durch die Polizeibehörden zu beschlagnahmen und nach Instandsetzung zu vermieten.
>
> […][587]

Als neue Mieter kommen Ausgebombte und kinderreiche Familien in Frage; der Ortsgruppenleiter soll ein Vorschlags- und Einspruchsrecht haben.

Zwei Wochen später, als ein Überblick über die tatsächlich geräumten Wohnungen möglich ist, verschickt der Kreisorganisationsleiter ein weiteres, ähnlich lautendes Rundschreiben wiederum an alle Ortsgruppenleiter und Bürgermeister:

[…]

> 2.) Die noch in den Ortsgruppen wohnenden Juden werden innerhalb der Ortsgruppe zusammengelegt. Die Juden müssen sich mit Klein- und Kleinstwohnungen abfinden, die ihnen zugewiesen sind. Richtschnur muss sein, dass kein Deutscher schlechter wohnen darf, als die umzusiedelnden Juden. Es ist selbstverständlich, dass Deutsche und Juden nicht unter einem Dach wohnen können […]
>
> 3.) Die freigewordenen Wohnungen sind nach Instandsetzung durch die Polizeibehörden zu vermieten.
>
> […]
>
> 8.) Mit den Behörden ist zu vereinbaren, dass die Einwohner-Meldeämter nach der Umsiedlung keine Wohnungsveränderungsmeldungen von Juden mehr annehmen, ohne vorher den zuständigen Hoheitsträger der NSDAP. benachrichtigt zu haben. […] Einzige Ausnahme bildet die Ausreise ins Ausland. [588]

Unter den Troisdorfer Juden gibt es zu diesem Zeitpunkt noch drei Hausbesitzer:

Rosa Marx, Frankfurterstrasse 56,
Alfred Pins, Hofgartenstrasse 8,
Eduard Sommer, Bergstrasse 17.

Auf deren Häuser müssen sich die 13 Juden, die jetzt noch in Troisdorf leben, zurückziehen: Hirsch (2 Personen), Marx (2), Meier (3), Neumann (2), Pins (2) und Sommer (2).

In dem Haus Pins, Hofgartenstrasse 8[589], wohnen in fünf Zimmern[590] von 1939 bis 1941 drei Familien: Pins, Hirsch, Neumann mit insgesamt sechs Personen. Artur und Johanna Hirsch ziehen am 5. April 1941 nach Dortmund; Neumanns werden am 18. Juni 1941 nach Much deportiert; Pins selber ziehen am 10. Juli 1941 in das Haus Marx, Frankfurterstrasse 56[591]. Das Haus, dessen damaliger Wert später auf etwa 3.000 RM geschätzt wurde, scheint lange leer gestanden zu haben; denn Mieteinnahmen bei der Stadt Troisdorf sind erst vom 2. Quartal 1943 ab belegt[592]. Mieter sind die Familien Rauschenberger, Aretz und Schulte; die Mieteinnahmen im Quartal belaufen sich auf 90 RM[593].

Das Haus Marx, die frühere Metzgerei Wolf, Frankfurterstrasse 56[594], war mit 7 Zimmern und einer Küche[595] recht gross. Rosa Marx ist nach dem Tod ihrer Mutter Eva am 15. März 1939 (Vater Adolf ist bereits 1934 gestorben) mit ihrem Mann Erich von Bonn ins elterliche Haus zurückgekehrt. Mit Pins, die in den letzten sechs Wochen noch bei ihnen gewohnt haben, verlassen die Marx am 25. August 1941 ihr Haus[596]. Nach ihnen soll ein Polizist in dem Haus gewohnt haben, der 1945 auszog[597].

Das letzte »Judenhaus« in Troisdorf ist das Sommersche Haus in der Bergstrasse 17[598]. Dort sind im Juni 1941 Plätze frei geworden, als das Ehepaar Meier mit dem Enkel Günter nach Much verschleppt worden ist. Die letzten 11 Monate bis zu ihrer Deportation in den Osten (Juli 1942) leben hier in neun, z. T. kleinen Zimmern und einer Küche[599] die Eheleute Marx, Pins und Sommer.

Die Schonfrist (bis Juli 1942) ist denjenigen jüdischen Familien gegönnt, in denen der »Haushaltsvorstand« Arbeit hat oder die schulpflichtige Kinder haben (das letztere trifft für die Troisdorfer nicht zu), ausserdem den beiden Troisdorfer »Mischehen« (bis September 1944).

Erich Marx, Alfred Pins und Eduard Sommer[600] arbeiten bei der Firma Filk in Spich, die im Juni 1941 etwa 20 Juden beschäftigt und feuerfeste Produkte herstellt[601]. Bei der Firma Odermath (Siegburg), die ebenfalls feuerfeste Produkte herstellt, arbeitet Albert Falkenstein (49 Jahre). Für ihn und einen weiteren jüdischen Arbeiter bittet die Firma Odermath um die Sondergenehmigung, bis zu »meinem Siegburger Grubenbetrieb« die Strassenbahn benutzen zu dürfen[602] - was den Juden seit September 1941 praktisch verboten ist[603].

Dass die Juden - nachdem einmal beschlossen war, sie alle zu ermorden - noch weiter leben dürfen (eine Zeit lang), liegt daran, dass Krieg ist, und jetzt wird jede Arbeitskraft dringend benötigt - auch eine jüdische. Darüber kommt es in Berlin zum Streit zwischen den Vernichtungsfanatikern der SS einerseits und den Pragmatikern wie Göring andererseits, die die Arbeitskraft der Juden so lange wie möglich ausbeuten wollen[604], auf jeden Fall solange diese auf die fällige Deportation warten müssen.

Aus dem (heutigen) Troisdorfer Stadtgebiet sind folgende Betriebe bekannt, die in der fraglichen Zeit (1941/42) Juden beschäftigt haben:

- de Haer, Frankfurterstrasse 109: Otto N. (28 Jahre)[605];
- Filk, Spich, Wilhelmstrasse 78: Erich Marx (40 J.), Alfred Pins (51 J.), Eduard Sommer (60 J.)[606];
- Schell, Kölnerstrasse 88: Julius Frenkel (40 J.) und sein Bruder Karl Frenkel (39 J.) aus Rheidt[607].

Den Unternehmen ist klar, was für Leute für sie arbeiten: *Juden, die in Arbeit eingesetzt sind, stehen in einem Beschäftigungsverhältnis besonderer Art.*[608] Jedem Lohnbuchhalter muss auffallen, was den Juden weggenommen bzw. vorenthalten wird:

- Lohn bei Krankheit
- Zuschuss zum Krankengeld
- Zuschlag für Sonn-/Feiertagsarbeit
- Zuschlag für Überstunden
- Kinder-/Familienzulage
- Geburts-, Heirats-, Sterbebeihilfen
- Weihnachtsgeld
- Gratifikationen
- Jubiläumsgaben
- 13. Monatsgehalt
- Wochenbetthilfe
- Betriebsrenten
- Kurzarbeiterunterstützung

ausserdem

- jeder Kündigungsschutz
- Arbeitsschutz
- Jugendschutz für 14- bis 18-jährige[609].

Den noch verbliebenen Juden wird das Leben immer unerträglicher gemacht:

- Seit September 1941 sind sie gezwungen, ständig den sogenannten »Judenstern« zu tragen[610];
- seit April 1942 müssen sie auf die Wohnungstür oder neben die Klingel (»für jedermann sichtbar«) einen Judenstern aus weissem Papier »aufkleben«[611];
- Anfang Juli 1942 müssen sie Schreibmaschinen, Fahrräder, Fotoapparate und Ferngläser bei ihrer REICHSVEREINIGUNG (d.h. bei der SS, siehe unten) abliefern[612];
- seit Mai 1942 dürfen sie nicht mehr Strassenbahn fahren[613];
- seit Mai 1942 dürfen Juden keine Haustiere (Hunde, Katzen, Vögel) mehr halten[614];
- Lebensmittel werden ihnen versagt, sie dürfen nur noch zu bestimmten Zeiten einkaufen[615];
- seit März 1942 dürfen Juden keine Blumen mehr kaufen[616];
- im April 1942 müssen die Juden Haarscheren und ungebrauchte Kämme abliefern[617];
- seit August 1942 dürfen Juden keine Speiseeis mehr kaufen[618], usw.

In Troisdorf dürfen die wenigen noch verbliebenen Juden nur bei Westerhoffs an der Kölnerstrasse (gegenüber dem heutigen Kaufhaus/Forum) einkaufen, strammen Pgs, die z. B. sich gefreut haben, als Levys Haus in der Kirchstrasse im November 1938 brannte[619]. Frau Westerhoff hält sich demonstrativ die Nase zu, wenn Juden das Geschäft morgens um 6 Uhr betreten. Die Verkäuferinnen von Westerhoffs werfen, wenn die Chefin nicht

hinschaut, den Juden schon mal zusätzliche Wurststücke in die Einkaufstasche; einmal entsteht eine gefährliche Situation, als Frau Neumann die gute Absicht nicht gleich versteht und schon dagegen protestieren will: *Was haben Sie mir da in die Tasche gesteckt ?*

Der Holocaust (Shoah) 1941-1945

In der Zwischenzeit sind Hitler und seine Massenmörder hinsichtlich der »Endlösung der europäischen Judenfrage«[620] zu einem Ergebnis gekommen: Nach Auswanderung bzw. Austreibung, Madagaskar und Reservaten an der deutsch-russischen Demarkationslinie wird etwa ab August 1941 die Ermordung anvisiert. Spätestens seit den Massenmorden in Riga (13. Dezember 1941) und dem Vergasungsbeginn in Chelmno bei Lodz (Dezember 1941) kann die Ermordung der Juden als die von Hitler gesetzte und von seinen Schergen auszuführende Form der »Endlösung« angesehen werden[621].

Was nun folgt, sprengt eigentlich den Rahmen dieser lokalhistorischen Untersuchung. Und es gibt (jüdische) Rezensenten, die leicht pikiert registrieren, dass in lokalen Untersuchungen NS-Alltag, Widerstand und Verfolgung »gekoppelt« werden mit der Vernichtung der Juden, dem Holocaust[622]. Sie haben insofern recht, als die Ermordung der Juden tatsächlich etwas Einmaliges war, was in seiner Bedeutung nur geschmälert wird, wenn man es neben irgendeinen Bürgermeister stellt, der 1933 abgesetzt wurde, oder neben einen Kaplan, der von den Nazis Predigtverbot erhielt. Eine solche Aneinanderreihung ist in diesem Buch nicht beabsichtigt; schon aus dem Umfang der einzelnen Kapitel dürfte erkennbar sein, dass hier gewichtet wurde.

ES IST NAHEZU UNMÖGLICH, DEN HOLOCAUST ZU BESCHREIBEN. Je mehr Dokumente man liest, NS-Akten, Augenzeugenberichte, Fotos, desto sprachloser wird man. Und lähmendes Entsetzen befällt einen, wenn man in dem Film »Shoah« sieht und hört:

Filip Müller, ein Überlebender von Auschwitz, erzählt in einem warmen, anteilnehmenden Tonfall, der durch seinen polnisch-jiddischen Einschlag stellenweise sogar munter klingt, von der Gaskammer und dem Krematorium: Wieso kann Sprache immer noch harmlos sein?[623]

Jan Karski, ehemals Kurier der polnischen Exilregierung (London), heute Universitätsprofessor in den USA, kein Jude, kämpft vor der Kamera noch nach 40 Jahren erfolglos gegen seine Tränen an, als er seine Eindrücke aus dem Warschauer Ghetto berichten soll[624]. Warum versagt die menschliche Sprache, wenn sie SHOAH begreifen, in den Griff kriegen will?

Motke Zaidl und Itzhak Dugin mussten die ermordeten Juden ausgraben und verbrennen, einer sogar seine Familienangehörigen: Mutter, Schwestern und deren Kinder[625].

Es ist schwer, sich solche Situationen heute vorzustellen. Nicht, dass wir Menschen heute keinen gewaltsamen Tod kennen; aber die Kälte, die Planmässigkeit, die Industrie, der Terror, die Verachtung, die Verwaltung - die Zahl der Ermordeten: unfassbar.

Die Deportationen in den Osten, 1941-1942

In den folgenden Abschnitten wird versucht, den Leidensweg aller Troisdorfer Juden, die deportiert worden sind, bis zum bitteren Ende nachzuzeichnen. Andere Forscher haben sich mit dem Hinweis »im Osten ermordet« begnügt.

Die Schwierigkeit ist, dass mit dem Augenblick, in dem die Juden die Deportationszüge in Köln-Deutz, Westerbork (NL) oder Drancy (F) besteigen, die schriftliche Überlieferung über die einzelnen Personen normalerweise endgültig abreisst; die letzte gesicherte Information, die von jeder[626] Person existiert, ist das D a t u m des Transports. Zum Teil haben die Nazis in ihren Schriftstücken an die Kommunalbehörden schon das Z i e l des Transports mit dem Hinweis »Osten« verschleiert.

Mit dem Überschreiten der Reichsgrenze verlieren die Juden nicht nur ihre deutsche Staatsangehörigkeit[627], sondern auch ihren Namen und ihre Individualität. Trotzdem können heute noch weitere Angaben gemacht werden, z. B. zu den Umständen ihres Todes, auf der Grundlage inzwischen veröffentlichter NS-Dokumente, von Gerichtsakten und von Berichten Überlebender[628], d.h. aus gleichen oder parallelen Schicksalen und Schilderungen, die verknüpft und gleichzeitig kontrolliert werden durch Vermutungen und Wahrscheinlichkeitsüberlegungen. Je weiter wir uns jedoch vom Tag der Deportation entfernen, desto mehr geht die Wahrscheinlichkeit über in eine blosse Möglichkeit: Wenn eine Jüdin vom Jahrgang 1867 noch im April 1944 - fast zwei Jahre nach ihrer Deportation - Karten aus Theresienstadt schreibt, widerspricht das eigentlich der tödlichen Lagerlogik.

Eine beredte Ausnahme in dem ansonsten tödlichen Schweigen der schriftlichen Überlieferung sind die Postkarten, die von einzelnen Juden - besonders aus dem Minsker Transport vom 20. Juli 1942 - abgeschickt wurden und in Troisdorf ankamen; sie erlauben in Verbindung mit anderen Quellen eine exakte Rekonstruktion der letzten Stunden dieser Juden.

»fast ausnahmslos gut gekleidet«

Vom Ghetto Lodz nach Chelmno, 1941-1942

Der erste[629] Transport mit Troisdorfer Juden beginnt am 29. Oktober 1941 in Köln. Er umfasst 1.015 Personen mittleren Alters[630], darunter

Samuel und Hedwig Levy mit ihrer 14jährigen Tochter Ruth Johanna[631],
Albert und Melly Brünell[632].

Die Brünells sind am 29. August 1938 nach Köln, Am Duffesbach 44[633], verzogen, die Levys am 26. Mai 1939 nach Köln, Horst-Wessel-Platz 14[634]. Was sich beim Verlassen der Wohnungen abspielt, lässt sich aus dem Dienstbefehl und dem Merkblatt für Frankfurter Gestapobeamte vom August/Oktober 1941 erschliessen[635].

Der Transport vom 29. Oktober, wie auch schon frühere, geht in die polnische Stadt Lodz[636], von den Nazis umbenannt in »Litzmannstadt«. Dort haben die Behörden schon im Februar 1940 mit einer »Polizeiverordnung über die Wohn- und Aufenthaltsrechte der Juden«[637] die Gründung eines Zwangsghettos »praktisch eingeleitet«[638], freilich nur als »Übergangsmassnahme«[639] gedacht. Im Norden der Stadt wird ein »Wohngebiet« abgesteckt, das alle Polen und Deutsche bis zum 26. Februar 1940 verlassen müssen. In den »Ausführungsbestimmungen« und dem »Zeitplan«[640] wird von den deutschen Behörden festgesetzt, dass die rund 200.000 Juden[641] in der Woche vom 12. bis 17. Februar in Gruppen zu je 300 Personen in das Ghetto umziehen müssen, wo etwa 120.000 Glaubensgenossen *seit Jahr und Tag unter den denkbar primitivsten hygienischen Verhältnissen*[642] leben. Die Wohnungen werden den Neuankömmlingen von dem von den Nazis eingesetzten »Ältesten der Juden«, Chaim Rumkowski[643], zugewiesen[644].

Am 30. April 1940 wird das Ghetto geschlossen, d.h. mit Holzzäunen und Stacheldraht[645] umgeben, allen Juden wird das Verlassen des Ghettos verboten[646]:

> [...] Jeder Jude, der versucht, den Ghettozaun zu durchkriechen oder zu überklettern [...], wird ohne Anruf erschossen. Jeder Jude, der irgendwelche Schmuggelwaren oder Geld über den Zaun wirft oder [in Empfang nimmt], wird, wenn er unmittelbar dabei getroffen wird, ohne Anruf erschossen.
>
> Jeder Jude, der sich nach der Sperrstunde (21.00 Uhr) unmittelbar am Zaun zu schaffen macht, wird ohne Anruf erschossen [...]. [647]

In dieses, von ortsansässigen Juden schon übervölkerte[648] Ghetto kommen im Oktober/November 1941 in 20 Sonderzügen fast 20.000 Juden aus dem Altreich und dem westlichen Europa, *in der Mehrzahl ältere Frauen und Männer* und *fast ausnahmslos gut gekleidet*[649]. Die Reichsbahnzüge laufen im Lodzer Bahnhof Radogoszcz/ Radegast ein; vor den Augen der NS-Grössen und »trotz ungünstiger Witterung«, teilweise bei Nacht, werden die Juden »ausgeladen«:

Das Ausladen geschah in der Weise, dass jeweils die Juden aus 6 Eisenbahnwaggons zu einem Trupp zusammengestellt und von 2 Schutzpolizeibeamten bis zum Gettotor begleitet wurden. Zu allen Transporten wurde ferner der jüdische Ordnungsdienst und der jüdische Arbeitsdienst zugezogen. Der jüdische Ordnungsdienst hatte die einzelnen Trupps im Getto zu den Auffanglagern zu führen. Das Gepäck wurde durch den jüdischen Arbeitsdienst ausgeladen und auf Fahrzeugen der [NS-] Gettoverwaltung in das Getto eingebracht. Zur Beförderung von schwachen, alten und kranken Juden standen einige Droschken aus dem Getto zur Verfügung. Diese Juden wurden durch jüdische Ärzte in Empfang genommen.

Das mitgeführte Gepäck (»durchschnittlich pro Person etwa 50 kg«) wird ihnen belassen, ihre Papiere und das Bargeld (»pro Person 100. - RM«) werden ihnen von der Gestapo abgenommen[650].

Brünells wohnen in der Hohensteiner Strasse (polnisch: ulica Zgierska[651]) Nr. 57, einer der drei Durchgangsstrassen durch das Ghetto; die Adresse der Levys ist unbekannt.

Die Verbindung der Deportierten mit der rheinischen Heimat reisst zunächst nicht ab. Erhalten und dokumentiert sind u. a. die Postkarten der Familie Seligmann aus Rosbach[652]: Sie belegen den Zeitraum vom 30. November 1941 bis zum 21. Oktober 1942. Von den Troisdorfern ist erhalten eine Karte von Brünells aus dem Ghetto (16. 2.42) und zwei Einlieferungsscheine an sie (9. 2.42 und 21. 4.42)[653]. Levys sollen im Frühjahr 1942 Geldsendungen in Mitteilungen an Rosa Marx (deportiert Juli 1942) bestätigt haben[654]. Nach der totalen Sperre für Post aus dem Ghetto heraus[655] sind nach dem Januar 1942 nur noch Geldüberweisungen ins Ghetto bzw. Bestätigungen aus dem Ghetto heraus erlaubt[656]. Eine solche Geldbestätigung ist auch die Postkarte von Brünells[657]; für die Geldsendung vom 21. April liegt keine Bestätigung vor; dass das Ehepaar zu diesem Zeitpunkt schon tot ist, erscheint möglich.

Der Tod innerhalb des Ghettos ist vielfältig; einige Beispiele:

In der Hohensteiner Strasse, in der Nähe der Brünellschen Wohnung, macht der Schutzpolizist Naumann am 1. Dezember 1941 Dienst:

> Ghettowache 6, Litzmannstadt, 1. Dezember 1941. Bericht.
>
> Betrifft: Schusswaffengebrauch
>
> Am 1. 12. 1941 in der Zeit von 14.00 Uhr bis 16.00, befand ich mich auf Posten 4 in der Hohensteinerstrasse. Um 15.00 Uhr sah ich, wie eine Jüdin auf den Zaun des Ghettos kletterte, den Kopf durch den Ghettozaun steckte und den Versuch machte, von einem vorüberfahrenden Wagen Rüben zu stehlen. Ich machte von meiner Schusswaffe Gebrauch. Die Jüdin wurde durch zwei Schüsse tödlich getroffen. Art der Schusswaffe: Karabiner 98.
>
> Verschossene Munition: 2 Patronen.
>
> gez. Naumann, Wachtm[eister] d[er] Sch[utz]P[olizei] d[er] Res[erve ...][658]

Der Name der Jüdin ist überliefert: Brucha Sliwinska, 60 Jahre alt, geboren in Dzialoszyc, wohnhaft in der Sulzfelderstrasse 5[659]. Einer der beiden Schüsse trifft den unbeteiligten Juden Major Wolf Weder, 28 Jahre alt, unverheiratet, wohnhaft Hohensteiner Strasse 86[660]. Dem Todesschützen Naumann bescheinigt sein Vorgesetzter, dass er *berechtigt [war], von der Schusswaffe Gebrauch zu machen*[661].

Die meisten Opfer im Ghetto fordern Seuchen und Hunger: Der Leiter der Ghettoverwaltung, einer dem Oberbürgermeister unterstehenden NS-Behörde, die das Vermögen und die Arbeitskraft der Juden »verwaltet«[662], Hans Biebow[663], schreibt Mitte 1942 an das Arbeitsamt Lodz:

> Die Ernährung der Juden ist zur Zeit derartig prekär, dass man von einer tatsächlichen Hungersnot im Getto sprechen kann [...]. Die Judengemeinschaft in Litzmannstadt ist nun im dritten Kriegswinter nur mit solchen Mengen an Lebensmitteln beliefert worden, dass die ganze Zeit über ein langsamer, aber sicherer Kräfteverfall eintrat, der sich in katastrophaler Weise sichtbar macht[664].

Im März 1942 berichtet Biebow der Gestapo Lodz, im Vormonat seien an vier Tagen 307 Juden gestorben:

- an Lungentuberkulose[665] 74 Pers[onen]
- an Herzschwäche 105 Pers.
- an Unterernährung (besser gesagt verhungert) 84 Pers.
- verschiedene Todesfälle, die ebenfalls
- auf schlechte Ernährung zurückzuführen sind 44 Pers. [666]

Zudem habe Fleckfieber (Hungertyphus) zugenommen. Im Winter 1941/42 sterben durchschnittlich 150 Menschen pro Tag, vor dem Krieg hat der Durchschnitt in der Stadt Lodz bei 1.0[667] gelegen. Nach einer Statistik des Judenrates von Lodz sterben von Januar bis Juli 1942 im Ghetto monatlich ca. 1. 800 Menschen, im März sogar 2. 250[668]. Im Juni 1942 sterben ca.400 Menschen an Lungentuberkulose, 370 an Herzschwäche, 425 an Unterernährung, 14 an Fleckfieber, 24 an Ruhr, 500 an sonstigen Ursachen[669].

Die enorm hohe Sterblichkeit ist natürlich die Folge der mangelhaften Ernährung: Es gibt verschiedene Listen, die die Lebensmittelration für jeweils 10 Tage enthalten (Kartoffeln ausserhalb des Rhythmus):

in Gramm:	Okt. 1941	Jan. 1942	Okt. 1942
Weizenmehl	100	100	-
Roggenmehl	100	100	500
Hirse	50	-	-
Zucker, weiss	250	250	w+g: 360
Zucker, gelb	200	200	
Öl	150	150	50
Butter	-	-	50
Kunsthonig	50	-	50
Marmelade	50	100	50
Salz	200	100	250
Mischkaffee	50	100	300
Ammoniak	5	-	-
sodki[?]	20	15	-
Waschpulver	200	-	ein halbes Päckchen
Soda	20	20	20
Essig (Liter)	0,1	-	-
Paprika	-	-	10
Zitronensaft	-	-	10[670]

In den kalten Monaten wird die Lage noch zusätzlich verschärft durch den Mangel an Heizmaterial; die wenigen Briketts, die verteilt werden, verwendet man für die Zubereitung der Mahlzeiten. Geheizt wird mit den Möbeln und mit Zäunen; kleine Kinder lässt man auch tagsüber im Bett[671].

Vernichtung durch Arbeit: Ein weiterer teuflischer Schritt, um die Zahl der Juden zu dezimieren, freilich auch eine Gratwanderung. Die Juden sollen einerseits nur in einer »Übergangsmassnahme«[672] sich im Ghetto aufhalten, bis sie »liquidiert« werden, andererseits aber auch noch der NS-Ghettoverwaltung (offiziell) und Herrn Biebow (inoffiziell) Geld einbringen. Die Juden sollen bei möglichst niedrigen Kosten einen möglichst hohen Ertrag erwirtschaften.

Die Betriebe, die innerhalb der Ghettomauern eingerichtet oder weitergeführt werden, sind also für die Juden lebenswichtig: So können sie ihre Existenzberechtigung - vorübergehend natürlich nur - nachweisen. Es gibt in Lodz - »Europas grösster Schneiderwerkstatt«[673] - 10 Schneidereien, die einen monatlichen Gesamtlohn von 700.000 RM auszahlen[674], Kleider- und Wäschefabriken, Trikotagenwerkstätten und Strickereien, Kürschnereien, eine Korsettfabrik, Schustereien[675], Betriebe, die Gummimäntel, Papiersäcke, Strohschuhe, Hüte herstellen oder Bettfedern sammeln. Die meisten Aufträge kommen von ausserhalb - von

der Wehrmacht: Uniformen ändern, zerschossene Uniformen für ausländische Kriegsgefangene herrichten.

In der Hohensteiner Strasse, in der Brünells wohnen, befindet sich u. a. eine »chemische Reinigung und Waschanstalt« (Haus Nr. 68), eine »Federn- und Daunensortierungsstelle« (Haus Nr. 64) und ein »Zentrallager für Eisen und Metall« (Haus Nr. 62 und 56)[676]. Der unbekannte Schreiber der »Briefe aus Litzmannstadt« berichtet von einer der drei Fabriken, in denen Frauen, Kinder und Greise Strohschuhe für die Wehrmacht herstellen zu einem Tageslohn von 2 bis 5,50 RM[677].

Die 53.000 Arbeiter[678] arbeiten in 12-Stunden-Schichten[679] in einem Tempo, das die Juden selbst »amerikanisch« nennen[680]. Immer wieder brechen die Menschen in den Werkstätten, von Hunger entkräftet, zusammen[681]. Die Angestellten bekommen einen Teller Suppe pro Tag[682]. Im Winter 1940/41 erfrieren bzw. verhungern unzählige Menschen, andere begehen aus Verzweiflung Selbstmord, indem sie sich zum Beispiel aus dem Fenster stürzen; eine Mutter in ihrem Abschiedsbrief:

> Ich konnte das Jammern meiner drei kleinen Kinder nicht mehr ertragen. Sie hungern und betteln jeden Tag um ein Stückchen Brot. Ich arme, unglückliche Mutter kann das einfach nicht mehr mit ansehen. [683]

Seit dem 16. Januar 1942[684] laufen die Mordaktionen in Chelmno (deutsch: Kulmhof). In einem alten, unbewohnten Schloss an dem Flüsschen Ner, etwa 60 km von Lodz entfernt[685], nimmt am 5. Dezember 1941 das dem Reichsstatthalter Greiser (Poznan/Posen) unterstellte Sonderkommando des Kriminalkommissars und HStuf Herbert Lange[686] mit drei Gaswagen[687] die Vernichtungsarbeit auf; ab März 1942 führt HStuf Hans Bothmann das Kommando.

Lange hat schon einschlägige Erfahrung: Bereits im Mai/Juni 1940 hat er mit seiner damaligen Truppe in Soldau/Ostpreussen 1. 558 Geisteskranke ermordet[688]. Die Chelmnoer Truppe (10-15 Mann Sipo, 70-80 Mann Schupo) unter Lange/ Bothmann ermordet von Januar bis Juli 1942 etwa 54.000 Ghettobewohner, von Dezember 1941 bis Januar 1943 insgesamt 145.000 Juden aus dem Ghetto und aus der Umgebung von Lodz (»Warthegau«)[689].

Über das Schicksal der Familien Brünell und Levy im Frühjahr/Sommer 1942 wissen wir nichts, auch das »Zydowski Instytut historyczny w Polsce« (das jüdische Institut für Geschichte) in Warschau hat in seinen Unterlagen keine Angaben über diese fünf Troisdorfer[690]; aus dem vorhandenen Material lässt sich ihr Ende jedoch einigermassen zuverlässig rekonstruieren.

Die Wahrscheinlichkeit, dass die Erwachsenen (zwischen 52 und 63 Jahre alt) und auch das Kind (15 Jahre) früh dem Hunger, der Zwangsarbeit oder den Seuchen zum Opfer gefallen sind, ist gross. Bedrückend ist aber, in den Akten zu lesen, dass von den rund 20.000 Juden, die im Oktober/November 1941 aus dem »Altreich« nach Lodz deportiert worden sind, 10. 993 zwischen dem 4. und 15. Mai 1942 »evakuiert« werden - d.h. in Chelmno vergast werden[691]. Die Deutsche Reichsbahn (DR) rechnet am 19. Mai 1942 mit der Gestapo Lodz 12 »Juden-Sdz« [=Sonderzüge] für die Zeit vom 4. bis 12. Mai ab: »bef[ördert]« wurden 10. 993 Juden und zwar nur einfache Fahrt von Radegast nach Przybylow[692]. Die Zusammensetzung dieser 12 Transporte ist überliefert; die jüdische Ghetto-Chronik schreibt am 6. Mai:

> Vom 3. des laufenden Monats wurden täglich folgende Transporte zusammengestellt: Berlin II, Wien II, Düsseldorf, Berlin IV, Hamburg, Wien IV, Prag I, Prag III, Köln II, Berlin III, Prag V, Berlin IV, Wien II, Wien IV, Prag II, Prag IV, Wien I, Frankfurt, Köln I und der letzte Transport Luxemburg[693].

Mit anderen Worten: Die Juden aus diesen Transporten vom Herbst 1941 werden jetzt en bloc nach Chelmno deportiert. Von den 20.000 bleibt als mathematischer Rest immer noch 9.000 übrig, und die Seligmanns beweisen ja auch, dass nicht alle Kölner im Mai ermordet worden sind. Doch diese dürften angesichts der Tatsache, dass jeder zweite von den Herbst-Transporten ermordet wurde, und angesichts der sonstigen Umstände im Ghetto eher eine Ausnahme darstellen, so dass man damit rechnen muss, dass Levys und Brünells am 15. Mai 1942 nicht mehr gelebt haben.

Die letzten Stunden ihres Lebens dürften in etwa so ausgesehen haben[694]: Mit der Reichsbahn fahren sie von Lodz-Radogoszcz nach Kolo (Warthbrücken); dort müssen sie in die nach Chelmno führende Kleinbahn[695] umsteigen[696]; in Powiercie (nach gut 1 km) müssen sie wieder aussteigen und zu Fuss zur Mühle von Zawadka[697] (0,5 km) gehen; dort übernachten sie. Lastwagen des Sonderkommando bringen sie am nächsten Morgen in das umgebaute[698]Schloss. Dann passiert folgendes:

> Den Opfern wird erklärt, sie müssten duschen, ihre Kleider würden inzwischen desinfiziert. Manchmal tragen die Mitglieder des in der Ermordung von Geisteskranken erprobten Kommando Lange weisse Kittel und ein Hörrohr, um vorzutäuschen, sie seien Ärzte.
>
> Die Opfer entkleiden sich, die Wertsachen werden abgegeben und scheinbar registriert. Dann geht es zu einer Kellertreppe, wo ein Schild ZUM BAD angebracht ist. Von dort führt der Weg zu einer ihnen nicht erkennbaren Rampe. An dieser Rampe steht der Gaswagen. Die Rampe ist so gemauert, dass bei geöffneten Flügeltüren den Opfern nur der Weg in das Wageninnere bleibt. Prügel und Peitschen helfen nach.
>
> Haben die Opfer den Gaswagen betreten und sind die Türen geschlossen, wird der unter dem Wagen angebrachte Schlauch mit dem Auspuff verbunden. Der Fahrer beginnt, Gas zu geben. In der Theorie sind die Opfer nach etwa sieben, acht Minuten bewusstlos, sterben zwei Minuten später. Zunächst setzen Kopfschmerzen ein, Schläfendruck, Übelkeit, sie erbrechen, zittern, Urin und Kot geht ab. Sie schreien, beten, schlagen gegen die Wagenwände. In der Praxis dauert es oft Stunden, bis die Opfer qualvoll ersticken.
>
> Hört das Schreien im Wageninnern auf, verlässt der Gaswagen das Schlossgelände und fährt zu einem abgesperrten Waldgebiet. Jüdische Häftlinge entladen die Leichen. [...] Die Leichen werden vom Wagen geworfen, noch Lebende erschossen, die Körperöffnungen nach Wertsachen durchsucht, die Goldzähne mit einer Zange herausgebrochen. Das jüdische Arbeitskommando, Ketten an den Füssen, muss das Wageninnere säubern: Blut, Urin, Exkremente. Die Leichen kommen über- und nebeneinander in ein Massengrab. [699]

Mordechai Podchlebnik, einer der beiden Juden (von 300.000 oder 400.000), die Chelmno überlebt haben, berichtet[700]:

> Er [= Mordechai] erinnert sich, dass es Ende 1941 war, zwei Tage vor Neujahr. Man hat sie [= Mordechai und andere Arbeitsjuden] nachts abfahren lassen, und morgens sind sie in Chelmno angekommen. Dort gab es ein Schloss.
>
> Als er auf dem Schlosshof angekommen ist, hat er schon gewusst, dass es schrecklich war. Er hatte schon begriffen. Sie haben die Kleider gesehen, die Schuhe, die verstreut auf dem Hof lagen. Er hat gesehen, dass es ausser ihnen niemanden gab, und er wusste, dass seine Eltern durch all dies gegangen waren. Kein einziger Jude war übriggeblieben.
>
> Man liess sie in einen Keller hinuntersteigen. An den Wänden war zu lesen: Diesen Ort wird kein Lebender verlassen. Die Inschriften waren jiddisch. Viele Namen standen dort. [...]
>
> Eines Morgens, einige Tage nach Neujahr, hörten sie einen Lastwagen kommen mit Menschen. Dann haben die SS-Leute die Leute aus dem Lastwagen getrieben und sie in den ersten Stock des Schlosses steigen lassen. Die Deutschen täuschten die Leute, indem sie ihnen sagten, dass sie sie in einen Baderaum führten.
>
> Man liess sie auf der anderen Seite wieder hinuntersteigen, wo ein Lastwagen stand. Die Deutschen haben sich an den Seiten aufgestellt, stiessen sie und schlugen mit Waffen, damit sie schneller in die Lastwagen einsteigen. Er hörte die Leute das Shema Israel singen, und er hörte, wie man die Türen des Lastwagen schloss.
>
> Man hörte sie schreien, und die Schreie wurden schwächer und schwächer, und als es absolut still war, fuhr der Lastwagen fort.

Schreibtischtäter Adolf Eichmann, der Judenreferent im RSHA, sah sich einmal selbst eine solche Fahrt und deren Resultat an:

> [...] Ich fuhr dann dem Wagen nach, und da sah ich das Entsetzlichste, was ich in meinem Leben bis dahin gesehen hatte. [...] Der [Wagen] fuhr an eine längliche Grube, die Türen wurden aufgemacht und heraus wurden die Leichen geworfen. [...] Ich sehe da noch, wie ein Zivilist mit einer Zange Zähne rauszieht, und dann bin ich abgehauen. Bin in den Wagen und bin weg und habe nichts mehr gesprochen. Da war ich bedient. Da war ich fertig[701].

Die Mörder sollen bei Laune gehalten werden: Biebow fordert für sie beim »Reichsbeauftragten für das Trinkbranntweingewerbe beim Reichsnährstand« in Berlin (zusätzlichen) Schnaps an[702]; das Landeswirtschaftsamt Posen geht er um eine monatliche Sonderzuteilung von 5.000 Zigaretten an[703]; und obendrein bekommen die »bei der Sonderaktion eingesetzten Leute« eine Gefahrenzulage von 4 RM täglich zugesprochen[704].

Ende Mai 1942 haben sich im Schloss (»beim Sonderkommando Lange«) Berge von Kleidung angesammelt, auf 370 Waggon- oder 900 Lkw-Ladungen wird die Menge geschätzt, für ihren Abtransport werden zwei Monate veranschlagt[705].

Diese Kleidungsstücke werden von der Ghettoverwaltung verkauft, ein Anzug für 5 RM[706]. Eine Lieferung, die an das Winterhilfswerk in Posen, enthält zahlreiche »schlechte

Bekleidungsstücke«: An 51 von 200 Jacketts sind die Judensterne noch nicht entfernt; *ein grosser Teil [...] ist stark befleckt und teilweise auch mit Schmutz und Blutflecken durchsetzt*[707].

Die Vergasungen in Chelmno setzen im März 1943 aus. Die oberirdischen Spuren werden restlos vernichtet, das letzte jüdische Arbeitskommando erschossen. Das Sonderkommando des SS-Standartenführers Paul Blobel[708](»Kommando 1005«[709]) gräbt später 360.000[710] Leichen aus und verbrennt sie[711].

Die 85 Männer des Sonderkommandos Lange/Bothmann erhalten das Kriegsverdienstkreuz, werden zur Verschwiegenheit verpflichtet und als Feldgendarmerie der Waffen-SS-Division »Prinz Eugen« in Jugoslawien eingesetzt[712].

Anfang 1943 leben von den 20.000 Juden der Transporte vom Herbst 1941 nur noch 4.000[713]. d»

»Sie fühlten sich als Pioniere«

In das Ghetto Minsk, November 1941

Der nächste Troisdorfer, den die Nazis verschleppen, ist Emil Levy (geb. 1910), der Sohn von Samuel Levy. Emil ist schon 1932 von Troisdorf weggezogen[714] und wohnt zuletzt, d.h. 1941, in Hamburg. Ob er geheiratet hat, ist aus den einschlägigen Akten der Standesämter Troisdorf und Hamburg nicht zweifelsfrei erkennbar. Emil Levy gehört zu dem ersten Hamburger Transport vom 8. November 1941[715], der 1.034 Juden umfasst[716]; auch er müsste am 7. November 1941 folgenden Brief erhalten haben:

> Der Jude [Emil Levy hat] sich am 8. November zwischen 10 und 12 Uhr in der früheren Jüdischen Loge in der Moorweidenstrasse einzufinden. Der Wohnungsschlüssel ist vor Verlassen auf der nächsten Polizeistation abzugeben. Die Wohnung und ihr Inhalt darf nicht verkauft oder beschädigt werden. Sie sind in gutem Zustand zu hinterlassen. Jedes Mitglied der Familie kann einen Koffer mitnehmen, der 50 Pfund Kleidung, Bettwäsche und Schuhe enthalten darf. Alles Eigentum, Konten, Bargeld und Wertgegenstände sind hiermit beschlagnahmt.
>
> gez. Das SS Kommando von Hamburg
>
> Die Stadt Hamburg[717]

Zu diesem Transport gehört auch Heinz Rosenberg, einer der ganz wenigen Überlebenden dieses Transports; ihm verdanken wir die ausführlichste Schilderung des Ghettos der weissrussischen Stadt Minsk[718].

Minsk zählt wie Lodz, Riga, Kowno - d.h. Grossstädte in Osteuropa mit starken jüdischen Minderheiten - zu den ersten Deportationszielen, bis die Vernichtungslager ihre »Arbeit« aufnehmen. In Minsk haben im Jahre 1939 - nach NS-Angaben - 100.000 Juden neben 138.000 Nicht-Juden gelebt[719], im Februar 1942 nur noch 18.000[720]. Emil Levy kommt am 11. November dort an. Es ist bestürzend zu lesen, welche Illusionen sich die Juden machen:

> Es konnte beobachtet werden, dass die Juden sich z. T. ein völlig falsches Bild über ihre Zukunft machten, z. B. dass sie sich als Pioniere fühlten, die zur Kolonialisierung des Ostens eingesetzt werden. [721]

Aus demselben Zeitraum (Januar 1942) gibt es den Bericht des SS-OStuf und Kriminalkommissars Burkhardt:

> Die reichsdeutschen Juden fühlten sich bei ihrer Ankunft in Minsk durchaus als Ostpioniere und glaubten grösstenteils, zur Lösung von kolonisatorischen Aufgaben herangezogen zu werden. [722]

Diese Einstellung ist gar nicht so verwunderlich, hatte doch z. B. die Kölner Synagogengemeinde ihren Mitgliedern mitgeteilt, für einen Transport am 8. Dezember nach Minsk würden

> Spaten, Hacken, Beile, Äxte, Hammer, Zangen, Nägel und sonstiges Werkzeug [...] in grosser Anzahl benötigt, [ferner] Öfen, Ofenrohre, Ofenbleche, grosse Kochkessel, Waschkessel, Waschpulver, Seife und sonstige für den Haushalt unbedingt notwendige Gegenstände wie Besen, Schrubber, Aufnehmer [und schliesslich] ca. 15 Nähmaschinen. [723]

Am Abend des 11. November kommt der Hamburger Transport endlich in Minsk an[724]; weil es schon dunkel ist, müssen die Juden bis zum nächsten Tag im Zug bleiben. Um 5 Uhr morgens dürfen sie endlich aussteigen. Ein SS-Offizier schlägt dem jüdischen »Transportleiter« Dr. Edgar Frank zur Begrüssung gleich die Lederpeitsche ins Gesicht. Dr. Frank und die ebenfalls von der SS ernannten »Waggonführer« werden als erste in das Ghetto geschickt:

> Es lag oberhalb eines sehr alten Teils der Stadt, mit Häusern noch aus der Zarenzeit. Es war rundum mit Stacheldraht eingezäunt und hatte nur einen einzigen Ausgang. In der Mitte lag ein aus roten Ziegeln gebautes, unfertiges Schulhaus und gegenüber ein weisses Gebäude, das möglicherweise auch eine Schule war. Wir erhielten den Befehl, das rote Gebäude sofort auszuräumen. Als wir das Haus betraten, erwartete uns ein zweiter entsetzlicher Eindruck von Minsk: Hunderte von Leichen bedeckten den Boden. [...] Überall war Blut, und auf den Öfen und Tischen stand noch das Essen. Alle Räume waren in einem vollständigen Durcheinander. Es war nicht eine lebende Seele zu finden. [725]

Die SS hat unmittelbar vorher (vom 7. bis 11. November) 6. 624 russische Juden erschossen[726]; noch leben im russischen Teil des Ghettos einige tausend Juden[727]. Hierhin kommen im Herbst/ Winter 1941/42 etwa 7. 300 Juden aus Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/ Main, Berlin, Brünn, Bremen und Wien. Neun Menschen - nach anderen Angaben elf[728] und zwölf[729] - haben das Ghetto Minsk überlebt: ausser Heinz Rosenberg Karl Loewenstein aus Berlin, der 1956 seine Zeit im Lager (18. 11.41 - 13. 5.42) geschildert hat.

Die Neuankömmlinge werden nach kurzer Zeit verteilt auf Teillager, die unterschiedlich weit voneinander entfernt liegen: Im »Hamburger Lager« sind die Juden aus Hamburg und Frankfurt, im »Berliner Lager« die aus Berlin und Brünn, mit den »Rheinländern« sind die Düsseldorfer gemeint, in »Bremen« wohnen die Juden aus Norddeutschland und in »Wien« die österreichischen Juden. Sie sind zum grössten Teil in Reihenhäusern aus Holz untergebracht, die ebenerdig gebaut sind und einen Herd und zwei Räume haben; die beiden

Steinhäuser sind geräumiger. Für jeden Bewohner stehen 1,4 m^2 Wohnfläche zur Verfügung; Strom gibt es nicht, für das ganze Lager existiert eine Wasserpumpe. Zuvor haben in denn Häusern russische Juden gewohnt, die - so die SS durchaus richtig - vor der Ankunft der Neuen »umgelegt« worden seien. In einem der Steinhäuser ist ein »Hospital« für 20 Kranke; fünf Ärzte stehen für die Versorgung der Juden zur Verfügung - kein Wunder, dass »in wenigen Wochen« (Loewenstein) 700 Menschen sterben.

In »Hamburg« gibt es zwei Grossküchen für alle Ghetto-Bewohner; pro Kopf und Tag werden ausgegeben 300 gr. Wasser mit 5 gr. Buchweizen, 150 gr. Brot aus Buchweizenmehl, aber kein Fett und kein Salz. Kaltschnäuzig registriert die SS-Einsatzgruppe A in ihrem Gesamtbericht von Ende Januar 1942:

> Die in allen Ghettos vorhandene Zusammendrängung der Juden auf kleinstem Raum bedingt naturgemäss eine grössere Seuchengefahr, der durch den Einsatz jüdischer Ärzte weitestgehend entgegengewirkt wird. In einzelnen Fällen wurden ansteckend erkrankte Juden unter dem Vorwand, in ein jüdisches Altersheim oder Krankenhaus verbracht zu werden, ausgesondert und exekutiert. [730]

Und noch einmal aus dem Burkhardt-Bericht:

> Die deutschen Juden sind [...] von den russischen Juden durch einen Stacheldrahtzaun abgetrennt. [...] Das reichsdeutsche Ghetto Minsk hat einen Bestand von rund 7.000 Personen. Davon sind rund 1. 800 Männer arbeitsfähig. Weit über 900 dieser arbeitsfähigen Männer sind jedoch zur Zeit nicht einsatzfähig, da sie infolge der Unterernährung krank sind. Die hauptsächlichen Krankheiten sind: 370 Fälle Hungerruhr, 102 Erfrierungen[731], 135 eitrige Wunden, 20 Augenbindehautentzündungen, 25 Lungenentzündungen, 63 Grippe und rheumatische Erkrankungen, 30 Blasenkatarrhe.
>
> Diesen Zahlen ist der Krankenstand vom 31. 12. 1941 zugrundegelegt. Ähnlich den angeführten Zahlen liegen die Verhältnisse im russischen Ghetto, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass dort die Zustände aufgrund der allgemeinen Gegebenheiten weit ungünstiger liegen. [...][732]

Mit anderen Worten: Nach sieben Wochen im Ghetto ist bereits die Hälfte der Männer schwer krank.

Von den ursprünglich 7. 300 Ghettobewohnern (unter denen höchstens 50 Kinder waren) werden zu einem unbekannten Zeitpunkt 1.425 Personen zur Arbeit eingeteilt:

- 30 Juden arbeiten von März bis Juni 1942 im Wehrmachts-Lazarett Nummer 4/637[733],
- 150 Frauen arbeiten im Materiallager,
- 100 Juden in der Schusterwerkstatt der Luftwaffe,

eine unbekannte Zahl arbeitet

- bei der Reichsbahn: sie müssen »Schienen umlegen«(?),
- im lagereigenen Proviantlager,

- bei sonstigen, teilweise privaten Firmen, z. B. in der Minsker Tapetenfabrik, die ausschliesslich für das Reich arbeitet,
- in einer Ziegelei der »Organisation Todt« (OT)[734],
- in einer »Radiofabrik«[735]

200 Männer und Frauen arbeiten in einem Feldzeuglager bei Minsk, die erbeutete russische Waffen instandsetzen und warten müssen[736].

Abschätzig notiert die SS:

> Von den Juden aus dem Reich ist nur ein geringer Teil arbeitsfähig. [...] Die Leistungen der wenigen einsatzfähigen Juden aus dem Reich sind zufriedenstellend. Sie sind auf Grund ihrer deutschen Sprache und ihrer verhältnismässig grösseren Sauberkeit mehr begehrt als die russischen. [737]

Der erste Judenälteste, Dr. Frank, der »Transportleiter« des Hamburger Transports vom 8. November 1941, wird am 8. März 1942 vergiftet[738], die restlichen Mitglieder des ersten Judenrates werden am 13. April 1942 erschossen[739]. Die SS-Leute, insbesondere OSchaf Schmiedel und ab Frühjahr 1942 HSchaf Rübe, quälen[740] und erschiessen wahllos Ghettobewohner; täglich fallen Schüsse, z. B. weil ein Jude nicht den Stern trägt. Am 2. und am 3. März 1942 erschiesst die SS Tausende russischer Juden aus dem Ghetto in dessen unmittelbarer Nähe; Loewenstein schätzt 25.000 Menschen, vielleicht aber doch weniger[741].

Ende Juli 1942 werden die ersten reichsdeutschen Juden »liquidiert«, d.h. in einer grösseren »Aktion« erschossen. Heinz Rosenberg darf mit dem Arbeitskommando das Ghetto erst wieder betreten, als die »Aktion« vorbei ist:

> Was wir in den nächsten Tagen im Getto sahen, ist kaum zu erzählen. Selbst stärkste Männer waren zusammengebrochen, Frauen und Kinder schrien und weinten. Der Leichengeruch über dem Lager machte alles noch schlimmer. Die Schlächterei war von einem SS-Spezialkommando ausgeführt worden, aber die deutschen Wehrmachtssoldaten standen Wache um das Getto und sahen zu und sorgten dafür, dass niemand entlaufen und dem Tod entgehen konnte. [...] Am Tag nach dem Massaker mussten die Aussenkommandos wie gewöhnlich zur Arbeit. Den Nichtaussenarbeitern fiel es zu, das Getto von den Leichen zu säubern. Sie brauchten Tage dazu. Immer wieder fanden sie unter den von Maschinengewehren Zerrissenen ihre eigenen Familien oder Freunde. Es war ein einziges Grauen. [742]

Der Generalkommissar für Weissruthenien (=Weissrussland), Kube[743], berichtet an den Reichskommissar für das Ostland, Lohse:

> In Minsk-Stadt sind am 28. und 29. Juli rund 10.000 Juden liquidiert worden, davon 6. 500 russische Juden, überwiegend Alte, Frauen und Kinder - der Rest bestand aus nichteinsatzfähigen Juden, die überwiegend aus Wien, Brünn, Bremen und Berlin im November des v[origen] J[ahres] nach Minsk [...] geschickt worden sind. [...] In Minsk-Stadt sind noch 2. 600 Juden aus Deutschland übrig geblieben. Ausserdem sind noch sämtliche 6.000 russische Juden und Jüdinnen am Leben, die als Arbeitseinsatz während der Aktion bei den sie beschäftigenden Einheiten verblieben sind. [744]

Nach einer anderen NS-Quelle (»Tätigkeitsbericht der Gruppe Arlt«) werden am 29. Juli 3.000 deutsche Juden ermordet[745]. Und am 8. Mai 1943 werden die Hamburger Juden und der Hauptteil der Rheinland-Juden ermordet[746].

Somit kann vermutet werden: Emil Levy, Jahrgang 1910, war wegen seines Alters wohl einer der arbeitsfähigen Juden; er dürfte - wenn nichts Aussergewöhnliches vorgefallen ist - noch einige Zeit gelebt haben. Da er aus Hamburg deportiert wurde, hatte er theoretisch die Chance, bis zum 8. Mai 1943 zu leben. Danach war Emil Levy mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tot. Heinz Rosenberg und weitere 249 jüdische Männer sind am 1. September 1943 als Arbeitsjuden in andere Lager verlegt worden. Zwei Wochen später ist das gesamte Ghetto »liquidiert« worden[747].

Rosenberg und Loewenstein erwähnen auch die »Gaswagen«: Lastkraftwagen, die - wie in Chelmno - die Juden durch die Auspuffgase töten. Loewensteins Schilderungen der Gaswagen beziehen sich nicht auf die Ghetto-Juden, sondern auf Transporte, die von auswärts nach Minsk kommen[748]. So sind auch die Telegramme einzuordnen, die im Juni 1942 wegen der »S-Wagen« -gemeint sind die Vergasungslastwagen - gewechselt werden:

> BEIM KOMMANDEUR DER SIPO U[ND] D[ES] SD WEISSRUTHENIEN TRIFFT WOECHENTLICH EIN JUDENTRANSPORT EIN, DER EINER SONDERBEHANDLUNG ZU UNTERZIEHEN IST. DIE 3 DORT VORHANDENEN S-WAGEN REICHEN FUER DIESEN ZWECK NICHT AUS. [...][749]

Rosenberg dagegen beschreibt, wie die Gaswagen die Juden im Ghetto abholen: Nachts umstellt die SS einen Häuserblock von 500 bis 1.000 Menschen; jeweils etwa 100 Menschen wurden in einen Gaswagen gepfercht und etwa 20 bis 30 Minuten weit ausserhalb von Minsk in Massengräbern dann verscharrt: so ging es Woche für Woche, Monat für Monat.[750] Ob aber alle Juden, die in die Gegend von Minsk kommen, in diesen Lastwagen ermordet werden, ist zu bezweifeln[751].

»in der Landwirtschaft eingesetzt«

Nach Izbica, Belzec oder Sobibor, 1942

Am 15. Juni 1942 der dritte Transport. Die Anordnung, die erhalten ist, hat Eichmann, der Judenreferent des RSHA, am 3. Juni ausgestellt[752]. Die Gestapo Köln leitet den Befehl und eine Namensliste[753] am 8. Juni an den Landrat in Siegburg weiter[754]; der schreibt am 10. Juni an die Bürgermeister in Hennef, Much, Niederkassel, Rosbach und Siegburg[755]. Für die Juden wird ein »Sonderzug« eingesetzt, er hat die Bezeichnung »DA 22«[756] und soll die Juden - nach der offiziellen Lesart, z. B. gegenüber dem Landratsamt Siegburg - »nach dem Osten« bringen; intern ist man konkreter: Izbica bei Lublin ist das Ziel[757]. An besagtem 15. Juni, um 0.00 Uhr, soll dieser Zug seine Fahrt in Koblenz beginnen und knapp zwei Stunden später Köln erreichen[758]. Für die »Juden der Stapostelle Köln«, die hier zusteigen sollen, sind neun Personenwagen »bestimmt«[759].

Aus dem Siegkreis werden in erster Linie Juden aus dem Lager Much (30 Menschen[760]), darunter das Ehepaar Albert und Amalie Marcus aus Siegburg, und eine unbekannte Anzahl von Personen aus dem Siegburger »Judenhaus« in der Brandstrasse 42-44[761] erfasst.

Albert Marcus ist 1877 in Troisdorf geboren, wo die jüdische Familie Marcus mindestens seit Beginn des 19. Jahrhunderts lebte[762], und führte früher eine Metzgerei auf der

Kaiserstrasse 134. Die Töchter Hildegard (Jahrgang 1908), Margot (1918) und Grete (1920) sind noch 1938/39 aus Deutschland geflohen[763]. Der Metzgermeister Marcus hat im Juni 1941 sogar seine Schlachtinstrumente in das Lager Much mitgenommen. Am Abend des 13. Juni, wenige Stunden vor dem Abtransport aus Much, vertraut er[764] diese Geräte einer Mucher Familie zur Aufbewahrung an[765]. Am frühen Morgen des 14. Juni fahren Lastwagen in Much vor. Augenzeugen berichten:

> Mit eigenen Augen habe ich gesehen, als die Juden auf Lastwagen verladen wurden. Ich wollte gerade ins Dorf zum Einkaufen gehen. Ich sah, wie man einfach die Kinder nahm und auf den Wagen warf.
>
> Man trieb die Leute mit den Worten weg: Weitergehn! [...]. Ein paar grosse Lastwagen sah ich. Ich hörte ein Geschrei. Die nahmen die Kinder und warfen sie einfach auf den Wagen.
>
> Die Leute wurden richtig hineingeschoben, damit viele reingingen. Eventuell blieben noch Familienangehörige zurück, die riefen dann Mein Vater! oder meine Mutter!. Sie wollten noch mit auf den Wagen. [766]

Die Lkw-Fahrt geht dann über Siegburg, wo in der Brandstrasse die Juden aufgenommen werden[767], nach Bonn-Endenich in das ehemalige Kloster[768]. Am Abend dieses Tages schreibt ein Vater an seine Familie:

> Bonn, Kreuzberg 14/6.41
>
> Liebe Mutti, liebe Else!
>
> Es ist jetzt 10 Uhr abends. Wir fahren heute Abends um 12 Uhr ab. Wohin, - unbekannt. Vorläufig alles in Ordnung. Bleibt gesund und wohl.
>
> Es grüsst Euch Euer Vater![769]

Um Mitternacht also werden die Juden aus dem Kloster Endenich nach Köln-Deutz gefahren[770]. In dem dort gegen 01.40 Uhr eintreffenden Zug aus Koblenz sind die neun Güter(!)wagen bereits mit 331 »Schwachsinnigen« aus der »israelitischen Heil- und Pflegeanstalt in Bendorf-Sayn belegt.«[771] Die Frau des Anstaltsleiters hat am Morgen des Vortages zugesehen:

> Das Verladen - anders kann ich es nicht nennen - ging heute früh von etwa 7 Uhr an vor sich. Gegen ½ 3 Uhr war dann endlich der Zug abfahrbereit. Alles kam in Güterwagen [...]. 60 oder gar 68 Menschen in einen Wagen, der fest verschlossen und verplombt wurde. Ich sah den Zug stehen, als ich morgens gegen 8 Uhr zur Post ging. Es schnitt mir ins Herz [...]. Gegen 15 Uhr fuhr der Zug nach Koblenz und um Mitternacht [!, d.h. 9 Stunden warten] von [Koblenz-] Lützel aus in Richtung Köln. [772]

Diese »Belegung« könnte zu der Schlussfolgerung führen[773], dass alle Insassen des Transports nur kurze Zeit nach ihrer Ankunft im Osten ermordet werden sollten. Das ist aber keineswegs zwingend.

Izbica (rund 80 km südöstlich von Lublin), Piaski, Krasnystaw und Trawniki - andere Orte in der Umgebung von Lublin - sind Auffang- oder Durchgangslager; »Transferstelle« nennen die Nazis z. B. Piaski[774]. Sie alle sind nur *typische Auffang- und Sammelstationen vor dem*

eigentlichen Abtransport in die Vernichtungsläger der »Aktion Reinhard«[775]. Es gibt Hinweise, wonach die aus dem Reich verschleppten Juden nicht sofort ermordet werden, sondern einige Tage, ja Wochen und Monate in diesen Orten bleiben. Einem in Würzburg zurückbleibenden Vater sagt die Gestapo, seine Tochter werde in Izbica in der Landwirtschaft eingesetzt[776]. Diese Mitteilung kann korrekt sein, wie ein Brief des Judenrates von Izbica an die IKG Würzburg zeigt; darin heisst es:

> Die deutschen Behörden kommen uns entgegen und werden die Arbeitsfähigen in den Arbeitsprozess einschalten.[777]

Dass Juden aus dem Reich dort angekommen sind, beweisen andere Briefe: Der Judenrat Lublin am 12. April 1942 an die Jüdische Soziale Selbsthilfe in Krakau: *In Izbica trafen aus dem Rheinland 1.871 Personen ein.*[778] Und nach einer »Judenaktion« im Ghetto von Piaski schreibt die Sipo:

> Während die von den hessischen Juden zurückgenommenen Waren z. T. unwertig sind, handelt es sich bei den übrigen Spinnstoffwaren um ältere und schmutzige Ware für die Zerreissmaschine. Die Wäschestücke der hessischen Juden sind in Koffern verpackt.[779]

Mit diesen Sätzen wird ein Vorgang erhellt, der sich im Tagebuch von Josef Goebbels so liest:

> Aus dem Generalgouvernement [d. i. Polen] werden jetzt, bei Lublin beginnend, die Juden nach dem Osten abgeschoben. Es wird hier ein ziemlich barbarisches und nicht näher zu beschreibendes Verfahren angewandt, und von den Juden bleibt nicht mehr viel übrig. [...] Die in den Städten des Generalgouvernements frei werdenden Ghettos werden jetzt mit den aus dem Reich abgeschobenen Juden gefüllt, und hier soll sich dann nach einer gewissen Zeit der Prozess erneuern.[780]

Mit anderen Worten: Zuerst werden die polnischen Juden aus ihren Ghettos herausgeholt und ermordet[781], z. B. im März/April 1942 3.400 aus Piaski, 2. 200 aus Izbica und Umgebung[782]. Und in die entvölkerten Ghettos werden dann die deutschen Juden gesteckt - vorläufig.

Eine - sicherlich geschönte - Beschreibung von Izbica (und der Fahrt dorthin) ist erhalten[783]:

> Der Transport kam infolge der schnelleren Beförderung eines anderen Transports[784] nicht wie vorgesehen nach Trawniki, sondern nach Izbica. Der Transport ging glatt und ohne Zwischenfälle vonstatten, abgesehen von einer 25stündigen Verspätung[!], die wohl auf das veränderte Reiseziel zurückzuführen ist. Mit Ausnahme von einer Nacht waren die Wagen ständig geheizt. Erkrankungen kamen nicht vor. Die Transportleitung hat einwandfrei funktioniert.
>
> Izbica liegt ca.35 km südlich Trawniki, bezw. ca. 80 km südöstlich Lublin. Isbica ist ein kleiner Flecken, jedoch kein Dorf mit Strohkaten, sondern mit Steinhäusern. Die Abwanderer sind in diesen Steinhäusern untergebracht, also nicht in Baracken, wie irrtümlich aus der Bezeichnung Block usw. angenommen werden konnte. Die Teilnehmer des Transports haben ihr Gepäck ausnahmslos

erhalten, wie dies auch bei den Abwanderern nach Riga, wie erneut betont wurde, geschehen ist.

In Isbica ist auf den ersten Blick besonders der Schmutz und der Schlamm auf den Strassen auffallend (vor den Häusern 30 cm tief!) Dies wird sich jedoch mit der wärmeren Witterung sehr bald bessern. Es liegt nun alles daran, dass die Arbeitsfähigen unverzüglich mit Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten[785] beginnen. Die Abwanderer sind an ihrem neuen Aufenthaltsort sehr viel sich selbst überlassen und unter weniger strenger Beaufsichtigung als in der alten Heimat. Es gibt zweifellos für die Arbeitsfähigen reichlich Gelegenheit, sowohl in der offenbar gut bewirtschafteten Landwirtschaft, als auch in kleineren Industrien Beschäftigung zu finden. Das Land ist fruchtbar. Es ist alles zu haben.

Und ein paar Tage später:

Der Ort Isbica ist eine Bahnstation. Es wohnen dort bereits einige tausend aus Deutschland abgewanderte Juden. Polnische Juden scheinen im Ort überhaupt nicht mehr zu sein. Die ganze Verwaltung ist in jüdischer Hand[,] und die Organisation auch bei der Ankunft des süddeutschen Transports habe gut funktioniert. Das Gepäck sei soweit nötig durch Ordner in die Quartiere, die schon bereitgestellt gewesen seien, gebracht worden.

Es ist dort ein jüdischer Bürgermeister, ein jüdisches Wohnungsamt, jüdische Polizei, alles von aus Deutschland abgewanderten Juden besetzt. Die Gegend ist fruchtbar und vom Krieg völlig unberührt. Die Vegetation ist zurück. Bei Ankunft des Transportes habe es noch geschneit. Es sei anzunehmen, dass, sobald Gemüse gewachsen sei, auch die Ernährungslage erheblich besser werde. Auch die ärztliche Betreuung ist insofern gesichert, als 25 jüdische Ärzte am Platze sind. Die Unterkünfte seien nicht schlecht. Die Häuser würden auch äusserlich einen ordentlichen Eindruck machen. Man glaube, dass die Siedlung sich gedeihlich entwickeln könne.

Zwei Privatbriefen, die offenbar in guter Stimmung geschrieben sind, entnehmen wir, dass ein Teil unserer Abwanderer in das Arbeitslager Augustovka in der Nähe von Isbica gekommen ist. Das Lager sei auf einem grossen Gutshof in schöner Lage (Felder, Wälder, kleine Flüsse und Seen): Kühe, Schafe und Hühner seien vorhanden. Die Frauen sind in der Küche und mit leichten Feldarbeiten beschäftigt. Einige Männer sind auch bei der Ordnungspolizei tätig.

Auch Juden aus Würzburg, Fürth oder Mainz haben noch Wochen oder Monate nach ihrer Deportation Postkarten in Izbica und Piaski aufgegeben[786]. Und ein 16jähriger Junge aus Lörrach, deportiert am 23. April 1942, schreibt am 10. Mai 1942, dass er im Wasserwerk des Lagers Augustowska (Kreis Krasnystaw) arbeite[787].

Offensichtlich dienen Izbica und die anderen Ortschaften nur dazu, die Neuankömmlinge zu selektieren: arbeitsfähig - ja oder nein? Am 16. März 1942 findet eine Unterredung zweier Nazi-Beamter und Tötungsbürokraten statt: HStuf Hans Höfle[788], Hauptabteilungsleiter der »Aktion Reinhard«[789], informiert Ernst Reuter, Referent in der Abteilung »Bevölkerungswesen und Fürsorge«(!) beim Gouverneur des Distrikts Lublin, über weitere Judentransporte; Reuter notiert sich Höfles Worte:

> Es wäre zweckmässig, die in den Distrikt Lublin kommenden Judentransporte schon auf der Abgangsstation [z. B. in Deutschland] in arbeitseinsatzfähige und nicht arbeitseinsatzfähige Juden zu teilen. Wenn diese Auseinanderhaltung auf der Abgangsstation nicht möglich ist, müsste man evtl. dazu übergehen, den Transport in Lublin nach den obengenannten Gesichtspunkten zu trennen.
>
> Nichteinsatzfähige Juden kommen sämtlich nach Belzec. [...]
>
> Piaski wird von polnischen Juden frei gemacht und wird Sammelpunkt für die aus dem Reich kommenden Juden. [...] Eine Anfrage des Kreishauptmanns[790][von] Zamosc, von dort [=Izbica] 200 Juden zur Arbeit heranziehen zu können, wurde von Höfle bejaht.
>
> Abschliessend erklärte er [=Höfle], er könne täglich 4-5 Transporte zu 1000 Juden mit der Zielstation Belzec aufnehmen. Diese Juden kämen über die Grenze [des Grossdeutschen Reiches] und würden nie mehr ins Generalgouvernement zurückkommen. [791]

Das Vernichtungslager Belzec, ca. 60 km südlich von Izbica[792], könnte also die letzte Station für Albert und Amalie Marcus gewesen sein. Dort werden vom 14. März 1942 bis zum Januar 1943 mindestens 600.000 Menschen[793] ermordet, in der ersten Phase bis Mitte Juni 1942 über 96.000[794]. Kommandant des Lagers ist bis zum 1. August 1942 HStuf Christian Wirth, der schon bei der Ermordung Geisteskranker (»T 4«) einige Erfahrung gesammelt hat[795]. Belzec haben nur zwei Juden überlebt[796].

Aus der ersten Zeit gibt es keine schriftlichen[797] Aufzeichnungen; für den August 1942 gibt es einen detaillierten Augenzeugenbericht: Die 1945 verfasste Niederschrift des Kurt Gerstein[798] schildert die qualvolle Vergasung tausender von Lemberger Juden durch Diesel-Abgase; ausserdem existieren die Cornides-Notizen aus der Umgebung von Belzec[799] und die Aussagen dreier SS-Leute vor Gericht[800].

Das ist aber nicht alles: Im November 1942 beginnen die Nazis, die Leichen der vergasten Juden ausgraben und verbrennen zu lassen. Ein deutscher Aufseher berichtet:

> Die Verbrennungen wurden Tag und Nacht durchgeführt, und zwar zunächst an einer, dann an zwei Feuerstellen. Eine Feuerstelle bot die Möglichkeit, binnen 24 Stunden etwa 2.000 Leichen zu verbrennen. Etwa vier Wochen nach Beginn der Verbrennungsaktion wurde die zweite Feuerstelle errichtet. Im Durchschnitt wurden demnach an der einen Feuerstelle etwa fünf Monate lang insgesamt 300.000 Leichen, an der zweiten etwa vier Monate lang 240.000 Leichen verbrannt. [...] Es handelte sich bei den Verbrennungen der wieder ausgegrabenen Leichen um einen menschlich, ästhetisch und geruchsmässig so schauerlichen Vorgang, dass die Phantasie jener Menschen, die heute in bürgerlichen Verhältnissen zu leben gewohnt sind, wohl nicht ausreicht, dieses Grauen nachzuempfinden.[801]

Schliesslich wird das Vernichtungslager von den Nazis dem Erdboden gleichgemacht, alle Spuren sollen verwischt werden. Den Zustand des Geländes im Oktober 1945 beschreibt ein Untersuchungsrichter am Landgericht Zamosz:

> [...] Die Besichtigung hat folgendes ergeben:

> Das Gebiet des ehem[aligen] Vernichtungslagers in Belzec befindet sich südöstlich von der Eisenbahnstation Belzec in Entfernung von etwa 500 m davon.
>
> [...][In einem stark zerwühlten Gebiet des Lagers] liegen in grosser Menge zerstreute menschliche Knochen, Schädel, Wirbel, Rippen, Schienbeine, Kiefer, Zahnprothesen aus Kautschuk, Haare (vorwiegend weibliche und oft in Zöpfen geflochten), ausserdem Stücke von verwestem menschlichen Fleisch wie Hände und untere Glieder kleiner Kinder. Ferner liegen auf dem ganzen oben beschriebenen Gebiet grosse Mengen der von verbrannten Leichen stammenden Asche sowie Reste der verbrannten menschlichen Knochen. Aus den tief aufgegrabenen Löchern kommt der Geruch der verwesenden menschlichen Körper. [...]
>
> Während der Besichtigung des Gebiets des ehem. Vernichtungslagers wurden gefunden und dem vorliegenden Protokoll als Beweisstücke beigefügt:
>
> Zwei Armbinden mit David-Stern,
>
> vier Teile von Büchern in jüdischer Sprache,
>
> ein verbrannter David-Stern aus Metall,
>
> vier Stücke von zerbrochenen Zahnprothesen aus Kautschuk,
>
> ein menschlicher Kiefer mit Goldkrone und
>
> eine Tafel aus Karton mit Aufschrift in jüdischer Sprache.
>
> [...]
>
> Der Photograph Anton Tujak machte einige Aufnahmen von dem Gebiet des Vernichtungslagers zur Verdeutlichung des derzeitigen Bildes des Terrains des ehem. Lagers. Damit wurde die Besichtigung beendet.[802]

Eine Unsicherheit besteht allerdings noch: Nach den Ermittlungen der Gerichte hat es in dem Mordbetrieb von Belzec eine 2-4wöchige Pause gegeben, etwa ab Mitte Juni[803] bis Ende Juni[804] oder Mitte Juli[805], weil neue Gaskammern gebaut wurden. Und genau in diese Zeit fällt die Ankunft des Ehepaares Marcus in Izbica. Es ist also denkbar, dass Albert und Amalie Marcus nicht in Belzec ermordet worden sind, auf jeden Fall nicht sofort.

Wenn sie sofort ermordet wurden, kann dies nur in dem etwa gleichweit entfernten Sobibor gewesen sein, dem zweiten Vernichtungslager der »Aktion Reinhard«:

> Die erste Aktionsphase in Sobibor dauerte von Mai bis Ende Juli 1942. In dieser Zeit wurden Juden aus den Ghettos im Distrikt Lublin dorthin gebracht. Darunter waren auch tschechische und österreichische Juden, die zuerst in diese polnischen Ghettos deportiert worden waren. [...]
>
> Insgesamt wurden 61. 330 Juden aus dem Bezirk Lublin nach Sobibor gebracht. [...][806]

Auch das Schwurgericht Hagen nahm 1966 an, dass im Juni 10.000 Juden aus dem Reich und Österreich in Sobibor ermordet wurden[807]. Es muss also offen bleiben, wo Albert und Amalie Marcus vergast worden sind: in Belzec oder in Sobibor.

»Todesursache: Hungertyphus«

Nach Theresienstadt, 1942-1944

Nach Theresienstadt bei Prag gehen mehrere Transporte mit Troisdorfer Juden:

15. Juni 1942[808]: Sara Berger und Fanny Hirsch,
27. Juli 1942[809]: Alfred und Rosalie Pins,
15. Januar 1943[810]: Max Marcus; Elise, Albert und Fanny Mendel.

Die beiden ersten Transporte bekommen die Nummern III/1 und III/2[811].

Das »Altersghetto«[812], auch »Vorzugslager« Theresienstadt[813] genannt, nimmt in der Mordmaschinerie der Nazis eine Sonderstellung ein[814]. Zwar werden auch hier Menschen erschossen, erhängt, zu Tode gefoltert, durch Hunger und Seuchen systematisch zu Tode gebracht; aber aus Propaganda-Gründen[815] und zur Tarnung vor dem Ausland[816] werden nach Theresienstadt vor allem »prominente« Juden[817] geschickt und - zumindest teilweise - zu Vorzeigezwecken am Leben gehalten, bis sie diese Aufgabe erfüllt haben[818] und in die Vernichtungslager, z. B. Auschwitz, deportiert werden.

Theresienstadt sollte ein Schaustück für die Weltöffentlichkeit werden und beweisen, dass die Deutschen die Judenfrage tatsächlich in sehr humaner Weise lösen; es sollte die Aufmerksamkeit ablenken von den Schlachthöfen im Osten. [819]

Warum ein Jude nach Theresienstadt und nicht in ein Vernichtungslager gebracht wird, ist kaum mit den Gesetzen der normalen Logik zu erklären. Ähnlich wie in den grossen Ghettos von Auschwitz, Lodz und Wilna, sollen in Theresienstadt gerade die älteren Juden von alleine sterben, durch Seuchen, Hunger, Kälte. Für die grossen Tötungsindustrien in Polen benötigen die Nazis Arbeitskommandos, die man sich aus den Transporten herausholt; in Theresienstadt erledigt sich das Sterben von alleine; die Nazis brauchen eigentlich nur zuschauen. Nicht zu unterschätzen ist auch die finanzielle Seite: Mit dem Trick des »Heimeinkaufs« in Theresienstadt kann den vermögenden Juden noch so manche Mark aus der Tasche gelockt werden.

Nach Theresienstadt werden - NS-Angaben zufolge - über 87.000 Juden deportiert, davon etwa 33.000 aus dem eigentlichen Deutschland; am 1. Januar 1943 leben von diesen noch 49.400 (von den deutschen Juden: 24. 300): *die Verminderung trat vor allem durch Sterbefälle ein.*[820] Die Sterberate in Theresienstadt, die noch im Dezember 1941 bei 8 Toten (im Monat!) liegt, steigt steil an:

- Januar 1942: 48
- April 1942: 259
- Juni 1942: 269
- Juli 1942: 983
- August 1942: 2. 327
- Sept. 1942: 3. 941[821]

Im Juli 1942 kommen 46 Transporte aus dem Alt-Reich; Ende September leben in Theresienstadt 58. 500 Menschen[822]. Die Bevölkerungsdichte beträgt rechnerisch am Jahresende

1942 147.000 Menschen pro km^2 im Ghetto, in Prag zur selben Zeit 5. 500[823]. Der Ort Theresienstadt ist auf diese Menschenmassen natürlich überhaupt nicht vorbereitet, er war auch nie dafür geeignet gewesen: Eine alte Festungsstadt aus dem 18. Jahrhundert, benannt nach der Kaiserin Maria Theresia, später auch Gefängnis, in dem z. B. der Attentäter von Sarajevo (1914), Gavrilo Princip, bis zu seinem Tod 1918 eingesperrt war. Die Menschen müssen in Kasernen hausen; den Platz, der früher einmal 12 Soldaten zur Verfügung gestanden hat, müssen sich im Dezember 1941 50 Juden teilen (Sudetenkaserne)[824]; weniger als 2 m^2 »Wohnfläche« steht im August 1942 jedem Menschen zur Verfügung[825].

In ein solches tödliches Chaos werden 1942 -zigtausende Juden verschlagen, zumeist auch noch ältere. Man stelle sich einmal vor, welchen Schock die Neuankömmlinge erleiden, die sich - im Jahre 1942 ! - ohnehin schon keine grossen Illusionen mehr machen. Zu Hause, in Deutschland, haben sie schon unter beengten Verhältnissen gelebt, aber hier: Hier ist die unterste Stufe erreicht; so meinen sie, weil sie Auschwitz oder die anderen Vernichtungslager nicht kennen.

Sofort bei der Ankunft geht es los: In der sogenannten »Schleuse« werden ihre Personalien aufgenommen, dann werden sie gefilzt. Das wenige, was die Juden an Hand- oder Reisegepäck mitgenommen haben, nehmen ihnen die Wachen auch noch ab: Geld, Zigaretten, Schmuck, Seife, Kosmetika, Elektrokocher; ihre Besitzer werden wegen der kleinsten Bemerkung geschlagen[826]. Die grossen Koffer mit der Wäsche sehen die Juden in Theresienstadt nie wieder.

Sofort gibt es Sprachschwierigkeiten: Die deutschen Juden, besonders die assimilierten, die den Kontakt auch zum jüdischen Sprachraum verloren haben, verstehen die tschechischen Juden, die in der Mehrheit sind, nicht; zudem sind sie für die Einheimischen zwar Juden, aber eben deutsche Juden, derselben Nation angehörig wie die NS-Besatzungsmacht[827]. Die Konflikte sind vorprogrammiert.

Die Alten, die im Sommer 1942 ankommen, sind in der Mehrzahl unfähig, sich in Chaos und Schmutz zu orientieren; 2 m^2 »Wohnfläche«, d.h. Wohn-, Ess-, Schlafzimmer in einem, ausserdem knapp 1.000 Waschstellen für 53.000 Menschen[828] - das allein kann einen normalen Menschen schon um den Verstand bringen. Hinzukommt die mangelhafte Ernährung; ein Auszug aus dem Speiseplan:

> Zuteilungen 1. -31. Juli 1943
>
> Morgens: Kaffee
>
> Mittags Abends Ferner
>
> 1. 7. Scegediner Gulasch 0,4 l Kartoffelsuppe (Kohl,Soce+Kart.) Kaffee
>
> 2. 7. Knödel 0,1 l Tunke 0,4 l Graupensuppe 1000 g Brot
>
> 3. 7.0,1 l Sauerkraut 0,5 l Kaffee 1/4 l Milch 270 g Kartoffeln 0,3 l Kaffee 20 g Margarine
>
> 4. 7.35 g Fleisch 0,4 l Kartoffelsuppe 70 g Zucker 270 g Kartoffeln 0,1 l Tunke
>
> 5. 7. 270 g Kartoffeln 0,4 l Kartoffelsuppe 20 g Margarine 0,1 l Senftunke 12 Bl. Klosettpapier Kaffee 1000 g Brot
>
> 6. 7. Buchte[829] 0,4 l Graupensuppe 0,1 l Creme

7. 7.0,3 l Graupensuppe 0,3 l Kartoffelsuppe 1/2 Dose Leberpastete 270 g Kümmelkartoffeln 20 g Margarine

8. 7.0,3 l Suppe 0,4 l Suppe 1000 g Brot 0,1 l Tunke 1/4 l Milch ca. 25 g Gulasch

[...] [830]

Die Erkrankungen nehmen sprunghaft zu: Die Tuberkulose-Sterblichkeit beträgt 1943 in Theresienstadt 160 auf 10.000 Einwohner, 1941 in Prag 15,6; 1936 in Deutschland 6,2; 1917 in Warschau 84; 1944 in Theresienstadt 325[831]. Offene Tb, Scharlach, Typhus, Diphtherie, Enkephalitis, Herzschwäche - das sind die Standard-Todesursachen in Theresienstadt[832].

Elise (»Lilly«) Mendel, die am 16. Juli 1943, ein halbes Jahr nach ihrer Deportation nach Theresienstadt, ihrer Tochter die letzte Postkarte schreibt[833], stirbt am 31. Juli 1943[834]. Von ihrem Sohn und der Schwiegertochter fehlt jede Spur.

Der Name »Fanny Hirsch« steht in der Totentabelle, die im Anhang eines 1949 erschienenen »Roman[s] um Theresienstadt« abgedruckt ist[835]:

Totentabelle vom 15. Juli 1942 bis zum 28. Februar 1943

im Hause L. 212, Zimmer 28/29, u[nd] Qu. 613-615, Zimmer 13.

Frauen: Todesursache:

[...]

Fanny Hirsch Hungertyphus

[...]

Sara Berger, L.421 (=Hauptstrasse 21), später Qu. 713 (=Bergstrasse 17), schreibt bis zum 18. April 1944 insgesamt 9 Postkarten an Bernauers in Troisdorf: Unglaublich lange. Nach den brutalen Gesetzen von Theresienstadt dürfte eine Frau vom Geburtsjahrgang 1867 - die älteste deportierte Jüdin aus Troisdorf - gar nicht so lange leben. Ob die Postkarten Fälschungen sind, um auch noch nach Frau Bergers Tod die offensichtlich sprudelnde Troisdorfer Quelle anzuzapfen?

Alfred und Rosalie Pins - sie haben 1940 geheiratet - wohnen in der Bahnhofstrasse 11 (=L. 211), in dem Haus, das der tschechische Arzt Karel Fleischmann 1943/44 gezeichnet hat[836]. Bis zum 4. Mai 1944 schickt Alfred Pins Postkarten an Bernauers, Rosalie bis zum 18. April 1944, insgesamt 12.

Nunmehr gingen am 15., 16. und 18. Mai 1944 drei Transporte von Theresienstadt nach Auschwitz ab. Mit diesen drei Transporten, die die Abkürzungen »Dz«, »Ea« und »Eb« bekamen, wurden insgesamt 7.389 Personen (Männer, Frauen, Kinder) verschleppt; aus dieser Gruppe wurden am 11. und 12. Juli 1944 etwa 4.000 bis 4. 500 Personen in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau ermordet; 3.000 bis 3. 500 wurden als Zwangsarbeiter auf andere Lager im Reich verteilt.[837] Das Ehepaar Pins wurde am 15.05.1944 mit dem Transport »Dz« nach Auschwitz deportiert.

Das Mitglied des Synagogenvorstandes von Dortmund, Emanuel Goldschmidt, vermacht am 21. Februar 1943 in Theresienstadt in seinem Testament einer »Familie Pins« zum Dank

seinen Ehering[838]. Ob damit Alfred und Rosalie gemeint sind, ist wegen des Wortes »Familie« fraglich.

Zudem waren die Pins eine grosse Familie, die wohl von der Stadt Dülmen im Münsterland ihren Ausgang genommen hat. Im Jahre 1813 nehmen dort zwei jüdische Familien, die angeblich schon im Jahre 1719 in Dülmen wohnten[839], den Nachnamen »Pins« an[840]. Allein in Dülmen wohnten in den dreissiger Jahren 18 Personen namens Pins[841], vier von ihnen wurden ermordet, je zwei in Riga und Auschwitz[842].

»am Grubenrand von uns betreut«

Nach Malyj Trostenez[843], 1942

Für einen weiteren »Sonderzug zur Abbeförderung von Aussiedlern«[844]werden Ende Juli 1942 nach inzwischen schon bekanntem Muster etwa 1. 200[845] Juden in die Kölner Messehalle gebracht.

Am 19. Juli, morgens gegen 8 Uhr, fahren wieder Lastwagen in Much vor und laden 28[846] Personen auf, darunter

Betti und Otto Neumann,
Regina Meier und Enkel Günter[847];

Zu diesem Transport gehören ausserdem:

Erich und Rosa Marx[848]; sie sind direkt aus Troisdorf nach Köln-Deutz gebracht worden;
Eduard und Johannetta Sommer;
Philipp Levy und seine Ehefrau, sowie sein Sohn Hans Hermann, die aus Niederwarmbach nach Köln gebracht werden;
Alfred und Elisabeth Cahn aus Sieglar;
Albert, Rosa und Tochter Ilse Falkenstein,
Jakob und Selma Falkenstein,
Sophia Levy,
Oskar Hoffmann[849].

Die letzten sieben Personen sind aus Siegburg. Oskar Hoffmann[850], streng genommen kein »Troisdorfer« Jude, wenn auch Lehrling bei dem Fotografen Bernauer, wird für den Historiker eine wichtige Person, weil es ihm gelingt, noch in Minsk eine Postkarte an Bernauers aufzugeben.

Am Montag, dem 20. Juli 1942, gegen 15 Uhr[851], verlässt der Zug Köln-Deutz. Aus den erhaltenen Akten der Deutschen Reichsbahn kann geschlossen werden, dass der Zug die Bezeichnung »DA 219« hatte. Diesen »DA 219 von Köln« und drei andere Transporte (aus Theresienstadt) kündigt die Reichsbahndirektion (RBD) Königsberg am 10. Juli 1942 der Haupteisenbahndirektion (HED) Mitte in Minsk fernschriftlich an; die Transporte sind vom Reichssicherheitshauptamt (RSHA) Berlin beantragt[852]. Die Fahrt des Sonderzuges geht über Schneidemühl, Bromberg, Thorn, Warschau, Baranowicze nach Minsk[853].

Die Postkarten, die während der Fahrt geschrieben werden, sprechen eine heute nur noch schwer zu entschlüsselnde Sprache:

> Meine Lieben!
>
> Wir sind nun schon hinter Bromberg & ist uns die Reise bis jetzt gut bekommen. Es wird wohl noch 2 Tage dauern, bis wir an Ort & Ziel sind und heisst es Minsk. Hoffentlich sehen wir uns alle gesund wieder. Bleibt Ihr meine Lieben alle wohlauf und grüsst mir l[ie]b[e] Erna mit Familie recht herzl[ich]. Für Euch innige Grüsse & Küsse Eure Rosa und Erich.
>
> Schreiben kann man kaum, da alle[!] sehr beengt ist. Herzl[iche] Grüsse alles Gute Erich[854]

Mit anderen Worten: Erich und Rosa Marx ahnen die Wahrheit: *Hoffentlich sehen wir uns gesund wieder*. Der Widerspruch zwischen »gut bekommen« (Rosa) und »sehr beengt« (Erich) ist auffällig: Der Wirklichkeit kommt das letzte wohl näher; dabei sitzen die Juden zu diesem Zeitpunkt noch in Personenwagen. Oskar Hoffmann schreibt am Ende der Zugfahrt (nach 87 Stunden), die Schlafgelegenheit sei »schlecht gewesen«[855]. Noch negativer äussern sich die Cahns: »[...] Es ist zum Verzweifeln [...]«[856]

In Wolkowysk - Oskar Hoffmann schreibt »Wolhonye« - müssen die Juden in »gedeckte Güterwagen«[857] umsteigen. Dafür und für die »Reinigung der Wagen (besenrein)« stehen 3 ½ Stunden zur Verfügung; zur *Aufrechterhaltung der Ordnung beim Umsteigen ist erforderlichenfalls Bahnschutz- und örtliche Polizei heranzuziehen*[858]. Von Wolkowysk bis Minsk[859] werden die Juden *samt unserem Gepäck zu ca. 50 Personen in einen [Vieh-]Wagen* gepfercht [860].

Am Freitag, dem 24. Juli 1942, morgens um 6.49 Uhr - so jedenfalls der Fahrplan[861] - kommt der Zug am Güterbahnhof Minsk an. Seit der Abfahrt von Köln-Deutz sind 87 Stunden vergangen. Noch auf dem Bahnhofsgelände schreibt Oskar um 7 Uhr eine Postkarte, seine letzte, die ein »Beamter des Begleitpersonals« später tatsächlich in einen Briefkasten geworfen hat:

> [...] Wie ich gerade höre, besteht eine gewisse Möglichkeit, dass wir in hiesigen Betrieben in unseren Berufen arbeiten können[862].

Aus der Länge des Textes kann geschlossen werden, dass jetzt eine grössere Pause in der »Reise« eingetreten ist, das Ausladen nimmt wohl einige Zeit in Anspruch; die Juden haben wohl auch mit dem Begleitpersonal sprechen können. Dabei ist vermutlich auch dieser Satz mit den Arbeitsmöglichkeiten gefallen, den Oskar anscheinend auch glaubt; aus dem Text ist nicht erkennbar, dass er diktiert oder unter Zwang verfasst worden ist. Es ist allerdings denkbar, dass die Juden von den Nazis zum Schreiben ermuntert wurden: Denen kam es gelegen, wenn nette Texte die noch in Deutschland zurückgebliebenen Juden beruhigten.

Wirklichkeit ist aber, dass währenddessen die acht Männer des 2. Zuges der 1. Kompanie des Bataillons der Waffen-SS z. b. V. (»Gruppe Arlt«) an grossen Gruben schon bereit stehen, die sie in den letzten Tagen haben ausheben lassen. Ihr Anführer, USchaf Arlt, schreibt später in seinem »Tätigkeitsbericht«:

> Am 24. 7. trifft bereits wieder ein Transport mit 1.000 Juden aus dem Reich hier ein. [863]

Mit »hier« ist anscheinend das »Gut des Kommandeurs« gemeint, besser bekannt unter dem Namen Malyj Trostenez, 8 Meilen von Minsk entfernt[864]. Was dann passiert, beschreibt Arlt nur indirekt (im Mai 1942):

> [Es] traf ein Transport mit 1.000 Juden aus dem Reich in Minsk ein und wurde gleich zu der [...] Grube gebracht. Dazu war die Waffen-SS wieder an der Grube eingesetzt. [865]

Mit anderen Worten: Oskar Hoffmann und mit ihm die Troisdorfer und Siegburger Juden müssen - nur wenige Stunden, nachdem die Postkarte geschrieben ist - an die Gruben treten, sich entkleiden und hinuntersteigen - dann werden sie erschossen[866].

Wie so etwas vor sich geht, beschreibt nach dem Krieg ein Mörder:

> Die Wachleute gingen mit den Juden in die Gruben. Dabei wurde das hintere Ende der Gruben geschlossen und die Juden gezwungen, sich am Rand auszuziehen und sich sofort ohne eine Untersuchung in die Gruben hineinzulegen. Als die erste Schicht drinnen lag, gingen die Wachleute aus den Gruben hinaus unter gleichzeitigem Einsetzen von beiderseitigem Feuer. Durch diese Art der Aufstellung wurde es ermöglicht, eine Art Kreuzfeuer auf die Juden zu eröffnen. Die erste Schicht betrug etwa 100-120 Mann in der Grube.
>
> Nach der ersten Exekution musste sich die zweite Schicht der Juden so auf die toten Körper legen, dass der Kopf auf den Füssen der unteren Leichen zu liegen kam. In einer Grube wurden ca. 5-6 Schichten aufeinander geworfen, und betrug die Anzahl der Juden in einer Grube ca.400 bis 500 Personen. Die Exekutionen wurden mit Schnellfeuergewehren, Karabinern, Maschinenpistolen, ganz nach Belieben durchgeführt. Vorher wurden viele zu Tode geschlagen. [...]
>
> Die Exekution dauerte 3-4 Stunden. [...] Die noch in den unteren Schichten lebenden, bzw. nur angeschossenen Juden wurden durch die oberen Schichten erstickt oder durch das Blut der oberen Schichten ertränkt. [...][867]

Statt eines Kommentars:

> Es gab Augenblicke, in denen dem Opfer die Schwierigkeiten des Widerstandes, des Abschwächens oder des Ausweichens als ebenso gross erschienen wie die Probleme des automatischen Nachgebens; in solchen Augenblicken wurde die Zwecklosigkeit aller verfügbaren Alternativen unerbittlich klar, was beim Opfer einen Zustand der Lähmung hervorrief. [...] Gelegentlich befiel Juden, die [...] zum ersten Mal in ein mit den Körpern der Erschossenen zur Hälfte gefülltes Massengrab blickten, die gleiche lähmende Reaktion. [868]
>
> [Trostenez] war das Todeslager für tschechische, deutsche und österreichische Juden. Im ganzen wurden während des Jahres 1942 39.000 Juden nach Trostinetz transportiert. Von jeder Gruppe von 1.000 Köpfen durften nur 5 bis 30, und zwar nur gelernte Arbeiter, leben bleiben. Im ganzen blieben 500 Personen in Trostinetz verschont. Sie wurden damit beschäftigt, die Kleider der ermordeten Juden zur Versendung nach Deutschland zu sortieren. [...][869]

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass ADLER schreibt:

> Die Transporte wurden auf dem Bahnhof von Minsk oder meist auf offener Strecke auswaggoniert, wobei eine geringe Anzahl junger Männer ohne Gepäck ins Lager geführt wurden, während man die meisten in Gaswagen ermordete und in Gruben verscharrte. [870]

Demnach wäre dieser Transport in Gaswagen - vergleichbar denen in Chelmno - ermordet worden. Aber *der Anteil der vier meist in der Nähe des SS-Gutes Malyj Trostenez bei Minsk eingesetzten [Gas-] Wagen ist bis heute nicht befriedigend geklärt*[871]. Auch KOGON und andere belegen nur, dass Gaswagen in oder bei Minsk eingesetzt waren, teilweise sogar mit Datum[872]. Aber Arlt erwähnt Gaswagen mit keinem Wort, auch nicht andeutungsweise, seine zynischen Bemerkungen laufen immer wieder auf Erschiessen hinaus: Nachdem am 28. und 29. Juli 1942 9.000 Juden *zur Grube gebracht* worden sind, werden *die nächstfolgenden Tage [...] wieder mit Waffenreinigen und Sacheninstandsetzen ausgefüllt.*«[873]

»mit uns unbekanntem Ziel verlassen«

Über Gurs nach Auschwitz, 1942

Am 22. November 1940 - die Deutschen haben ein halbes Jahr zuvor den grössten Teil Frankreichs besetzt - schreibt eine Madame Rosel Brod einen Brief an den Kommandanten des Internierungslagers Saint-Cyprien in Südfrankreich. Madame Brod schreibt im Auftrag von Alice Brünell, der Ehefrau von Erwin Brünell, die in Brüssel wohnt; Frau Brünell ist in Sorge um ihren Mann, von dem sie die letzte Nachricht zwei Monate zuvor eben aus diesem Lager erhalten hat[874].

Erwin Brünell hat zu einem unbekannten Zeitpunkt Deutschland verlassen und ist offensichtlich nach Belgien ausgewandert, so wie Faye Cukier. Wann und wo er Alice Adelheid Simon aus Lechenich heiratet, ist nicht bekannt, nur dass Alice Brünell Jüdin ist[875]. Das Ehepaar wird in Belgien vom Einmarsch der Deutschen überrascht, Erwin flieht vor den Nazis vermutlich in das unbesetzte Frankreich, das von Vichy aus regiert wird. Die Vichy-Regierung erlässt am 4. Oktober 1940 ein Gesetz, wonach alle nicht-französischen Juden interniert werden müssen[876]; sie werden in sogenannte Internierungslager im Süden[877] gesteckt.

Erwin Brünell kommt zunächst nach Saint-Cyprien, Block VI. Ende Oktober zerstört ein Sturm die Holzbaracken, die Insassen werden zwischen dem 29. und 31. Oktober 1940 nach Gurs verlegt[878]; Erwin kommt nach Block J, Baracke 6[879], im Herbst 1941 nach Block F, Baracke 4[880].

Ein zweites Mal lässt Alice Brünell nach ihrem Mann fragen, diesmal durch die UNION GÉNÉRALE DES ISRAÉLITES DE FRANCE: Sie habe jetzt seit 9 Monaten nichts mehr von ihm gehört, Briefe und Pakete seien ohne Antwort geblieben[881].

Die Lagerleitung in Gurs antwortet der jüdischen Organisation nicht direkt, sondern schreibt am 8. August 1942 dem Präfekten des Departements Basses-Pyrénées, in dem Gurs liegt: Wenn er es für nützlich halte, könne er den Juden antworten, dass Erwin Brünell das Lager zwei Tage zuvor verlassen habe[882]. Die gleiche knappe Antwort *(hat das Lager Gurs am 6. August 1942 verlassen*) erhalten

- das Internationale Rote Kreuz in Genf (3. September), das von Frau Brünell um Hilfe gebeten worden ist[883],

- Mme. Brod (25. September)[884],
- das belgische Rote Kreuz (19. November)[885]; in diesem Brief wird nur noch hinzugefügt »mit uns unbekanntem Ziel« (*pour une destination inconnue de nous*).

Das ist eine glatte Lüge. Der Eichmann-Mitarbeiter HStuf Theodor Dannecker besucht das Lager Gurs am 18. Juli 1942 und teilt dem Lagerleiter mit, dass er alle Juden des Lagers in den Osten bringen (*transférer*) werde und dass alle Juden, die nicht mehr die deutsche Staatsangehörigkeit besässen, staatenlos seien[886]. So ist es zwei Wochen zuvor mit Eichmann abgesprochen worden: Trotz Widerstände der Vichy-Regierung wird als Ziel festgehalten die *ehebaldigste restlose Freimachung Frankreichs von Juden*[887]. Die Inspektionsreise Danneckers (und Heinrichsohns) ist erst auf massives Drängen der Gestapo zustande gekommen; Gurs und andere Lager liegen schliesslich im unbesetzten Frankreich. Erst als SS-Standartenführer Helmut Knochen, Befehlshaber der Sipo und des SD in Frankreich, und Dannecker ihrem französischen Gesprächspartner René Bousquet, Vichy-Staatssekretär für die Polizei, vorhalten,

> dass die Abnahme von Juden aus Frankreich trotz des Krieges mehr als eine Geste Deutschlands sei, und eindeutig unseren Willen bekunde, die Judenfrage im europäischen Massstab zu lösen, [...]
>
> dass es Deutschland nicht leicht fiele, eine so grosse Anzahl von Juden aufzunehmen,

erst dann

> sah Bousquet ein, dass er eine vorherige Besichtigung des Judenmaterials durch einen deutschen Beauftragten nicht ablehnen könne[888].

Am 27. Juli 1942 lässt die Vichy-Regierung mitteilen, dass sie bereit sei, aus dem unbesetzten Gebiet die ersten 3.000 bis 4.000 Juden *für den Abtransport nach Deutschland zu Verfügung zu stellen*[889].

Zu dieser Zeit geraten die Insassen von Gurs, wenn sie bislang das »unerfreuliche«[890] Lagerleben überstanden haben, in »Panikstimmung«:

> [Es] verbreitete sich das Gerücht, die Juden würden von den Deutschen nach Polen transportiert. Es gab damals dafür noch keine Beispiele, wenigstens nicht in Frankreich. [...] Die Ostjuden hatten wie immer ein feines Organ für alles Unglück, das den Juden bevorstehen konnte. [891]

Aus Gurs startet der erste Transport am 6. August, Erwin Brünell gehört dazu. Der Zug passiert am folgenden Morgen um 6.32 Uhr die Demarkationslinie zwischen dem besetzten und unbesetzten Frankreich bei Chalons-sur-Saône und erreicht Drancy bei Paris um 17.13 Uhr[892]. In Drancy sollen die Juden *in den Transportplan für die Monate August und September eingereiht [...] werden*.[893]

Die Zustände in Drancy sind nur wenig besser als die in Gurs: Die Juden wohnen in Wohnblocks[894], von der Aussenwelt durch Stacheldraht abgeschnitten, unter primitivsten Verhältnissen: *Das Vorzimmer von Auschwitz* nennt Wellers[895] Drancy. Es ist der grosse Verschiebebahnhof für die Transporte ins Gas. Normalerweise bleibt niemand lange hier - so, wie die Transporte in den Osten gehen, kommen neue nach Drancy:

- montags, mittwochs, samstags Ankunft in Drancy,
- sonntags, dienstags, donnerstags Deportation[896].

Die Juden, die am nächsten Tag deportiert werden sollen, werden in einem Block von drei Etagen zusammengepfercht - 90 Personen in einen Raum. Nach wenigen Wochen sind die Matratzen, die die Verwaltung dort als Schlafgelegenheit ausgelegt hat, derartig verschmutzt und verlaust, dass man beschliesst, sie im Hof zu verbrennen. Die Juden müssen jetzt ihre letzte Nacht in Frankreich auf dem blanken Boden verbringen - von schlafen kann keine Rede sein. Den Gemütszustand der Juden erhellt die Zahl der Selbstmorde: etwa 40 von Mitte Juli bis Ende September 1942.

Dabei weiss kaum jemand unter den Lagerinsassen von der Vernichtung der Juden im Osten - den entsprechenden Meldungen der BBC wird weniger Glauben geschenkt als den von den Nazis getürkten Zeitungsartikeln mit zufriedenen Juden in polnischen »Arbeits«-lagern.

Am 10. August wird Erwin Brünell[897] im Transport D 901/12 nach Auschwitz verschleppt mit 996 anderen deutschen Juden; dieser Transport umfasst insgesamt 525 Frauen und 475 Männer[898]; 290 Frauen sind zwischen 46 und 60 Jahre alt, 309 Männer zwischen 45 und 61 Jahre[899]. Nach der Selektion auf der Rampe von Auschwitz werden 140 Männer und 100 Frauen von diesem Transport als Häftlinge in das Lager gesteckt; die Männer erhalten die Häftlingsnummern 58.086 bis 58. 225, die Frauen die Nummern 16. 637 bis 16. 736. Die übrigen 766 Menschen werden sofort vergast[900]. Ein Jude hat diesen Transport überlebt[901].

Über Erwin Brünell gibt es in Auschwitz kein Dokument; ob er sofort vergast wird oder mit den 139 anderen jüdischen Männern noch eine Zeit lang weiterexistieren darf, ist nicht mehr feststellbar[902].

Eine Familie wird auseinandergerissen

Über Westerbork nach Sobibor, 1943

Eine andere Jüdin aus Troisdorf, Selma Meier, wird ebenfalls im Ausland von den Nazis überrascht und eingeholt. Sie war die Ehefrau von Josef Meier und die Mutter von Günter Meier (Jahrgang 1927). Allerdings war die Ehe schon 1933 auseinandergebrochen, als sie nach Ostende verzog[903]; 1935 wird die Ehe geschieden[904]. Josef Meier gelingt es noch am 1. September 1939 - die Deutschen überfallen an diesem Tag Polen und lösen damit den zweiten Weltkrieg aus -, nach England zu flüchten; erst am 3. September erklärt Grossbritannien Deutschland den Krieg. 1942 ist Josef Meier in Australien, dort ist er auch inzwischen gestorben[905]. Zurück bleibt sein Sohn Günter, der bei seinen Grosseltern Emanuel und Regina Meier lebt und deren Schicksal teilt.

Selma Meier soll 1936 noch einmal geheiratet haben; sie heisst jetzt Selma Coevorden und wohnt in Rotterdam[906]. Am 6. Oktober 1942 wird sie in das Sammellager Westerbork[907] eingesperrt; ein halbes Jahr später, am 4. März 1943, wird sie von dort nach Sobibor deportiert[908].

In der gleichen Falle werden Leopold und Elisabeth Levy gefangen. Leopold, 1871 in Troisdorf geboren, Bruder von Samuel, ist früh nach Düsseldorf[909]gezogen und führte dort eine Schreinerei. Im März 1939[910] wandern er und seine Frau nach Amsterdam aus, die Söhne

Max und Josef sind schon früher (in die USA) ausgewandert. Es ist nicht allzu viel über das Ehepaar Levy bekannt; man kann deswegen nur vermuten, dass auch sie zu lange mit der Flucht gewartet haben. In Amsterdam wohnen sie - bis zu ihrer Einlieferung in Westerbork - in der Hoogstraat 10[911]. Leopold und Elisabeth Levy werden am 20. Juli 1943 von Westerbork nach Sobibor deportiert[912].

Selma Meier kommt am 5. oder 6. März in Sobibor an; ihr Transport (1.105 Juden) ist der erste aus Westerbork; die Levys kommen am 23. Juli an; ihr Transport (2.209 Juden) ist der letzte aus Westerbork[913]. Ein Augenzeuge berichtet:

> Die reichsten Juden, aus Belgien, aus Holland, aus Frankreich, kamen oft in Reisezügen, oft sogar in Pullmanwagen an, und im allgemeinen wurden sie von den Wachen besser behandelt. Vor allem die Transporte von Juden aus Westeuropa, wenn sie darauf warteten, an die Reihe zu kommen [...]. Die polnischen Eisenbahner haben gesehen, dass die Frauen sich schminkten, sich das Haar kämmten, sie waren sich des Schicksals, das sie in wenigen Minuten erwartete, nicht im geringsten bewusst, sie machten sich schön [...]. [914]

In Sobibor werden etwa 34. 300 Juden aus den Niederlanden vergast; nur 19 Überlebende sind dem Roten Kreuz bekannt geworden[915].

Sobibor, bei Wlodawa[916] im Distrikt Lublin gelegen[917], ist nach Belzec das zweite Vernichtungslager der »Aktion Reinhard«. Es »arbeitet« von Ende Juni[918] 1942 bis Oktober[919] 1943. In dieser Zeit werden etwa 250.000[920]Menschen ermordet, in den ersten drei Monaten (Mai-Juli 1942) »mindestens 77.000«[921].

Die Tötungsmaschinerie funktioniert inzwischen - nach den Vorläufen z. B. in Belzec - so »reibungslos«[922], weil die Ankommenden, bis sie unter den angeblichen Brausen in der Gaskammer stehen, getäuscht werden: Zunächst eine aufmunternde und beruhigende Ansprache durch die SS[923], dann geregelte Übergabe von Geld, Wertsachen, Kleidung gegen Quittung - und zuletzt ein »Bad«. Im sogenannten »Schlauch«, einer von Stacheldrahtzäunen gebildeten Gasse, ist es mit der Gelassenheit vorbei, jetzt werden die nackten Menschen unruhig. Aber es gibt kein Zurück mehr: Hinter ihnen die SS, vor ihnen die Gaskammer. Darin werden sie von den Kohlenmonoxydabgasen eines besonders eingestellten Otto-Motors[924] getötet.

»Ihre Kinder gelten als Juden.«

Mischehen, 1935-45

Es gab in Troisdorf zwei sogenannte Mischehen, in beiden Ehen war die Ehefrau Jüdin, in beiden Fällen gehörten zur Familie zwei Kinder, die 1939 z. T. schon volljährig waren. Diese beiden Familien bleiben lange Zeit zwar nicht von den schikanösen Verordnungen, wohl aber von den Deportationen verschont. Sie dürfen z. B. bis zum Schluss, d.h. bis zu ihrer Deportation im September 1944, in ihren Wohnungen bleiben[925]. Dies geschieht jedoch nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern weil die NS-Juristen und -Bürokraten das »Problem« der Mischehen und Mischlinge nicht in den Griff bekommen[926].

Ein Vater stellt nun im Oktober/November 1941 bei der Gestapo Köln den Antrag, seine beiden Kinder - einen Sohn von 28 Jahren und eine Tochter von 24 Jahren - vom *Kennzeichnungszwang der Juden [...] zu befreien,* d.h. konkret: ihnen das Tragen des sogenannten

Judensterns[927] zu erlassen[928]. Möglicherweise hat der Vater schon weiter gedacht: Eine minder »schlimme« Kategorie als die des Halbjuden könnte das Leben seiner Kinder später einmal retten.

In seinem Antrag kann der Vater natürlich nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, dass seine Frau Jüdin ist. Er versucht daher, mit seiner Person und mit seiner Familie sowie den Kindern selbst zu belegen, dass sie eigentlich gar keine richtigen (Halb-) Juden seien: Er, der Vater, ist Lokomotivführer, von 1919 bis 1941 bei der Reichsbahn, seitdem bei den Mannstaedt-Werken; von seinen Schwestern ist eine mit einem Gastwirt, eine andere mit einem Handwerksmeister verheiratet. Sein Sohn, 1936 von Pfarrer Kenntemich getauft, war drei Monate beim Militär und arbeitet seit Frühjahr 1941 in einem »Rüstungsbetrieb«, der Firma de Haer in Troisdorf. Die Tochter, ebenfalls 1936 getauft, arbeitet im Geschäft ihrer Tante. Beide Kinder wohnen im elterlichen Haus.

In seiner Stellungnahme an den Landrat schreibt Bürgermeister Schünemann kühl, die Kinder seien jüdisch erzogen worden und hätten 1939 selbst die »Kennkarte« für Juden (Nr. A 00018 und A 00019) beantragt.

Am 1. Mai 1942 - fast ein halbes Jahr nach dem Antrag - kommt von der Gestapo Köln die lapidare Antwort:

> [...] Ihre Kinder [gelten] nach der 2. VO zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 § 5 Abs[atz] (2) u[nd] a[nderen] als Juden. Somit findet die Pol[izei]Verordnung über die Kennzeichnung der Juden vom 1. 9. 1941 (RGBl, I, S. 547) auf sie Anwendung. Weitere Eingaben in dieser Angelegenheit sind zwecklos.
>
> Im Auftrage [...]

Am 15. Oktober 1943 - die deportierten Troisdorfer Juden sind schon tot - stirbt der Vater. Damit ist seiner Frau und den beiden Kindern der letzte Schutz genommen; sie werden im Herbst 1944 deportiert[929]; zunächst werden sie von dem Troisdorfer Kohlenhändler und Fuhrunternehmer Popella in das Fort V (=fünf) in Köln-Müngersdorf[930] gebracht, von dort aus sollen sie weiter verschleppt werden. Die Mutter und die Tochter können, während der Zug in der Nähe von Kassel bombardiert wird[931], entkommen und untertauchen; der Sohn wird noch nach Theresienstadt verschleppt, überlebt aber und kommt im Spätsommer 1945 wieder in Troisdorf bei seiner Tante an[932].

Familie Bernauer

In der Familie Bernauer war Frau Nanny jüdisch, ihr Mann nicht; sie hatten zwei Töchter: Erna und Karola. Der Ehemann Erwin war Photograf und hatte ein Wohn- und Geschäftshaus in der Kölnerstrasse 55. Diese Ehe war nach den Regeln der Nazis eine »privilegierte Mischehe«, d.h. die jüdische Ehefrau und ihre Kinder waren eine Zeit lang »geschützt« durch den nicht-jüdischen Ehemann.

Im Spätsommer 1942 waren die meisten Juden aus Deutschland – sofern sie nicht geflohen oder untergetaucht waren – von den Nazis ermordet worden: Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Sobibor, Chelmno, Riga, Izbica – um nur einige Orte zu nennen, an denen sie grausam getötet worden waren.

Im Herbst 1944, als auch den führenden Nazis dämmerte, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war, griffen sie nach den bislang »privilegierten« Juden.

Und so fuhr eines Tages im September 1944 auf Befehl der Nazis ein offener Lkw der Kohlenhandlung Popella vor das Haus Kölnerstrasse 55 und lud Frau Bernauer (Jahrgang 1880) auf. Herr Bernauer wollte seine Frau nicht im Stich lassen und stieg mit auf den Lkw. Die beiden und andere Juden wurden nach Köln-Müngersdorf ins sogenannte »Fort V« gebracht, das 1874 gebaut und seitdem als Festungsgefängnis diente, seit 1941 als »Judenlager Müngersdorf«. Von hier aus wurden die jüdischen Ehepartner – sehr oft ahnungslos – in das Ghetto Theresienstadt bei Prag deportiert, die nicht-jüdischen Ehepartner in die Gegend zwischen Elbe und Oder.

Zur Überraschung aller erschien eines Tages am Lagertor die junge Käthe Meier[933] aus Donrath; ihre Mutter hatte früher als Haushaltshilfe bei Bernauers gearbeitet. Käthe schwätzte lässig mit den Wachen und erzählte, sie wolle ehemalige Nachbarn abholen. Als sie die Bernauers fand, nahm sie der Frau Bernauer den gelben »Judenstern« vom Mantel ab und ging mit ihr und Herrn Bernauer wieder stracks auf das Tor zu. (Die Juden in Deutschland mussten ab 1. September 1941 ein solches Stoffabzeichen von 9x9 cm ständig aussen auf der Kleidung tragen.)

Das tollkühne Unternehmen drohte noch zu scheitern, weil die schwerhörige Frau Bernauer nicht alles sofort verstanden hatte und noch auf dem Weg zum Ausgang Erklärungen für diese Aktion forderte. Freundlich grüssend schlenderte Käthe mit dem Ehepaar Bernauer durch das Tor – und nichts geschah.

Zunächst wurden die Bernauers in Donrath versteckt, dann aber bei dem Bauern W. in Lohmar. Dorthin kamen dann auch die verheiratete Tochter Erna mit Ehemann und drei Kindern – der jüngste ein Säugling – und die Tochter Karola. Der Bauer und die Bäuerin stellten ihren Kindern – u.a. dem neunjährigen Sohn Ludwig – die Neuankömmlinge als Familie »Schmitz« vor. Die »Schmitzens« wohnten alle zusammen in dem Zimmer links vom Eingang.

Der Sohn Ludwig meint heute, dass sein Vater 1944 die Gefahr, in der alle – die Familie des Bauern und die Bernauers – schwebten, gar nicht wahrhaben wollte. Auf dem Hof wohnten und arbeiteten auch ausländische Arbeiter, so dass eine Person mehr oder weniger nicht besonders auffiel. Es gab nach seiner Erinnerung auch nur einmal eine gefährliche Situation, als eine Frau aus Troisdorf auf der Suche nach Lebensmitteln (»Hamstern«) ins Haus trat und der Frau Bernauer gegenüberstand, die nicht schnell genug ins Zimmer geflüchtet war. Die Troisdorferin muss Frau Bernauer erkannt haben – immerhin liessen die Troisdorfer bei Bernauers ihre Bilder entwickeln und sich selber ablichten. Aber dieses Ereignis blieb ohne Folgen.

Nach einem halben Jahr im Versteck – im Frühjahr 1945 – war der Krieg in Lohmar zu Ende. Eines Tages rückten amerikanische Soldaten kampflos in das Dorf auf den Höhen ein, und Karola Bernauer lief den GI's jubelnd entgegen. Als der Lieutenant, der selber Jude war, einen Beweis haben wollte, dass Karola, ihre Mutter und ihre Schwester Jüdinnen sind, stimmte sie das *Shma Israel - Höre, Israel, der Ewige ist Gott, der Ewige ist einzig*) an, das zentrale Glaubensbekenntnis der Juden.

Heute leben die Enkel und Urenkel der Bernauers in Troisdorf und Umgebung.

Die Namen von Ludwig und Elisabeth W. aus Lohmar sind in Jerusalem in der »Allee der Gerechten« (»Garden of the Righteous«) verewigt. Dort, in der Gedenkstätte Yad vashem, erinnert der jüdische Staat seit 1963 an diejenigen Menschen in aller Welt, die Juden vor dem Holocaust gerettet haben: *Ihnen allen errichte ich in meinem Haus und in meinen Mauern ein Denkmal, ich gebe ihnen einen Namen, der mehr wert ist als Söhne und Töchter: Einen ewigen Namen gebe ich ihnen, der niemals getilgt wird*. (Jesaja 56,5)

»eine verbotene Ehe geschlossen«

Heirat einer Jüdin, 1944

Der pflichtbewusste Siegburger Standesbeamte Gansen berichtet am 23. März 1944 dem Landrat von einer Trauung, die er am 9. Februar vorgenommen hat[934]. Schon damals muss es ihm unwohl in seiner Haut gewesen sein, tut er doch sonst alles, was die Nazis von einem »deutschen« Beamten erwarten:

So unterschlägt Gansen z. B. 1940 in seinem Artikel in den »Heimatblättern des Siegkreises« über das Bürgerbuch von Troisdorf aus dem Jahre 1822 die Hausnummern und Namen der jüdischen Troisdorfer[935]. Und dem Siegburger Prälaten Bers, der sich Anfang der 60er Jahre um eine erste Bestandsaufnahme der Schicksale der Siegburger Juden bemühte, schreibt Gansen in strafenswerter Naivität:

> Die Juden in Siegburg wurden - wie verlautete, von dort nach Much gebracht, wo sie sich selber verwaltet haben sollen (Lager). In Siegburg mussten sie demnach abgemeldet werden. [...]. [936]

Diesem Standesbeamten kann die »Verlobte«, eine Witwe von 62 Jahren, die Geburtsurkunde nicht vorlegen, *weil das Geburtsstandesamt wegen Fliegerschadens gestört war*. Der künftige Ehemann, geboren 1887 in Troisdorf und kriegsblind, und seine Verlobte legen grossen Wert auf eine Eheschliessung *ohne weitere Verzögerung*«. Doch der Standesbeamte ist nicht so leicht zu überreden; erst als die Frau sich auf ihre langjährige Mitgliedschaft in der Partei beruft und *mit Beschwerde bei der Kreisleitung droht,* ferner *ihre deutschblütige Abstammung wiederholt eidesstattlich bekräftigt,* ist Gansen beeindruckt, und die Eheschliessung wird »vollzogen«.

Aber bald darauf flattert die Geburtsurkunde ins Siegburger Rathaus, und aus ihr geht hervor, dass die Ehefrau die uneheliche Tochter einer Jüdin ist.

Damit hat die Frau gegen § 1 des Blutschutzgesetzes[937], eines der beiden Nürnberger Gesetze, verstossen; ihr droht eine Zuchthausstrafe. Der Landrat reicht am 28. März die Akten an die Staatsanwaltschaft Bonn weiter[938], am 21. April wird die Frau verhaftet und zur Gestapo Köln gebracht[939]. Von dort ist sie noch einmal zurückgekommen, dann wird sie von Nachbarn versteckt. Das soll gar nicht einfach gewesen sein, denn die Jüdin war sehr nervös und reizbar und sprach dabei immer mit lauter Stimme[940]. Sie ist nach 1969 gestorben, ihr Mann schon 1961[941].

Das Eigentum der Juden 1938-1945

Das Leben ist nicht das einzige, was den Juden genommen wird. Mit verblüffender Pingeligkeit und unvorstellbarem Behördenaufwand rauben die staatlichen Ämter und die SS

den Juden ihr gesamtes Hab und Gut bis zum letzten Pfennig; und selbst den vergasten Leichen müssen jüdische Häftlingskommandos noch die Goldzähne aus dem Gebiss herausbrechen.

Dabei schlagen sich zwei Stellen um das noch verbliebene Judenvermögen: Das Reichsfinanzministerium (RMF, für den Staat) und das Reichssicherheitshauptamt (RSHA, für die SS). Diese Auseinandersetzung ist keineswegs nur akademischer Natur - geht es doch 1941/42 immer noch um erhebliche Werte in jüdischer Hand, vor allem Sach- und Grundbesitz.

Weil die Nazis davon ausgehen, dass jüdischer Besitz und jüdisches Kapital in Wirklichkeit Vermögen deutscher Volksgenossen sei, das ihnen nur geraubt worden sei, ist es logisch, dass dieser Prozess umgekehrt wird. Die Frage ist nur, wer der Nutzniesser sein soll: Der Staat[942], die Partei bzw. die SS, oder Privatpersonen. Eine Umverteilung zugunsten von Privaten wird nicht gern gesehen, lässt sich aber nicht ganz unterbinden. Verhindern lässt sie sich nur, wenn die Behörden - und jetzt gleichgültig, ob Staat oder Partei - vorher zugreifen und das wegnehmen, was die Juden noch versilbern können, ehe es an ihre physische Existenz geht.

Die »Sühneleistung« nach der Pogromnacht vom 9. /10. November 1938 ist - zu einer Zeit, als die Austreibung der Juden aus Deutschland noch die NS-Politik ist[943] - der erste Griff nach jüdischem Vermögen. 1,127 Milliarden RM bringt diese Zwangsabgabe, die sich bis 1940 hinzieht[944] und von jedem Juden abverlangt wird, der 1938 ein Vermögen von mehr als 5.000 RM angemeldet hat[945]. Von diesem Vermögen sind 25 % abzuliefern, zahlbar in fünf Raten (15. 12. 1938 - 15. 11. 1939)[946], bei einem registrierten Gesamtvermögen von 7,5 Mrd. RM.

In diesen Zusammenhang gehören auch die beiden folgenden Vorgänge:

Alfred Pins versetzt im städtischen Leihhaus in Bonn »seinerzeit« 6 gr Gold(333), 30 gr Gold(585) und 250 gr Silber; ihm werden dafür 53,60 RM ausbezahlt; das Metall wird an die Degussa weitergeleitet[947]: Vom 21. Februar 1939 ab müssen die Juden alle Gegenstände aus Gold (ausser Eheringen), Silber, Edelsteine und Perlen an öffentliche Verkaufsstellen abliefern[948].

Am 31. März 1939 gibt Rosa Marx dem Amtsgericht Siegburg den Wert des Nachlasses ihrer am 15. März verstorbenen Mutter, Frau Eva Wolf, an:

- das elterliche Haus, Frankfurterstrasse 56 — 9. 600 RM
- ein Mietshaus, Klevstrasse 25 — 5. 800 RM
- ein Grundstück, Frankfurterstr. 76 — 1. 260 RM

davon gehen ab:

Judenvermögensabgabe (noch zu zahlen) 3. 900 RM [. . .][949]

Man kann auch bei den anderen jüdischen Familien unterstellen, dass sie diese »Judenvermögensabgabe« zu zahlen haben; nur die exakten Summen sind nach 1945 und heute noch weniger zu ermitteln. Der Treuhänder Bendix, der für zahlreiche Juden die Anträge auf Wiedergutmachung stellt, gibt 1948 pauschal an z. B. für

- Sommer: 20.000 RM für *Hausrat, Schmuck, Judenvermögensabgabe, Reichsfluchtsteuer, Silber etc.*[950],
- Pins: 6.000 RM für *Hausrat, Reichsfluchtsteuer, Judenvermögensabgabe etc.*[951],
- Marx: 25.000 RM für *Hausrat, Schmuck, Metzgereieinrichtung, Judenvermögensabgabe etc.*[952].

Seit dem 12. Dezember 1938 sind die Bankguthaben der ausgewanderten - und später: der deportierten Juden - gesperrt[953]; ab Herbst 1942 werden sie vom Reich vereinnahmt[954]. Doch Himmler will nicht tatenlos zusehen, wie das gesamte jüdische Vermögen an der SS vorbei in die Kassen des Reiches fliesst. Immerhin müssen ja auch die Transporte in die Gaskammern des Ostens und die Vernichtung selbst bezahlt werden - auch wenn das nicht so teuer ist, wie das RSHA dem RMF gegenüber immer behauptet, auch wenn die SS dabei immer noch »Unsummen« verdient[955].

Zu Beginn der Deportationen »in den Osten« ist die Bürokratie noch nicht so weit, das noch vorhandene Judenvermögen juristisch einwandfrei und möglichst einfach und schnell zu kassieren; das gelingt erst mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941[956]. Die Juden, die Ende November 1941 nach Lodz/Litzmannstadt deportiert werden, werden noch auf eine sehr plumpe und umständliche Art und Weise ausgeraubt: Sämtliche Juden werden vom RSHA als »volks- und staatsfeindlich« eingestuft; wie das Vermögen von Kommunisten wird auch ihres *zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen*[957].

Freilich müssen dafür der Regierungspräsident, der Gerichtsvollzieher, die Gestapo und die Oberfinanzdirektion bemüht werden - ein sehr umständliches Verfahren, man lese einmal die Anweisung des RSHA vom 8. Oktober 1941 nach[958]. Als dann die 11. VO in Kraft ist, läuft das Verfahren viel flotter und effektiver:

> § 1
>
> Ein Jude, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland hat, kann nicht deutscher Staatsangehöriger sein. Der gewöhnliche Aufenthalt im Ausland ist dann gegeben, wenn sich ein Jude im Ausland unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er dort nicht nur vorübergehend weilt.
>
> § 2
>
> Ein Jude verliert die deutsche Staatsangehörigkeit,
>
> a) […]
>
> b) wenn er seinen gewöhnlichen Aufenthalt später im Ausland nimmt, mit der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts ins Ausland.
>
> § 3
>
> (1) Das Vermögen des Juden, der die deutsche Staatsangehörigkeit auf Grund dieser Verordnung verliert, verfällt mit dem Verlust der Staatsangehörigkeit dem Reich. […]
>
> (2) Das verfallene Vermögen soll zur Förderung aller mit der Lösung der Judenfrage im Zusammenhang stehenden Zwecke dienen.

[...][959]

Mit anderen Worten: In dem Augenblick, in dem die Juden in dem Deportationszug über die Grenze des Deutschen Reiches rollen, ist ihr Vermögen, das noch zu Hause zurückgeblieben ist - z. B. Häuser, (gesperrte) Sparguthaben - an das Deutsche Reich gefallen.

Ganz abgesehen davon benutzt das RSHA, um an das noch vorhandene jüdische Vermögen heranzukommen, die REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND (RVJD), die ihm seit der 10. Verordnung zum Reichsbürgergesetz[960] untersteht. Die RVJD fordert in ihren Merkblättern - im Auftrag des RSHA - ihre Mitglieder, deren Deportation unmittelbar bevorsteht, auf, mindestens 25 % der flüssigen Mittel auf ein »Sonderkonto »W«« der RVJD zu spenden[961]; die RVJD gibt als Verwendungszwecke an: »für die den Evakuierungstransporten mitzugebenden Geldbeträge sowie zur Ausrüstung der Transporte mit Lebensmitteln, Geräten usw.«[962]. Und tatsächlich hat die REICHSVEREINIGUNG im November rund 58.000 RM an die Reichsbahndirektion Köln für die von ihr abgewickelten Oktober-Transporte gezahlt[963].

Trotz Kritik seitens des RMF an der Rechtmässigkeit dieser Zwangsabgabe ist an dieser Praxis nie etwas geändert worden[964]. Für die Troisdorfer Juden ist das Sonderkonto »W« bei der Commerzbank Köln eingerichtet[965]. Dieses Konto wird am 4. August 1942 - der (vorerst) letzte Transport aus dem Rheinland war am 27. Juli abgegangen - vom Deutschen Reich eingezogen[966]; ab Oktober 1943 verfügt der Oberfinanzpräsident Köln über das Konto; wie viel Geld sich damals angesammelt hatte, ist heute nicht mehr zu ermitteln.

Die letzten Tage vor dem Abtransport in das Ghetto oder sofort ins Gas sind für die Juden ausgefüllt mit Vorbereitungen, die von der Gestapo bis in die kleinsten Kleinigkeiten geregelt sind. Ein Blanko-Formular der Kölner RVJD vom Frühjahr/Sommer 1942[967] enthält in sieben Punkten peinlich genaue Anweisungen dafür,

- was ausgefüllt werden muss: die »Vermögenserklärung«[968],
- was unterschrieben und abgegeben werden muss: besagte Vermögenserklärung, Spenden an die RVJD[969],
- was auf den »Abwanderungstransport« mitgenommen werden darf: 1 Koffer, 1 Bettsack, Bettwäsche, persönliche Gebrauchsgegenstände, Eheringe[970],
- was mitgenommen werden muss: 1 Essbesteck, 1 Essnapf, 50 RM,
- was abgeliefert werden muss: *Wertsachen jeder Art, Gold, Silber, Platin,* nicht verbrauchte Lebensmittelmarken, Wohnungsschlüssel, Schreibmaschinen, Fahrräder, Ferngläser[971].

Erich oder Rosa Marx vertrauen der Familie O., die in ihrem Haus Frankfurterstr. 56 wohnt, Bargeld an: 2.500 RM; die Herkunft des Geldes ist natürlich unklar, wahrscheinlich ist es an den vorgeschriebenen Deklarationen vorbeigeschmuggelt worden. Auf jeden Fall scheinen Erich und Rosa mit einer Wiederkehr von der »Reise« gerechnet zu haben[972]. Diese Familie O. zahlt diese 2.500 RM am 26. September 1945 auf ein neues Sparbuch bei der Kreissparkasse in Siegburg ein; nach Umwegen erhält es eine Schwester von Erich Marx, Frau Carola G. [973].

Falls jemand aus Versehen oder in der Hoffnung, etwas an der Gestapo vorbeischmuggeln zu können, Verbotenes einpackt, wird es ihm an der Sammelstelle bei der

Kofferkontrolle[974] oder bei der Leibesvisitation abgenommen. In Würzburg z. B. fallen am 27. November 1941 bei dieser Gelegenheit an:

24 Taschen- und Armbanduhren,
10 einfache Ringe,
2 Mundharmonikas,
1 Hängematte,
1 Eisernes Kreuz 2. Klasse,
1 Verdienstkreuz 2. Klasse,
123 Flaschen Alkohol[975].

In einem Ort in Süddeutschland greift sich die Gestapo

1 silbernes Kettchen,
18 Briefmarken für 1,17 RM,
69 Pfennige,
66 Pfennige,
3 Armbänder,
1 Bleistift,
2 Ringe,
1 Brosche,
1 Paar Ohrringe.

Der Besitz, der zuletzt dann doch noch zurückgelassen werden muss - meist in den »Judenhäusern« -, wird unter die Bevölkerung versteigert: Die in der Siegburger Brandstrasse zurückgehaltenen Einrichtungsgegenstände versteigert der Bonner Auktionator Virnich in einem Hof der Nachbarschaft zugunsten des Finanzamtes Siegburg[976]; nur nicht die Nähmaschinen: die werden später gesondert abgeholt.

Derselbe Taxator schleicht am 29. Juli 1942 mit zwei Männern von der Gestapo durch die leeren Flure des Klosters Endenich - die letzten Juden sind zwei Tage zuvor weggeschleppt worden; er schätzt den Wert des jüdischen Besitzes noch auf 80.000 bis 100.000 RM[977].

Sophia Levy (ihr Mann Josef war am 8. November 1938 gestorben) wohnt mindestens bis Frühjahr 1941[978] in ihrem Haus Luisenstrasse 9 in Siegburg; allerdings zuletzt zur Miete - sie hat das Haus und ein Gartengrundstück in der Weierstrasse am 8. Mai 1939 für 15.000 RM verkauft[979] - und nur noch in zwei Zimmern[980]. Diese Zimmer waren voll möbliert, bestätigt 1958 eine frühere Mieterin, die acht Jahre in dem Levy'schen Haus gewohnt hat. Die Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Köln schätzt 1958 den Wert dieser Einrichtung auf 1.000 DM, die Wiederbeschaffungskosten 1956 auf 2.000 DM. Diese Summe muss das »Deutsche Reich« an die Erben Levy zahlen[981].

Die Ladeneinrichtung der Metzgerei Levy ist auch verkauft worden: 1. 500 RM hat Wilhelm S. aus der Ringstrasse 70 b dafür bezahlt - an das Finanzamt Siegburg[982], d.h. das Reich.

Die Inneneinrichtung und der Hausrat des Marx'schen Haushalts in der Frankfurterstrasse können mit etwas Vorsicht rekonstruiert werden. Bei dem Rückerstattungsverfahren Ende der 50er Jahre hat eine Verwandte der Marx' Listen und Zeugenaussagen beibringen können, die man als recht zuverlässig ansehen kann[983]. Wenn die schlecht lesbare Akte richtig

entziffert worden ist, ist auch dieser Bestand von einem Auktionator versteigert worden. Bei dem Besuch der ehemals Troisdorfer Juden 1985 ist eine kleine Vase, die Rosa Marx gehört haben soll, ihrer Cousine Hilde Jonas übergeben worden.

Das Gericht hat 1963 freilich nur das als Besitz und Berechnungsgrundlage anerkannt, was 1942 in dem »Judenhaus« Bergstrasse von den Marx' zurückgelassen und vom Finanzamt Siegburg vereinnahmt wurde, wenn sich der Umfang im einzelnen auch »nicht mehr feststellen« liess[984]:

> Sicherlich haben [Marx] nicht die Wohnungseinrichtung für 5 Räume [aus der Frankfurter in die Bergstrasse] mitnehmen können.

Das Gericht geht bis zum Beweis des Gegenteils davon aus,

> dass die Eheleute Marx ihr nicht mehr benötigtes[!] Mobiliar verkauft (vermutlich an die später in ihr Haus eingezogenen Personen[985]), verschenkt oder in Verwahr gegeben haben. Gerade die letztgenannte Möglichkeit liegt bei den kleinstädtischen Verhältnissen [in Troisdorf] nicht allzu fern. [986]

Den Wiederbeschaffungswert der Gegenstände, die das Ehepaar Marx in die Bergstrasse mitgenommen hat, schätzt das Gericht (1963) auf DM 5.000.

Das Sparbuch von Rosa Marx in Höhe von 2.154,59 RM hat die Finanzkasse Siegburg am 9. Dezember 1942 »vereinnahmt«[987].

Eine Rosa Cahn aus Siegburg, die den Holocaust überlebt hat, besass ein Sparguthaben bei der Kreissparkasse Siegburg in Höhe von 1.692,21 RM; es wird ebenso gemäss der 11. VO zum Reichsbürgergesetz am 26. November 1942 vom Finanzamt Siegburg zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen[988].

Das (vor-)letzte Geld holen die Nazis[989] den Juden im Ghetto aus der Tasche. Wer Reichsmark mitbringt oder sie aus der Heimat zugeschickt bekommt - es kommen sogar Geldsendungen aus den USA[990] an - muss das Geld in der Bank des Judenältesten umtauschen in Ghettogeld[991]. Ribbe, ein Beamter der NS-Ghettoverwaltung, im Februar 1942:

> [...] Ein Jude, der Reichsmark besitzt, also kein Ghettogeld in Händen hat, ist ausserstande, Lebensmittel einzukaufen. Er muss daher zwangsläufig bei der Bank des Ältesten der Juden einen Geldwechsel vornehmen, und nur auf diese Weise ist es mir möglich, die Reichsmark abzuziehen. [...]
>
> Sollte das Ghetto einmal aufgelöst werden [...], dann kann kein Besitzer von Ghettogeld Rechtsansprüche gegen das Deutsche Reich stellen, da der Schein[992] nichts weiter ist als eine Quittung. [993]

Das tatsächlich letzte Geld fällt den Nazis bei der Ermordung in die Hände: Das »Sonderkommando [Chelmno]« zahlt an die Gettoverwaltung von Lodz

- im Februar 1942: 139.351,50 RM
- im März 1942: 214.022,87 RM und
  183. 816,00 RM
  sowie beträchtliche Mengen an (Gold-) Devisen[994].

Und das letzte Gold müssen Arbeitskommandos den toten Juden aus den Zähnen reissen[995].

Die Ermordung der europäischen Juden dürfte sich für die Nazis gelohnt haben - in Verbindung mit Geld sei dieser Zynismus gestattet. Es hat zwar m. W. noch niemand eine Gewinn- und Verlustrechnung aufgemacht, aber so viel lässt sich sicher sagen: Es sind Millionenwerte an Gold, Schmuck, Grundstücken und anderen Sachwerten sowie an Bargeld auf die Konten von Staat und Partei geflossen.

Im folgenden wird versucht, einen Überblick über Ausgaben und Einnahmen aus den Quellen zu geben (kleinere Summen bleiben unberücksichtigt, in Mio. RM):

			EIN
1. »Reichsfluchtsteuer«[996]			900
2. »Sühneleistung«[997]			1. 126
3. »Aktion Reinhard«[998]			
	AUS	EIN	
Bar	-12	86	
Gold etc.		9	
Devisen		6	
Juwelen		44	
Spinnstoffe		46	
Summe:			179
4. Chelmno, Spinnstoffe[999]			5
Total:			2. 210

Die SS muss aber doch etwas von dieser Summe abgeben - an das Reich. Himmler und Reichswirtschaftsminister Funk teilen sich im Sommer 1942 die Beute. 76 oder 77 Lastwagen voll Wertsachen fahren bei der Reichsbank vor:

- Hartgeld wird von der Edelmetallabteilung einbehalten,
- Aktien, Obligationen und Bankbücher gehen an die Effektenabteilung,
- Goldzähne an die Preussische Staatsmünze (zum Einschmelzen),
- Schmuck an die Berliner Pfandleihanstalt[1000].

Der Erlös aus dem Verkauf von Metallen und Papieren wandert auf ein Sonderkonto mit dem beziehungsreichen Namen »Max Heiliger«, von dem sich das Reichsfinanzministerium von Zeit zu Zeit bedient[1001].

Weitere Einnahmen für das Reich:

5. Aus der »Verwertung von Wertpapieren und Zinsscheinen«, die aus dem Judenvermögen verfallen sind, (von 1942 bis 1944):	186
6. aus der »Verwaltung und Verwertung von Vermögen, das dem Reich durch Einziehung, Verfallserklärung oder ähnliche Rechts[?]-akte angefallen oder von ihm beschlagnahmt ist«:	591,6
7. »Ausgleichszahlungen auf Grund der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 [...]«: [1002]	48

Damit belaufen sich die Einnahmen auf über 3 Mrd. RM, eine für damalige Verhältnisse unvorstellbare Summe, in Goldbarren umgerechnet fast 88.000 Stück[1003].

Herausgerückt oder erstattet hat die Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, die Bundesrepublik Deutschland, wenig: Der Hausrat, der Schmuck, das Silber, das das Ehepaar Pins vielleicht noch besessen hat, ist angeblich *von der Gestapo beschlagnahmt und z. T. durch die Zivilgemeinde [Troisdorf] im Auftrag des Finanzamts [Siegburg] versteigert, z. T. unter der Hand verkauft worden*. schreibt der Treuhänder Bendix 1949[1004]; folglich: weder Bendix noch der Sohn Ludwig Pins

> haben bisher irgendwelche im Siegkreis gelegenen oder entzogenen Vermögensgegenstände ermittelt [...]. Die möglicherweise entzogenen Gegenstände sind nicht feststellbar, d.h. nicht greifbar oder auffindbar oder identifizierbar[1005].

Damit war der Entschädigungsanspruch hinsichtlich der »beweglichen Sachen« abgeschmettert[1006].

Ähnlich der Rückerstattungsanspruch auf das Sparbuch der Rosa Marx (den Anspruch hat die »Jewish Trust Company« (JTC) als Treuhänderin angemeldet):

> Wiedergutmachungsamt
>
> beim Landgericht in Bonn
>
> Rü T 742/52
>
> B e s c h l u s s :
>
> In dem Rückerstattungsverfahren [der JTC...], Rückerstattungsberechtigte und Antragstellerin [...],
>
> gegen
>
> das Deutsche Reich, vertreten durch die Oberfinanzdirektion in Köln [...],
>
> wegen Rückerstattung eingezogener Spar- und Bankguthaben

wird festgestellt, dass der Antragstellerin ein Anspruch auf Ersatz für das von der Finanzkasse vereinnahmte, auf den Namen des[!] Frau Marx, Rosa geb. Wolf lautende Sparguthaben bei der Kreissparkasse Siegburg in Höhe von 2154,59 RM im Rahmen des Umstellungsgesetzes zusteht.

G r ü n d e :

Das vorbezeichnete Guthaben war auf Grund der 11. VO. zum R[eichs]Bürg[er]G[esetz] vom 25. November 1941 dem Deutschen Reich verfallen und am 9. 12. 1942 an das Finanzamt in Siegburg überwiesen worden.

[...]

Eine Verurteilung des Antragsgegners zu s o f o r t i g e r[1007] Leistung ist nicht möglich, da die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches noch nicht geregelt ist. [...] Es bleibt lediglich offen, wer die Verbindlichkeiten des Deutschen Reiches einmal zu erfüllen haben wird. [...][1008]

Der Grundbesitz der Juden

Brünell, Faustgasse 4

Am 21. Juli 1938 verkaufen Albert und Melly Brünell Haus und Grundstück in der Faustgasse 4 (=Hippolytusstrasse 4)[1009]. Sie haben es 21 Jahre zuvor für 24.000 Mark erworben, jetzt wechselt es für 16.300 RM die Besitzer[1010]. Davon zahlen die Käufer - ein Ehepaar vom Niederrhein - sofort vor dem Notar 3.000 RM; der Rest soll in jährlichen Raten von zunächst 2.000 RM (am 1. 1. 1940) und später 1.500 RM (ab 1. 1. 1941) bezahlt werden. Diese Schuld wird als Briefhypothek vereinbart.

Die Brünells, die im Kaufvertrag *erklärten, Nichtarier zu sein*, treten diese Forderung am 21. Februar 1939 an einen Metzgermeister aus Köln-Dünnwald ab[1011]. Die Zollfahndungsstelle hat zuvor den Verkauf des Hypothekenbriefes mit zwei Auflagen genehmigt:

- mit dem Erlös müssen zuerst Steuerschulden beglichen werden (gemeint ist wohl in erster Linie die »Sühneleistung«);
- der Rest muss auf ein Sperrkonto bei dem Kölner Bankhaus Mertins & Co. eingezahlt werden[1012], was wohl auch geschehen ist.

Im Jahre 1956 schliessen die überlebenden Verwandten des Ehepaares Brünell einerseits, der Kölner Metzger und die Käufer andererseits vor Gericht einen Vergleich: Der Metzger zahlt - in der Hauptsache - 1.000 DM nach, die Käufer 9.000 DM[1013].

Levy, Kirchstrasse 6

Der Verkauf des Hauses Levy, Kirchstrasse 6, verläuft ähnlich, jedoch mit einem entscheidenden Unterschied: Es ist auf jeden Fall ein Notverkauf, was bei Brünells nicht so deutlich wird. Samuel Levy verkauft 1939 an einen Nachbarn. Das zweistöckige Fachwerkhaus[1014], das 300 Jahre alt gewesen sein soll[1015], ist in der »Reichskristallnacht« schwer beschädigt worden[1016]. Versicherungsleistungen - sofern früher welche vereinbart waren - darf Samuel Levy nicht in Anspruch nehmen, seine Metzgerei darf er seit dem 1. Januar 1939 auch nicht mehr führen - er muss also verkaufen.

Der Nachbar erwirbt das Haus für 6. 300 RM; 27 Jahre zuvor hat es Levy für 7. 500 M gekauft. Von der Kreissparkasse Siegburg erhält der Käufer ein Darlehen in Höhe von 3. 500 RM[1017]. Ein Teil des Kaufpreises wird in Raten bezahlt. Am 26. Mai 1939 ziehen die Levys nach Köln um[1018].

Käthe J.[1019] bringt mehrmals die fällige Rate nach Köln und trifft eine bedrückte Familie Levy in einer ärmlichen Wohnung an. Samuel Levy vermutet: *Im Osten werden wir schwer arbeiten müssen*. Die letzten drei Raten haben die Käufer noch ins Ghetto Lodz überwiesen, alle drei sind in Karten an Rosa Marx, eine Nichte von Samuel Levy, bestätigt worden[1020].

Frau J. erklärt nach dem Krieg, *dass an Barzahlung zusätzlich zu den 6. 300 noch 2. 800 an Levy gezahlt worden sind*. Sie habe zwar die Quittungen vernichtet, *erklärt aber an Eidesstatt, dass diese 2. 800 in Besitz von Levy gelangt sind, teils durch O[...], teils durch sie [Frau J.] selbst.*[1021] Frau J. hat den Schmuck und das Silberbesteck der Levys aufbewahrt und nach dem Krieg der Tochter Hilde zurückgegeben. Die Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Bonn »stellt« 1952 »fest«, dass Hilde die Eigentümerin des Grundstücks ist[1022]; diese verzichtet aber 1953 auf ihre Rechte, Frau J. zahlt 1. 500 DM und ihren Gebührenanteil nach[1023].

Drei weitere Grundstücke der Levys hat das Deutsche Reich im Oktober 1942 an sich gerissen:

- Flur 3, Parzelle 109/1 (892 m^2 Ackerland), gepachtet ab September 1943 von den Kohlenhändler Philipp Ersfeld für 15 RM Pacht jährlich,
- Flur 4, Parzelle 410/67 (571 m^2 Ackerland), gepachtet ab Dezember 1945(!) von Frau W. R., 12 RM p. a.,
- Flur 11, Parzelle 277 (601 m^2 Ackerland), gepachtet ab Februar 1943 von dem Landwirt Josef Hoff für 6 RM p. a. [1024];

auch sie werden durch Gerichtsbeschluss 1952 an Hilde zurückgegeben.

Trösser, Poststrasse 71

In diesen Zusammenhang gehört ein weiterer Hausverkauf, obwohl *die Beteiligten erklärten, dass an dem Rechtsgeschäft kein Jude im Sinne des Reichsbürgergesetzes beteiligt ist.*[1025] Aus dem Zusatz »im Sinne des Reichsbürgergesetzes« lässt sich schon erschliessen, dass die Erklärung auch nur in dieser Formulierung juristisch einwandfrei ist. Denn die Verkäuferin ist Frau Karoline Trösser, Witwe des Anton Trösser[1026], Besitzerin des Gasthauses »Deutscher Kaiser« in der Poststrasse 71. Von ihr hat ein Mitarbeiter des Einwohnermeldeamtes auf der Meldekarte vermerkt: *Mischling I. Grades (50 % Jüdin) [...]*[1027]. Und wie die »Voll-Juden« ist auch sie 1936 aus dem Wählerverzeichnis gestrichen worden[1028], allerdings mit dem Zusatz »katholisch«. Ihre Taufe, deren Datum unbekannt ist, ist wohl auch der Grund, warum auf der Meldekarte weiter eingetragen ist: *[...] gilt jedoch nach den Bestimmungen nicht als Jude*. Frau Trösser schreibt 1948:

> Unter dem Druck des damaligen Regimes wurde im Jahre 1934 die Benutzung meines Lokals verboten. Der Rückgang meines Geschäftes war daher unvermeidlich und geriet infolgedessen in finanzielle Schwierigkeiten. Ich wurde gezwungen, das Lokal zunächst zu verpachten. [1029]

Frau Trösser ist also sehr froh - das tut sie dann auch kund -, als sie die Gaststätte am 9. November 1939 verkaufen kann; für Grundstück, Gebäude und Einrichtung erhält sie 73.380 RM; das Anwesen ist aber wegen Darlehen von Brauereien und durch Hypotheken schwer belastet (ca.44.000 RM[1030]); die Käufer zahlen 15.000 RM sofort beim Notar, die restliche Summe wird in jährlichen Raten von 2.000 RM (ab 1. 12.40) gezahlt[1031].

Die Käufer, das Ehepaar R., machen am Abend des 9. November

> durch eingeschriebenen Brief den Kauf wieder rückgängig. Auf dringendes Ersuchen und Bitten der Frau Trösser, die am folgenden Tag Herrn R[...] in Köln aufsuchte, blieb es dann doch bei dem zustande gekommenen Vertrag. [1032]

Als die Eheleute Trösser die bereits vorhandene Gaststätte 1920 erwarben, war als Preis für Grundstück, Gebäude und bewegliche Sachen die Summe von 150.000 M vereinbart worden[1033].

In dem Inventarverzeichnis von 1939, das mit viel Phantasie eine Rekonstruktion der gesamten Gaststätte erlauben würde, fällt ein Bestand an Biergläsern im Wirtschaftsraum auf: dort stehen im Regal 10 Gläser des Kaninchenzuchtvereins, 25 Gläser des Kyffhäuser-Vereins, mehrere Krüge des Kegelvereins und 33 Gläser des Männergesangvereins[1034]; und auch der Werkschor der DAG sang hier[1035] - und das, obwohl Frau Trösser sicher schon früher als »Jüdin« eingestuft worden war.

Aber genau dieser Punkt führt nach 1945 zu einem bitterbösen Rechtsstreit[1036]. Im Krieg ist das Haus zerstört worden, Herr R. ist vermisst. Ein Hans T., Oberingenieur und Sachverständiger für das Kfz-Wesen, macht sich 1951 zum Anwalt der Witwe R.

Er bestreitet, dass der Verkauf unter Druck erfolgt sei, und unterstellt der Frau Trösser, *heute als Jüdin Vorteile erreichen* zu wollen; sie mache *jetzt den Versuch, zu Geld zu kommen*. Er behauptet:

> Dass die Antragstellerin [d. i. Frau Trösser] nie als Jüdin betrachtet wurde, wird bewiesen durch das Zeugnis des [ehemaligen Bürgermeisters] Matthias Langen und des [ehemaligen NS-Bürgermeisters] Ernst Schünemann. Letzterer bestätigt sogar, dass sie immer voll wahlberechtigt war. [...] Wie wenig sie sich selbst zum Judentum zählte, geht aus einem Schreiben hervor, welches sie am 2. 7.42 an den verstorbenen Ehemann R[...] richtete, und in dem sie mit »Heil Hitler« unterzeichnete. [1037]

Frau Trösser antwortet darauf:

> [...] Das[s] ich mich selbst nicht zum Judentum bekannte, muss doch jeder nachdenkliche Mensch einsehen, denn man hörte doch nur die grausamsten Sachen von Dachau und sonstigen Lagern, wo das allerschlimmste mit den Juden gemacht wurde; das[s] ich nun diesem Los zu entgehen suchte[,] ist doch kein Verbrechen gewesen.[1038]

Ein Siegburger Steuerberater, M.-S., der sich im Herbst 1951 einschaltet, behauptet dreist,

> dass Frau Trösser Jüdin bzw. Halbjüdin ist, ist weder den Eheleuten R[...] noch der Einwohnerschaft Troisdorfs bekannt gewesen. Frau Trösser ist auch niemals politisch verfolgt gewesen.[1039]

Das Landgericht Bonn bringt die beiden Parteien zu einem Vergleich: Witwe R. zahlt DM 3.000 nach[1040]; am 5. Februar 1953 verkauft sie das Ruinengrundstück für DM 16.000 an die Stadt Troisdorf[1041], 1955 wohnt sie in Witten. Frau Trösser stirbt 1967[1042].

Marx, Frankfurter Strasse 56

Dieses und das folgende Haus (Klevstrasse 25) erbt Rosa Marx (geb. Wolf) nach dem Tode ihrer Mutter Eva Wolf (geb. Levy) im Jahre 1939. Die allgemeine wirtschaftliche Notlage der Juden zwingt auch sie, die beiden Häuser zu verkaufen. Das verlief angeblich so (nach der Aussage des Käufers[1043]):

Der Postschaffner Christian S., der Am Pfuhl 9 a wohnte und nach eigenen Angaben *bis zuletzt gut nachbarliche Beziehungen zu den Juden pflegte - was der Jude, Herr O[...] N[...],* bestätigen könne -, wurde von Erich Marx angesprochen; Marx bot ihm das Haus zum Kauf an, wollte aber sofort Bargeld sehen. Der Mieter Hans B. war auch an einem Kauf interessiert. S. winkte zunächst ab, weil ihm der geforderte Preis zu hoch war.

Erst als die Gemeinde Troisdorf ihm Land für einen Sportplatz abkauft, hat S. den Preis akzeptiert: 1. 650 RM für 264 m^2; mit den 50 RM Gerichtskosten ergab das einen Preis von 6,43 RM/m^2 (1952: 8 DM/m^2). Die Summe wurde auf ein Sonderkonto des Regierungspräsidenten in Köln eingezahlt.

> Marx erklärte uns später, dass ihm das Geld in Teilbeträgen als monatlicher Unterhalt ausgezahlt würde [...]. Ob Marx in den vollen Besitz des Geldes gelangt ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Er überbrachte uns damals die traurige Mitteilung, dass sie ziellos [!] ihr Heim verlassen müssten; seitdem haben wir nie mehr etwas von ihnen gehört.

In einem ersten Vergleich 1956 zahlt das Ehepaar S. 300 DM nach und bleibt Eigentümer; wegen eines Formfehlers ist dieser Vergleich aber nichtig und muss erneuert werden; 1960 zahlen die S. noch einmal 1. 500 DM nach.

Falls das Ehepaar S. - was nicht mit letzter Sicherheit nachweisbar ist - zu den »Volksgenossen« gehörte, die 1942 »am Juden« verdienten und nach 1945 ein paar Krokodilstränen über das - ach so ungewisse, wahrscheinlich aber böse Ungemach ihrer früheren Nachbarn vergossen, ist es ausreichend bestraft worden. Dabei ist weniger an die Geldbeträge zu denken - andere haben mehr nachzahlen müssen - als vielmehr daran, dass Grundstück und Haus wegen des Formfehlers bis 1960 gesperrt waren. M. a. W. : Das Haus durfte bis dahin nicht verkauft werden; 15 Jahre lang waren die S. an das Haus gefesselt; seit 1948 wussten sie definitiv, dass sie irgendwie zur Rechenschaft gezogen würden: für ein schlechtes Gewissen eine lange Zeit.

Nach 1942 soll zunächst[1044] ein Polizist in dem Haus gewohnt haben, der angeblich 1945 hinausflog, weil er ein Nazi war; danach die Familie K. [1045]und ein Pferdemetzger D. [1046]. Etwa 1961 wurde das Haus abgerissen.

Marx, Klevstrasse 25

In ähnlich »harmonischer« Atmosphäre soll auch das Haus Klevstrasse 25 verkauft worden sein, wenn man dem Erwerber Peter K. glaubt[1047]: K. ging eines schönen Tages durch die Klevstrasse, und - siehe da - sein Auge fiel auf ein Schild im Fenster des Hauses Nr. 25: »Haus zu verkaufen«. Das traf sich gut, denn K. suchte gerade ein Haus. Und in der Tat: Er

und Rosa Marx wurden sich bald einig. Obwohl der Einheitswert des Hauses nur 5. 800 RM betrug, zahlte unser Menschenfreund von sich aus 8.000 RM; beide Seiten handelten an diesem 9. Juni 1939 *in freiwilliger Vereinbarung, ohne jegliche Nötigung*. Rosa Marx soll nachgerade dankbar gewesen sein, einen Käufer für das Haus gefunden zu haben, meint K. 1952[1048]: *Gott sei Dank, dass wir das Haus los sind, man bekommt ja keine Miete herein*. Überhaupt tischt K. interessante Einzelheiten auf:

> Herr Erich Israel[!] Marx betrieb zusammen mit dem Metzger Samuel Levi[!] eine Schlachterei. In diesem Betrieb war verseuchtes Vieh geschlachtet worden, so dass die Metzgerei geschlossen wurde.
>
> Beweis: Zeugnis des [...]
>
> Dazu kam, dass es damals infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, insbesondere auch der Mieter im Hause des Herrn Marx, nicht möglich war, nennenswerte Mietbeiträge aus dem Haus herauszuholen. Als Marx dann endlich einen Käufer für das Haus gefunden hatte, erklärte seine Ehefrau: Gott sei Dank [s.o.][1049]

Es gibt aber noch eine andere Version, wie der Kauf zustande kam: Ein Bekannter oder Verwandter des K., We., war Beamter der Gemeinde Troisdorf und gab K. den Tipp mit der Klevstrasse 25, dass da wohl bald ein Notverkauf zu erwarten sei[1050].

K. hat später ordentlich nachzahlen müssen: 1956 5.000 DM[1051] und 1960 zusätzlich weitere 3.000 DM[1052], insgesamt also 100 % der Kaufsumme von 1939. Das ist die höchste Rate aller Nachzahlungen in Troisdorf[1053].

Pins, Hofgartenstrasse 8

Alfred Pins hat offensichtlich versucht, sein Haus zu verkaufen - 1939, als die Not immer grösser wird[1054]. Der »Westdeutsche Beobachter« berichtet, dass Pins mit einem Nachbarn namens T. sich einig geworden sei - auch über den Kaufpreis; vor dem Notar sollte nur der offizielle Betrag genannt werden, die Hälfte des tatsächlichen Betrages; die andere Hälfte sollte später bar und ohne Belege über den Tisch wandern.

Mit dieser Regelung ist beiden geholfen - vor allem aber Pins, der damit eine grössere Summe Bargeld vor den Nazis verheimlichen kann. Was heute ein Kavaliersdelikt ist und als Beweis höherer Cleverness gilt, kann 1939 vielleicht Leben retten - z. B. wenn man als Deutscher/Jude bei ausländischen Konsulaten oder Organisationen grössere Summen für eine Einwanderungserlaubnis hinterlegen muss.

Irgendwie kommt die Sache aber noch vor Vertragsabschluss heraus, und am 2. Juni 1939 wird Alfred Pins vom Schöffengericht Siegburg wegen Steuerhinterziehung zu 60 RM bzw. 12 Tagen Gefängnis verurteilt[1055].

Ob Alfred Pins später noch einmal versucht hat, das Haus zu verkaufen, ist nicht bekannt.

Sommer, Bergstrasse 17

Dieses Grundstück ist - wie die Hofgartenstrasse 8 - nicht mehr vor der Deportation ihrer Besitzer verkauft worden. Das Finanzamt Siegburg erklärt beide für »dem Deutschen Reich verfallen«[1056]. Rechtsgrundlage ist jedes Mal die 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1942[1057].

DIE AUSLÄNDISCHEN ARBEITER 1939-1945

Einleitung

> Die im Reich eingesetzten Ostarbeiter stehen in einem Beschäftigungsverhältnis eigener Art. Die deutschen arbeitsrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften finden auf sie nur insoweit Anwendung, als dies besonders bestimmt wird. [1058]

Damit ist eigentlich schon das Wesentliche gesagt: »Ostarbeiter« sind für die Nazis Menschen dritter Klasse, aber leider nötig. Denn es ist Krieg, die deutschen Männer sind an der Front, und die »Abwehrschlacht an der Arbeitsfront« fordert viele Hände: 4.665.000 Ausländer arbeiten im November 1942 in Deutschland, darunter 1,6 Mio. Sowjetbürger und 1,3 Mio. Polen[1059]. Auch die Troisdorfer Industriebetriebe haben solche Arbeiter angefordert: etwa 400 Personen, die in Alt-Troisdorf wohnten, können als »Fremdarbeiter« eingestuft werden[1060]. Auf dem Gebiet der damaligen Gemeine Sieglar – z. B. an der Mülheimer Strasse zwischen Troisdorf und Spich - wohnten weitaus die meisten Ausländer: mehrere Tausend gleichzeitig, wie neuere Forschungen ergeben haben.

Eine Auswertung der polizeilichen »Aufenthaltsanzeigen« für das Gebiet der ehemaligen Gemeinde Troisdorf[1061] ergibt folgendes Bild:

Von 1939 bis 1945 waren insgesamt 457 Ausländer in Alt-Troisdorf gemeldet. In dieser Zahl sind u. a. enthalten:

- die italienische Familie Fain-Binda, die einen Eissalon betrieb, mit Landsleuten;
- die britische Haushälterin von Dr. Mannstaedt (seit 1912), die 1941 starb[1062];
- mehrere Luxemburger, die für drei Wochen bei der DAG arbeiteten;
- sonstige Sonderfälle.

285 Ausländer sind zwischen 1920 und 1930 geboren, sind also bei Kriegsbeginn höchstens 19 Jahre alt; von diesen sind allein 253 Staatsangehörige der Sowjetunion, 70 allein aus dem Geburtsjahrgang 1925, sind also 1942/43 17 bzw. 18 Jahre alt.

Vier grössere Industrieunternehmen beschäftigen den grössten Teil dieser Ausländer:

Klöckner:	187
de Haer:	115
DAG:	33
Strack:	19

38 Gewerbebetriebe und Haushalte (einschliesslich Kleinbahn und Krankenhaus) beschäftigen 61 Ausländer. Bei Firmen ausserhalb von Troisdorf arbeiteten 4 der in Troisdorf gemeldeten Ausländer. Bei 15 Ausländern ist die Firma unbekannt. Bei diesen Zahlen muss aber berücksichtigt werden, dass die Firmen DAG und Strack weitaus mehr als 33 bzw. 19 Ausländer beschäftigten; nur wurden diese, weil sie z. B. in den Baracken an der

Mülheimer Strasse wohnten, von der Gemeinde Sieglar registriert; deren Akten sind noch nicht aufgefunden.

Die beiden grossen Betriebe, Dynamit Nobel (DN) und Klöckner-Mannstaedt, haben sich ausserstande gesehen, irgendeinen Beitrag zur Erforschung dieses Themas zu leisten[1063]. Man kann aber getrost davon ausgehen, dass die deutsche Industrie auch kein Interesse daran hat, dass jemals Licht in dieses finstere Kapitel ihrer Geschichte geworfen wird. Bei der DN hat diese Haltung Tradition: Friedrich Flick, ehemals Mehrheitsaktionär und Vorstandsvorsitzender bei Dynamit Nobel, hat sich zeit seines Lebens geweigert, einen Pfennig Entschädigung an die jüdischen Zwangs- bzw. KZ-Arbeiter(innen) zu zahlen, die bei der DAG reichsweit »beschäftigt« waren[1064]:

> [...] In Abweichung von Ihnen vermag Herr Dr. Flick nicht zu erkennen, dass im vorliegenden Zusammenhang humanitäre oder moralische Gründe die Dynamit Nobel AG oder das Haus Flick veranlassen könnten, an die Claims Conference[1065] irgendwelche Zahlungen zu leisten. [...][1066]

Vier Ausländer sind nach (Obst-)Diebstahl von der Gestapo abgeholt worden; 27 Ausländer kehrten aus einem Urlaub oder nach einem Bombenangriff nicht mehr nach Troisdorf zurück; mindestens 9 sind in Troisdorf gestorben[1067].

Die folgenden Abschnitte bringen etwas Licht in dieses erstaunlich düstere Kapitel deutscher Geschichte. Auch hier wenig Unterlagen, wenig Dokumente, wenig Veröffentlichungen[1068] - und wenig Entschädigungen[1069], aber viel Verdrängung. Über 400 Fremdarbeiter bei 10.000 Einwohnern, d.h. mindestens 4 % Ausländeranteil - wie kann man so viele Menschen übersehen oder vergessen? Die Ausländer wohnen

- im Saal der Gaststätte Klein, Frankfurterstr. 75; bei den Luftangriffen dürfen sie den Saal nicht verlassen. Der Saal, der später ein Kino war, misst 13,40 x 18,80 m = 252 m^2, die Bühne zusätzlich 54 m^2[1070]; 1939 gibt es für den Saal ein Herren-Pissoir, ein Herren-WC und zwei Damen-WC[1071];
- in Baracken der DAG an der Mülheimer Strasse (Oberlar);
- auf dem Firmengelände der Klöckner-Mannstaedt-Werke, Nähe Aggerdeich; dort gibt es auch ein Gefangenen-Lager;
- ferner – wenn auch vielleicht nur vorübergehend - in Alt-Troisdorf: Saal Ruttberg, Saal Mörsch, in Oberlar: Saal Siegberg, Saal Bornheim, Saal Kaspar, Saal Schumacher und Reichsbahngelände »Rädelsführerinnen festnehmen« - Russinnen in der Gaststätte Klein, 1942

Am 28. September 1942 verweigern die in dem Saal der Gaststätte Klein untergebrachten und bei der Firma de Haer »eingesetzten« russischen Arbeiterinnen die Arbeitsaufnahme; sie begründen ihren Boykott mit dem Essen, das schlechter sei als das in anderen Lagern oder Betrieben[1072]. Bürgermeister Schünemann findet jedoch bei seinem Besuch, dass das Essen »genügend« sei, und wirft in seinem Bericht den »Mädchen« Begehrlichkeit vor: *Die meisten Russinnen [haben] bisher noch nie Schuhe in ihrem Leben getragen*.

Weil die Russinnen auf Schünemanns Zureden hin, aber ohne Zugeständnisse seinerseits, die Arbeit wieder aufnehmen, nimmt der Bürgermeister *von Zwangsmassnahmen [...] vorläufig Abstand;* solche sind ihm von der Gestapo Köln angeraten worden:

> Drei Rädelsführerinnen festzunehmen und der Staatspolizeistelle in Köln vorzuführen, zwecks Einweisung in ein KZ, [bei Hartnäckigkeit] Einweisung aller Ostarbeiterinnen in ein Arbeitserziehungslager. [1073]

Zwei Wochen später werden Schünemann und Polizeileutnant Heedt[1074] wieder zu de Haer gerufen. Anlass ist offenbar eine Beschwerde, denn es wird

> festgestellt, dass eine Ostarbeiterin [...] durch den Meister H[...] geschlagen worden war [...] wegen ihres disziplinlosen und aufreizenden Verhaltens am Arbeitsplatz. [1075]

Das geht den deutschen Beamten dann doch »zu weit«, und der Betriebsführer, Dr. Schiedrunn, will dafür sorgen, *dass derartige Tätlichkeiten für die Zukunft unterbleiben*. Mag ja sein, dass die Russinnen, die ansonsten als willig und fleissig geschildert werden, gegenüber Meister H. frech geworden sind; der gute Meister und sicher manche seiner »Volksgenossen« hat nur noch nicht begriffen, was der »Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz«, Gauleiter Sauckel, einmal sagte:

> Verprügelte, halbverhungerte und tote Russen fördern für uns keine Kohlen, sind für die Stahl- und Eisenerzeugung vollständig nutzlos. [1076]

Oder wie es 1943 in einer Denkschrift der saarländischen Metallfabrik Karcher heisst:

> Die Knute bringt uns nicht weiter. Ohne in unangebrachte[!] Weichheit zu verfallen: Der noch hier und da verbreitete Standpunkt, dass die schlechteste Behandlung, die miserabelste Unterkunft und der minderwertigste Frass für die Russen gerade gut genug sind, sabotiert geradezu Ziel und Zweck des sowjetischen Arbeitseinsatzes. [1077]

Verschiedentlich besuchen Russinnen auch Frau Bernauer; sie ist im litauischen Kaunas (russisch: Kowno) geboren und glücklich, mit den Frauen russische Lieder singen zu können[1078]. Diese Zusammenkünfte bedeuten aber für beide Seiten - Frau Bernauer und die Russinnen - ein grosses Risiko: Frau Bernauer ist Jüdin, und den Russinnen sind nach der »Polizeiverordnung betreffend Ostarbeitereinsatz«[1079] solche Kontakte verboten: 150 RM Geldstrafe steht darauf.

»Russische Kriegsgefangene kennzeichnen«

Am 2. Oktober 1942 gibt Schünemann seinen Polizeibeamten folgenden Erlass des Oberkommandos der Wehrmacht vom 20. Juli bekannt[1080]:

> Die sowj[etischen] Kr[iegs]gef[angenen] sind durch eine besonderes und dauerhaftes Merkmal zu kennzeichnen. Das Merkmal besteht in einem nach unten geöffneten spitzen Winkel von etwa 45° und 1 cm Schenkellänge auf der linken Gesässhälfte (/\) etwa Handbreit von der Afterspalte entfernt. Es ist mit Lanzetten [...] auszuführen. Als Farbstoff ist echte chinesische Tusche zu verwenden. Bei der Anbringung ist folgendermassen zu verfahren:
>
> Oberflächliches Ritzen der gespannten Haut mit der mit chinesischen[!] Tusche benetzen[!], vorher ausgeglühten Lanzette. [...]

> Die Kennzeichnung ist keine ärztliche Massnahme. Deutsches Sanitätspersonal darf deshalb [...] nicht beauftragt werden. [...]
>
> Der Arbeitseinsatz darf durch diese Massnahme nicht gestört werden. [...][1081]

Ob dies geschehen ist, ist nicht bekannt. Zu dem weiteren Schicksal sowjetischer Kriegsgefangener vor allem nach 1945 siehe Aitmatov in seinem Buch »Ein Tag länger als das Leben«[1082].

Geschlechtsverkehr verbieten

Jeder Kontakt mit den Ausländern wird von den Nazis natürlich strengstens verboten. In den Augen der fanatischen Pgs. ist es sowieso vom Übel, dass überhaupt Ausländer hereingeholt werden; in ihren biologistischen Wahnvorstellungen glauben sie an eine Verseuchung des arischen Blutes durch die »Fremdvölkischen«, womit besonders die Menschen aus Osteuropa gemeint sind[1083]. In erster Linie werden daher die deutschen Frauen und Mädchen vergattert, sich nicht mit Ausländern einzulassen; den deutschen Männern - egal ob an der Front oder in der Heimat - werden die Schäferstündchen nachgesehen.

Im Dezember 1942 werden »sämtliche Arbeitskräfte aus dem Osten« von der Polizei »über das Verbot des Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen und Mädchen (einschliesslich deutschblütiger Dirnen) - Männern - sowie das Verbot der unsittlichen Annäherung an deutsche Volksgenossen« »amtlich belehrt«[1084]. Bei »Überschreiten des Verbotes« droht die Todesstrafe oder die Einweisung in ein Konzentrationslager. In den Akten der Stadt Troisdorf ist ein zweisprachiges (russisch/deutsch) Formular erhalten, das von russischen Zwangsarbeitern unterschrieben werden musste.

Diese Formular ist offensichtlich von der DAG gedruckt worden, denn der »Abwehrbeauftragte« der DAG, Bo., schickt der Troisdorfer Polizei am 7. Mai 1943 die gewünschten »100 Exemplare der Belehrungsvordrucke«[1085].

An die Front versetzen!

»Unerlaubte Beziehungen zu einer Belgierin« werden im Herbst 1944 einem deutschen Kraftfahrer bei der DAG fast zum Verhängnis. Seine Ehefrau wird bei den Militärbehörden vorstellig und wünscht die Einberufung ihres 52jährigen Ehemannes zur Wehrmacht. Sie hofft, dass sich dadurch ihr Mann von der 22jährigen Belgierin Jeanne F. trennt und »damit eine Wiederherstellung geordneter Familienverhältnisse«[1086]. Zum Glück für den Kraftfahrer bedauert die DAG, den Parteigenossen höchstens dann freigeben zu können, wenn für ihn ein Ersatzmann älteren Jahrganges zur Verfügung gestellt würde[1087], was aber vom Wehrbezirkskommando in Siegburg verneint wird[1088]. So wird dann Jeanne F. nach Halle an der Saale »umgesetzt«[1089]; ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt. 1993 lebt sie in der Nähe von Brüssel.

Französische »Terrorgruppe«

Im Dezember 1944 - die Truppen der Alliierten stehen schon bei Monschau -berichtet der am 14. November eingerichtete Gestapo-Aussenposten Siegburg[1090], bei der DAG seien etwa 90 französische Zivilarbeiter, alle unter 40 Jahre alt, aufgefallen durch Tätowierungen

auf dem Rücken der linken Hand: drei schwarze Punkte in einem gleichschenkeligen Dreieck. Der Verfasser des Berichts, Kriminalobersekretär D., schliesst daraus auf eine »Terrorgruppe«. Eine Vernehmung wird angeordnet, ihr Ergebnis ist nicht bekannt.

Fedja und Tolja im EL-DE-Haus

Aus Troisdorf sind mindestens 5 Russen (4 Männer und 1 Frau) im Keller des berüchtigten EL-DE-Hauses, des Domizils der Gestapo am Appellhofplatz in Köln[1091], gewesen. Zwei Männer, Fedja und Tolja, haben in Zelle 1 mit Bleistift in die Wand geschrieben (auf russisch):

> Hier haben zwei Freunde, Fedja und Tolja, gesessen, die in Troisdorf gearbeitet und keinem was angetan hatten [...][1092]

und an anderer Stelle:

> Hier sind hineingeraten Fedja, Tolja, Pawel, Mischa aus Troisdorf. [1093]

Als Grund für ihre Inhaftierung geben Fedja und Tolja an:

> [Wir] wollten nur heiraten, aber die Heirat platzte endgültig. [1094]

Der Sinn dieses Satzes ist heute unverständlich. Es kann vermutet werden, dass die Russen von den deutschen Betrieben der Gestapo ausgeliefert worden sind; »normale Volksgenossen« hatten tatsächlich nur wenig Kontakt mit Ausländern.

Die DAG meldet 1943 drei »Ostarbeiterinnen«, die im DAG-Lager Oberlar wohnen, der Gestapo Köln:

> [...] den 28. April 1943
>
> Betrifft: Die bei uns beschäftigten Ostarbeiterinnen
>
> TSCHERNOUSOWA Vera, geb. 8. 10. 24,
>
> SKLJAROWA Vera, geb. 18. 9. 24,
>
> HARIGINA Anastasia, geb. 1921,
>
> alle drei wohnhaft im Ostarbeiterlager in Oberlar.
>
> Am 21. 4.43 teilte der Betriebsleiter unseres Zeitzünder-Betriebes, Herr He[...], dem Oberlagerführer, Herrn Mü[...], mit, dass die obengenannten Ostarbeiterinnen nicht zur Arbeit erschienen seien.
>
> Der Oberlagerführer stellte fest, dass dieselben auch nicht in ihrer Baracke (Baracke 16) anwesend waren.
>
> Bis heute sind die drei weder zur Baracke noch zum Betrieb zurückgekommen und bitten wir Sie, von dort aus das weitere veranlassen zu wollen.
>
> Der Staatspolizeistelle Köln ging Copie dieses Schreibens zu.
>
> Heil Hitler!
>
> [...][1095]

Aus anderen Inschriften kann - mit erheblichen Vorbehalten - gefolgert werden, dass Pawel, Fedja und Tolja (Jahrgang 1925) zu Ende des Jahres 1944/Anfang 1945 mehrere Wochen im EL-DE-Haus gefangen gehalten und schliesslich am Galgen[1096] gehängt werden.

Die Düsseldorfer Gestapo-Leitstelle ordnet am 24. und 26. Januar 1945 an, umstürzlerische Ausländer und deutsche Kommunisten *zu vernichten, ohne im formellen Weg vorher beim RSHA Sonderbehandlung zu beantragen*; dies könne *stillschweigend und auch durch Erschiessen erfolgen*.[1097]

Die Bestattungsbücher des Kölner Westfriedhofs in Bocklemünd verzeichnen für das sogenannte Gestapofeld[1098] zwischen August 1944 und Ende Februar 1945 insgesamt 437 anonyme Tote; bei 158 Toten ist ausdrücklich vermerkt: »Appellhofplatz« oder »Gestapo«, allein 49 Tote am 17. Januar 1945. Bei weiteren 141 Toten heisst es nur »Hinrichtung in Köln«, allein 74 am 27. Februar 1945[1099].

DIE »VERNICHTUNG LEBENSUNWERTEN LEBENS« 1933-1945

Unfruchtbarmachung und »Euthanasie«-Programm, 1933-1945

Euthanasie[1100] bedeutete, bevor die Nazis kamen, soviel wie »schöner Tod«, oder »jemandem einen schönen Tod ermöglichen«. Gemeint war damit etwa: Ein Arzt oder jemand vom Pflegepersonal hat einem todkranken oder schwerverletzten Patienten den Todeskampf verkürzt, indem z. B. eine tödliche Spritze gegeben oder Apparate, die den Patienten unnötig lange am Leben hielten, ausgeschaltet wurden. Dies geschah mit der Einwilligung des Patienten, die juristisch natürlich nicht viel wert war, wenn der Patient z. B. nur noch wenige bewusste Phasen hatte; zuweilen wurde das Einverständnis wohl auch angenommen, wenn aus dem Verhalten des Patienten geschlossen werden konnte, dass er starke Schmerzen hatte. Diese Überlegungen, die hier nur kurz angedeutet werden, treffen bei manchen Zeitgenossen auf krasse Ablehnung, sind aber für andere wiederum erwägenswert.

Die tonnenschwere Hypothek, die auf der »Sterbehilfe« lastet, ist aber das, was die Nazis gemacht haben. Alle Denkmodelle, die einem Arzt erlauben, das Patientenleben zu beenden, müssen in den nächsten Generationen an dem scheitern, was die Nazis getan haben: Sie haben vorsätzlich, planmässig, systematisch, pauschal, bürokratisch zehntausende, wenn nicht sogar hunderttausende Kranke ermordet. Wer heute versucht, das Problem der Sterbehilfe mit den Begriffen und Methoden der Logik, der Moral, der Gesetze in den Griff zu bekommen, muss damit rechnen, später als Wegbereiter und nützlicher Idiot einer neuen Mörderclique eingeordnet zu werden.

Weil die Medizin heute mit Medikamenten und Apparaten Verletzte, die früher am Unfallort sofort starben, oder Kranke, die früher schneller ihrer Krankheit zum Opfer fielen, noch lange, teilweise unbegrenzt lange, am Leben halten kann, ist es dringend notwendig, die Voraussetzungen, die Vorboten und die Folgen einer mörderischen Medizin zu kennen.

Nach »Judenvermögen« und »Zwangs-/Fremdarbeiter« ist die »Euthanasie« der dritte Bereich, der bisher in der Geschichtsforschung, besonders auf örtlicher Ebene, nur wenig untersucht worden ist[1101]. Gründe? Offensichtlich sind psychische und/oder körperliche

Krankheiten und Anomalitäten auch heute noch mit einem Tabu belegt. Hinzu kommt auch, dass in allen diesen drei Bereichen auch solche Mitbürger schuldig geworden sind, die man nach 1945 nicht so einfach als Pgs oder SS-Mörder identifizieren und anklagen konnte.

Bis heute sind nur wenige Ärzte und Pfleger, die an Unfruchtbarmachungen und Selektionen beteiligt waren, verurteilt worden; manche sind freigesprochen worden. Die Behauptung von Rückerl, *die Untersuchungen [deutscher Gerichte] auf diesem Gebiet dürfen als abgeschlossen gelten* (1982)[1102], wird vom Verfasser angezweifelt. Arbeiten der letzten Zeit, z. B. Klee, zeigen erst die grossen Wissenslücken und das Nachholbedürfnis in der historischen Forschung.

Und - man höre und staune: Die Menschen, die nach dem »Erbgesundheitsgesetz« (siehe unten) unfruchtbar gemacht worden sind, gehörten zunächst nicht zu dem Personenkreis, der eine Entschädigung von der Bundesrepublik Deutschland erhalten hat; zur »Milderung persönlicher Härten« »gewährt«(!) die Bundesregierung »auf Antrag« einmalige »Zuwendungen« in Höhe von DM 5.000, »wenn die Sterilisation glaubhaft gemacht wird [...].«[1103]

Die grosse Schwierigkeit bei der Erforschung der »Euthanasie« ist die Heimlichkeit, mit der zu werke gegangen wurde und wird. Anders als bei den Juden, die flugs in tausenderlei Listen erfasst werden, behandeln die Nazis diesen Komplex mit erstaunlicher Diskretion. Der sogenannte »Euthanasie-Stopp« vom August 1941 - was auch immer er bewirkt oder verändert haben mag - beweist nur, dass die Tötung Geisteskranker auch für Spitzen-Nazis ein sensibles Thema ist.

Und heute sind die Opfer weitestgehend nur indirekt, mit quasi kriminalistischem Spürsinn, aus den Akten zu identifizieren; die Hürden, die die Behörden aufbauen, wenn man in die alten Akten hineinsehen will, sind schier unüberwindlich - erfreulicherweise unüberwindlich, sagt der datenschutzbewusste Zeitgenosse. Aber ob hinter jeder behördlichen Ablehnung der Datenschutzgedanke steht, darf wohl bezweifelt werden; zu viele haben auch heute noch etwas zu verbergen.

Aus diesen Gründen kann vermutet werden, dass die tatsächliche Zahl der Troisdorfer »Euthanasie«-Opfer grösser ist als die aufgeführten sechs; und nicht von jedem Kranken können alle Daten genannt werden, da sie oft nur zufällig anfielen und erhalten blieben.

Mit ihrem »Euthanasie«-Programm, das ja in Wirklichkeit ein Mordprogramm war, greifen die Nazis nach der schwächsten und wehrlosesten Bevölkerungsgruppe: nach kranken Menschen. Das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (GzVeN) von 1933, das die Kranken zunächst nur zur Unfruchtbarmachung freigibt, zählt die Betroffenen auf: Personen mit

1. angeborenem Schwachsinn
2. Schizophrenie
3. [manisch-depressive Menschen]
4. [erblicher Epilepsie]
5. erblichem Veitstanz
6. erblicher Blindheit
7. erblicher Taubheit
8. schwerer körperlicher Missbildung.

Dazu gerechnet werden Menschen, die schwerem Alkoholismus verfallen sind, und homosexuelle Männer[1104].

Die frühe Verabschiedung - 1933 - lässt aufhorchen und vermuten, dass Hitler auf älteres Gedankengut zurückgegriffen hat. In der Tat: Das Leitbuch der »Euthanasie«-Fanatiker war bereits 1920 erschienen und trug den vielsagenden Titel: »Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Mass und ihre Form«[1105]; bereits 1922 erlebt das nur 62 Seiten starke Buch eine zweite Auflage. Die Verfasser waren die Professoren Karl Binding und Alfred Hoche.

Binding war Reichsgerichtspräsident und Professor der Rechte in Leipzig (1873-1913), Hoche Professor für Psychiatrie an der Universität Freiburg[1106]; beide haben also gewusst, worüber sie geschrieben haben. In Form von Thesen nehmen sie fachbezogen Stellung zu der heiklen Frage der Tötung Kranker und kommen zu folgenden Ergebnissen:

> Unsere deutsche Aufgabe wird es für lange Zeit sein: eine bis zum höchsten gesteigerte Zusammenfassung aller Möglichkeiten, ein Freimachen jeder verfügbaren Leistungsfähigkeit für fördernde Zwecke. Der Erfüllung dieser Aufgabe steht das moderne Bestreben im Wege, möglichst auch die Schwächlinge aller Sorten zu erhalten, allen, auch den zwar nicht geistig toten, aber doch ihrer Organisation nach minderwertigen Elementen Pflege und Schutz angedeihen zu lassen - Bemühungen, die dadurch ihre besondere Tragweite erhalten, dass es bisher nicht möglich gewesen ist, diese Defektmenschen von der Fortpflanzung auszuschliessen. [1107]
>
> Wir werden vielleicht eines Tages zu der Auffassung heranreifen, dass die Beseitigung der geistig völlig Toten kein Verbrechen, keine unmoralische Handlung, keine gefühlsmässige Rohheit, sondern einen erlaubten nützlichen Akt darstellt. [1108]
>
> [Die unheilbar Blödsinnigen] haben weder den Willen zu leben, noch zu sterben[...]. Ihr Leben ist absolut zwecklos, aber sie empfinden es nicht als unerträglich. Für ihre Angehörigen wie für die Gesellschaft bilden sie eine furchtbar schwere Belastung. Ihr Tod reisst nicht die geringste Lücke - ausser vielleicht im Gefühl der Mutter oder der treuen Pflegerin. [...Ich] finde weder vom rechtlichen, noch vom sozialen, noch vom sittlichen, noch vom religiösen Standpunkt aus schlechterdings keinen Grund, die Tötung dieser Menschen, die das furchtbare Gegenbild echter Menschen bilden und fast in jedem Entsetzen wecken, der ihnen begegnet, freizugeben - natürlich nicht an Jedermann![1109]

Ein strebsamer junger Provinzpolitiker schreibt kurz darauf:

> Es ist eine Halbheit, unheilbar [geschlechts-]kranken Menschen die dauernde Möglichkeit einer Verseuchung der übrigen gesunden zu gewähren. Es entspricht dies einer Humanität, die, um dem einen nicht weh zu tun, hundert andere zugrunde gehen lässt. Die Forderung, dass defekten Menschen die Zeugung anderer ebenso defekter Nachkommen unmöglich gemacht wird, ist eine Forderung klarster Vernunft und bedeutet in ihrer planmässigen Durchführung die humanste Tat der Menschheit. Sie wird Millionen von Unglücklichen unverdiente Leiden ersparen, in der Folge aber zu einer steigenden Gesundheit überhaupt führen. [1110]

Man sieht, dass die beiden Gelehrten mit ihren Vokabeln »Defektmenschen«, »geistig tot«, »Ballastexistenzen«, »Menschenhülsen« und mit dem Nützlichkeitsgedanken den Nazis die passende Ideologie geliefert haben. Hoche distanziert sich 1940, nachdem eine Verwandte der »Euthanasie« zum Opfer gefallen war, in einem Gespräch von dem Tun der Nazis[1111].

So gehen dann deutsche Ärzte nach 1933 frisch ans Werk: Sterilisiert wird meist auf Antrag der Anstalt oder des Amtsarztes. Ob alle beteiligten Mediziner in den 30er Jahren, die in der Unfruchtbarmachung etwas Positives - in der Tradition Binding/Hoche - sehen, auch in die Ermordung ihrer Patienten eingewilligt hätten, bleibt natürlich offen.

Die katholische Kirche ist auf jeden Fall gegen die Unfruchtbarmachung. Der Hirtenbrief des Kölner Erzbischofs vom 18. Januar 1934, in dem zu Verhinderung der Sterilisierungsbestrebungen aufgerufen wird, darf zwar von den Kanzeln verlesen, aber nicht in den Zeitungen - auch nicht den konfessionellen Blättern - veröffentlicht werden[1112]. Aber wenn man dem Landrat in Siegburg glaubt, hat das Erbgesundheitsgesetz im Herbst 1935 *bei dem überwiegenden Teile der Bevölkerung [...] grossen Anklang gefunden.*[1113]

Die NS-Propaganda tut ja auch einiges, um die Bevölkerung einzustimmen. In den Schulen rechnen die Kinder (nur einige Beispiele):

> [Aufgabe] 63. Der jährliche Reichszuschuss an die Heilanstalten wird mit 350 000 000 M angegeben, die tatsächlichen Kosten der Pflegeanstalten sind aber das Dreifache dieser Summe. Eine fünfköpfige Familie verbraucht monatlich etwa 120 M. Wievielmal soviel gesunde Volksgenossen könnten um den wirklichen Gesamtbetrag ein Jahr lang erhalten werden gegenüber den 472 000 Erbkranken?[1114]

oder:

> Aufgabe 95: Der Bau einer Irrenanstalt erfordert 6 Millionen RM. Wie viele Siedlungen zu je 15 000 RM hätte man dafür bauen können?[1115]

und:

> Aufgabe 97: Ein Geisteskranker kostet täglich etwa 4 RM, ein Krüppel 5,50 RM, ein Verbrecher 3,50 RM. In vielen Fällen hat ein Beamter täglich nur etwa 4 RM, ein Angestellter kaum 3,50 RM, ein ungelernter Arbeiter noch keine 2 RM auf den Kopf der Familie.
>
> a) Stelle diese Zahlen bildlich dar. -
>
> Nach vorsichtigen Schätzungen sind in Deutschland 300 000 Geisteskranke, Epileptiker usw. in Anstaltspflege;
>
> b) Was kosten diese jährlich bei einem Satz von 4 RM?;
>
> c) Wieviel Ehestandsdarlehen zu je 1 000 RM könnten - unter Verzicht auf spätere Rückzahlung - von diesem Geld jährlich ausgegeben werden?[1116]

Das Erbgesundheitsgericht (EGG) Köln hat von 1933 bis 1945 schätzungsweise 4. 500 Anträge auf Unfruchtbarmachung bearbeitet, im Jahr 1934, dem Jahr mit den meisten Anträgen, allein 735[1117]. Dalicho hat 1971 in seiner medizinischen Dissertation 2. 651 Anträge untersucht[1118]. Davon entfallen:

- 1.409 (=53 %) auf die Ziffer 1 (angeborener Schwachsinn) des »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« (GzVeN),
- 512 (=19 %) auf Ziffer 2 (Schizophrenie),
- 503 (=19 %) auf Ziffer 4 (Epilepsie),
- 68 (=2,5 %) auf Ziffer 9 (schwerer Alkoholismus),
- die anderen Krankheiten sind zahlenmässig noch geringer[1119].

555 Anträge (=21 %) sind abgelehnt worden; der Anteil der Frauen unter den Kranken liegt bei höchstens 50 %.

Aus konkretem Anlass (»Martha« siehe unten) soll hier etwas näher auf die Anträge wegen Schizophrenie eingegangen werden. Die Zahl der Schizophrenen in Deutschland ist von den Nazis auf 280.000 geschätzt worden[1120]. Aber:

> Die mangels wissenschaftlicher empirischer Unterlagen überall noch herrschende grosse Unsicherheit auf klinisch-diagnostischem und erbbiologischem Gebiete sowie die auf einer blossen Wahrscheinlichkeitsprognose ruhende Ungewissheit bei der Vorhersage schizophren belasteter Nachkommen verbieten [auch heute noch] eine zwangsweise Durchführung der Sterilisierung aus eugenischer Indikation. [1121]

Hinzu kommt:

> Eine Früherkennung des Krankheitsbildes [der Schizophrenie] ist nur selten möglich, die Mehrzahl der Kranken hat bereits vor Ausbruch der Krankheit und vor der Sterilisierung Kinder [...]. Die gesetzlichen Zwangsmassnahmen kommen in der Regel zu spät. [1122]

Von den Kölner Schizophrenie-Fällen beurteilt Dalicho einige als »bedenklich« oder »politisch«[1123], Fälle, in denen der Kranke - oder vermutlich Kranke - falsch beurteilt, auf jeden Fall aber unfruchtbar gemacht wurde. Damit war aber der Zweck erreicht:

> Wo Zweifel bestehen, [ob Schizophrenie oder nicht,] ist die Entscheidung den Erbgesundheitsgerichten zu überlassen, auf alle Fälle aber ist vorsorglich [!] der Antrag auf Unfruchtbarmachung zu stellen. [1124]

Nachdem Hunderttausende[1125] Menschen unfruchtbar gemacht worden sind -waren sie alle krank? und was heisst hier »krank«? -, gibt Hitler persönlich das Startzeichen für die zweite Phase, die der Ermordung. Gewiss: Die Unfruchtbarmachung war ein Verbrechen eigener Art, ein »integraler Bestandteil der nationalsozialistischen Geburtenpolitik«[1126]; man sollte auch nicht die Opfer herabwürdigen als »Davongekommene«. Aber: Unfruchtbarmachung war nur der Auftakt, Ausrottung war das Eigentliche, das Gemeinte.

Im Oktober 1939 lässt Hitler schreiben:

> Adolf Hitler Berlin, den 1. September 1939
>
> Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass nach

menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann. [1127]

Wer die Sterbehilfe-Diskussion unbefangen und unbelastet führt und diesen einen Satz nur wörtlich versteht, könnte sogar dagegen wenig einwenden. Er war ja auch für solche Leute geschrieben, die ihn nur so verstehen wollten; vermutlich hat die Verschleierung nirgendwo besser funktioniert als bei der »Euthanasie«. Entstanden war diese Ermächtigung nach zahlreichen Gesprächen zwischen Reichsleiter Philipp Bouhler und Oberleiter Viktor Brack (beide von der Privat-«Kanzlei des Führers«), Dr. Karl Brandt, Hitlers Begleitarzt, und Ministerialrat Dr. Herbert Linden, Reichsinnenministerium. Zur Tarnung der »Aktion« werden gegründet:

- Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden (Reichsausschuss)[1128],
- Gemeinnützige Kranken-Transport-GmbH (Gekrat)[1129],
- Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten (RAG)[1130],
- Zentralverrechnungstelle Heil- und Pflegeanstalten[1131].

Sitz dieser »Behörden« ist eine Villa in der Tiergartenstrasse 4 in Berlin-Charlottenburg; daher wird die Zentrale »T4« genannt, und die Ermordung der Kranken läuft als »Aktion T4«.

1939/1940 werden zunächst zwei Anstalten als Tötungsanstalten bestimmt:

- Schloss Grafeneck (Kreis Münsingen) auf der schwäbischen Alb und
- Zuchthaus Brandenburg bei Berlin.

Kurze Zeit später kommen hinzu:

- Bernburg an der Saale, südwestlich von Berlin,
- Schloss Hartheim, bei Linz, Österreich,
- Sonnenstein, bei Pirna,
- Hadamar, bei Limburg[1132].

Wie kommen die Nazis an das »Menschenmaterial«? Als erstes fordert das Reichsinnenministerium alle Krankenhäuser[1133] und Anstalten auf, die ihnen zugeschickten »Meldebögen 1«[1134] auszufüllen und zurückzuschicken[1135]. Als zweites wird die Zahl der zu Tötenden festgelegt: 65.000 bis 70.000[1136]; sodann verständigt man sich über die Mordmethode: Kohlenmonoxyd (CO)[1137].

Wenn die Meldebögen in Berlin bei »T4« ankommen, entscheiden Gutachter-Ärzte, die von der RAG ausgesucht worden sind[1138], am Schreibtisch über Leben und Tod: Ein »+« für Töten, ein »-« für Weiterleben. »T4« stellt danach die Transportlisten zusammen, die Gekrat holt die Patienten in ihren Bussen[1139] aus den Anstalten ab. Um Spuren zu verwischen, werden viele Patienten durch sogenannte »Zwischenanstalten« geschleust, für unsere Gegend die Anstalt Andernach, Endziel: Hadamar.

In der Tötungsanstalt, z. B. dort in Hadamar[1140], werden die Kranken in einem gefliesten Kellerraum mit CO ermordet, anschliessend verbrannt. Wiederum von »T4« aus - z. T. mit erheblicher Verzögerung - werden die Angehörigen benachrichtigt mit den berüchtigten

»Trostbriefen« - samt und sonders erlogen und der Gipfel an Heuchelei und Zynismus[1141]. Dabei gibt es einige »Pannen«, die die ohnehin misstrauischen Angehörigen aufhorchen lassen: Ein Patient, dessen Blinddarm Jahre zuvor entfernt worden ist, soll an einer Blinddarmvereiterung gestorben sein; Patienten mit - angeblich - Rückenmarkserkrankungen waren kurz zuvor noch bei guter körperlicher Verfassung; sogar noch (!) Lebende werden schon als tot deklariert[1142].

Kritische Reaktionen in der Bevölkerung bleiben - trotz Geheimhaltung, Tarnung und Irreführung - nicht aus, besonders nicht in der Nachbarschaft der Tötungsanstalten. So wird überliefert, dass die Kinder von Hadamar die Gekrat-Omnibusse als »Mordkisten« bezeichneten; sie sagen untereinander: *Du bist nicht recht gescheit, du kommst nach Hadamar in den Backofen!*[1143]Alte Leute sollen sich gegen eine Einlieferung in ein staatliches Krankenhaus gewehrt haben: *Ja in kein staatliches Krankenhaus! Nach den Schwachsinnigen kommen die Alten als unnütze Esser an die Reihe!*[1144] Die ersten Gerüchte aus dem Köln/Bonner Raum werden im Juni 1941 gemeldet:

> dass jetzt in Berlin eine Anstalt errichtet sei, in der die unheilbar Geisteskranken mittels Gas in einer Zelle getötet würden;

in der Eisenbahn

> habe eine Dame erklärt, dass die Geheime Staatspolizei in einer Heilanstalt in Grafenberg/Wttbg.[1145] sämtliche Insassen schmerzlos getötet habe, und dass die dortige Bevölkerung in grosser Aufregung sei. Es habe tagelang gedauert, bis die Leichen im Krematorium alle verbrannt gewesen seien;

unter Kölner Arbeiterfrauen

> erzählte man sich ebenfalls Fälle von Euthanasie, die in Idiotenheimen und Krüppelanstalten vorgekommen seien. So soll man an den Insassen einer solchen Anstalt in Freiburg[1146] neue Kampfgase versucht haben. Hinterher seien dann die Opfer verbrannt worden. Den Angehörigen dieser bedauernswerten Geschöpfe solle sogar Mitteilung davon gemacht worden sein, dass ihnen gegen Entrichtung einer bestimmten Summe die Urne mit der Asche zugesandt würde. [1147]

Und der Bürgermeister von Siegburg berichtet am 22. August 1941 an den Landrat, nachdem die Klöster in Geistingen und St. Augustin von den NS-Behörden geschlossen worden sind, zwar relativ spät, dafür aber zutreffend:

> Es geht das Gerücht in der Bevölkerung um, wonach Nervenkranke, die in Heil- und Pflegeanstalten untergebracht sind, in der letzten Zeit in einer grösseren Anzahl plötzlich sterben und dann sofort einem Krematorium überwiesen würden. Die Benachrichtigung der Angehörigen erfolge erst nach der Verbrennung. [1148]

Unter der breiten Bevölkerung scheint der »Gnadentod« auf einschränkende Zustimmung gestossen zu sein. Die Lageberichte des SD verzeichnen im Januar 1942 anlässlich der Vorführung des Films »Ich klage an«, dass man allgemein der Tendenz des Films zustimme, wenn auch mit der Einschränkung, dass bei dem Arzt (und möglichst auch bei dem Kranken) die letzte Entscheidung liegen solle; strikt gegen den Film sei die katholische Kirche[1149].

Bei den Angehörigen lösen die »Trostbriefe« Resignation oder Verbitterung aus. Drei Beispiele aus Württemberg:

> 1. Verehrte Schwester Oberin!
>
> [...] Wir haben uns das Sterben des armen Kranken einmal anders vorgestellt. So schwer es uns fällt, es bleibt nichts anderes übrig, als dass wir uns in das Unvermeidliche schicken. Wir können nichts anderes tun, als für die lieben Verstorbenen beten. [...]

und:

> 2. Hochwürdige Schwester Oberin!
>
> Habe gestern Euer Schreiben erhalten. Besten Dank. Ich muss Ihnen leider mitteilen, dass unser lb. N[...] in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Hadamar bei Limburg gestorben ist - am 1. Mai [1941 ...]. Ich glaube es ja nicht, was sie schreiben, an was er gestorben ist. Liebe Schwester, Sie können es verstehen, was das für ein Schmerz für mich als Mutter ist. Das ist Ehrung der deutschen Mutter, nein, ich glaube solchen Leuten nichts mehr; Gott der Herr über Leben und Tod möge es ihnen vergelten, denn das ist Mord. [...]

und:

> 3. Ehrwürdige Schwester Oberin!
>
> [...] Am 26. September [1940] bekamen wir von Grafeneck die Mitteilung, dass unser Kind am 24. an Ruhr mit anschliessender Kreislaufschwäche verschieden sei und aus seuchenpolizeilichen Gründen eingeäschert werden musste. [...] Auf eine solche Weise hätte ich mein Kind nicht verlieren wollen. Damit werde ich einfach nicht fertig. Und zu allem hin noch diese falschen Angaben. Aus diesem Grund wollte ich auch lieber auf die Asche verzichten, denn ich hätte es bezweifelt, ob es wohl die von unserem Kind wäre [...]. [1150]

Die christlichen Kirchen, die sich nicht rühren, als die Juden schikaniert und deportiert werden, melden sich jetzt zu Wort, z. B. Bischof Hilfrich[1151] von Limburg, in dessen Diözese Hadamar liegt, und der württembergische Landesbischof Wurm[1152]; am deutlichsten wird aber der Bischof von Münster, Graf Galen, der sogar am 18. Juli 1941 bei der Staatsanwaltschaft Münster Strafanzeige gegen Unbekannt wegen Mordes erstattet[1153]. Weitere Briefe, Aktionen[1154] und hinhaltender Widerstand einiger Anstalten führen dazu, dass im August 1941 die »Aktion T4« von Hitler gestoppt wird - aber auch nur die. Jetzt beginnt das, was man gemeinhin und etwas irreführend die »wilde« Euthanasie nennt[1155]; als ob jetzt alles planlos abgelaufen sei, unkoordiniert und deswegen mit weniger Toten. Doch weit gefehlt:

Von 1940 bis zum August 1941 ermorden die Nazis nach eigenen Angaben über 70.000 Kranke[1156]. Für die Jahre danach, als jeder Arzt und jede Krankenschwester morden durfte, gibt es keine Zahlen.

Die Opfer, 1941-1945

»als geheilt entlassen«: Martha

> Sehr geehrter Herr [...].

[Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen][1157], dass Ihre Gattin, Frau [...] am heutigen Tage unerwartet infolge Angina mit darauffolgender Sepsis verstorben ist. Eine Benachrichtigung über die Erkrankung unterblieb in der Absicht, Sie nicht unnötigerweise zu beunruhigen, da der Krankheitsverlauf zunächst ein ganz normaler war und nach ärztlichem Ermessen zu irgendwelchen Befürchtungen ein Anlass nicht bestand. Der nicht vorauszusehende Eintritt einer Sepsis hat leider unsere Annahme nicht bestätigt.

Die Verlegung in unsere Anstalt erfolgte vor kurzem aus Gründen, die mit der Reichsverteidigung im Zusammenhang stehen.

Nachdem unsere Anstalt nur als Durchgangsanstalt für diejenigen Kranken bestimmt ist, die in Kürze in eine andere Anstalt unserer Gegend verlegt werden sollen, dient der Aufenthalt hier lediglich zur Feststellung von Bazillenträgern, die sich erfahrungsgemäss immer wieder unter derartigen Kranken befinden. Die Ortspolizeibehörde Bernburg-Gröna hat, um den Ausbruch und die Verschleppung übertragbarer Krankheiten zu verhindern, im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen weitgehende Schutzmassnahmen angeordnet und gemäss § 22 der Verordnung zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten die sofortige Einäscherung der Leiche und Desinfektion des Nachlasses verfügt. Eines Einverständnisses seitens der Angehörigen bedurfte es in diesem Falle nicht.

Der in die Anstalt eingebrachte Nachlass der Verstorbenen wird nach erfolgter Desinfektion hier zurückgelegt, weil er in erster Linie als Pfand für die Kostenträger dient; andernfalls steht er den Erbberechtigten zur Verfügung. Diese haben damit aber auch die Verantwortung gegenüber etwaigen Ansprüchen anderer Erbberechtigter zu übernehmen. Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns, Sie darauf hinzuweisen, dass sich eine Beschädigung des Nachlasses durch die Desinfektion infolge Verwendung nachhaltigster Mittel sehr oft nicht vermeiden lässt und vielfach sowohl Versendung wie Herbeiführung eines Entscheids über Zuweisung des Nachlasses mehr Zeit und Kosten verursacht, als der Nachlass wert ist. Wir schlagen Ihnen daher vor, auf denselben zu verzichten, sodass wir ihn im Falle der Beschädigung der NSV. zur Verwendung überlassen würden und im anderen Falle etwaigen bedürftigen Anstaltsinsassen zuweisen können.

Falls Sie die Urne auf einem bestimmten Friedhof beisetzen lassen wollen - die Überführung der Urne erfolgt kostenlos, nicht aber die Beisetzung - bitten wir um Mitteilung und Zusendung einer entsprechenden Einverständniserklärung der betreffenden Friedhofsverwaltung. Sollte uns diese innerhalb von 14 Tagen nicht zugehen, würden wir die anderweitige Beisetzung der Urne veranlassen, wie wir auch annehmen würden, dass Sie auf den Nachlass verzichten, wenn Sie uns innerhalb gleicher Zeit eine Nachricht hierüber nicht zukommen lassen sollten.

Anbei 2 Sterbeurkunden zur gefl. Bedienung.

Heil Hitler!

Molli

Man versetze sich einmal in die Situation des Ehemannes, der diesen Brief[1158] in den Händen hält, der ihn ein-, zwei-, dreimal gelesen hat. Er weiss, was die Ärzte 1934 seiner Frau attestiert haben: Schizophrenie. Und nun dieser Brief: Bestürzung? Erleichterung? Verzweiflung? ein böser Verdacht? Der Ehemann - wir nennen ihn Leo[1159] - ist, als er den Brief bekommt (1941), Soldat. Er nimmt sich Sonderurlaub[1160] und fährt zu der Anstalt, die ihm diesen Brief geschickt hat. »Heil- und Pflegeanstalt Bernburg« war der Absender, sie liegt südlich von Berlin, an der Saale[1161]. Was Leo dort nun gewollt hat, ist nicht mehr zu ermitteln; er dürfte aber auch nur bis ans Tor der Anstalt gekommen sein, keinen Schritt weiter. Man stellt Leo eine Bescheinigung aus, dass er dort gewesen ist[1162], und schickt ihn wieder weg.

Leo ist 1982 gestorben; er hat nach 1945 erfahren, dass seine Frau Martha[1163] ermordet worden ist. Er hat aber nicht mehr erfahren,

- dass seine Reise nach Bernburg auf jeden Fall umsonst gewesen ist,
- dass Martha nicht am 14. August, sondern schon einige Tage vorher vergast wurde,
- dass Martha mit grösster Wahrscheinlichkeit gar nicht in Bernburg, sondern in Hadamar (bei Limburg) ermordet wurde,
- dass die Asche, die ihm grosszügigerweise angeboten wurde, nie die Überreste von Martha, sondern die eines anderen x-beliebigen »Euthanasie«-Opfers gewesen wären.

Schwerer als der Betrug wiegt natürlich die Tatsache der Ermordung, die - das sei vorweg gesagt - bei Martha und den anderen Troisdorfer Kranken aus vielerlei Indizien geschlossen werden muss. Doch von Anfang an:

Wann Leo (Jahrgang 1907) und Martha (Jahrgang 1905) geheiratet haben, ist nicht bekannt. Leo ist KPD-Mitglied und geht sofort nach dem 30. Januar 1933 in den Untergrund. Im März 1933 wird Martha schwanger. Im Herbst wird Leo von den Nazis geschnappt und in das KZ Brauweiler gesteckt. Am 11. Dezember 1933 wird die Tochter Brigitte in Köln geboren, wohin die schwangere Martha umgezogen ist.

Was in den nächsten Wochen geschieht, lässt sich nur vermuten. Offensichtlich verkraftet die junge Mutter die Ungewissheit über das Schicksal ihres Mannes nicht. Am 19. Februar 1934 wird sie zum ersten Mal in die Psychiatrische und Nervenklinik der Universität Köln eingeliefert. Der einweisende Arzt diagnostiziert unsicher: *Unruhe und Erregungszustand, Schizophrenie?*[1164] Er hält in den nächsten Stunden fest:

> Hier in der Klinik war Pat[ientin] äusserst erregt, verwirrt, sprach mit nicht anwesenden Personen, hörte anscheinend auch eine Antwort. War äusserst unruhig, schrie, schlug gegen Türen und Wände, griff die Pflegerinnen an. Nur mit M[orphium]-Scop[olamin] vorübergehend zur Ruhe zu bringen. Sie grimassierte äusserst stark, griff sich in die Haare, nahm keinerlei Nahrungsmittel zu sich. Körperliche Untersuchung und Exploration wegen der grossen Aggressivität der Pat. unmöglich. [1165]

Am folgenden Tag wird Martha in die Provinzial- Heil- und Pflegeanstalt (HPA) Bonn überwiesen »wegen manischen Erregungszustandes«[1166], dort bleibt sie bis zum 8. März;

obwohl Leo am 27. Februar aus der Untersuchungshaft entlassen wird[1167], bleibt Martha in den folgenden Tagen bei ihren Eltern.

Etwa am 16. März kommt sie wieder in ihre Wohnung. Leo sagt später dem Arzt,

> sie habe sich da wohl wieder an alles erinnert, sei wieder krank gewesen. Jetzt klage sie über Summen im Kopf, sei erregbar, könne keinen Widerspruch vertragen, rede sehr viel manchmal ganz unverständliches Zeug; sie sei ganz unberechenbar.[1168]

Am 20. März 1934 wird Martha wieder in Köln eingeliefert, der einweisende Arzt diagnostiziert jetzt: *Paranoia (gemeingefährlich!)* und überweist sie *wegen Sperrung des unruhigen Saales* sofort in die Anstalt Galkhausen (heute: Langenfeld)[1169]; dort hat man Martha im April entlassen.

Am 4. Juni 1934 ist Martha zum dritten Mal in der Kölner Psychiatrie. Diesmal ist sie - laut Krankenakte - gewaltsam dorthin gebracht worden; die Feuerwehrleute, die sie ablieferten, sind *zerkratzt, zerbissen, voll Blut;* und weiter: *Keine Angehörigen dabei, keine zu sprechen. Mann soll von dem Erregungszustand zu mitgenommen sein.*[1170] Martha wird sofort in die HPA Bonn gebracht.

Am 8. August 1934 beantragt der stellvertretende Direktor der HPA Bonn, Dr. G., beim Erbgesundheitsgericht Köln die Unfruchtbarmachung Marthas; Diagnose: Schizophrenie[1171]. Das für das Erbgesundheitsverfahren vorgeschriebene ärztliche Gutachten (»Anlage 5«[1172]) erstellt Dr. Le., damals 35 Jahre alt, von 1955 bis 1964 Leiter der Bonner Anstalt[1173]. Er schreibt in dem Abschnitt: »Psychischer Befund«:

> [Martha] zeigt hier seit der Aufnahme einen hochgradigen psychomotorischen Erregungszustand; ist kaum fixierbar, erhöht ablenkbar durch akustische und optische Reize, an alles sofort anknüpfend, aber nicht haftend.
>
> Hochgradige Inkohaerenz im Gedankenablauf bis zur vollkommenen Sprachverwirrtheit. - Zeigt einen erheblich gesteigerten Rededrang ebenso wie einen gesteigerten Drang zu motorischen Entladungen.
>
> Ihre Spontanreden werden mit übertriebenem Affekt vorgebracht, wobei der Affekt häufig inadäquat wirkt.
>
> Die Gestik, mit der sie ihre Reden begleitet, ist übertrieben, eckig, ausfahrend, masslos. Häufiges Grimassieren. - Beim Explorationsversuch fortgesetztes Vorbeireden, häufige Verbigeration und Iteration.
>
> Die einzelnen Phasen der Stimmung wechseln übergangslos. -Sinnestäuschungen sind nicht sicher feststellbar.
>
> Diagnose: Schizophrenie. Hochgradiger psychomotorischer Erregungszustand.

Am 28. September 1934 findet die (nicht-öffentliche) Verhandlung vor dem Erbgesundheitsgericht in Köln statt. Die seelische Verfassung von Martha und Leo beschreibt er 1949 so:

> [...] Vor der Verhandlungstür [...] wurde mir sowie meiner Frau von Dr. Le[...] (Abt[eilungs]Arzt der Anstalt Bonn) erklärt, dass wir überhaupt keine Aussagen

machen dürften, da meine Frau sonst sofort wieder zur Heil- und Pflegeanstalt Bonn zurückgeführt würde. [1174]

Das Erbgesundheitsgericht, besetzt mit dem Amtsgerichtsrat Sch. als Vorsitzendem, dem Medizinalrat Dr. E. und dem Professor P., beschliesst erwartungsgemäss:

> [Martha] leidet an Schizophrenie, sie ist somit erbkrank und [...] unfruchtbar zu machen. [1175]

In seiner Begründung folgt das Gericht dem Gutachten, setzt sogar noch hinzu: *Eine Wochenbettpsychose kommt nicht in Frage, weil seit der Entbindung (11. 12. 33) infolge der seitdem verflossenen Zeit kein Zusammenhang mehr besteht.* Martha und Leo verzichten schriftlich auf eine Beschwerde gegen den Gerichtsbeschluss[1176], Martha darf nach Hause gehen[1177].

Am 2. Oktober 1934 wird Martha in der Frauenklinik der Universität Köln von Professor K. »unfruchtbar gemacht«; sein Bericht auf »Vordruck 6«:

> [Martha] ist am 2. 10. 34 von mir unfruchtbar gemacht worden.
>
> Art der Unfruchtbarmachung:
>
> Bei dem Eingriff wurden die [...] Eileiter beiderseits vom Leistenkanal aus unwegsam gemacht. Die Operation verlief regelrecht. Die Wunde heilte in 8 Tagen ohne Nebenerscheinungen. Die Operierte wurde am 11. 10. 34 als geheilt entlassen.[1178]

Als Martha 1938 erneut erkrankt, wird sie am 13. August in die Bonner Anstalt eingeliefert, wo sie bis zu ihrer letzten Verlegung am 10. Juni 1941 bleibt[1179]. Leo, der in den 30er Jahren beim Autobahnbau unterkommt, wird 1940 zur Wehrmacht eingezogen[1180]. In den drei Jahren in Bonn wird Martha mit Sicherheit keine Therapie zuteil, im Gegenteil: ab 1940 wird sie für den »Meldebogen 1« beobachtet, der vom Reichsinnenministerium an alle Anstalten und Krankenhäuser verschickt worden ist[1181]. Marthas Meldebogen und ihre Krankenakte existieren nicht mehr, vermutlich sind sie mit der Leiche in Hadamar verbrannt worden.

Am 10. Juni 1941 trägt jemand in Marthas Bonner Karteikarte unter Abgang ein: »Andernach Heil u. Pflegeanst.«. Das ist das letzte gesicherte, wenn auch indirekte, Lebenszeichen von Martha, der Trostbrief aus Bernburg ist eine Täuschung. 1973 hält die Staatsanwaltschaft Bonn fest:

> [...]
>
> cc) ein Transport von 55 Patienten, die am 10. 6. 1941 der Anstalt in Andernach überstellt wurden,
>
> [...]
>
> Die [oben] genannten Geisteskranken nichtjüdischer Abstammung sind teilweise bereits am Tag ihrer Ankunft, teilweise - möglicherweise nach einer in der »Zwischenanstalt« vorgesehenen Nachuntersuchung - mit späteren Transporten [...] in die Anstalt Hadamar verbracht worden. Wenngleich dies nicht bei allen Personen urkundlich nachgewiesen werden kann, ist dennoch davon auszugehen, dass jedenfalls die Mehrzahl der [oben] aufgeführten Patienten in Hadamar in der oben [...] geschilderten Weise getötet worden sind. [1182]

In einem Festvortrag, den Dieckhöfer 1982 gehalten hat[1183], hat er das Problem, exakte Zahlen von ermordeten Bonner Patienten zu ermitteln, dazu benutzt, um irgendwelche nicht belegten hohen Zahlen (184 und 150 Patienten) anzuzweifeln, aber ohne eine eigene Begründung für seine niedrigeren Zahlen zu liefern. Durch seinen ganzen Artikel zieht die deutliche Tendenz, die Bonner Anstaltsleitung, die Professoren Pohlisch[1184] und Panse, reinzuwaschen. Deswegen ist seine Arbeit für die Forschung wenig brauchbar.

Ein Bonner Facharzt für Psychiatrie und Neurologie - in den 30er Jahren selbst Arzt in der HPA Bonn - bestätigt 1953 die Diagnose der Schizophrenie und schreibt dann:

> Es besteht [...] nicht der geringste Zweifel daran, dass die Ehefrau [...] nach der damals herrschenden Euthanasie ermordet worden ist. [1185]

Dass die oben wiedergegebene Todesnachricht aus Bernburg gekommen ist, muss nicht weiter stören: Nach Angaben ehemaliger T4-Mitarbeiter wurden die Sterbeakten und die Aschen reihum durch Deutschland verteilt, um eine auffällige Häufung von Todesfällen zu vertuschen[1186]. Zudem gehörte das Rheinland weder zum direkten Einzugsgebiet noch zum Kreis der »Zwischenanstalten« von Bernburg[1187].

»Ihr Sohn hat keine Beschwerden«: Oskar

Oskar ist *ruhig, stumpfsinnig, macht seine Angaben abgehackt und mit läppischer Euphorie. Macht den Eindruck eines schwer Schwachsinnigen [...].* So schreibt es der aufnehmende Arzt in den »Fragebogen zur ärztlichen Untersuchung des Gemütszustandes«[1188] von Oskar, als dieser und sein Bruder ihm am 21. Mai 1937 in den Räumen der Heil-und Pflegeanstalt Bonn gegenübersitzen. Der 43jährige Oskar ist nicht freiwillig von Troisdorf nach Bonn gekommen: Ein Unterbringungsbefehl der Strafkammer des Landgerichts Bonn vom 22. Februar 1937 hat *gemäss § 126 a Abs. 1 StrPO die einstweilige Unterbringung in eine Heil- und Pflegeanstalt angeordnet,* die *mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit erforderlich sei*[1189].

Was hat Oskar verbrochen? Ihm wird vorgeworfen, mit Kindern unzüchtige Handlungen vorgenommen und mit einem anderen Mann Unzucht getrieben zu haben, und zwar im Zustand der Unzurechnungsfähigkeit[1190]. In den folgenden Wochen in der Bonner Anstalt wird Oskar offenbar nicht ärztlich oder pflegerisch betreut, wenn man von zwei Liquoruntersuchungen[1191] zum Preis von zusammen 11,70 RM absieht, deren Notwendigkeit vom Landgericht zunächst auch noch bezweifelt wird[1192].

Oskars Mutter erkundigt sich acht Tage nach seiner Einlieferung in die Anstalt, wann die Besuchsstunden sind; *auch das Befinden meines Sohnes möchten Sie mir bitte mitteilen*[1193]. Der Assistenzarzt Dr. W. antwortet ihr:

> Ihr Sohn fühlt sich wohl, hat keine Beschwerden. Sie können ihn zu den festgesetzten Zeiten hier besuchen[...]. [1194]

Bald darauf wird gegen Oskar ein Verfahren wegen Unfruchtbarmachung vor dem Erbgesundheitsgericht Bonn eröffnet[1195]. Den Antrag hat die Anstalt gestellt[1196]. Die Mutter Oskars - der Vater ist bereits 1930 gestorben - wird aber erst im September von dem Vorhaben unterrichtet; sie antwortet am 20. September:

> Ihr Schreiben habe ich erhalten und teile Ihnen mit, dass ich mit allem einverstanden bin. Als Mutter will ich für meinen Sohn O[skar] nur das Beste. Teilen

Sie mir bitte mit, wann und wo ich meinen Sohn nach der Unfruchtbarmachung besuchen kann. [1197]

Am 23. September 1937 beschliesst das Erbgesundheitsgericht Bonn, besetzt mit einem Juristen und zwei Ärzten, die Unfruchtbarmachung, denn *es liegt bei ihm hochgradiger Schwachsinn - Imbezillität - vor; das festgestellte Leiden [ist] auf die Nachkommenschaft leicht vererblich.*[1198] Eine Woche später wird Oskar von der Polizei nach Düren in die dortige Heil- und Pflegeanstalt gebracht. Am 20. November 1937 ist er in Düren unfruchtbar gemacht worden[1199].

Der nächste - erhaltene - Hinweis auf Oskar ist eine Eintragung im Geburtenbuch seines Geburtsstandesamtes: *Gestorben 20. 8.41, Standesamt Hadamar-Mönchberg Nr. 158*[1200]. Dass Oskar in Hadamar ermordet wurde: Davon *kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit [...] ausgegangen werden.*[1201]

Kurt und Herbert

Kurt ist der ältere von zwei Brüdern, die beide in der Gaskammer von Hadamar verschwinden. Bis zu seinem 17. Lebensjahr wohnt Kurt bei seiner Familie in der Poststrasse 47[1202]. Später vermerkt ein Beamter des Meldeamtes: »in der Irrenanstalt«. Was zu der Einweisung geführt hat, ist nicht bekannt. Am 10. September 1917 kommt Kurt in das St. Josefshaus in Waldbreitbach, ein Heim, das von Franziskaner-Brüdern geleitet wird, die sich die Pflege männlicher Schwachsinniger und die Erziehung verlassener und geistesschwacher Jungen zur Aufgabe gemacht haben[1203]. Diese Vereinigung gerät im April 1935 in die öffentliche Kritik. Eine ganze Reihe von Brüdern wird wegen Homosexualität verurteilt[1204]. Das Heim meldet 1937 Konkurs an.

Am 23. Oktober 1936 wird Kurt aus Waldbreitbach in die staatliche Provinzial-Anstalt nach Herborn verlegt[1205]: Kein Einzelfall. In diesem Jahr beginnen die Nazis, den konfessionellen, d.h. privaten, Heimen die Patienten wegzunehmen und in den staatlichen quasi zu konzentrieren[1206]. Man kann aber nicht so recht an eine Aktion glauben, die von langer Hand vorbereitet worden ist, nämlich die konfessionellen Häuser mittels solcher Sittlichkeitsprozesse auszuhebeln, um an die Patienten heranzukommen.

Angeblich am 17. Februar 1941[1207] stirbt Kurt. Sein Tod ist beurkundet vom Standesamt Hadamar-Mönchberg unter der Nummer 96/1941[1208]. Kurts Leiche wird verbrannt; die Urne mit seinen sterblichen Überresten landet auf dem Kölner Westfriedhof und wird im Urnenreihengrab (UR) Nr. 643 beigesetzt. Die Stelle ist heute nicht mehr exakt zu bestimmen[1209].

Herbert, den sechs Jahre jüngeren Bruder, ereilt das gleiche Schicksal: Er kommt am 11. Oktober 1920 nach Waldbreitbach[1210], wird mit Kurt nach Herborn verlegt[1211] und stirbt angeblich am 19. Februar 1941[1212]. Seine Urne (UR 644) wird neben der seines Bruders am 28. März 1941 beigesetzt[1213]. Sein Todesvermerk im Geburtenbuch des Troisdorfer Standesamtes lautet: *Nr. 50/1941 Standesamt Hadamar*[1214]. Offensichtlich war der Troisdorfer Standesbeamte 1941 ahnungslos und hat deswegen den zu erwartenden Zusatz *Mönchberg* weggelassen, weil er ihn für unbedeutend hielt - oder wollte er schon damals Spuren verwischen?

Gisela

In Hadamar wird ebenfalls ermordet Gisela, geboren 1884 und Mutter von fünf Kindern und zuletzt wohnhaft in der Nordstrasse. Das angebliche Todesdatum ist der 30. Juni 1941[1215].

Gisela war schon 1926 nach Bonn gekommen, und wird 1933 nach Bedburg-Hau verlegt. Weiter ist nichts bekannt.

Änne

Änne stirbt am 28. Juli 1944, morgens um 5 Uhr[1216], in Meseritz-Obrawalde (heute: Miedzyrzecz), einer Anstalt in Pommern. Es ist ein plötzlicher Tod: Änne, die sieben Jahre in der Bonner Anstalt gelebt hat, stirbt in Meseritz-Obrawalde nach drei Wochen. Änne ist 1888 geboren und hat sieben Kinder, von denen zwei 1918 und 1936 sterben; 1986 leben noch eine Tochter und ein Sohn. Die Kinder haben bis zuletzt die Kosten von 35 RM monatlich getragen, Änne war sogenannte »Selbstzahlerin«, d.h. sie fiel dem Staat oder staatlichen Einrichtungen nicht zur Last: Im Gegenteil, sie dürfte noch Geld eingebracht haben. Deswegen ist sie auch nicht 1941 wie die anderen vergast worden, deswegen wird sie bis 1944 aufgespart.

Nach Angaben einer deutschen Schwester sind in Meseritz insgesamt rund 18.000 Menschen ermordet worden[1217], auf (fast) jede erdenkliche Art, zumeist aber durch die Verabreichung von Medikamenten wie »Veronal« (5 gr.), »Morphium-Scopolamin«, oder durch Injektionen mit Luft[1218]; eine ungewisse Zahl liess das Personal schlicht verhungern.

Stanislawa

Die Polin Stanislawa[1219](Jahrgang 1915) überlebt die Nazizeit in Deutschland. Am 10. Januar 1944 war sie aus Warthbrücken nach Deutschland gekommen[1220], bis zum 1. April 1944 wohnte sie im »DAG-Lager Oberlar«, das waren die Baracken an der Mülheimerstrasse. Dann begann sie als »Fabrikarbeiterin« bei der Firma de Haer; sie wohnte im Saal Klein. Bürgermeister Schünemann vermerkt am 19. Dezember 1944: Stanislawa *ist in die Heil= u. Pflegeanstalt Galkhausen. Ausländeramt benachrichtigt.*[1221]

Sollte Stanislawa, Mutter eines Kindes, der berüchtigten Aktion 14 f 13 zum Opfer fallen? Ausländer, insbesondere Ostarbeiter, die auffallen, werden entweder in KZs gesteckt oder in Krankenanstalten. Ein Beispiel:

> Es geht [in der Anstalt Wiesloch bei Heidelberg] um eine 17jährige Polin, die drei Wochen vor ihrer Einweisung mit ihrer Schwester zusammen verschleppt worden war und bei einem Bauern arbeitete. Als das Mädchen auch noch vom Tod ihrer Mutter erfährt, reagiert sie mit einer Art Starrkrampf. Ein Wieslocher Medizinalrat nennt dies eine hysterische und abnorme Reaktion, »die hart an glatte Simulation grenzt«. Als Motiv diagnostiziert er »fressende Wut über die ihr zudiktierte Zwangsarbeit«. Unter der Rubrik »körperlicher Befund» notiert er: »aufrührerisches, freches Gesicht. Tadellose Bezahnung«. [1222]

Stanislawa verlässt am 1. Mai 1945 Galkhausen.

»Heimpflege Sieglar«

Was 1941 bis 1945 im St. Josephs-Kloster in Sieglar, das von Cellitinnen geführt wurde[1223], passiert, ist undurchsichtig.

Das Heim in Sieglar ist im dortigen St. Josefskrankenhaus untergebracht. Sieglar hat eine Abteilung für körperlich Kranke: 35 Betten, eine Station für Invalide: 30 Betten und das Heim: 19 Betten.

Sieglar hat eine kleine Landwirtschaft, 5 Morgen Land, 9 Schweine, 25 Hühner. Als gesunde Hilfskräfte sind vorhanden: 1 halbinvalider Knecht, 2 Mädchen auf der Krankenabteilung und 1 Mädchen auf der Invalidenstation. Ein Teil der Pfleglinge ist zur Aufrechterhaltung des hauswirtschaftlichen Betriebes unentbehrlich. [1224]

- Fest steht, dass Sieglar (wie das Heim des St. Josefsklosters in Dattenfeld, das Heim des St. Josefskrankenhauses in Much und das Elisabethheim in Niederkassel) der HPA Bonn *angegliedert [ist] und von hier aus ärztlich betreut* wird[1225];
- fest steht, dass die HPA Bonn dem Regierungspräsidenten 1943 die Hälfte der 19 Sieglarer Patienten angeboten hat: *10 Heimpfleglinge könnten abgegeben werden*. Wohin? Wozu? Die »überflüssigen« Kranken, die nun auch zu gar nichts mehr taugen, aber nicht die, die »zur Aufrechterhaltung des hauswirtschaftlichen Betriebes unentbehrlich« sind, sollen »abgegeben« werden. Mit etwas Phantasie kann man sich vorstellen, dass »abgeben« soviel wie »ermorden« bedeutet;
- fest stehen mehrere Tode, was aber in einem Zeitraum von drei bis vier Jahren nichts Ungewöhnliches ist:

Vorname	Geburtsdatum	Todesdatum	Todesursache
Alexander	1856	07.02.44	?
Anna	1854	20.03.42	Herzschwäche
Anton	ca. 1881	17.03.44	Herz-und Kreislaufschwäche
Josef	ca. 1887	30.04.44	?
Ludmilla	26.12.1869	15.03.41	Grippe und Lungenentzündung[1226]/ Herzschwäche und Pneumonie[1227]
Margarete	ca. 1885	11.11.43	Herzschwäche

Ludmilla ist 1933 - also im Alter von 63 Jahren - in hilflosem Zustand in Oberkassel bei Bonn aufgefunden worden[1228] und wird in die HPA Bonn eingeliefert. Dort ist sie - gelinde gesagt - sehr verwirrt, desorientiert:

> [...] Stimmung meist euphorisch, ideenflüchtig, stumpf. Der Affekt ist flach, zeitweise leichte Beschäftigungsunruhe: Macht sich dauernd am Bett zu schaffen.
>
> Diagnose: Presbyophrenie[1229]
>
> [...]

In den folgenden Monaten schreiben die Pfleger ins Krankenblatt u. a. : »ruhig«, »kann sich leicht der Ordnung fügen«, »läuft planlos herum«, »still«, »fluchtverdächtig«, »oft schläfrig«, im Herbst 1936: »drängt fort«, und 8. 12.36: »nach Sieglar überführt«. Dort fällt dem Personal auf, dass Ludmilla keinen Widerspruch verträgt und sehr gern mit Scheren alles

mögliche zerschneidet. Eine Behandlung - wie auch immer - wird ihr nicht zuteil, jedenfalls findet sich keine Eintragung im Krankenblatt. Mit dem Datum »14. 3.41« - die Euthanasie läuft auf Hochtouren - trägt jemand in das Krankenblatt nach:

> Seit 14 Tagen an Lungenentzündung erkrankt, sehr hinfällig u[nd] pflegebedürftig.

Und Dr. We., der Arzt der HPA Bonn, trägt unter dem 15. März 1941 ein:

> Exitus Herzschwäche bei Pneumonie Dr. We[...][1230]

Mit anderen Worten: Die Lungenentzündung hat zu einem Herzversagen geführt, bei einer 71jährigen Frau sicher keine ungewöhnliche Todesursache. Verwunderlich ist aber - zumindest für einen Laien - die drastische Gewichtszunahme: 1933, bei der Einlieferung in Bonn, wiegt Ludmilla (165 cm) 70 kg, im Januar 1937 (Sieglar) 82, im Dezember 1939 91 kg[1231]. Das ist für eine Frau von 165 cm Körpergrösse ein starkes und schädliches Übergewicht. War das gewollt oder einkalkuliert?

Und Herzschwäche! und Pneumonie! Allerweltsdiagnose, egal, ob tatsächlich eine Lungenentzündung vorlag, die aber bewusst herbeigeführt worden war[1232] - oder aber ein Mord à la Meseritz-Obrawalde.

Es bleibt vieles Spekulation, Verdacht, Möglichkeit. Vielleicht ist Ludmilla tatsächlich eines natürlichen Todes gestorben - ohne »Fremdeinwirkung«. Sie war ja immerhin schon 71 Jahre alt, die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten war 1941 allgemein schlecht. Es bleibt ein böser Verdacht - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Pfarrei St. Johannes, Sieglar, Trägerin des Krankenhauses, hat ausser dem Aufnahmebuch keinerlei Unterlagen mehr[1233]. Klarheit werden vielleicht Untersuchungen anderer Aussenstellen - z. B. Dattenfeld[1234], St. Josefskrankenhaus in Much, Elisabethhaus in Niederkassel - bringen.

TODESURTEIL IN RUSSLAND 1943

»Er wollte einfach nicht mithalten.«

An einem kalten, dunklen Novembermorgen des Jahres 1943 stirbt ein junger Mann aus Troisdorf unter den Kugeln eines Erschiessungskommandos. In der Nähe von Mogilew, einer russischen Stadt am Dnjepr, wird am 28. November 1943, um 7.26 Uhr der Tod des gerade 23jährigen Willi[1235] festgestellt: Schlusspunkt unter eines jener zahllosen Terrorurteile der NS-Militärjustiz, wie sie seit der Auseinandersetzung um den früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger ins Gerede gekommen sind.

Was war geschehen?[1236] Willi, 1920 in Sieglar geboren und in offenbar gesicherten familiären Verhältnissen aufgewachsen, wird am 4. Oktober 1940 zur Wehrmacht eingezogen, und zwar zur Artillerie. Bis Mai 1941 ist er an der Kanalküste eingesetzt, danach kommt er an die Ostfront; dort wird Willi dreimal ausgezeichnet:

- das Eiserne Kreuz II. Klasse, am 8. 9.41,
- das Verwundetenabzeichen in schwarz, 24. 9.41,

- die Ostmedaille, 21. 7.42.

Zu diesem Zeitpunkt ist Willi aber schon aufgefallen: Er hat Feldpostpäckchen an Kameraden unterschlagen. Die ersten Urteile fallen, Willi wird zu einer »Feldstrafgefangenenabteilung« versetzt. Dort verweigert er wiederholt den Gehorsam. In der Urteilsbegründung des Feldkriegsgerichts fallen jetzt folgende Worte:

- Er wollte einfach nicht mithalten.
- ungenügende Disziplin und soldatische Haltung,
- hinterhältig, ungefestigt, grosser Gauner.

Am 12. November 1943, mittags kurz nach 12 Uhr, schleicht sich Willi von seiner Einsatzstelle, in einem Wald bei Repolowo auf dem östlichen Ufer des Dnjepr, davon. Ein Suchkommando findet ihn am übernächsten Morgen gegen 6 Uhr schlafend in einer »Beuna«[1237] in Augustowo. Bei der Verhandlung vor dem Feldkriegsgericht kommt heraus, dass Willi einem Kameraden ein paar Tage vorher erzählt hat, ein russisches Mädchen namens Katja könne ihm Zivilkleider beschaffen.

Das Militärgericht hält sich nicht lange bei mildernden Umständen auf, sondern entscheidet am 18. November:

> Zur Aufrechterhaltung der Manneszucht ist es also erforderlich, mit der strengsten im Gesetz [d. i § 70, Absatz 2 des MStGB] vorgesehenen Strafe einzuschreiten.

Die Richter - ein Kriegsgerichtsrat, ein Hauptmann und ein Gefreiter -verurteilen Willi *wegen Fahnenflucht zum Tode und zum Verlust der Wehrwürdigkeit*. Ob ein Gnadengesuch gestellt oder abgelehnt worden ist, ist nicht überliefert. Die Angehörigen werden im Januar 1944 vom Tode des Willi benachrichtigt.

Dass überhaupt Unterlagen vorhanden sind, ist der Tatsache zuzuschreiben, dass Willi seit dem 9. November 1938 Mitglied der Troisdorfer SA war. Die SA-Standarte 160 in Bonn fragt am 15. Mai 1944 beim SA-Sturm 13 in Troisdorf[1238] an, ob dort etwas bekannt sei über die Vollstreckung des Todesurteils; denn das SA-Gericht der SA-Gruppe Niederrhein beabsichtige doch tatsächlich, den toten Willi noch nachträglich aus der SA auszuschliessen. In Bonn ist das Ansinnen der SA-Richter auf einiges Befremden gestossen: Einen Toten könne man ja wohl schlecht aus der SA hinauswerfen, hat der Bonner Sturmbannführer an die SA geschrieben. Doch da hat er seine SA-Kollegen aber falsch eingeschätzt: Er bekommt zur Antwort, seine Auffassung sei *unverständlich und befremdet ausserordentlich;* es sei selbstverständlich, dass sich die SA *von solchen Elementen absetzt*. So beschliesst das SA-Gericht, besetzt mit drei SA-Führern, am 3. Oktober 1944 (fast ein Jahr nach der Erschiessung, Aachen wird gerade von den alliierten Truppen eingeschlossen):

> Der Beschuldigte wird aus der SA ausgeschlossen. Der Dienstgrad wird ihm aberkannt.

Urteilsabschrift und Begründung mit dem Briefwechsel des Jahres 1944 wandern in die Akten der Partei und bleiben somit erhalten.

Ob Willi überhaupt wegen Fahnenflucht verurteilt werden musste, darf bezweifelt werden. Sein Verhalten hätte auch als unerlaubtes Entfernen von der Truppe geahndet werden können, da er weitere Schritte - z. B. Umtauschen der Uniform gegen zivile Kleider - noch nicht unternommen hatte.

Aber auch Fahnenflucht musste nicht in jedem Fall zum Todesurteil führen: Das Feldkriegsgericht, das über den Matrosen Walter Gröger zu richten hatte, verurteilte ihn in der ersten Instanz »nur« zu acht Jahren Zuchthaus[1239], obwohl - wie das Gericht selbst in der Urteilsbegründung feststellte - den Angeklagten »seine erhebliche disziplinarische Vorbestrafung belastet«[1240]. Zu gute gehalten wurde dem Angeklagten Gröger auch, dass er das EK II erworben hatte; das Gericht war der Meinung, dass Gröger - trotz aller Disziplinverstösse - *nicht nur sich tapfer gezeigt, sondern sich auch [in der Zwischenzeit] gut geführt hat*.

Diese Diskrepanz in Strafmass und Urteilsbegründung lässt es zulässig erscheinen, im Falle von Willi von einem Terror-Urteil zu sprechen. In den US-Streitkräften wurde im 2. Weltkrieg 1 (ein) Soldat wegen Fahnenflucht hingerichtet[1241].

WIDERSTAND 1933-1945

Was Widerstand gegen die Nazis gewesen ist, steht nirgendwo verbindlich festgelegt und definiert: Zu vielfältig ist das Spektrum des Nicht-Mitmachens, des Sich-Verweigerns, des Dem-Regime-Schadens. Die Resultate, an Hand deren man nach 1945 Erfolge nachweisen will, sind unterschiedlich konkret, der Widerstandswille unterschiedlich stark ausgeprägt. Wer daheim im stillen Kämmerlein auf die Nazis flucht, mag sich schon als Widerstandskämpfer fühlen, genauso wie Frau D. aus der Hippolytusstrasse, die gefährdete Ausländer versteckt haben soll, oder der, der durch Bombenanschläge den Nazi-Apparat empfindlich trifft.

Im April 1933 zögerte der Gemeindesekretär Johann Müller, in die NSADP einzutreten, tat es dann aber doch[1242]. In den katholischen Kreisen Troisdorfs – und katholisch waren ja die meisten – differenzierte man schon: Dat es ene Nazi. und schlimmer: Dat es ene schwere Nazi. Von anderen hiess es: Dat es evver keene Nazi, dä moss jo. Von der anderen Seite der Skala hiess es: Dat es ene Jechner [=Gegner] oder noch positiver: Dä wor at emme ene Jechner.

Einer der unerschrockenen Nazi-Gegner war der Friseur Manz. Von ihm ist überliefert, dass er vor seiner Kundschaft erzählte:

Hanns se mich jefroch, ov ich net en de Partei jingk [=ginge]. Hann ich jesaht: Ich bin em Jadeverein [=Kleingartenverein], un dat es mir jenoch.

Für den Historiker bedeutet das, dass der »heimliche« Widerstand, für den es keine Belege oder Zeugen, sondern nur die Aussage eines einzelnen gibt, nie in voller Breite erkundet und dokumentiert werden kann. Nach 40 Jahren muss die Aussage, man habe Widerstand geleistet, unter Umständen zurückgeschraubt werden auf eine Anpassung an das heute Nützliche.

Gibt es Widerstand in Troisdorf? Fragen wir, woher den Nazis Widerstand erwachsen soll, so ist bei »dem« Bürgertum zunächst Fehlanzeige zu erstatten. Als Beleg möge folgender privater Brief vom Dezember 1933 gelten:

> [...] Das laufende Jahr hat für unser Vaterland eine völlige Umgestaltung gebracht. Ich hatte Euch damals geschrieben, dass wir nahe am Bürgerkrieg standen. Nur durch die Machtübernahme unseres Führers Adolf Hitler sind wir von dem furchtbaren Chaos verschont geblieben. Die politischen Parteien sind aufgelöst. Alle Personen, die sich durch ihre Parteitätigkeit strafbar fühlten, sind soweit sie noch konnten, ins Ausland geflüchtet. Bezeichnend ist, dass bei den staatsfeindlichen Parteien die Juden die Führung hatten und jetzt im Auslande noch weiter gegen Deutschland arbeiten. Die Umgestaltung verlief gegenüber der Revolution von 1918 sehr ruhig. Die weitere Entwicklung brachte ein geeintes Volk im deutschen Vaterlande, eine straffe Führung, die bei der letzten Wahl[1243] das Vertrauen des Volkes fast einstimmig erhalten hat. Bis heute ist die Erwerbslosenzahl fast bis zur Hälfte gesunken. Neuer Lebensmut und Freude ist bei der Bevölkerung wieder eingekehrt [...][1244]

Komme niemand mit Briefzensur! Es gibt sie 1933 für Bürgerliche nicht. Aber wenn sie geglaubt haben, es gebe sie, und sich verstellten? Die unbegründete Angst ist ja auch ein ernst zu nehmender Faktor. Nein, es ist nicht zu entschuldigen: Wer seine Ablehnung ausdrücken will, tut es nicht (normalerweise nicht) durch uneingeschränktes Lob, er schreibt zwischen den Zeilen und höflich distanziert. ES WAR INNERE ZUSTIMMUNG.

Die Ablehnung und Distanz gegenüber dem »System von Weimar« ist zu gross; die Abscheu vor Hitler zu schwach; das demokratische Bewusstsein zu unterentwickelt - als dass im Februar/März 1933 ein Aufstand durch die deutschen Lande ginge. Denn nur in diesen Wochen - wenn überhaupt - wäre Hitler zu stoppen. Doch wenn sich selbst die Linke dem Trugschluss hingibt, Hitler sei eine Eintagsfliege, wie soll man von dem gesetzten, auf Ruhe und Ordnung bedachten Bürger, dem ja auch noch das Kaiserreich in den Knochen und im Hirn steckt, erwarten, dass er Mut vor Fürstenthronen beweist, dass er nicht nur Ekel vor den braunen Horden empfindet, sondern etwas unternimmt?

Das Vorbild und die Leit-Elite vieler Troisdorfer, das Zentrum, hält wochenlang still und gibt dann am 23. März 1933 im Reichstag dem Ermächtigungsgesetz seine Zustimmung; Hitler hat dem Zentrum vorher zugesagt, das Gesetz richte sich nur gegen Kommunisten, nicht gegen das Zentrum; Länder und Justiz würden nicht angetastet; Kulturpolitik, christliche Kirchen und Schulen hätten nichts zu befürchten[1245]. Dem Zentrumsvorsitzenden, dem Prälaten Kaas, hat Hitler ein Konkordat in Aussicht gestellt:

> Das war die Frage, die Kaas naturgemäss und verständlicherweise am meisten interessierte, aus seiner ganzen Anschauungswelt heraus.

wird Brüning später schreiben, höflich untertreibend[1246]. Und so knickt Kaas ein, lässt sich von Hitler düpieren, stürzt sogar noch seine Fraktionskollegen in schwere Gewissenskonflikte[1247]. Und in den Gemeindeparlamenten treten Zentrumsleute am Ende gar in die NSDAP ein[1248].

Und das Troisdorfer Zentrum, allen voran Dr. Wilhelm Hamacher? Man sollte den Mantel der christlichen Nächstenliebe über den schweren taktischen Fehler des Fraktionsvorsitzenden ausbreiten: Er ist naiv, wenn er glaubt, er könne noch etwas erreichen, solange das

Zentrum in den politischen Gremien loyal mitarbeitet, den Nazis möglicherweise sogar Kompromisse abringt. Eine peinliche Anbiederung ist es, wenn die stärkste Fraktion - das Zentrum - den anderen ihre Mitarbeit »anbietet«. Hamacher ist sich auch nicht zu schade, im Juni 1933 im Gemeinderat den Nazi-Bürgermeister Reinartz um die Asphaltierung der Kirchstrasse - seiner [!] Kirchstrasse - zu bitten[1249]. Ansonsten aber überwintert Dr. Hamacher die Nazi-Zeit recht komfortabel als beamteter Gymnasiallehrer - andere sind wegen ihrer politischen Überzeugung jahrelang arbeitslos.

Und die Linke? Heillos zerstritten! In der »Sozialistischen Republik« vom 31. Januar 1933 fordert die KPD:

> Massenstreik, Massendemonstrationen! Heraus zum geschlossenen Einheitskampf der Millionen der sozialdemokratischen, christlichen und kommunistischen Arbeiter!

Und Wilhelm Sollmann[1250], Chefredakteur der sozialdemokratischen »Rheinischen Zeitung« und Vorsitzender der Kölner SPD, spricht am 5. Februar 1933 in der Rheinlandhalle Köln vor 10.000 Männern der »Eisernen Front« mit einem Seitenhieb auf die KPD:

> Die Hauptaufgabe der gegenwärtigen Zeit [ist] die Einigung der Arbeiterschaft, deren gemeinsamer Feind der Kapitalismus [ist]. [1251]

Troisdorfs Kommunisten oder Sozialdemokraten scheinen - wenn man den Akten trauen darf - nicht aktiven Widerstand gegen die Nazis zu leisten. Wie sollen sie auch: Sie sitzen 1933 mehr oder weniger lange in Schutzhaft. Und die Genossen, die nicht so prominent und deshalb geschützt sind, werden vom Terror eingeschüchtert. Diskussionen gibt es im Februar 1933 innerhalb des Reichsbanners; Josef A., Jahrgang 1912, wie sein Vater bei Klöckner-Mannstaedt, wohnhaft in der »schwarzen Kolonie«, fragt laut: *Warum bekommen wir keine Waffen?!* Der Vater, Soldat im 1. Weltkrieg und militärischer Leiter des »Hütter« Reichsbanners, ist ausser sich: *Ihr seid zu jung, ihr macht ja nur Unsinn damit!*[1252] Vater A. wird bald darauf von den Nazis verhaftet[1253].

Widerstand hat es - ohnehin nur bis 1936, dem Ende der Prozessserien - wohl nur noch in den Grossstädten gegeben. Von Köln aus kommen wohl die Flugblätter und die »Sozialistische Republik«, die 1933 und später vereinzelt gefunden werden:

> [Am 13. Oktober 1933 gegen 19] Uhr wurden auf einem Verbindungsweg zwischen Troisdorf und den Klöcknerwerken, sowie einem der Eisenbahn entlang führenden Fahrwege zusammen 13 Flugblätter Sozialistische Republik gefunden. Die Blätter lagen zerstreut[!] auf dem Wege. Die sofort angestellten Ermittlungen nach den Herstellern und den Verteilern der Flugschriften sind erfolglos geblieben. [...][1254]

Im Januar 1935 werden noch einmal Flugblätter entdeckt[1255], über die aber weiter nichts bekannt ist, und dann am Vorabend des 1. Mai 1935[1256].

Die Kommunisten haben - das darf man dem Sieglarer Bürgermeister Jakob Hörsch glauben - »wiederholt geheime Versammlungen« abgehalten[1257]. Auch der »Abwehrbeauftragte« der DAG, Bo., berichtet im Mai 1933 von solchen Versammlungen, die »als Geburtstags- und Namenstagsfeiern frisiert« werden, in den Wohnungen von Br. (Nordstrasse), M. (Ursulaplatz) und K. (Paul-Müller-Strasse 8)[1258]. Er weiss auch dies zu berichten:

> Das in den [DAG-]Betrieben für agitatorische Zwecke gesammelte Material ist in früheren Monaten nach Sichtung durch die [KPD-/RGO-] Zentrale in Köln der Sozialistischen Rubuplik[!] bezw. eine Flugblattzeitung mit dem Titel Sprengstoff-Zeitung zugeleitet worden.
>
> Der Druck dieser letzteren Blätter erfolgte im Wege des Vervielfältigungsverfahrens angeblich bei Max [...], Troisdorf-Oberlar, Heimanlage. Ferner bei einem gewissen K[...], Sieglar, Eintrachtstrasse, oder aber bei einem gewissen St[...], Oberlar, Homberg-Siedlung. [1259]

Weil es in Details dieses Spitzelberichts an Fehlern nur so wimmelt, ist er grundsätzlich mit Vorsicht zu lesen. Fest steht die Tendenz bei den Nazis, auch untereinander die kommunistische Gefahr als äusserst bedrohlich darzustellen, den Kommunisten alles mögliche zu unterstellen[1260]. Und Bo. scheint recht phantasiebegabte Informanten zu haben: Paul Münster soll angeblich den Versuch machen, in die NSDAP aufgenommen zu werden; das kann aber Bo. selbst nicht so recht glauben. Aber dafür folgende »Räuberpistole«:

> Auf der Wahnerheide soll sich ein unterirdisches Lager von Blausäure befinden, das s[einer] Z[ei]t bei Kriegsende von Staatswegen in der Nähe von Stand 11 eingerichtet wurde. Wie mir mein Spitzel mitteilt, sollen M[...] und G[...] schon im Jahre 1928 versucht haben, in dieses Gewölbe einzudringen. Es bestand angeblich die Absicht, die in Stahlflaschen aufbewahrte Blausäure ins Ruhrgebiet zu bringen und dort für politische Sabotageakte zu verwenden. [...][1261]

Wenn Bürgermeister Reinartz Ende November 1933 zum »Stand der kommunistischen Bewegung« schreibt:

> Es liegen absolut keine Anhaltspunkte über eine Aktivität der komm[unistischen] Partei und deren Nebenorganisationen vor.[1262]

dann ist das wohl etwas übertrieben in der Formulierung; allerdings berichten alle Siegkreis-Gemeinden - ausser Oberpleis - dasselbe, und dann ist die Aussage in der Tendenz sicher richtig.

Ein Deserteur ?

Dem Verfasser erzählten alte Troisdorfer von einem deutschen Soldaten, der 1945 im April, während die amerikanischen Soldaten von der Kuttgasse her ins Zentrum Troisdorfs vorrückten, am (später so genannten) Kenntemichplatz erschossen worden sei. Die genaue Position des Erschossenen war vor der damaligen Borromäus-Bücherei, heute Caritas-Sozialstation. Der Soldat habe mit dem Gesicht zur Erde gelegen, in Richtung des Platzes.

Ein Aufruf in den Vereinsmitteilungen des Troisdorfer Heimat- und Geschichtsvereins zeitigte dann aber doch unerwartete Resonanz: Wilfried B., ein Vereinsmitglied, schrieb:

Der Tote, den ich gesehen habe, lag tatsächlich mit dem Rücken nach oben, der Kopf war leicht zur linken Seite gedreht. Er war mit einem schweren Militärmantel bekleidet. Der Tag, an dem ich ihn [...] gesehen habe, muss nicht unbedingt ein Tag nach dem Einzug der amerikanischen Truppen gewesen sein [...]

Hans Mundorf schreibt in seinem Buch »1929er Troisdorfer Spätlese«[1263]:

Die GIs *schossen auf alles, was Uniform trug. Vor unserer Pfarrkirche [= St. Hippolytus] hatte ein älterer Flak-Kanonier sein eigenes Kriegsende inszenieren wollen. Er sass abgeschnallt auf den Stufen der Kirche und wartete auf die Amis. Als sie dann endlich kamen und er mit erhobenen Händen unbewaffnet auf sie zuging, wurde er auf der Stelle erschossen. Seiner Leiche durfte zwei Tage nicht entfernt werden, sie blieb, bewacht von einem Posten, an Ort und Stelle, [...] vor dem Haus des Kaplan Brenig.*

Ein Blick in das Sterberegister der Stadt Troisdorf half nicht viel weiter: In der fraglichen Zeit – April 1945 – hat die örtliche Polizei mehrere Todesfälle dem Standesamt gemeldet – teilweise mit erheblicher Verspätung. Am ehesten kommt ein Johann Franz U. in Frage: *Küster und Organist, am 12. April 1945, 8 Uhr, in Troisdorf gefallen. Todesursache: Kopfschuss durch Infanteriegeschoss* (Nr. 84/1945).

U. ist geboren 1901 in Wanne und wohnte zuletzt in der Aggerstrasse Nr. 52. Das Standesamt Herne, das heute zuständig ist für seinen Geburtsort Wanne, antwortet auf Anfrage: *[...] ergeben sich aus dem Geburtseintrag keine weiteren Hinweise auf Hinterbliebene*. Es leben zwar gleichnamige Personen heute in Herne; diesen aber ist Johann Franz unbekannt.

Eine andere Zeitzeugin, Frau Therese B., berichtet allerdings, dass der Organist U. am Elsenplatz oder auf der Frankfurter Strasse, etwa in Höhe der damaligen Gaststätte Höck, erschossen worden ist; er war wohl auf dem Weg von seiner Wohnung zur Notkirche St. Gerhard. Er scheidet also als Opfer aus, zudem war er ja auch Zivilist und kein Soldat.

Das Besondere an dem Fall des Soldaten vom Kenntemich-Platz wäre die Frage: War es irgendein deutscher Soldat, der – wie Millionen andere auch – bei Kampfhandlungen getötet worden ist – oder war er ein Deserteur, der von Endsieg-Fanatikern in allerletzter Minute ermordet worden ist? So ist nämlich die Erzählung dem Verfasser im Gedächtnis geblieben.

Was spricht dafür, dass er ein Deserteur war?

1. Allgemein: Viele Männer, auch Jugendliche, haben sich in den letzten Kriegstagen »von der Truppe entfernt«: sicher kennt jeder aus dem Leserkreis den einen oder anderen. Prominent ist z. B. Heinrich Böll, der seine Wehrmachtspapiere mehrfach fälschte, um dem Kampfgeschehen fern bleiben zu können. Mundorf beschreibt, wie er – damals 15 Jahre alt - und sein Freund die letzten Tage im Versteck gelebt haben; zumindest ein weiterer Jugendlicher aus Troisdorf ist dem Verfasser namentlich bekannt, der sich in den entscheidenden Tagen versteckte. Insoweit wäre die Handlung des Unbekannten nicht aussergewöhnlich.
2. Die Todesursache: »Infanteriegeschoss« steht in der Todesursache, also kam der Schuss aus einem Gewehr oder einer automatischen Waffe, keinesfalls ein Artilleriegeschoss.
3. Der Todesschütze ein Deutscher, eventuell sogar vom Kirchturm von St. Hippolytus aus? Auch möglich, auf jeden Fall hätte dieser Schütze, der immer noch für das »Tausendjährige Reich« kämpfen wollte, das Motiv, auf einen flüchtenden Kameraden, den er natürlich für einen »Gesinnungslumpen« hielt, zu schiessen. Mundorf beschreibt einen vergleichbaren Zwischenfall, den er erlebt und überlebt hat.

Was spricht nicht dafür?

4. Die Lage des Toten. Nach einer telefonischen Auskunft des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Köln vom 21.02.2011 beweist die Bauchlage nicht, dass er in den Rücken geschossen worden ist; ein Infanteriegeschoss ist *nicht in der Lage, jemanden umzustossen oder umzuwerfen*. Je nachdem, an welcher Stelle der Mann getroffen wurde, sackt er in sich zusammen oder bewegt sich gar noch weiter. Die Bauchlage ist eben nur die »finale Haltung« und lässt keine weiteren Rückschlüsse zu.
5. Der Todesschütze ein amerikanischer Soldat? Nach Mundorf durchaus möglich.

Die Identität des Toten und auch die genaueren Umstände seines Todes bleiben wohl unbekannt.

Die 12 Jahre des 1000-jährigen Reiches - waren sie eine schlimme Zeit für die Troisdorfer ? Auch am Ende des Buches fällt es schwer zu sagen: Hier wüteten besonders viele oder besonders üble Nazis. In Troisdorf selbst hat es nur ein Todesopfer gegeben, das auf das NS-Konto geht: Anton Hamacher; und dabei war das SA-Heim streng genommen sogar noch auf Sieglarer Gebiet. Ansonsten haben die Troisdorfer Nazis keinen Toten auf dem Gewissen:

- Sechs Geisteskranke sind in Hadamar, Meseritz-Obrawalde oder sonst wo ermordet worden,
- ein junger Soldat ist in Russland hingerichtet worden,
- die Troisdorfer Juden sind »im Osten« ermordet worden - weit weg von Rathaus, Kirche, Kneipe oder Parteilokal,
- sechs Haftstrafen sind gegen politische Gegner verhängt worden,
- und die »Emigranten« haben schliesslich überlebt.

So nimmt es nicht wunder, dass 1951 bei einer Allensbach-Umfrage nur 2 bzw. 8 % der befragten Deutschen antworten, zwischen 1933-1938 bzw. 1939-1945 sei es ihnen am schlechtesten gegangen; aber 70 % halten die gerade verflossenen drei Jahre von 1945-1948 für die schlimmsten[1264].

Betroffenheit ? Mit-Leid ? Lernprozess ?

> Wir Älteren sind jetzt noch einmal gefragt, ob wir das Ausmass der in nationalsozialistischer Zeit von deutschen Menschen mit staatlichen Gewaltmitteln geplanten, befohlenen und unbeschreiblich grausam ausgeführten Massenverbrechen endlich zur Kenntnis nehmen und uns der Vergangenheit stellen wollen, statt die Erinnerung daran zu verdrängen und jede Mitverantwortung dafür zu leugnen. Begangenes Unrecht kommt nicht dadurch zur Ruhe, dass man es totschweigt, und nur Unverstand kann von Beschmutzung des eigenen Nestes reden, wo es in Wahrheit darum geht, ein schwer beschmutztes Nest zu säubern. [1963][1265]
>
> Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne

Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit. [1985][1266]

Neue Dokumente zu »Troisdorf unter dem Hakenkreuz« - Nachträge von 1993

Danksagung 1993

Seit der Veröffentlichung des Buches *Troisdorf unter dem Hakenkreuz* im November 1986 sind etliche neue Dokumente aus der NS-Zeit aufgefunden worden. Diese Publikation ist zustande gekommen dank der Mithilfe vieler Menschen, die bei der Suche geholfen haben oder die dem Herausgeber spontan Unterlagen zur Verfügung gestellt haben. Zusätzlich zu dem Kreis derjenigen, die bereits in *Troisdorf unter dem Hakenkreuz* genannt wurden, sei folgenden Personen herzlich gedankt (teilweise ein zweites Mal):

den Mitarbeitern

des Bundesarchivs Koblenz (BA),

des Bundesarchivs/Militärarchivs Freiburg (BA-MA),

des Diözesanarchivs Köln,

des Hauptstaatsarchivs in Düsseldorf (HStAD);

ferner

Frau Janina Banas (Polen),

Frau Karin Debeuf vom Bürgerinfo Troisdorf,

Frau Reinhild Fischbach (Siegburg)

Frau Petronella Hausmann † (Troisdorf)

Frau Heimann vom Standesamt Troisdorf, jetzt Niederkassel

Frau Janina Przybyla (Polen),

Frau Evdokija Romazanova (Russland),

Frau Werner vom Pfarrarchiv St. Hippolytus,

Frau Gertrud Winkel † (Troisdorf),

Frau Silke Zens (Bonn),

Herrn Luitwin Bies (VVN-Präsidium),

Herrn Walter Braschos (Troisdorf),

Herrn Norbert Cahn † (Helsingborg, früher Sieglar),

Herrn Günter Conrady † (Troisdorf),

Herrn Dieter Corbach † (Köln),

Herrn Matthias Dederichs (Troisdorf),

Herrn Matthias Esser (Sieglar),

Herrn Wolfgang Form (Stadtallendorf),

Herrn Uwe Göllner (Friedrich-Wilhelms-Hütte),

Herrn Dr. Peter Grille (Bonn),

Herrn Bertus Huybregts (Niederlande),

Herrn Rainer Hütz (Hennef),

Herrn Dr. Manfred Huiskes vom Historischen Archiv der Stadt Köln,

Herrn André Leclère † (Frankreich),

Herrn Dr. Heinrich Linn vom Archiv des Rhein-Sieg-Kreises (Siegburg),

Herrn Ma[...] (Siegburg),

Herrn Gerd Münker (Troisdorf),

Herrn Peter Quadt † (Sieglar),

Herrn Jürgen Roth (Stadtallendorf),

Herrn Paul Siebels (Bonn),

Herrn Heinz Steinhauer (Stieldorf),

Herrn Tiller vom Einwohnermeldeamt Troisdorf,

Herrn Dieter Vaupel (Hessisch Lichtenau),

Herrn Weffer vom Archiv des Rhein-Sieg-Kreises (Siegburg),

Herrn Erich Wolgarten (Menden)

für Hinweise, Hilfe oder Überlassung von Dokumenten oder Fotos;

für ihre Fotos oder Reproduktionen Herrn Klaus Schmitz, Herrn Heinz Müller, Herrn Kunibert Weyer;

für Übersetzungen Herrn Baudewin Bresser, Herrn Richard Decker, Herrn Pascal Kirsch;

und nicht zuletzt dem Vorstand des Heimat- und Geschichtsvereins Troisdorf, besonders Herrn Matthias Dederichs, für die Hilfe und Unterstützung bei der Ausstellung »Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene im ‚Dritten Reich'« (1989) und bei der Herstellung dieses Buches (Flörken, 1993).

Die Amtseinführung von Bürgermeister Reinartz

Die Rede von Reinartz, einem »alten Kämpfer«, am 9. Juli 1933 ist aufschlussreich, weil sie interessante Akzente setzt. Reinartz gibt sich

- staatsmännisch: er sieht die gesamte »Volksgemeinschaft«, schliesst niemanden ausdrücklich aus; der Seitenhieb auf den »jüdischen Geist« soll allgemein zu verstehen sein.
- staatserhaltend: er verteidigt die Steuern und wimmelt »Sonderwünsche« eines jeden Bürgers, damit auch der eigenen Pgs, ab.

- fast schon sozialistisch, indem er sehr oft die Bedeutung des Arbeiters betont; er weist die Arbeiter, die in der Mehrzahl nicht hinter den Nazis standen, nicht ab; Reinartz wirbt bei der Industrie um »Vertrauen zum Troisdorfer Arbeiter«. Seine Drohungen gelten »dem Mittelstand«, den Anhängern des Zentrum oder den Deutsch-Nationalen.
- heimatverbunden: er will nicht Diener »der Troisdorfer Bevölkerung« sein, sondern ändert diese Worte in »meiner eigenen Heimat«.
- konstruktiv: Aufbau, Hilfe, Pflichtbewusstsein.

Pikant ist allerdings, dass Reinartz später sein Amt verliert, weil Gerüchte in Umlauf geraten, dass er sein Amt zugunsten des Familienbetriebes missbraucht habe.

Die SPD

Nach dem Verbot der Parteien, also auch der SPD, waren die Nationalsozialisten bemüht, an korrekte und aktuelle Namenslisten heranzukommen. Der Zweck mag nicht aktuell begründet sein; »der« Gegner der Nazis war die KPD, die SPD erst an zweiter Stelle. Aber die Sammelwut der Nazis hinsichtlich solcher Daten ist inzwischen bekannt.

Festzustellen bleibt die geringe Mitgliederzahl der SPD, nämlich 24, im Verhältnis zur Wählerschaft: 425. Es überrascht auch, dass in einer so kleinen Gemeinde wie Troisdorf mit rund 10.000 Einwohnern über die tatsächliche Mitgliedschaft in der SPD Unklarheit herrschte.

Der Zahnarzt Licht kann - ob erfolgreich oder nicht, bleibt nach den Akten offen - seine SPD-Mitgliedschaft, die tatsächlich bestand, einigermassen gut widerlegen.

Fast schon vertraut ist die Tatsache, dass die Befehle dazu nicht von einer kommunalen Behörde, die - wenn überhaupt - dann am ehesten dazu befugt gewesen wäre, sondern von einer Parteiorganisation kam; solches ist seit dem sogenannten »Juden-Boykott« vom März/April bekannt.

Die Nazis haben auch rein gar nichts übersehen: Sie greifen nach den Musikinstrumenten der Hütter SPD- oder Reichsbanner-Musikkapelle und ihren Noten. Nach einem Vordruck des Regierungspräsidenten hat - vermutlich - die Polizei bei Johann Blum alles abgeholt.

Frau Kr. und ein unbekannter Helfer haben einen beklemmenden Brief an Landrat Buttlar geschrieben; die Wahrheit ist mit Sicherheit geschönt worden. Aus dem Prozess gegen Albert, ihren Mann, und Heinrich Z. wissen wir, dass die beiden forsch und verwegen gewesen sind, gewiss nicht naiv.

Ein Urteil des Volksgerichtshofs

Das Urteil ist - bis auf die Erörterung über das Strafmass - vollständig abgedruckt. Die beiden Verurteilten leben nicht mehr; Peter Ka. ist erst kürzlich verstorben.

Die Ermittlungen sind wahrscheinlich korrekt, wenn auch unvollständig. Es ist zu vermuten, dass der Kreis der Eingeweihten grösser als vier oder fünf Personen gewesen ist. Die Angeklagten haben vermutlich den Schaden begrenzen und andere Beschuldigte aus dem Kreis der Verdächtigen ausschliessen können.

In der Sache gab es meist nichts zu deuteln. Man hatte sich tatsächlich getroffen; und dass man über das Wetter gesprochen habe, nahm den Kommunisten oder Sozialdemokraten die Polizei gar nicht erst ab, meist auch nicht das Gericht.

Auffallend ist der Dilettantismus, mit der die jungen Leute versuchten, so etwas wie Widerstand gegen die Nazis aufzubauen. Da die »alten« Genossen zu der Zeit meist in Schutzhaft sassen, verwundert die Naivität der »jungen« aber weniger.

Auch dem Urteil ist nichts zu entnehmen über die angeblich unklare Rolle, die Margarete Ke. gespielt haben soll: Sie soll - ob wissentlich oder nicht - die Runde verraten haben. Das gleiche Strafmass für beide in Höhe von 2,5 Jahren spricht eher gegen eine »Mitschuld« von Margarete Ke.

Eine kurze Bemerkung zu der »Kölner Kontroverse«[1267] oder allgemeiner gesagt: Welchen Wahrheitsgehalt haben Dokumente, die von den Nazis hergestellt worden sind?

- Zunächst einmal muss man berücksichtigen, dass nicht vom 31. Januar 1933 ab alle Richter Nazis waren; es gibt gerade in unserem Raum ein schlagendes Gegenbeispiel für richterliche Unabhängigkeit: Der Volkshausprozess. Ein Urteil des Jahres 1935 vor dem Volksgerichtshof ist nicht deshalb schon ein Nazi-Terror-Urteil, weil der KPD vorgeworfen wird, schon immer

> das Ziel verfolgt (zu haben), die Verfassung des Deutschen Reiches zu stürzen und eine Arbeiter- und Bauernregierung nach russischem Muster aufzurichten.

- Sodann kann man davon ausgehen, dass in den Jahren 1933-1935 die Angeklagten einiges verschweigen konnten. Folterungen, wie sie gerade für die Edelweisspiraten belegt sind, sind für Untersuchungshäftlinge in den ersten Jahren nicht bekannt. Deswegen liest man im Urteil wahrscheinlich auch nur einen Bruchteil dessen, was die Angeklagten tatsächlich getan oder geplant hatten.

- Die vergleichsweise »milde« Strafe von zweieinhalb Jahren in Beziehung gesetzt zu den Tatvorwürfen lässt darauf schliessen, dass auch den Richtern - waren sie nun Nazis oder nicht - klar war, ob sie »kleine Fische« oder »grosse Leute« vor sich hatten. Selbstverständlich wären die beiden Angeklagten zehn Jahre später bei Freislers Volksgerichtshof nicht so glimpflich davon gekommen: Da hätte sie das Todesurteil erwartet. [1268]

Denunziationen

Wenig erforscht, vor allem wenig systematisch erforscht ist der Bereich »Denunziation«. In *Troisdorf unter dem Hakenkreuz* waren die entsprechenden Fälle behandelt worden unter der Rubrik NS-Justiz. Dabei waren alle sieben Fälle überhaupt nur Gegenstand von Strafverfahren geworden, weil die Beschuldigten ohne Not von Mitmenschen bei der Polizei angeschwärzt worden waren. Auch Bertus Huybregts und Jeanne F. die erstmals hier vorgestellt werden, sind denunziert worden.

Neu in der Literatur ist der Begriff »Judasfrauen«, nach dem Buch von Helga Schubert (*Judasfrauen. Zehn Fallgeschichten weiblicher Denunziation im Dritten Reich*, München 1992, dtv 11523). Sie hat in eindrucksvoller Weise die Charakterprofile jener verhängnisvollen Frauen gezeichnet, die andere Menschen in den Tod geschickt haben. Dass ein Mensch einen anderen dem Henker ans Messer liefert, kann doch nur mit abgrundtiefem

Hass, Neurosen oder intellektueller Minderausstattung - oder allen dreien - erklärt werden.[1269]

Die Sondergerichtsverfahren

Dies ist zunächst nur eine Liste der Verfahren, die vom Herausgeber aus der Kartei des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf zusammengestellt worden ist. Es ist damit nichts ausgesagt, ob Urteile ergangen sind, und wenn ja, mit welchem Strafmass. Einzelne Verfahren waren schon vorher bekannt (Margarete Ke., Käthe W., Odenthal u. a.) und sind auch in *Troisdorf unter dem Hakenkreuz* dargestellt. Andere sind vom Herausgeber stichprobenartig durchgesehen worden im Hinblick auf Sonderrechtsprechung gegen Ausländer; das Verfahren gegen Bertus Huybregts ist unten abgehandelt.

Insgesamt kann diese Liste heute als »Who's who« des Troisdorfer Widerstandes angesehen werden. Die meisten Vergehen - wenn sie denn bewiesen worden sind - waren nur zwischen 1933 und 1945 strafbar: z. B. »Abhören Moskauer Sender« (1934), »Staatsfeindliche Äusserungen« (1942), »Heimtücke«. Deswegen sind die Namen auch nicht unkenntlich gemacht worden.

Andere Beschuldigungen (Mordversuch, Unzucht, Verleumdung, Unterschlagung) lassen eine »normale«, d.h. unpolitische Kriminalität vermuten, die es in jenen 12 Jahren ja auch gegeben hat. Dass aber andererseits Mord in einem Terror-Regime moralisch anders bewertet werden kann als in einem Rechtsstaat, zeigen die Vorgänge um die Hitler-Attentäter, z. B., die vom 20. Juli 1944.

Solange diese Fälle historisch noch nicht geklärt sind, bleiben die betreffenden Namen anonym.

Die Juden

Die Liste von 1846 kann nur vorläufig ausgewertet werden: Alle Personen aus den heutigen Troisdorfer Stadtteilen sind (familienweise) zusammengefasst; die Zahl erscheint mit 79 recht hoch. Sofern Berufe oder Tätigkeiten verzeichnet sind, handelt es sich (bis auf eine Ausnahme) um wenig hochstehende Tätigkeiten: Tagelöhner, Handelsmann, Fleischer. Die Ausnahme ist der Künstler Seligmann Ullmer aus Bergheim, über den weiter nichts bekannt ist.

Die (angenommenen) Namen sind vertraut: Auch 1933 wohnen Familien mit Name Hirsch, Sommer, Weingarten, Marcus, Falkenstein und Levy in Troisdorf (heutige Grenzen). Das lässt - in dem auch sonst üblichen Rahmen - auf Bodenständigkeit schliessen.

Bei seinem Besuch in Troisdorf im September 1987 hat Herr Norbert Cahn die beiden Postkarten mitgebracht. Die Verzweiflung ist in diesen beiden Dokumenten spürbarer als in denen von Erich und Rosa Marx (siehe oben, S. 93 ff). Aus den Informationen (*Heute Montag geht unser Transport ab*. o. ä.) muss gefolgert werden, dass die Eltern Cahn wie die meisten anderen Troisdorfer Juden in Malyj Trostenez ermordet worden sind.

In dem Band *Juden in Stommeln, Teil 2* hat Josef Wisskirchen eine neues Buch zu Malyj Trostenez vorgestellt: Wankjewitsch, Alla Georgiejewna: *Exkursion nach Trostenez*, Minsk 1986. Darin heisst es u. a. :

> Vom Frühjahr 1942 an wurden zweimal in der Woche, in der Regel dienstags und freitags, Bürger aus dem Ausland zur Vernichtung nach Trostinec gebracht - aus Österreich, Polen, Tschechoslowakei, Frankreich, Deutschland. Manchmal kamen die Deportationszüge auf dem Bahnhof Minsk an, viel öfter aber brachte man die Häftlinge auf einer besonderen Gleisstrecke ganz nahe an Trostinec heran. Gewöhnlich geschah es um 4-5 Uhr morgens. Die Ankömmlinge wurden auf einem Platz gesammelt, man nahm ihnen die Sachen ab und stellte zur Beruhigung eine Quittung aus, die die zum Tode verurteilten Menschen davon überzeugen sollte, dass sie nur umgesiedelt würden. Mit Sorgfalt wurden einige ausgesondert: Elektriker, Schlosser, Schreiner, Schneider, Schuster, kurz gesagt all die, die noch nützlich sein konnten. Sie wurden ins Lager gebracht, die anderen wurden vernichtet.

Auch wenn Oskar Hoffmann auf seiner Postkarte schreibt: *Wie ich gerade höre, besteht eine gewisse Möglichkeit, dass wir in hiesigen Betrieben in unseren Berufen arbeiten können.,* sind wohl alle Troisdorfer Juden sofort ermordet worden und nicht mehr in das eigentliche Lager hineingekommen. Eine Ausnahme könnte nach den o. a. Kriterien Erich Marx gewesen sein: Er war Metzger. Oskar Hoffmann war Fotograf...

Die Erschiessungen, von denen der SS-Mann Arlt spricht, fanden in dem Wald von Blagowtschina statt, 4 km vom Lager entfernt. Dort wurden auch die Leichen verscharrt, die in den beiden Gaswagen aus Minsk-Stadt, Schirokajastrasse, ermordet wurden.

Die Fotos aus Malyj Trostenez sind 1944/45 gemacht worden; es sind heute Ausstellungsstücke im Museum der Stadt Minsk. Wegen der schlechten Qualität der Reproduktionen ist die Aussagekraft der Fotos gering. Einzig auf dem Foto Nr. 6 ist eindeutig ein Schädel zu sehen. Ansonsten ergibt nur der Zusammenhang mit Foto Nr. 1 und 2 eine halbwegs glaubhafte Aussage.

Damit soll nicht die Tatsache der Ermordung von Juden in Malyj Trostenez bezweifelt werden, sondern nur auf die schwierige Beweislage aufmerksam gemacht werden, die selbst in den Fällen anzutreffen ist, in denen jemand (hier wohl die Rote Armee) offensichtlich Beweise fotografisch festhalten wollte. Exakte, zeitgenössische Bestandsaufnahmen wie z. B. in Belzec (siehe oben S. 84 ff) waren wohl sehr selten.

Das Vermögen der Juden

Darüber ist in *Troisdorf unter dem Hakenkreuz* schon einiges gesagt worden. In den neuen Dokumenten wird noch einmal deutlich, wie das Vermögen (bewegliches und unbewegliches) der Juden innerhalb Troisdorfs verwertet wurde.

Noch während die Juden in ihren Häusern wohnen, melden sich schon die ersten Interessenten bei der Gemeinde. Einer von ihnen weiss bereits, dass »demnächst die Ausweisung der Juden« erfolgt. Ein anderer kann den Namen von Alfred Pins noch nicht einmal richtig schreiben (»Binz«), obwohl er nur ein paar Häuser weiter wohnt und schon seit Jahren Nachbar ist.

Auch in der Wortschöpfung ist man recht ungeniert: Man spricht von »Juden-Möbeln«, »Judenhäusern« oder dem »Judengarten Sommer«, als wären es besondere Möbel, Häuser oder Gärten.

Kleinlich ist man in anderen Dingen: Die Beeren, Kirschen und Äpfel (vermutlich) in Sommers grossem Garten (ca. 600 m2), Bergstrasse 17, dürfen nur mit doppelter Genehmigung (Finanzamt und Gemeinde) von dem Nachbarn Karl Klein gepflückt werden; ihm wird der »Hauptanteil« überlassen. Karl ist auch an dem Haus interessiert, kommt aber nicht zum Zuge, da das Finanzamt an W. R. vermietet.

Aus dem Mietvertrag kennen wir auch die Zimmerverteilung und können die Wohnverhältnisse der Juden in den letzten Monaten rekonstruieren. Spätestens ab 1. September 1941 haben dort gewohnt:

Sommer (Eigentümer), 2 Personen 1 Zimmer
Pins 2 Personen 1 Zimmer Erdgeschoss
Marx 2 Personen 2 Zimmer Erdgeschoss, Obergeschoss
Meier 3 Personen 1 Zimmer
[Summe:] 9 Personen 5 Zimmer

In einem der Zimmer war auch die (einzige) Küche.

Das »Euthanasie«-Programm

Dies sind zwei seltene Dokumente, die auf Anhieb einen Mord nach dem »Euthanasie«-Programm beweisen, und zwar zu einem frühen Zeitpunkt. Denn:

- Hadamar-Mönchberg war die Adresse der Tötungsanstalt;
- die Tote ist eingeäschert worden;
- von der Toten wird die Asche versandt.

Wenn das Todesdatum 19. 2. 1941 stimmt - was bezweifelt werden darf -, dann ist sie am selben Tag wie die Brüder Kurt und Herbert vergast worden. Diese beiden Troisdorfer kamen aus Waldbreitbach über die Anstalt Herborn nach Hadamar.

Über Magdalena sind noch nicht alles ermittelt worden. Die bisher bekannten Daten weisen darauf hin, dass Magdalena 1914 geschieden wurde, dass sie in demselben Jahr in eine Anstalt eingewiesen wurde und dass die Familie anschliessend erst nach Troisdorf umzog. Dass ihr 1899 geborener Sohn in Troisdorf ihre Beisetzung beantragt, muss noch nicht heissen, dass sie zu den »rheinischen« Patienten gehörte, die nach bisherigem Wissensstand erst später in Hadamar ermordet wurden. Der gemeinsame Geburtsort von A[...] und Magdalena, Lahnstein, lässt eher die »hessische« Schiene vermuten, die wohl ganz über Herborn lief.

Mit Magdalena, die selber wohl nie in Troisdorf gewohnt hat, würde sich die Zahl der bekannt gewordenen »Euthanasie«-Opfer aus Alt-Troisdorf auf sieben erhöhen. Unbekannt ist weiterhin die Zahl der zwischen 1933 und 1945 Zwangssterilisierten.

Dynamit Nobel AG

Die Mehrzahl der Dokumente ist seit den Nürnberger Prozessen gegen deutsche Industrielle bekannt; in der Zwischenzeit waren sie wohl in Vergessenheit geraten. Sie beleuchten ansatzweise die Rolle der DAG in der Kriegsrüstung; letzte Antworten können sie aber auch nicht geben.

Zunächst soll das sogenannte Montan-Schema erläutert werden:

Das Oberkommando des Heeres (OKH) beauftragt die DAG, eine Rüstungsfabrik in X zu bauen. Sobald die Fabrik fertig ist, beauftragt die zivile »Tochter« des OKH (die »Montan«) die Tochter der DAG (»Verwertchemie«), in und mit diesen Anlagen Sprengstoff herzustellen. M. a. W. : Weder die (IG-Farben-Tochter) DAG noch das OKH oder das Reich erscheinen in den Geschäftsbüchern, Bilanzen oder Steuerlisten, auf Lieferscheinen oder Rechnungen. Für die Öffentlichkeit, d.h. auch für das Ausland, befassen sich nur zwei Firmen mit nichtssagenden Namen und harmlosen Firmensitzen »Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie (München)« oder »Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Verwertung chemischer Erzeugnisse (Troisdorf)« mit Sprengstoff.

Im einzelnen:

Aus den Verträgen und den Aussagen geht eindeutig hervor, dass sich die Firmen in erster Linie von betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten liessen. Das unternehmerische Risiko z. B. haben die hier in Frage kommenden Firmen auf das Reich abgewälzt, die Gewinne aber einbehalten.

Allen Beteiligten war schon weit vor dem 1. September 1939 - dem tatsächlichen Kriegsbeginn - völlig klar, dass für den Krieg gerüstet werden sollte.

Es war gewiss eine Symbiose von Reich/NS und Rüstungsindustrie, d.h. ein Zusammengehen zu beiderseitigem Vorteil. Stellenweise aber hat der Leser den Eindruck, als hätte die Industrie der Wehrmacht alle Vertragsbedingungen diktiert.

Ein Zeitzeuge, Peter Grille, bewertet die Vorgänge 1986 anders:

> Der gesamte Komplex Sprengstoffproduktion war von den Nazis zu einer nationalen Aufgabe der chemischen Industrie gemacht worden. Verdient hat die DAG am Aufbau, nicht (über die Verwertchemie) am Betrieb der Anlagen.

Die DAG ist voll verantwortlich für die Vorgänge in der »Verwertchemie«: Das zeigen die Verträge und die Aussagen deutlich. Sogar um die Unterkünfte von Hessisch Lichtenau kümmert sich die DAG. Das bestätigt der Zeitzeuge - jedenfalls für die Zeit bis 1943. Die DAG hat der Verwertchemie in allem zugearbeitet, der DAG-Vorstand hat de facto - nicht de iure - alle Verwertchemien gesteuert.

Die »Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse« bestand eigentlich nur aus dem Büro des Geschäftsführers. De facto war sie völlig unselbständig und abhängig von der »Mutter« DAG.

Die ArbeiterInnen wurden von den Betrieben angefordert, und nicht - wie vereinzelt behauptet - ihnen gegen ihren Willen aufgezwungen. Jegliche Produktion war nur mit einer ausreichenden Zahl von Arbeitskräften aufrecht zu erhalten. Bei dem kriegsbedingten Mangel an deutschen Arbeitskräften war logisch, dass die Betriebsführer jede(n) nahmen, der/die nur annähernd arbeiten konnte. Rücksichtnahme, Fürsorge, Menschlichkeit hatten damals noch weniger Platz als in den Jahren zuvor: *wegen der intensiven Gelbfärbung ist eine Belästigung [...] nicht zu vermeiden* (Schindler).

Diese Rechtsfragen könnten u. U. noch wichtig werden bei der Frage der Altlasten auf den und neben den Betriebsgeländen der Verwertchemien.

Die beiden Firmen Hüls Troisdorf und Dynamit Nobel haben im Mai 1993 den drei ehemaligen Zwangsarbeitern(innen) Janina Banas, Bertus Huybregts und Joanna Przybyla auf Anregung des Heimat- und Geschichtsvereins Troisdorf eine Werksbesichtigung arrangiert und ihnen einen Empfang gegeben. Herr Huybregts hat seine ehemalige Arbeitsstätte (die Werkstatt der Technischen Abteilung der Züfa) wiedererkannt; Frau Banas hat die Gebäude erkannt, zu denen sie damals - 1944 - mit ihrem Botenfahrrad gefahren ist. [1270]

Die Beurteilung der Lage der Zwangsarbeiter(innen) ist nach dem Besuch der Drei, durch spätere Gespräche mit M. Leclère und Telefonate mit Mme. F. nicht einfacher geworden[1271]. Während Frau Golovan, M. Huybregts, Mme. F. und Tonino Guerra[1272] von harter körperlicher Arbeit, Not, Verfolgung und Hunger berichten, stehen bei anderen Hunger, Heimweh, aber auch Freizeitgestaltung und Unabhängigkeit im Vordergrund. Abgesehen von M. Huybregts, der im Betrieb von einem Kollegen denunziert worden ist, und Mme. F., die möglicherweise verleumdet worden ist, erzählt niemand von Misshandlung, Folter oder vergleichbaren Verbrechen. Ein Handikap bleibt die geringe Anzahl der ausländischen Zeitzeugen (sieben) im Verhältnis zur Gesamtzahl (2.000 bis 3.000 oder mehr) in Troisdorf und Sieglar.

Mit Rücksicht darauf lässt sich folgendes sagen:

In so kleinen Orten wie Troisdorf und Sieglar bewegte sich die Behandlung der »Fremdarbeiter« nicht durchgängig in einem Klima der Boshaftigkeit und des Sadismus, wohl aber der ruppigen Geringschätzung, soweit es die offiziellen Stellen anging. Freundliches Verhalten, Unvoreingenommenheit und Mitgefühl gegenüber »dem« Italiener oder »dem« Russen waren eher typisch für den Personenkreis der Kollegen und Nachbarn, den Menschen auf der Strasse. Mündliche Mitteilungen älterer Troisdorfer(innen) an den Herausgeber, die von einem guten Verhältnis zu den Ausländern sprechen, sind nicht deshalb unglaubwürdig, weil es nicht in das - möglicherweise nur literarische - Schema der Menschenverachtung passt. Wahrscheinlich muss die Geschichtsforschung zur Kenntnis nehmen, dass es kein einheitliches Verhaltensmuster - sei es positiv oder negativ - gegenüber den Ausländern gab, dass auch kein Muster überwiegt.

Bei negativen Darstellungen der Lage der Ausländer ist zu prüfen, ob es sich um die Wiedergabe von Anweisungen des NS- oder Arbeitsbehörden, Firmen oder sonstigen Machthabern handelt - solche Texte sind oft von Brutalität und Menschenverachtung gekennzeichnet - oder um Erlebnisberichte von Ausländern oder Deutschen. Darin ist die Vielfalt so gross, dass sich eine Pauschalisierung - im Guten wie im Bösen - verbietet.

Die Verwertchemien Hessisch Lichtenau und Allendorf

Hessisch Lichtenau: Aufbau und Produktion

Die »Fabrik Hessisch Lichtenau der Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Verwertung chemischer Erzeugnisse« (Verwertchemie Heli) wurde zwischen 1936 und 1938 von der DAG im Auftrag des OKH geplant und für 100 Mio. RM gebaut. Eigentümerin der Fabrik war allerdings die reichseigene »Montan Industriewerke GmbH«; die Verwertchemie Heli war anschliessend nur Betreiberin. Hergestellt wurden in Hessisch Lichtenau, genauer in dem Ortsteil Hirschhagen, zwei Sprengstoffsorten: Trinitrotoluol (TNT) und Trinitrophenol (Pikrinsäure). Im Geschäftsjahr 1938/39 wurden 5.479 Tonnen TNT produziert, vier Jahre später 29.170 Tonnen[1273]; die Produktion von Pikrin stieg von 156 Tonnen (1939/40) auf

2.074 (1944/45); *damit gehörte das Werk zu den drei grössten Sprengstoffabriken in ganz Deutschland*.[1274]

Beschäftigte

Die Zahl der Beschäftigten stieg von rund 750 (April 1939) auf fast 4.400 (Anfang 1945). Zunächst waren es Arbeitskräfte aus der Umgebung; nach Kriegsbeginn waren es in zunehmendem Masse Ausländer aus Belgien, Bulgarien, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, UdSSR, Spanien, CSSR und Ungarn[1275]; im Jahre 1944 kamen Strafgefangene und 150 KZ-Häftlinge dazu. 1939 war etwa 1/7 der Beschäftigten Frauen, gegen Kriegsende mehr als die Hälfte. Anfang August 1944 erhielt die Verwertchemie Heli 1.000 weibliche KZ-Häftlinge, meist ungarische Jüdinnen, von Auschwitz zugewiesen. Die Arbeit in Hessisch Lichtenau wurde als »leicht« eingestuft (1941 waren unter den 3.100 Beschäftigten 1.350 Frauen), war aber wegen der Chemikalien und Sprengstoffe lebensgefährlich: *Vom April 1943 bis März 1944 wurden [...] 149 Beschäftigte von drei Explosionen zerfetzt*.[1276]

Die weiblichen KZ-Häftlinge

Anfang August 1944 wurden der Verwertchemie Heli 1.000 Zwangsarbeiterinnen, meist ungarische Jüdinnen, aus Auschwitz zugewiesen; sie waren von der Firma angefordert worden. Ihr Alter lag zwischen 13 und 49 Jahren[1277]. Die Frauen wurden dem KZ Buchenwald unterstellt. Untergebracht waren sie in einigen Holz-Baracken des »Lagers Vereinshaus«[1278]. Das gesamte Lager hatte Platz für ca. 700 Personen; vorher hatten dort deutsche und ausländische Bauarbeiter gewohnt. Der KZ-Teil wurde von der SS bewacht. Die Fabriken waren drei bis fünf Kilometer vom Lager entfernt.

Die Lebensbedingungen[1279] im Lager waren katastrophal und nur in den ersten Tagen besser als in Auschwitz. Die Frauen arbeiteten durchschnittlich 60 Stunden pro Woche, normalerweise 10,5 Stunden täglich, von 6 bis 17 Uhr, mit einer Mittagspause von 11.30 bis 12.00 Uhr; hinzu kam noch der Hin- und Rückweg von zwei bis vier Stunden. Die Frauen mussten

- Sprengstoff herstellen,
- auf dem Fabrikgelände und im Wald aufräumen,
- Eisenbahnwaggons be- und entladen,
- Erd- und Bauarbeiten verrichten,
- eine Wasserleitung verlegen.

In den Füllstationen mussten die Frauen TNT in Granaten, Bomben und Tellerminen einfüllen. Sie atmeten dabei die giftigen Nitro-Dämpfe ein, die in kurzer Zeit Haut und Haare gelb färbten[1280] und Leber und Lunge schädigten. Fünf Zwangsarbeiterinnen sind nach NS-Dokumenten gestorben, vielleicht aber auch mehr. Bei der Arbeit in der Verwertchemie Heli waren die Jüdinnen ständigen Schikanen und Misshandlungen ausgesetzt; später gaben sie an:

- Ein Vorarbeiter habe eine Jüdin vergewaltigt und geschlagen,
- die Zivilisten hätten sie ständig zur Arbeit angetrieben,
- ein Vorarbeiter habe sie tyrannisiert,
- ein Vorarbeiter habe einer Jüdin mehrmals befohlen, menschliche Exkremente auf dem Fabrikgelände einzusammeln,

- die Deutschen hätten ihnen sinnlose Arbeiten aufgetragen (Steine hin und her zu transportieren),
- eine Jüdin habe weiter arbeiten müssen, obwohl ihr eine Granate auf den Fuss gefallen war.

Die Verwertchemie Heli zahlte für die »Häftlingshilfsarbeiter« an die SS pro Häftling und Tag vier RM; im November 1944 belief sich die Summe auf 79. 596 RM[1281]; die Häftlinge selber erhielten keinen Lohn. Ende Oktober 1944 schickte die Verwertchemie Heli 206 erschöpfte und/oder kranke Frauen nach Auschwitz-Birkenau zurück - in die Gaskammer. Am 29. März 1945 wurden die Frauen von der SS aus Hessisch Lichtenau weggebracht; es beginnt eine der typischen »Todesmärsche«, dem noch viele Frauen zum Opfer fallen. Am 25. April 1945 werden sie schliesslich von der US-Army befreit.

Allendorf: Aufbau und Produktion

Die Errichtung von Verwertchemie All erfolgte nach den gleichen Schema wie in Hessisch Lichtenau[1282]. Hier begann die Produktion 1941. Im Sommer 1944 wurden monatlich ca. 6.000 t Tri und über 10.000 t Schwefelsäure produziert[1283]. Auch in Allendorf wurden neben deutschen Arbeitskräften Westarbeiter, Polen, Ostarbeiter und KZ-Häftlinge eingesetzt. Im Jahre 1944 arbeiteten in Allendorf zwischen 330 und 410 deutsche Angestellte[1284]; die Zahl der deutschen Arbeiter steigt von 1.544 (Januar) fast kontinuierlich bis auf 1.939 (Dezember), ähnlich die Zahl der ausländischen Arbeiter von 1.105 (Januar) bis 1.237 (Juli). Im August erhöht sich die Zahl der Ausländer um fast 1.000 und erreicht im Dezember fast 2.500. Diese Steigerung ist zurückzuführen auf die knapp 1.000 weiblichen KZ-Häftlinge, Jüdinnen aus Ungarn, die vom KZ Buchenwald aus Auschwitz nach Allendorf überstellt wurden.

Ausländische Arbeiter

Untergebracht waren die ausländischen Arbeiter in mehreren Lagern:

- Allendorfer Höhe
- Am Teich
- Draussmühle
- Falkenhahn
- Hofwiese
- Kirchhainer Weg
- Münchmühle
- Niederklein
- Scheidfeld
- Steinbruch[1285].

Die Lebensbedingungen der Ausländer waren grauenvoll: Unterernährung und schlechtes Essen, Prügel, Arbeitshetze, Überbelegung und mangelhafte Hygiene in den Baracken waren in Allendorf wie allenthalben im Deutschen Reich der Alltag der Ausländer. Die Gerichte verhängten drakonische Strafen wegen »Arbeitsbummelei«; die Behörden versuchten vergeblich, die »Bettelei« der Ausländer abzustellen.

Am 18. August 1944 kamen die 1.000 Jüdinnen aus Auschwitz in Allendorf an; sie wurden in einen besonderen Abschnitt des vorher von Zwangsarbeitern belegten Lagers »Münchmühle« gebracht. Die Altersstruktur der Allendorfer Jüdinnen war vergleichbar denen in Hessisch Lichtenau: zwischen 14 und 52 Jahren bei einem Durchschnittsalter von 26 Jahren[1286]. Die Arbeitszeit war wie in Hessisch Lichtenau, ebenso die Bedingungen der schweren und gefährlichen Arbeit. Am Abend des 26. März 1945 begann der Todesmarsch für die Allendorfer Jüdinnen: Fusstritte, Prügel und Erschiessungen durch die SS auch hier. Mindestens 20 Frauen sollen erschossen worden sein[1287]. Schon zwei Tage später werden sie in Ziegenhain von der US-Army befreit.

Die Zwangsarbeiter allgemein

Die ArbeiterInnen aus dem Osten Europas (Polen, Russen, Ukrainer usw.) haben in weiten Teilen der deutschen Wirtschaft mehr Probleme gebracht als dass sie den Arbeitsmarkt entlastet hätten. Die Probleme lagen teils in objektiven Tatsachen begründet (schlechte Versorgung, geringe Arbeitsleistung), teils in der Art und Weise, wie Deutsche diese Phänomene einordneten und bewerteten (»widerspenstige polnische Arbeitskräfte«, »disziplinlos«, »aufreizend«). Vorurteile spielten dabei sicher eine grosse Rolle.

Reaktionen seitens der ausländischen Arbeiter sind für Troisdorf kaum überliefert, schriftliche Erinnerungen sind kaum zu bekommen. Das hat viele Gründe, u. a. auch den, dass die sowjetischen ArbeiterInnen nach ihrer Rückkehr in die UdSSR mit grossen Unannehmlichkeiten rechnen mussten, ja sogar mit Verfolgung durch den KGB und mit dem GuLag: Man lese dazu - wenn auch auf einen Kriegsgefangenen bezogen - das Buch von Tschingis Aitmatov: *Ein Tag länger als das Leben*, München 1981, Seite 127 ff und Seite 244 (zuerst erschienen in »Nowyj Mir« 1980).

Die Russin Evdokija M. Golovan

Ihr Lebenslauf ist beredt genug. Durchaus typisch gerade für osteuropäische Arbeiter(innen) ist, dass sie den Namen des Unternehmens und auch den Ort nicht genau wusste.

Die Polinnen Joana Makowiak und Janina Mleczak

Die beiden polnischen Mädchen (Jahrgang 1928 und 1927) waren offensichtlich aufgeschlossener als die Russin. Vor allem Janina Mleczak, heute Frau Banas, stellte bei ihrem Besuch 1993 ihre unverminderte Kontaktfreudigkeit unter Beweis. So hat sie 1944 auch relativ schnell den Job einer Botin in der Züfa bekommen: Mit dem Fahrrad fuhr sie Post im Betrieb aus, war dadurch relativ frei und kam mit vielen verschiedenen Deutschen ins Gespräch. Sie war es auch, die das »P« - den Aufnäher auf der Kleidung - beim Spaziergang vom Lager Mülheimer Strasse[1288] nach Troisdorf hinein schnell abnahm und versteckte.

Die Belgierin Jeanne F.

Die (deutsche) Ehefrau wollte ihren Mann, weil er - angeblich - ein Verhältnis mit einer jungen Belgierin hatte, in den sicheren Tod schicken: Denn das hätte es bedeutet, wenn er im September 1944 noch eingezogen worden wäre. Man sehe noch einmal auf das bei »Denunziation« Gesagte!

Von einem Liebesverhältnis wissen wir nur aus den Behauptungen der Ehefrau. Es gibt keinen weiteren Beweis, dass tatsächlich ein solches existiert hat. Was die Ehefrau gemacht hat, war entweder fahrlässig dumm, oder sie wollte ihren Mann aus irgendeinem Grunde loswerden - dann ist ihre Behauptung eine Verleumdung der jungen Belgierin (und ihres Ehemannes natürlich).

Frau F. lebt heute in der Nähe von Brüssel. Sie hat 1993 die Einladung des Heimat- und Geschichtsvereins, Troisdorf zu besuchen, nicht angenommen; sie habe *zu schlechte Erinnerungen an Deutschland*.

Der Holländer Bertus Huybregts

Bertus Huybregts hat am Arbeitsplatz laut am Sieg der Deutschen gezweifelt, ein Kollege (und Parteigenosse) hat ihn daraufhin verpfiffen. Ein halbes Jahr Untersuchungshaft im Klingelpütz: Dort erst hat er Deutsch gelernt, dort hat er von Hinrichtungen im Klingelpütz gehört, dort ist er unter 50 kg abgemagert. Die Strafhaft verbüsste er in Wittlich; anschliessend musste er nach Troisdorf zurück.

Als junger Mann von ca. 20 Jahren hatte er in Breda (NL) als Dreher bei der schwedischen Firma Ericsson gearbeitet, von dort wurde er zwangsweise nach Deutschland geschickt. Nach der Haft gab er beim Arbeitsamt Siegburg an, er sei Automechaniker - mit dem Hintergedanken, dass Automechaniker kaum in grosse Betriebe vermittelt werden könnten. So kam er auch tatsächlich zu Opel Kümpel an der Frankfurter Strasse. In diesem Betrieb genoss er tatsächlich die erhoffte Freiheit, auch wenn der Seniorchef ein kantiger Mensch war. Bertus Huybregts wohnte bei einer Familie in der Strasse »Im Grotten«; bei dieser Familie war ein Zimmer frei geworden, als die Tochter 1941 bei einem Unglück in Bonn ums Leben gekommen war[1289].

Die Befreiung Troisdorfs durch die US-Army und die folgenden Tage hat M. Huybregts in schlechter Erinnerung. Die GIs haben ihn - und andere Ausländer - zunächst schlecht behandelt: ohne Essen auf dem Siegburger Marktplatz interniert und verdächtigt wegen seiner guten Deutschkenntnisse und seines geringen Alters.

Der Franzose André Leclère

André Leclère hat vom 11. Februar 1943 bis zum 16. April 1945 bei der DAG gearbeitet. Er stammt aus einem kleinen Dorf im Departement Aisne, wo er auch später noch wohnte[1290]. Die Dynamit Nobel hat ihm auf Anfrage am 4. April 1986 bescheinigt, dass er vom 18. Februar 1943 bis zum 29. Januar 1945 bei der DAG gearbeitet hat, und zwar zum Tariflohn der deutschen Arbeiter.

André war im Februar von dem SERVICE DU TRAVAIL OBLIGATOIRE (STO = Zwangsarbeitsdienst) aufgefordert worden, binnen drei Tagen sich zur Verschickung nach Deutschland bereit zu halten. Er und 12 weitere Arbeitskollegen wurden von einer Papierfabrik in Rougeries (Dep. Aisne) abgezogen.

Bei der DAG arbeitete André in dem Vulkanfiber-Betrieb an Plattentrocknern und hydraulischen Pressen, die die Feuchtigkeit aus dem Rohmaterial herauspressten. Aus dem Vulkanfiber wurden Flugzeugflügel hergestellt.

André hat im Betrieb zu Mittag gegessen; er besitzt noch heute eine Essenskarte vom Dienstag, dem 19.12.1944 (Nr. 1685, »Essen Vulkanfiber D.A.G. Kontrolle«) mit dem Zusatz

»Schwer«. Gewohnt hat er in den Baracken an der Mülheimer Strasse. Auch er bestätigt, dass das Russenlager besonders abgetrennt war, allerdings nur durch Maschendraht, nicht durch Stacheldraht, wie die Polinnen berichteten. Eine Unterhaltung mit den Russen war möglich.

Die Franzosen genossen offensichtlich beträchtliche Freizügigkeit: Die Fotos aus Königswinter und die AMICALE SIEGBURG-TROISDORF weisen darauf hin. Ausserdem besitzt André noch einen »Urlaubs-Schein« der »Dynamit-Actien-Gesellschaft / Ausländer - Lager« vom 19.11.1944, wonach ihm an diesem Tag Ausgang bis zur Dunkelheit erlaubt war. In einer Gaststätte in Spich an der Hauptstrasse hat er z. B. ganz offen mit Deutschen Bier getrunken. Er ist inzwischen verstorben.

Die »Bummelanten«

Die Nazis haben u. a. auch »Krieg« gegen das eigene Volk geführt. Die Kriegsproduktion erforderte natürlich eine völlig durchdisziplinierte Belegschaft. Diese Arbeits- und Lebensbedingungen - ganz abgesehen von den Beeinträchtigungen durch den Luftkrieg - haben trotzdem wenig Einfluss auf das Geschichtsbewusstsein der Durchschnittsdeutschen gehabt. Als »schlechte Zeit« galt bei vielen die Periode von 1945 bis ca. 1950.

Die Gräberliste der Zwangsarbeiter

Diese Liste beinhaltet die Toten aus dem gesamten heutigen Stadtgebiet, d.h. aus Troisdorf und den 1969 hinzugekommenen Ortschaften.

Die Gesamtzahl von 42 Toten erscheint nicht erschreckend hoch, wenn man die im allgemeinen miserable Behandlung der Zwangsarbeiter kennt. Die Zahl der Toten dürfte höher sein, wenn sich Vermutungen bewahrheiten, dass einige Tote nicht registriert worden sind - weder beim Standesamt noch bei Pfarrämtern. Solche Schätzungen müssten berücksichtigen, dass auch gegen Ende der Kriegshandlungen in Troisdorf einige Tote noch ordnungsgemäss registriert worden sind. Die Zahl der nicht registrierten Toten muss deswegen nicht allzu hoch sein.

Typisch ist der hohe Anteil sowjetischer Bürger; typisch ist auch die zehnfache Todesursache Lungentuberkulose bzw. -entzündung, was auf mangelhafte Ernährung und schlechte oder gefährliche Arbeitsbedingungen schliessen lässt; diese Diagnose ist ausdrücklich bei mehreren DAG-ArbeiterInnen gestellt worden.

Auffällig ist der hohe Anteil von Säuglingen und Kleinkindern: insgesamt fünf, alle waren Kinder russischer Mütter. Valentine ist nach einem Tag gestorben, Olga ist immerhin 9 Monate alt geworden.

Zwei russische Kinder haben deutsche Namen: Gerhard und Peter: Es soll nicht ungewöhnlich sein, dass Russen ihren Kindern deutsche Vornamen gegeben haben. Andererseits darf man wohl auch vermuten, dass die Kinder einen deutschen Vater hatten...

15 Personen sind in den 20er Jahren geboren, also sehr jung gestorben. Die Verteilung auf die Nationalitäten ist ebenfalls typisch: 11 Russinnen/ Russen, 2 Belgier, 1 Polin, 1 Jugoslawin.

Eher ein Sonderfall scheint die Todesursache Methylalkoholvergiftung zu sein. Beide Tote waren Russen und über 30 Jahre alt; bei Serjewitsch ist ausdrücklich vermerkt

»Landarbeiter«. Woher hatten sie ihr »Getränk«? Es soll vorgekommen sein, dass Arbeiter diesen »Stoff« bei der DAG »besorgt« haben. Warum haben diese beiden davon getrunken?

Und was steckt hinter der Todesursache »vom Zug überfahren«, vermerkt bei der 16jährigen Wolga [oder Olga ?] aus Woroschilowgrad? Damals fuhren die Züge langsamer und geräuschvoller als heute; sollte sie einen Zug übersehen haben? Wenn man sieht, dass sie in Oberlar gestorben ist, wo die Gleisanlagen breit und übersichtlich sind, scheidet ein Versehen wohl aus. War es Verzweiflung, d.h. Selbstmord? Wenn ja, was hat sie dazu bewogen? War sie schwanger?

Nach letzten Informationen ist es aber wahrscheinlicher, dass ihr Tod ein Unfall war. Zeitzeugen berichten, dass gerade russische Frauen (und auch Mädchen) die Gleise der Reichsbahn nach Bombenangriffen reparieren mussten. Demnach wäre Olga als Streckenarbeiterin bei der Arbeit getötet worden.

Archivalische Quellen

AMTSGERICHTE

Todeserklärungen

Name Vorname Amtsgericht	*Aktenzeichen*
Berger Sara Siegburg	7 II 52-3/51
Brünell Erwin Berlin-Schöneberg	24 II 223/52
Brünell Melly Euskirchen	4 II 131-2/52
Falkenstein Albert, Rosa, Ilse Siegburg	7 II 112-4/52
Falkenstein Jakob, Selma Siegburg	7 II 115-6/52
G[...], Johann Siegburg	7 II 46/55
Hirsch Johanna Dortmund	35 II 877/50
Levy Emil Hamburg	5 II 585/51
Levy Hans Hermann Waldbröl	5 II 59/53
Levy Leopold, Elisabeth Düsseldorf	42 II 276-7/58
Levy Philipp, Elise Wetzlar	II 8-9/53
Levy Samuel, Hedwig, Ruth Köln	4 II 47-9/50
Levy Sophia Siegburg	7 II 99/50
Marcus Albert, Amalie Siegburg	4a II 38-9/49
Marcus Max Köln	4 II 1826/50
Marx Erich Siegburg	4a II 196/49
Marx Rosa Siegburg	4a II 43/49
Meier Günter Siegburg	7 II 28/66
Meier Regina Siegburg	7 II 29/66
Mendel Elise, Albert, Fanny Köln	4 II 727-9/49
Pins Alfred, Rosalie Siegburg	7 II 183-4/50
Sommer Eduard, Johannetta Siegburg	4a II 227-8/49

Amtsgericht Siegburg, Grundakten

a) Gemarkung Troisdorf

Strasse Nummer (=Besitzer)	*Blatt*
Bergstrasse 17 (=Sommer)	312 und 1601

Frankfurterstr. 56 (=Wolf/Marx)	1601
Frankfurterstr. 76 (=Wolf/Marx)	1155
Hippolytusstr. 4 (=Faustgasse 4, =Brünell)	1210
Hofgartenstr. 8 (=Pins)	2224, 1601 und 1488
Kirchstr. 6 (=Levy)	2032 und 1601
Klevstr. 25 (=Wolf/Marx)	2036
(Lohmarerstr. 62-64, =Engländer)	96
Poststr. 71 (=Trösser)	1617

b) Gemarkung Sieglar

Stationsweg 4 (=SA-Heim)	1186

ARCHIV DER PFLEGEANSTALT HEGGBACH, 7951 Maselheim-Heggbach

Korrespondenzen u. a. mit der JKG Stuttgart

ARCHIV DES RHEIN-SIEG-KREISES, Siegburg, Akten des Landratsamtes Siegburg

Antijüdische Gesetze und ihre Durchführung, 1941-47	4594
Beaufsichtigung der Geisteskranken...1896-1937	410
Bürgermeisterstelle Troisdorf, 1899-1935	2618
Disziplinarverfahren, allgemein, 1891-1934	2258
Gemeindekasse Troisdorf, 1927-37	586
Gemeindesteuern und -abgaben, 1927-37	2952
Haushaltspläne Troisdorf, 1938-39	333
Haushaltspläne Troisdorf, 1929-38	331
Kommunismus, allgemein, 1919-36	526
Kreisausschuss des Siegkreises: Hauptakten betr. Kreisbeamte, Besoldung + Anstellung allgemein, 1919-33	2588
Kreisausschuss des Kreises Sieg: Acta personalia betr. Bgm. i. R. Helmuth Jakobs, 1934-36	2129
Kriegsgefangene als Arbeitskräfte, 1939-42, allgemein	3221
Lageberichte des Arbeitsamtes, des Wirtschafts- und Ernährungsamtes, 1944	3314
Lageberichte des Landrates an den Regierungspräsidenten, allgemein, 1944	3315
Lageberichte des Landrates an den Regierungspräsidenten, allgemein,	3318

1944-45	
Landräte, allgemein, 1846-1933	1004
Politische Betätigungen, allgemein, 1930-32	834
Politische Polizei, 1933-35	2850
Politische Gefangene, 1933	2853
Reichsarbeitsdienstlager Much, 1933-43	3045
Reichstags-Wahlen 1936, allgemein	769
Stimmungs- und Lageberichte, 1933-36	3263
Stimmungs- und Lageberichte, 1933-36	3262
Stimmungs- und Lageberichte, 1933-36	3261
Stimmungs- und Lageberichte, 1933-36	3260
Stimmungs- und Lageberichte, 1933-36	3259
Synagogen-Gemeinde, allgemein, 1917-35	91
Synagogengemeinde allgemein, 1832-1934	2072
Verkauf jüdischer Grundstücke, allgemein, 1938-43	3159
Wandergewerbescheine, allgemein, 1901-33	808
Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 1933-34	1835
Wirtschaftliche Lageberichte, Okt. 1939 - Mai 1945	3269-3320

ARCHIV, Historisches - der Stadt Köln: s. HISTORISCHES Archiv der Stadt Köln

ARCHIV, Politisches - des Auswärtigen Amtes, Bonn: s. POLITISCHES Archiv des Auswärtigen Amtes

ARCHIVES DEPARTEMENTALES, Pau, Frankreich

Akten des Internierungslagers Gurs betr. Erwin Brünell Nr. 15128

BUNDESARCHIV, Koblenz

Reichssicherheitshauptamt	R 58/219
Reichsverkehrsministerium	R 5/3618
Reichsarbeitsministerium	R 41

/168, /169, /170, /237a, /250, /288b

Bestand	NI
	/8313, /5685, /6234
Affidavit Zeidelhack	9192
Affidavit Zeidelhack	9193
Affidavit Schmied-Lossberg	7711
Mantelvertrag OKH/DAG (englisch) 1940	7771
Mantelvertrag OKH/WASAG 1937	7772
Pachtvertrag Montan/Verwertchemie	6780

Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher	All. Proz. 2

Reichminister für Bewaffnung und Munition/ Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion	R 3 /0405, /1032, /1414 vorl., /1417 vorl., /1721, /1857, /1890. /3053, /3053, /3055.

Deutsche Treuhand- und Revisions AG	R 84 /0295, /296, /0443, /1107.

BUNDESARCHIV-MILITÄRARCHIV, Freiburg

(Stammtafeln Kgf)	RW 6/v.450-453
Rüstungsinspektion Münster (=Wehrkreis VI), Kriegstagebuch	RW 20-6/1-12
Rüstungskommando Köln, Kriegstagebuch	RW 21-35/1-16
Sowj. Kgf Bau-Arb. Btl 106 - Abwehr -, Oktober 1944-März 1945	RH 49/115
Stalag Limburg	RH 49/52
Wehrkreiskommando VI	RH 53-6

DEUTSCHES ZENTRALARCHIV, Potsdam

Oberreichsanwalt/Volksgerichtshof: Urteil gegen Peter Ka. und Margarete Ke.

DIÖZESANARCHIV. LIMBURG

Nachlass Pfarrer Becker: 1 Photo der Anstalt Hadamar

DYNAMIT-NOBEL AG, Troisdorf, Werksarchiv

Verwert-Chemie	Ordner 33, Nr.456
Protokoll Hauptversammlung 30. 7. 1943	Ordner 37

HAUPTSTAATSARCHIV, Nordrhein-westfälisches -, Düsseldorf

Akten des Landgerichts Bonn

- Wiedergutmachungsamt

Falkenstein,Erben -		Rü 77/50
Levy	Samuel	Rü 84/49, Rü 124/52
Levy	Sophia	Rü 246/50, Rü 58/57
Marx	Rosa	Rü 81/49, Rü 84/49, Rü 112/52, Rü 114/52, Rü T 380/52, Rü T 460/52, Rü T 740/52, Rü T 742/52, Rü T 744/52
Pins	Alfred	Rü 301/50, Rü T 652/51
Sommer	Eduard	Rü 22/49
Trösser	Karoline	Rü 297/50, Rü T 576/52

Akten des Landgerichts Köln

- Wiedergutmachungsamt

Levy	Sophia	27 Rü 58/57
Marx	Rosa	Rü 170/59

- Wiedergutmachungskammer

Marx	Rosa	28 Rü Sp 404/59, 28 Rü Sp 405/59, 29 Rü Sp 496/61
Sommer	Eduard	Rü Sp 38/51

Akten des Landratsamtes Siegburg als Kreispolizeibehörde

	RW 18
Juden, 1938-41	/14
Juden, 1941-44	/18
Sabotage, Objektschutz, 1942-45	/19
Sabotage-, Spionage- und Feindabwehr, 1939-44	/20
Schutzhaft, 1938-41	/15
Verschiedenes (u. a. Heimtücke), 1937-43	/13

Akten des Landratsamtes Siegburg

Politische Gefangene, 1933	39
Politische Gefangene, 1933	33
Politische Polizei, 1935-36	38
Politische Polizei, 1933	221
Politische Polizei, 1933	5
Politische Polizei, 1933-34	423
Politische Polizei, 1933	44
Politische Polizei, 1934-35	34
Staatspolizei, 1934-36	538

Akten des Oberlandgerichts Köln

Urteil gegen J. H. (Az. : 24 Ks 10/49)	Rep. 145/472

Akten des Sondergerichts Köln

(84 Akten betreffend Troisdorfer, darunter:)	Rep. 112

Dooremoolen, Johann van	/17612
Huybregts, Gijsbertus	/18029
Nadal, Rafael Nadal u. a.	/18976
Zmuda, Ladislaus	/13652

Entnazifizierungsakte

Matthias Langen NW 1049 (Nr. 77575)

Gaubeauftragter Köln/Aachen des GB Bau RW 54 /48, /54, /94.

Gauwirtschaftskammer Köln/Aachen RW 13 /01

Gestapo Köln, Generalia	RW 34
Organisation und Verwaltung, 1943	/12
Arbeitserziehungslager, 1941	/27
Euthanasie	/30
Nachrichtenblatt 1 und 2, 1933	/01
Tages- und Wochenberichte, 1944	/08
Werkschutz, 1944	/15

Gestapo Aachen	RW 35
Rundschreiben und Erlasse	/06

HSSPF West	RW 37
Arbeitserziehungslager, 1949-1944	/14
Ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene, 1940-1944	/23
Polizeikampfgruppen, 1944-1945	/11

Kreisernährungsamt für den Siegkreis	RW 181
Ermittlungen wegen Fälschung von Lebensmittelkarten	/51
Versorgung von Häftlingen u. Strafgefangenen-	/47

Arbeitskommandos	
Versorgung der Besatzungstruppen und des Ausländerlagers in Wahn	/41

Landesamt für gesperrte Vermögen

- Rückerstattungsakten des Reg. -Bez. Köln

Levy	Samuel	36/101/16058 a
Levy	Sophia	36/1160/16194
Pins	Alfred	36/118/16102 a+b
Trösser	Karoline	36/20/1195 b

Landesarbeitsamt Rheinland	RW 86 /1, /2
Arbeitseinsatzlageberichte, 1940-1943	/3

Nachlass Wilhelm Hamacher	RWN 48
Entnazifizierungsprobleme	/85
Zentrumspartei im Siegkreis	/24

NS-Stellen	RW 23
Richtlinien zur Sicherung des Arbeitseinsatzes nach einem Grossangriff	/92
Feldurteil gegen W. O.	/233

Oberpräsident der Nordrhein-Provinz	NW 53
allg. Schriftverkehr mit der Militärregierung	/358-363
Arbeit	/387-388
Volkswohlfahrt	/382-383

Regierungspräsident Köln

Medizinalwesen (Sterilisationen)	Nr. 12740
dto. (Sterilisationen, Euthanasie)	Nr. 12741
dto. (EGG-Verfahren, Wiederaufnahmeverfahren)	Nr. 12809

SD im Westen	RW 33
Rednermaterial SD-Schule Bernau, 1938	/02

Zuchthaus Siegburg	Rep. 173

HISTORISCHES ARCHIV DER STADT KÖLN, Köln

Akten des Erbgesundheitsgerichts Köln betr. Martha (Az. : 102 XIII 802/34) Best. 689, Nr. 668

HISTORISCHES ARCHIV DES ERZBISTUMS KÖLN, Köln

Cellitinnen, 1860-1940	CR 18. 20
Krankenanstalten, 1934-1939	CR 18. 54,2
Niederlassung der Dienerinnen des heiligsten Herzens Jesu (Mutterhaus Wien) in der Provinzial-Kinderanstalt Bonn, 1926-1942	GVA Bonn überh. 59

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE, München

Bericht der Einsatzgruppe A, 31. 1.42 Fb 101/35

INSTYTUT, ZYDOWSKI HISTORYCZNY W POLSCE, Warschau s. ZYDOWSKI INSTYTUT

LANDESKLINIK, Rheinische -, Bonn

Karteikarten der Martha, Änne, Gisela

Krankenakten des Otto und der Ludmilla

ORTH, Linda, Kurzbericht über die Aussenfürsorge, 1981

PERSONENSTANDSARCHIV, Brühl

Sterbeurkunde A. H.

POLITISCHES ARCHIV des Auswärtigen Amtes, Bonn

Russland: SD-Einsatzgruppen, Berichte 1941-42 Inland II g 431

PSYCHIATRISCHE UND NERVENKLINIK, Köln

Krankenakte der Martha

REGIERUNGSPRÄSIDENT, Köln

unbezeichneter Bestand, betreffend Juden

STAATSARCHIV, Hessisches -, Marburg

Regierungspräsident Kassel 401.39

Beschaffung für Landwirtschaftsamt 160 a

STAATSARCHIV, Nordrhein-westfälisches -, Münster

Akten der Generalstaatsanwaltschaft Hamm, 1. Instanz, 1933-45

Urteil gegen M. O. (Az. : GenStAnw Hamm, OJ 26/34) Nr. 124

STADTARCHIVE bzw. kommunale Ämter:

STADTARCHIV Bonn

Westdeutscher Beobachter, 1933 ff

General-Anzeiger, 1933 ff

STADTARCHIV Dülmen

Judenschaft

Namensänderungen der Juden 1813

STADTARCHIV Hadamar

Foto der Heilanstalt

STADTARCHIV Hürth

Akte betr. Juden Altes Archiv, Nr. XVI/3

STADTARCHIV Rheinbach

Standesamt: Geburtenbuch

STADTARCHIV Siegburg

Fotos Brandstrasse

Meldeamt: Meldekarten

Nachlass Bers

Siegburger Zeitung, 1933 ff

Standesamt: Geburtenbuch

Westdeutscher Beobachter, 1933 ff

STADTARCHIV Troisdorf

Meldeamt: Meldekarten

Standesamt: Geburtenbuch

Bauamt: Bauakten

Hippolytusstr. 4

Frankfurterstr. 75

Bauverwaltungsamt

Akten betreffend Kriegsgräber

Akten der ehemaligen Gemeinde Troisdorf:

alte Signatur:

»Ortschronik«	
[Akten] betr. Erfassung des Parteivermögens [der NSDAP]	X II 1364
[Parteisachen] [1933 ff]	X II 874
Akten betreffend die Judenaktion	X II 1168
Ausländer, Aufenthalts-Anzeigen	
-, Zugänge: Italien (usw.), Polen (usw.), Italien (usw.), Russland	
-, Zu- und Abgänge: Russland, Ukraine	
-, Abgänge: Russland, Ukraine	
Bestattungsanträge 1939-1941	X II 1143
Mietakten der Eheleute Paul M[...] [1932-1938]	X II 817
Mietakten der Eheleute Anton Kn[...] [1933-1943]	X II 853
Nebenakten von 1927-34, betreffend Bgm. Langen, Bll. 159-244 (zit. : PA Langen I)	
Niederschriftenbuch über die Beratungen mit den Gemeinderäten, 1937-49	
Personalakte Langen, Nebenakten ab 1946, Bll. 180-283 (zitiert: PA Langen II)	
Protokollbuch der Gemeinde Troisdorf, 1926-37	
Schulchronik von Altenrath	
Unterlagen betr. die Verwaltung des Judenhauses Marx, Frankfurterstr. 56	X II 1121
verschiedene Altakten 1933-1945	X II 1328

Akten der ehemaligen Gemeinde Sieglar:

	alte Signatur:
Aktenblätter, lose 1850-1945	300
Allgemeine Reichs- und Landesverwaltung 1921-1934	296
Besoldung der Lehrpersonen 1920-1936	294
Gestapo 1936-1942	204
Gestapo 1937-1944	205
Landraths-Amt 1905-1934	240
Luftschutzmassnahmen (nur Troisdorf)	277

Polizeiwesen 1941-1944	302
Polizeiwesen 1937-1944	301
Reichstagswahlen 1933	236
Verfügungen über Lustbarkeiten 1932-1936	310
Verwaltung der Gemeinde1933-1945	180
Wohnungswesen (nur Troisdorf)	274

STADTARCHIV Waldbreitbach

Meldeamt: Meldekarten

STANDESAMT I, Berlin (West)

diverse Sterbeurkunden

WIENER LIBRARY, London

Fotos des Ghetto Lodz, 1941/42

ZYDOWSKI INSTYTUT HISTORYCZNY W POLSCE, Warschau

Manuskripte

PFARRARCHIV St. Hippolytus, Troisdorf

2 »Trostbriefe", 1 Sterbeurkunde

PRIVATE SAMMLUNGEN

»Leo«

Banas

Barczak

Becker

Cahn

Conrady

Dehez/Siebels

Dufeu

Flörken

Helzer

Huybregts

Jacobi

K. M.

Heinz Müller

Odenthal

Romazanowa

Stark

Steinhauer

Töppe

Danksagung (1986)

den Archiven:

Archiv des Rhein-Sieg-Kreises (den Herren Dr. Linn und Kalhöfer),

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (den Herren Dr. Faust und Dr. Renger),

den Stadtarchiven in Troisdorf (Herrn Frembgen), Dülmen, Hadamar, Hürth (Herrn Faust), Köln (Herrn Dr. Matzerath), Siegburg,

dem Historischen Archiv der Erzdiözese Köln.

von der Troisdorfer Stadtverwaltung Herrn Stadtdirektor Gerhardus, den Herren Deutschle, Grigo, Grossmann, Plugge † und Steinbach,

ausserdem den städtischen Ämtern (Standes-/Meldeämtern):

in Troisdorf (Frau Heimann und Herrn Tiller), Siegburg (Frau Müller und Herrn Wallraf), Berlin I, Bonn I, Bornheim, Detmold, Dortmund-Hörde, Duisburg, Ehringshausen, Erftstadt, Hamburg-Mitte, Karlsruhe, Köln, Lahnstein, Leverkusen, Lohmar, Mannheim, Mechernich, Much, Rheinbach, Ruppichteroth, Waldbreitbach, Weyerbusch, Wolgast (DDR);

dem Sonderstandesamt Arolsen;

dem Gesundheitsamt der Stadt Köln.

den Amtsgerichten:

in Siegburg (Verwaltung und Grundbuchabteilung), Dortmund, Düsseldorf, Euskirchen, Hamburg, Köln, Waldbröl, Wetzlar,

den Landgerichten: in Bonn, Köln

den Staatsanwaltschaften: in Hamm (General-S.), Bonn (Ober-S.).

ferner der Rheinischen Landesklinik Bonn (Frau Linda Orth), dem Psychiatrischen Krankenhaus Hadamar (Herr Kneuker), der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdischen Zusammenarbeit (Frau Christiane Hoss und Frau Elisha Tas).

Geholfen haben weiterhin:

Allgemeine Jüdische Wochenzeitung in Düsseldorf/Bonn, Archiv Auschwitz, Archives Départementales in Pau (Frankreich), Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bogota (Kolumbien), - in Australien

(Canberra), Bundesarchiv in Koblenz, Centre de Documentation Juive contemporaine in Paris, Commerzbank in Köln, Geschichtsverein für die Gemeinde Rösrath e. V., Hauptstaatsarchiv in Stuttgart, Heggbacher Einrichtungen in Maselheim-Heggbach, Hohenloher Tageblatt in Crailsheim, Institut für Zeitgeschichte in München, Israel Nachrichten in Tel Aviv, Jewish Agency in Jerusalem, Katholisches Pfarramt St. Hippolytus in Troisdorf, Katholisches Pfarramt St. Johannes in Troisdorf-Sieglar, Kreisbibliothek des Rhein-Sieg-Kreises in Siegburg, Nordrhein-Westfälisches Personenstandsarchiv in Brühl, Oberfinanzdirektion in Köln, Siegburger Redaktion des General-Anzeigers Bonn (Carsten Seim und Klaus Elsen), Universitätsbibliothek in Bonn, Volkshochschule Troisdorf-Niederkassel (Frau Kammerer und Herr Oelke), Wiener Library in London, Zydowski Instytut Historyczny w Polsce (Jüdisches Institut für Geschichte in Polen) in Warschau.

für Hinweise/ Mitteilungen/ dafür, dass sie meine Briefe beantwortet haben:

den Damen

Adolph, Dufeu †, Götz †, Gross, Hausmann †, Heise, Hofwalter, Jordans, K., Kargl, Keppler, Klein, Küpper, Loesch, Müller, Sattler, Stecklina, Stern, Toeppe, Waldmann †, Werner, Winkel †.

den Herren

Assenmacher †, Bonn, Engländer †, Gehlen, Giordano, Goddijn, Göllner, Haas †, Hamacher †, Heimannsberg, Heukamp, Hönscheid, Kaup †, Kiemes, Komorowski, Kraus, Küpper, Morlok, Ferdi Neusser †, Dr. Wilhelm Neusser †, Odenthal, Ossendorf †, Roedel †, Rösgen, Dr. Roggendorf, Ruschmeier †, Schafgans, Schmidt, Schramm, Steinbach, Stockhausen, Tüttenberg, Vorweg, Waibel, Waltermann, Weffer, Wiese, Ziert †, Zschake.

für Übersetzungen:

Michèle Mazagol und Gerd Speidel (Französisch), Dr. Renate Menge-Verbeeck (Russisch), Frau Lukaszcyk und Angela Jarek (Polnisch), Michael Wieseler (Jiddisch).

für Reproduktionen und Fotoarbeiten: Harry Mehling und Karl Frede.

für aktive Hilfe:

Jacqueline Berger, Britta Busch, Horst Grundmann, Harald Schliekert.

für viele und lange Gespräche:

Erna Herzberg † (Haifa, früher Flamersheim), Uri und Lea Arbel (Rosh Pinna),

und natürlich Julia Cahn, Norbert Cahn †, Erna Falkenstein, Anneliese Herrmann, Hilde Jonas †, Karola M. †, Erna N., Ludwig Pins †, Margot Tobias.

für finanzielle Unterstützung:

- dem Stadtrat von Troisdorf,
- dem Landschaftsverband Rheinland,
- der Ernst-Strassmann-Stiftung (Bonn).

und zuletzt Albert Kirschgens und dem Alano-Verlag, die sich sehr viel Mühe gegeben haben.

Die Beschäftigung mit der Troisdorfer Geschichte hat »unterwegs«, noch bevor dieses Buch erschien, auch zu Taten geführt. Am 8. Mai 1985 hat der Bürgermeister von Troisdorf, Hans Jaax, auf dem Jahnplatz einen Gedenkstein mit der Inschrift »Den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933-1945« eingeweiht. Anwesend waren auf Einladung der Stadt Troisdorf

- Hilde und Sally Jonas (1986 USA),
- Julia Cahn und Erna Falkenstein (USA),
- Ludwig und Luz Pins (1986 Kolumbien/USA);

ferner nahmen teil die Töchter der Familie Bernauer, Erna und Karola, mit Kindern und Enkelkindern.

Schüler der Realschule Heimbachstrasse legten einen Kranz nieder.

Am 10. November 1985 und dann jährlich an diesem Gedenktag legten die Jungsozialisten Troisdorf einen Kranz am Mahnmal nieder.

Während des Besuchs der ehemaligen Troisdorfer erfuhren wir, dass in Schweden Herr Norbert Cahn lebt, ein ehemaliger Sieglarer. Er wurde im September 1986 von der Stadt zu einem Besuch eingeladen.

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt, Berlin
aaO	am angegebenen Ort
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AG	Amtsgericht
Alt.	Altenrath, heute Stadtteil von Troisdorf
Anm.	Anmerkung
ArbA	Arbeitsamt
ARSK	Archiv des Rhein-Sieg-Kreises
Az.	Aktenzeichen
BA	Bundesarchiv, Koblenz
BA-MA	Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg
Bd.	Band
BDM	Bund deutscher Mädel
BdS	Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
Beig.	Beigeordneter
bes.	besonders
Bgm.	Bürgermeister
Bl. /Bll.	Blatt/Blätter
C. V.	CENTRAL-VEREIN DEUTSCHER STAATSBÜRGER JÜDISCHEN GLAUBENS
CDJC	CENTRE DE DOCUMENTATION JUIVE CONTEMPORAINE, Paris
ChSipoSD	Chef der Sicherheitspolizei und des SD
Claims	CONFERENCE CONFERENCE ON JEWISH MATERIAL CLAIMS AGAINST GERMANY
CO	Kolumbien
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAG	Dynamit-Nobel Actiengesellschaft, Troisdorf
DN	Dynamit NobelAG, Troisdorf
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DR	Deutsche Reichsbahn
dt.	deutsch

D-VO	Durchführungs-Verordnung
DVP	Deutsche Volkspartei
ebd.	ebenda
EGG	Erbgesundheitsgericht, Erbgesundheitsgesetz
EM	Ereignismeldung
f/ff	folgende(r)
F	Frankreich
FA	Finanzamt
Fa.	Firma
FS	Fernschreiben
FWH	Friedrich-Wilhelms-Hütte, heute Teil Troisdorfs
GA	General-Anzeiger, Bonn
GenStAnw	Generalstaatsanwalt
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt, Berlin
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GR	Gemeinderat
GruF	SS-Gruppenführer
GzVeN	Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
H	Ungarn
handschr.	handschriftlich
HAEK	Historisches Archiv des Erzbistums Köln
HAStK	Historisches Archiv der Stadt Köln
HBll	Heimatblätter
HED	Haupteisenbahndirektion
HJ	Hitler-Jugend
HPA	(Provinzial-) Heil- und Pflegeanstalt
HPFW	Höherer Polizeiführer West, Recklinghausen
Hrg.	Herausgeber
HSchaf	SS-Hauptscharführer
HStAD	NRW-Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf
HStuF	SS-Hauptsturmführer
I	Italien

IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IKG	Israelitische Kultusgemeinde
IMT	International Military Tribunal, Nuremberg
IRK	Internationales Rotes Kreuz
JKG	Jüdische Kultusgemeinde
JTC	Jewish Trust Company
k.	kommissarisch
KA	Krankenakte
KL	Konzentrationslager
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
krt.	kroatisch
KSA	Kölner Stadt-Anzeiger
KZ	Konzentrationslager
LA	Landratsamt oder Landesamt
LAS	Landratsamt, Siegburg
LG	Landgericht
LRS	Landratsamt des Siegkreises
LSK	Landratsamt des Siegkreises
lt.	laut
LThK	Lexikon für Theologie und Kirche
LVR	Landschaftsverband Rheinland, Köln
M.	Mark
Mitt.	Mitteilung
MStGB	Militär-Strafgesetzbuch
mündl.	mündlich
NL	Niederlande
NS-	Nationalsozialistische(r/s) -
NSBO	NS-Betriebszellenorganisation
o. a.	oben angeführt
O. M. G. U. S.	Office of Military Government for Germany, US
OB	Oberbürgermeister
OKW	Oberkommando der Wehrmacht

OLG	Oberlandgericht
ORR	Oberregierungsrat
OSchaf	SS-Oberscharführer
OStAnw	Oberstaatsanwalt
OStuF	SS-Obersturmführer
PA	Personalakte
p. a.	per annum = jährlich
passim	stellenweise
Pg.	Parteigenosse der NSDAP
Pol-VO	Polizei-Verordnung
preuß. / preuss.	preußisch
Psych. Köln	Psychiatrische und Nervenklinik, Köln
r.	recto, auf der Vorderseite
RAD	Reichsarbeitsdienst
RBD	Reichsbahndirektion
RGBl. I	Reichsgesetzblatt, Teil I
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RJM	Reichsjustizministerium
RK	Rotes Kreuz
RLK	Rheinische Landesklinik, Bonn
RM	Reichsmark
RMF	Reichsfinanzministerium
RMI	Reichsinnenministerium
RP	Regierungspräsident, Köln
RSA	Rhein-Sieg-Anzeiger, Siegburg
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RSK	Rhein-Sieg-Kreis
RSR	Rhein-Sieg-Rundschau, Siegburg
RT	Reichstag
RVJD	REICHSVERTRETUNG DER DEUTSCHEN JUDEN (ab 1933), REICHSVEREINIGUNG DER JUDEN IN DEUTSCHLAND (ab 1939)
RWS	Rheinisch-Westfälische Sprengstoff AG, Troisdorf
s.	siehe

S.	Seite
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst der SS
Sipo	Sicherheitspolizei
srb.	serbisch
SS	Schutzstaffel
Sta	Stadtarchiv
StaT	Stadtarchiv Troisdorf
StAM	NRW-Staatsarchiv, Münster
StandA	Standesamt
StAnw	Staatsanwalt(schaft)
StGB	Strafgesetzbuch
SU	Siegburg; als Nationalität: Sowjetunion
SZ	Siegburger Zeitung
T	Troisdorf
TJhh	Troisdorfer Jahreshefte
USchaf	SS-Unterscharführer
v.	verso, auf der Rückseite
VB	Völkischer Beobachter
Vf.	Verfasser
vgl.	vergleiche
VjhZG	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
VO	Verordnung
WB	Westdeutscher Beobachter
WHW	Winterhilfswerk
WL	Wiener Library, London
Z	Zentrum(spartei)
z. b. V.	zur besonderen Verwendung

kurze Erläuterung chemischer Begriffe

Dinitrobenzol	sehr giftig (Einatmen, Berühren, Verschlucken), Gefahr irreversibler Schäden, Verdacht kanzerogen, wassergefährdend
Hexogen	s. Zyklotrimethylen-trinitramin
Hokosalpeter	ätzend, nicht einatmen
Methanol	giftig, leicht entzündlich
Methylalkohol	s. Methanol
Nitropenta	s. Pentaerythrit-tetranitrat
Pentaerythrit-tetranitrat	hochexplosiver Sprengstoff
Pikrinsäure	giftig (Einatmen, Verschlucken, Berühren), explosiv, Verdacht kanzerogen
Toluol	minder giftig, leicht entzündlich
Trimethylamin	reizend, hochentzündlich, wassergefährdend
Trinitrotoluol	giftig (Einatmen, Verschlucken, Berühren), explosiv, Verdacht kanzerogen
Zyklotrimethylen-trinitramin	neben Nitropenta der brisanteste aller Sprengstoffe

Literaturverzeichnis

Adam, Uwe Dietrich. 1979. *Judenpolitik im Dritten Reich.* Düsseldorf : s.n., 1979.

Adler, H.G. 1960. *Theresienstadt 1941-1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft. Geschichte, Soziologie, Psychologie.* 2. Tübingen : s.n., 1960.

Adler, Hans Günther. 1974. *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland.* Tübingen : s.n., 1974.

—. 1958. *Die verheimlichte Wahrheit. Theresienstädter Dokumente.* Tübingen : s.n., 1958.

Aitmatov, Dschingis. 1981. *Ein Tag länger als das Leben.* München : s.n., 1981.

Aleff, Eberhard, [Hrsg.]. 1970. *Das Dritte Reich, 4. Auflage.* Hannover : s.n., 1970.

Arbeitskreis zur Erforschung der NS-"Euthanasie", [Hrsg.]. 2009. *... wir waren samt und sonders gegen die Durchführung der Euthanasie-Aktion." Zur NS-"Euthanasie" im Rheinland.* Münster/Ulm : Klemm & Oelschläger, 2009.

Arntz, Hans-Dieter. 1983. *Judaica. Juden in der Voreifel.* Euskirchen : s.n., 1983.

Artzt, Heinz. 1979. *Mörder in Uniform. Organisationen, die zu Vollstreckern NS-Verbrechen wurden.* München : s.n., 1979.

Asaria, Zvi, [Hrsg.]. 1959. *Die Juden in Köln. Von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart.* Köln : s.n., 1959.

Ballhause, Walter. 1985. *Licht und Schatten der dreissiger Jahre.* München : dtv, 1985.

Batawia, Stanislawa. Extermination of patients with mental disorders. *German Crimes in Poland.* Bd. 2, S. 149 ff.

Becker, Carl. 1968. Die Durchführung der Euthanasie in den katholischen karitativen Heimen für geistig Behinderte. *Jahrbuch der Caritaswwissenschaft.* 1968, S. 104 ff.

Bednarz, Wladyslaw. Extermination camp at Chelmno. *German Crimes in Poland.* Bd. 1, S. 109 ff.

Benz, Wolfgang, [Hrsg.]. 1989. *Die Juden in Deutschland 1933-1945. 2. Aufl.* München : s.n., 1989.

Berenstein, Tatiana, [Hrsg.]. 1960. *Faschismus, Ghetto, Massenmord. Dokumentation ... Juden ... Polen.* Berlin (DDR) : s.n., 1960.

Berger, Thomas, [Hrsg.]. 1981. *Lebenssituationen unter der Herrschaft des NS.* Frankfurt/M : s.n., 1981.

Bers, Wilhelm. 1964. Die Siegburger Juden. *HBll Siegkreis.* 1964, Bd. 86, S. 64 ff.

Bezwinska/Czech, [Hrsg.]. 1981. *KL Auschwitz in den Augen der SS. Höss, Broad, Kremer.* Katowice : s.n., 1981.

Bielefeld. 1927. Jüdische Familiennamen. *Heimatblätter Dülmen.* 1927, Bd. 7.

Binding/Hoche. 1922. *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Mass und ihre Form, 2. Aufl.* Leipzig : s.n., 1922.

Bludau, Kuno. 1973. *Gestapo geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945*. Bonn : Verlag Neue Gesellschaft, 1973.

Blumental, Nachman. 1946. *Obozy [=Lager]*. Lodz : s.n., 1946.

—. 1947. *Slowa niewinne [=Unschuldige Worte]*. Krakau/Lodz/Warschau : s.n., 1947.

Boberach, Heinz, [Hrsg.]. 1965. *Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des SD 1933-1944*. Neuwied/Berlin : s.n., 1965.

Bock, Gisela. 1986. *Zwangssterilisation im NS. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik*. Opladen : s.n., 1986.

Boll, Bernd. 1992. Zwangsarbeiter in Baden 1939-1945. *GWU*. 1992, Bd. 43, S. 523 ff.

Bonn, Stadtarchiv, [Hrsg.]. 1983. *Die nationalsozialistische Machtergreifung in Bonn 1932/33. Eine Dokumentation aus Bonner Zeitungen*. Bonn : s.n., 1983.

Bothien, Horst-Pierre. 1989. *Bonn in der NS-Zeit - Verfolgung und Widerstand*. Köln : s.n., 1989.

Bracher, Karl Dietrich. 1969. *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Folgen, Struktur des NS*. Köln/Berlin : s.n., 1969.

Bracher/Funke/Jacobsen, [Hrsg.]. 1983. *Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz*. Düsseldorf : s.n., 1983.

Bracher/Lademacher/Hey/Winkler, [Hrsg.]. 1983. *Die nationalsozialistische Machtergreifung. Der 30. Januar 1933 in Rheinland, Westfalen, Lippe*. Düsseldorf : s.n., 1983.

Brack, Ulrich. 1988. Der "Ausländer-Einsatz" bei den Chemischen Werken Hüls während des 2. Weltkrieges. *Lichtbogen. Hauszeitschrift der Hüls-Gesellschaften*. September 1988, Bd. 207, S. 18 ff.

—. 1986. *Herrschaft und Verfolgung. Marl im NS*. Essen : s.n., 1986.

Brathe, Heinz. 1978. Die "Reichskristallnacht" in Dülmen. *Dülmener Heimatblätter*. 1978, Bd. 3/4.

Broszat, Martin, [Hrsg.]. 1973. *Kommandant in Auschwitz. Höss, autobiographische Notizen*. München : dtv, 1973.

Brüning, Heinrich. 1970. *Memoiren 1918-1934*. Stuttgart : s.n., 1970.

Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, [Hrsg.]. 1982. *Anatomie des SS-States, 3. Aufl*. München : dtv, 1982.

Bundeszentrale für politische Bildung, [Hrsg.]. 1983. *Nationalsozialistische Herrschaft*. Bonn : s.n., 1983.

Central Commission for investigation, of German crimes in Poland, [Hrsg.]. 1947. *German Crimes in Poland*. Warschau : s.n., 1947. Bd. 2.

Central Commission for investigation, of German crimes in Poland, [Hrsg.]. 1946. *German Crimes in Poland*. Warschau : s.n., 1946. Bd. 1.

Centralna zydowska Komisja historyczna, [Hrsg.]. 1946. *Dokumenty i Materialy do dziejow okupacji niemieckiej w Polsce*. Warschau/Lodz/Krakau : s.n., 1946.

Chagoll, Lydia. 1979. *Im Namen Hitlers. Kinder hinter Stacheldraht*. Köln/Frankfurt/M : s.n., 1979.

Comité des délégations Juives, [Hrsg.]. 1983. *Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933. Paris 1934*. Berlin : s.n., 1983.

Comite internationale de la Croix Rouge, [Hrsg.]. 1969. *Vorläufiges Verzeichnis der KZ und deren Aussenkommandos ... 1933-1945*. Arolsen : s.n., 1969.

Cukier, Faye. 2012. *Flucht vor dem Hakenkreuz*. Köln : s.n., 2012.

Czech, Danuta. 1960. Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1942. *Hefte von Auschwitz*. 1960, Bd. 3, S. 47 ff.

Czerniakow, Adam. 1986. *Im Warschauer Ghetto, Das Tagebuch des A.C. 1939-1942*. München : s.n., 1986.

Dabrowska/Dobroszycki, [Hrsg.]. 1965. *Kronika Getta Lodzkiego, 2 Bde*. Lodz : s.n., 1965.

Dalicho, Wilfent. 1971. *Sterilisationen in Köln auf Grund des GzVeN nach den Akten des EGG Köln 1934-1943, Diss.med*. Köln : s.n., 1971.

Denzler/Fabricius, [Hrsg.]. 1984. *Die Kirchen im Dritten Reich. Christen und Nazis Hand in Hand?, Bd.2: Dokumente*. Frankfurt/M : s.n., 1984.

Deutschkron, Inge. 1985. *Ich trug den gelben Stern*. München : dtv, 1985.

Dieckhöfer, Klemens. 1984. Von der Irrenfürsorge zur wissenschaftlich begründeten Psychiatrie. 100 Jahre Rheinische Landesklinik Bonn. *Bonner Geschichtsblätter*. 1984, Bd. 35, S. 215 ff.

Diner, Dan, [Hrsg.]. 1987. *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*. Frankfurt/Main : Fischer, 1987.

Dörner, Klaus, [Hrsg.]. 1985. *Gestern minderwertig - heute gleichwertig? Folgen der Gütersloher Resolution ...* Gütersloh : s.n., 1985.

—. 1967. NS und Lebensvernichtung. *VjhZG*. 1967, Bd. 15, S. 121 ff.

Dortmund, Stadtarchiv, [Hrsg.]. 1981. *Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945*. Dortmund : s.n., 1981.

Dressen, Wolfgang. 1998. *Betrifft "Aktion 3". Deutsche verwerten jüdische Nachbarn*. Düsseldorf/Berlin : s.n., 1998.

Düwell, Kurt. 1968. *Die Rheingebiete in der Judenpolitik des NS vor 1942*. Bonn : s.n., 1968.

Ein Heer der Vergessenen. Die sozial verfolgten des Dritten Reichs. Immer noch Opfer zweiter Klasse. **Dörner, Klaus. 1985.** 23. 08 1985, Die Zeit.

Eisenbach, Artur, [Hrsg.]. 1946. *Getto Lodzkie [=Ghetto Lodz]*. Warschau/Lodz/Krakau : s.n., 1946.

—. 1960. Operation Reinhard. Mass Extermination of the jewish population in Poland. *Polish Western Affairs*. 1960, Bd. 3, S. 80 ff.

Eschwege, Helmut, [Hrsg.]. 1966. *Kennzeichen "J". Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933-1945*. Berlin (DDR) : s.n., 1966.

Euthanasie. **Klee, Ernst. 1986.** 07. 03 1986, Die Zeit, S. 65 ff.

Faust, Anselm, [Hrsg.]. 1992. *Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933-1945*. Köln/Stuttgart/Berlin : s.n., 1992.

Ferencz, Benjamin. 1981. *Lohn des Grauens. Die verweigerte Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter*. Frankfurt/New York : s.n., 1981.

Fidler/Gernert. 1981. Das Kriegsgefangenenlager "Hoffnungsthal" in der Wahner Heide. *Schriftenreihe des Geschichtsvereins Rösrath*. 1981, Bd. 5, S. 158 ff.

Fischer, Helmut. 1991. Die Geschichte der NSDAP, Ortsgruppe Hennef. Ein Zeitdokument. Ein "Ehrenbuch des deutschen Dorfes". *HBll Rhein-Sieg-Kreis*. 1991, Bd. 59, S. 128 ff.

Fischer/Ludwig-Winters. 2007. *Die Wertheims*. Hamburg : Rowohlt, 2007.

Flörken, Norbert. 2023. Peter Ziert (1909-1938), ein Kommunist aus Sieglar, und seine Käthe. *Troisdorfer Jahreshefte*. 2023, Bd. 53, S. 22 ff.

—. 1993. *Quellen zur Geschichte Troisdorfs 1933-1945*. [Hrsg.] Heimat- und Geschichtsverein Troisdorf. Troisdorf : Verlag Troisdorfer Schriften, 1993. Bd. 7.

—. 2009. *Quellen zur Geschichte Troisdorfs im "Dritten Reich"*. [Hrsg.] Stadtarchiv Troisdorf. Troisdorf : s.n., 2009.

—. 1986. *Troisdorf unter dem Hakenkreuz*. Aachen : Alano, 1986.

Focke/Reimer. 1980. *Alltag der Entrechteten. Wie die Nazis mit ihren Gegnern umgingen*. Reinbek : Rowohlt, 1980.

—. 1980. *Alltag unterm Hakenkreuz. Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten*. Reinbek : Rowohlt, 1980.

Fremerey-Dohna/Schoene, [Hrsg.]. 1985. *Jüdisches Geistesleben in Bonn 1786-1945*. Bonn : s.n., 1985.

Fuks/Hoffmann/Horn/Tomaszewski. o.J.. *Polnische Juden. Geschichte und Kultur*. Warschau : s.n., o.J.

Gansen, Peter. 1940. Das Bürgerbuch von Troisdorf. *HBll Siegkreis*. 1940, Bd. 16, S. 262 f.

—. 1928. Über Familiennamen und Bürgerrecht der Juden (im Siegkreis). *HBll Siegkreis*. 1928, Bd. 4, S. 41 ff.

Geimer, Maria. 1952. Zeittafel zur Geschichte Troisdorfs. *HBll Siegkreis*. 1952, Bd. 20, S. 57 ff.

Geldverschwendung an Schwachsinnige und Säufer. ... Zwangsterilisierte ... **Klee, Ernst. 1986.** 25. 04 1986, Die Zeit, S. 41 ff.

Gelsenkirchen, Stadt und VHS, [Hrsg.]. 1980. *Gelsenkirchen 1933-1945*. Gelsenkirchen : s.n., 1980.

Gilbert, Martin. 1982. *Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas*. Reinbek : Rowohlt, 1982.

Glowna Komisja badani zbrodni, hitleroskich w Polsce, [Hrsg.]. 1979. *Obozy Hitlerowskie na ziemach polskich (Hitler-Lager auf polnischem Boden)*. Warschau : s.n., 1979.

Göllner, Uwe. 1987. *75 Jahre Schwarze Kolonie in Troisdorf FWH*. Troisdorf : s.n., 1987.

Görgen, Hans-Peter, [Hrsg.]. 1982. *Dokumentation zur Geschichte der Stadt Düsseldorf, Bd. 3 und 4*. Düsseldorf : s.n., 1982.

Gottwaldt/Schulle. 2005. *Die Judendeportationen aus dem Deutschen Reich 1941-1945*. Wiesbaden : Marix, 2005.

Graml., Hermann. 1997. Die Wehrmacht im Dritten Reich. *VjhfZG*. 1997, S. 383.

Greiffenhagen, Martin und Sylvia. 1979. *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands*. München : s.n., 1979.

Grosse, Pascal. 1983. *Psychiatrie im NS. Die Provinzial- Heil- und Pflegeanstalt Bonn von 1939 bis 1945*. Bonn : s.n., 1983.

Grossmann/Gahlmann, [Hrsg.]. 1983. *Nationalsozialismus. Arbeitsmaterial Sekundarbereich II*. München : s.n., 1983.

Gruchmann, Lothar. 1972. Euthanasie und Justiz im Dritten Reich. *VjhZG*. 1972, Bd. 20, S. 235 ff.

Guerra/Günter. 1992. *Aufbruch in Troisdorf*. Essen : s.n., 1992.

Gumkowski, Janusz, [Hrsg.]. 1967. *Briefe aus Litzmannstadt*. Köln : s.n., 1967.

Gutheil, Jörn-Erik, [Hrsg.]. 1984. *Einer muss überleben. Gespräche mit Auschwitz-Häftlingen 40 Jahre danach*. Düsseldorf : s.n., 1984.

Hamilton, Richard F. 1990. Das Aufkommen des NS. *Verwalten ist Gestalten. Festschrift Armin Danco*. Düsseldorf : s.n., 1990.

Heiber, Helmut. 1956. Aus den Akten des Gauleiters Kube. *VjhZG*. 1956, S. 67 ff.

Hellmund, Rudolf. 1981. ... denn sie trugen den Davidstern. *Troisdorfer Jahreshefte*. 1981, Bd. 11, S. 69 ff.

—. 1984. Zeuge der Zeitgeschichte. Befragung zum Altenrather Exodus 1938. *Troisdorfer Jahreshefte*. 1984, Bd. 14, S. 86 ff.

Henkys, Reinhard. 1964. *Die NS-Gewaltverbrechen. Geschichte und Gericht*. Stuttgart/Berlin : s.n., 1964.

Herbert, Ulrich. 1985. *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes"* ... Berlin/Bonn : s.n., 1985.

Herkenrath, Gottfried. 1938. Aus der Geschichte des MGV der RWS Troisdorf. *HBll Siegkreis*. 1938, Bd. 14, S. 38 ff.

Hermes, Sabine. 1983. *Fremdarbeiter in Troisdorf 1940-1945*. Troisdorf : s.n., 1983.

Hershkovitch, Bendet. 1950. The Ghetto in Litzmannstadt/Lodz. *Yivo Annual of jewish social Science*. 1950, S. 85 ff.

Heuzeroth, Günter. 1985. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter während des 2. Weltkrieges im Westerwald. *Hjb Kreis Altenkirchen*. 1985.

Hey/Radkau, [Hrsg.]. 1980. *Nationalsozialismus und Faschismus, 2. Aufl.* Stuttgart : s.n., 1980.

Heydecker, Joe J. 1983. *Das Warschauer Ghetto. Foto-Dokumente eines deutschen Soldaten aus dem Jahre 1941*. München : dtv, 1983.

Hilberg, Raul. 1982. *Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesanmtgeschichte des Holocaust*. Berlin : s.n., 1982.

—. 1981. *Sonderzüge nach Auschwitz*. Mainz : s.n., 1981.

Hitler, Adolf. 1937. *Mein Kampf, 254.-258. Aufl.* München : s.n., 1937.

Hockerts, Hans-Günter. 1971. *Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensgeistliche und Priester 1936/37* ... Mainz : s.n., 1971.

Hofer, Walther, [Hrsg.]. 1982. *Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945*. Frankfurt/M : Fischer, 1982.

Höhne, Heinz. 1981. *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS. 3. Aufl.* München : Goldmann, 1981.

—. 1983. *Die Machtergreifung. Deutschlands Weg in die Hitlerdiktatur*. Reinbek : Rowohlt, 1983.

Hönscheid, Rolf. 1979. Die Rote Kolonie. *Troisdorfer Jahreshefte*. 1979, Bd. 9, S. 3 ff.

Hrabar/Tokarz/Wilczur. 1981. *Kriegsschicksale polnischer Kinder*. Warschau : s.n., 1981.

Huckenbeck, Ernst, [Hrsg.]. 1981. *Terror. Verfolgung. Kirchenkampf. Zur Geschichte Hildens im Dritten Reich*. Hilden : s.n., 1981.

Huiskes, Manfred, [Hrsg.]. 1983. *Die Wandinschriften des Kölner Gestapo-Gefängnisses im EL-DE-Haus 1943-1945*. Köln/Wien : s.n., 1983.

IMT, [Hrsg.]. 1947. *Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, 42 Bde.* Nürnberg : s.n., 1947.

Janssen, Karl-Heinz. 1983. *Der 30. Januar. Ein Report über den Tag, der die Welt veränderte*. Frankfurt/Main : s.n., 1983.

Joerger, Kuno, [Hrsg.]. 1920. *Caritashandbuch. Ein Leitfaden* ... Freiburg : s.n., 1920.

Jung, Werner, [Hrsg.]. 2014. *Wände, die sprechen ... Die Wandinschriften im Kölner Gestapogefängnis im EL-DE-Haus*. Köln : Emons, 2014.

Kaplan, Jacob. 1945. French Jewry under the Occupation. *The Amercican jewish Yearbook*. 1945, Bd. 47, S. 71 ff.

Karlsruhe, Staatliche Kunsthalle, [Hrsg.]. 1983. *Karlsruher Kinder im "Dritten Reich", 2. Aufl.* Karlsruhe : s.n., 1983.

Kaul, F.K. 1973. *Nazimordaktion T 4. Ein Bericht über die erste industriemässig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes*. Berlin (DDR) : s.n., 1973.

Kempner, Robert, [Hrsg.]. 1983. *Der verspätete Nazi-Stopp. Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung 1930*. Frankfurt/M : Ullstein, 1983.

Kermisz, Jozef, [Hrsg.]. 1946. *"Akcie" i "Wysiedlenia" [=Aktion und Umsiedlung]*. Warschau/Lodz/Krakau : s.n., 1946.

Kirschgens/Spelsberg. 1983. *Einigkeit statt Recht und Freiheit. Aachen 1933*. Aachen : s.n., 1983.

Klarsfeld, Serge, [Hrsg.]. 1977. *Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich*. Paris : s.n., 1977.

—. 1978. *Le Memorial de la Deportation des Juifs de France*. Paris : s.n., 1978.

Klee, Ernst. 1983. *"Euthanasie" im NS-Staat. Die "Vernichtung lebensunwerten Lebens"*. Frankfurt/Main : s.n., 1983.

—. 1985. *Dokumente zur "Euthanasie"*. Frankfurt/M : Fischer, 1985.

Klee/Dressen/Riess, [Hrsg.]. 1988. *"Schöne Zeiten". Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer*. Frankfurt/M : s.n., 1988.

Klein/Rennen, [Hrsg.]. 1981. *Iustitia Coloniensis. Landgericht und Amtsgericht Köln erzählen ihre Geschichte(n)*. Köln : s.n., 1981.

Klewitz, Bernd. 1986. *Die Arbeitssklaven der Dynamit Nobel. Sklavenarbeiter und KZ-Häftlinge ...* Schalksmühle : s.n., 1986.

Kogon/Langbein/Rückerl, [Hrsg.]. 1983. *Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas. Eine Dokumentation*. Frankfurt/Main : s.n., 1983.

Köln, Erzdiözese, [Hrsg.]. 1933. *Handbuch der Erzdiözese Köln, 23. Ausgabe*. Köln : s.n., 1933.

Köln, Stadt, [Hrsg.]. 1981. *Kölner Biographien: Wilhelm Sollmann*. Köln : s.n., 1981.

Köln, Stadtarchiv, [Hrsg.]. 1974. *Widerstand und Verfolgung in Köln 1933-1945*. Köln : s.n., 1974.

Kölnische Gesellschaft, für christl.-jüd.Zusammenarbeit, [Hrsg.]. 1985. *Heilen und Vernichten im NS, Katalog*. Köln : s.n., 1985.

Kommission Frankfurter Juden 1933 ff, [Hrsg.]. 1963. *Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945*. Frankfurt/M : s.n., 1963.

Koniecuny/Szurgacz, [Hrsg.]. 1976. *Documenta Occupationis, Bd. X:Praca Przymusowa Polakow pod Panowaniem Hitlerowskim 1939-1945*. Posen : s.n., 1976.

König/Schneider. 1987. *Sprengstoff aus Hirschhagen. Vergangenheit und Gegenwart einer Munitionsfabrik, 2. Aufl.* Kassel : s.n., 1987.

Krausnick/Wilhelm. 1981. *Die Trupe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sipo und SD 1938-1942*. München : s.n., 1981.

Kubuschok/Weisstein. 1950. *Rückerstattungsrecht der britischen und amerikanischen Zone. Kommentar zum Militärregierungsgesetz 59.* München/Berlin : s.n., 1950.

Labor Auschwitz. Von der Datensammlung über Aussonderung zum Massenmord ... **Riedl, Joachim. 1985.** 27. 09 1985, Die Zeit.

Laharie, Claude. 1985. *Le Camp de Gurs 1939-1945. Un aspect meconnu de l'Histoire du Béarn.* Pau : s.n., 1985.

Lammel, Inge. 1980. *Das Arbeiterlied.* Frankfurt/M : s.n., 1980.

Langbein, Hermann. 1980. *Menschen in Auschwitz.* Frankfurt/Main : s.n., 1980.

Langhoff, Wolfgang. 1978. *Die Moorsoldaten. 13 Monate Konzentrationslager, 4. Aufl.* Stuttgart : s.n., 1978.

Lanzmann, Claude. 1986. *Shoah.* Düsseldorf : s.n., 1986.

Lederer, Zdenek. 1953. *Ghetto Theresienstadt.* London : s.n., 1953.

Leipert/Styrnal/Schwarzer. 1987. *Verlegt nach unbekannt. Sterilisation und Euthanasie in Galkhausen 1933-1945.* Köln : s.n., 1987.

Leiser, Erwin, [Hrsg.]. 1984. *"Mein Kampf". Eine Bilddokumentation der Jahre 1914-1945, 3. Aufl.* Frankfurt/M : s.n., 1984.

Lichtenstein, Heiner. 1979. *Majdanek. Reportage eines Prozesses.* Frankfurt/Main : s.n., 1979.

Linn, Heinrich. 1985. "Juden an Rhein und Sieg". Eine Ausstellung des Archivs des Rhein-Sieg-Kreises. *HBll Rhein-Sieg-Kreis.* 1985, Bd. 53, S. 165 ff.

—. 1983. *Juden an Rhein und Sieg.* Siegburg : s.n., 1983.

Loewenstein, Karl. 1956. Minsk. Im Lager der deutschen Juden. *Aus Politik und zeitgeschichte.* 07. 11 1956, S. 705 ff.

Lorant, Stephan. 1985. *Sieg Heil! Eine deutsche Bildgeschichte von Bismarck zu Hitler, 6. Aufl.* Frankfurt/Main : s.n., 1985.

Luczak, Czeslaw, [Hrsg.]. 1975. *Documenta Occupationis. Bd. IX: Polozenie Polskich Robotnikow Przymusowych w Rzezy 1939-1945.* Posen : s.n., 1975.

Lukaszkiewicz, Zdzislaw. Sobibor Extermination Camp. *German Crimes in Poland.* Bd. 2, S. 97 ff.

Lyon, Ernst. 1964. Biographische Fragmente aus einer kleinen Judengemeinde (Siegburg). *HBll Siegkreis.* 1964, Bd. 86, S. 48 ff.

Mann, Golo. 1966. *Deutsche Geschichte.* Frankfurt/Main : s.n., 1966.

Maschmann, Melita. 1963. *Fazit.* Stuttgart : s.n., 1963.

Matiello/Vogt, [Hrsg.]. 1986. *Deutsche Kriegsgefangenen- und Internierungseinrichtungen 1939-1945. Handbuch und Katalog.* Koblenz : s.n., 1986.

Meynert, Joachim, [Hrsg.]. 1988. *Ein Spiegel des eigenen ich. Selbstzeugnisse antisemitisch Verfolgter.* Brackwede : s.n., 1988.

Michaelis/Schraepler, [Hrsg.]. o.J.. *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung ...* Berlin : s.n., o.J.

Mitscherlich, Alexander und Margarete. o.J.. *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens.* Stuttgart/Hamburg : s.n., o.J.

Mitscherlich/Mielke, [Hrsg.]. 1983. *Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses.* Frankfurt/Main : Fischer, 1983.

Morsey, Rudolf, [Hrsg.]. 1968. *Das "Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933.* Göttingen : s.n., 1968.

—. 1963. Der Beginn der "Gleichschaltung" in Preussen. Adenauers Haltung in der Sitzung des "Dreimännerkollegiums" am 6. Februar 1933. *VjhZG.* 1963, S. 85 ff.

Müller, Hermann W. 1991. Lachend in den Tod - Ende eines Tagesausflugs 7.9.1941. *Troisdorfer Jahreshefte.* 1991, Bd. 21, S. 23 ff.

Müller, Rolf. 1969. *Geschichte der Troisdorfer Pfarreien.* Siegburg : s.n., 1969.

Müller, Ulrich. 1985. Von der Irrenanstalt zur Rheinischen Landesklinik Düsseldorf. [Hrsg.] LVR. *im blickpunkt.* 09 1985, Bd. 12.

Mundorf, Hans. 2008. 1929 Troisdorfer Spätlese. [Hrsg.] Heimat- und Geschichtsverein. *Schriftenreihe.* 2008, Bd. 16.

Neuhäusler, Johann. 1946. *Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des NS gegen die katholische Kirche und kirchlicher Widerstand, 2. Aufl.* München : s.n., 1946.

NN, [Hrsg.]. 1988. *Medizin im NS.* München : s.n., 1988.

—. 1965. *Unsere Ehre heisst Treue. Kriegstagebuch des Kommandostabes Reichsführer SS und von Sonderkommandos der SS.* Wien : Europa, 1965.

Novak, Vaclav, [Hrsg.]. 1974. *Terezin.* Prag : s.n., 1974.

O.M.G.U.S., [Hrsg.]. 1985. *Ermittlungen gegen die Deutsche Bank.* Nördlingen : s.n., 1985.

Ossendorf, Karlheinz, [Hrsg.]. 1985. *Troisdorf, wie es einmal war.* Neunkirchen : s.n., 1985.

Oz/Oz-Salzberger. 2013. *Juden und Worte.* Berlin : Suhrkamp, 2013.

Paucker, Arnold, [Hrsg.]. 1986. *Die Juden im NS-Deutschland. The Jews in Nazi Germany 1933-1943.* Tübingen : s.n., 1986.

Pehle, Walter, [Hrsg.]. 1988. *Der Judenpogrom 1938. Von der "Reichskristallnacht" zum Völkermord.* Frankfurt/Main : Fischer, 1988.

Philipp, Berthie. 1949. *Die Todgeweihten. Roman um Theresienstadt.* Hamburg : s.n., 1949.

Pilichowski, Czeslaw. 1980. *Es gibt keine Verjährung.* Warschau : s.n., 1980.

Poliakov/Wulf, [Hrsg.]. 1983. *Das Dritte Reich und die Juden.* Frankfurt/Main : s.n., 1983.

Puvogel, Erika. 1987. *Gedenkstätten für die Opfer des NS. Eine Dokumentation.* Bonn : s.n., 1987.

Rahne, Hermann. 1983. *Mobilmachung. Militärische Mobilmachungsplanung und -technik in Preussen und im Deutschen Reich.* Berlin (DDR) : s.n., 1983.

Reder, Rudolf, [Hrsg.]. 1946. *Belzec.* Krakau : s.n., 1946.

Rehmann, Ruth. 1982. *Der Mann auf der Kanzel. Fragen an einen Vater.* Berlin (DDR) : s.n., 1982.

Reifenrath, Bruno H. 1982. *Die Internierung der Juden in Much.* Siegburg : s.n., 1982.

Reitlinger, Gerald. 1961. *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945, 4. Aufl.* Berlin : s.n., 1961.

Reuband, Karl-Heinz. 2001. Denunziation im Dritten Reich. *Historical Social Research.* 2001, S. 219 ff.

Rexhaus, Waltraud. 2012. Jüdische Familien in Lohmar. *Lohmarer heiamtblätter.* 2012, Bd. 26.

Richarz, Monika, [Hrsg.]. 1982. *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte.* Stuttgart : s.n., 1982.

Rosenberg, Heinz. 1985. *Jahre des Schreckens. ... und ich blieb übrig, dass ich dir's ansage.* Göttingen : s.n., 1985.

Rückerl, Adalbert, [Hrsg.]. 1972. *NS-Prozesse. Nach 25 Jahren Strafverfolgung: Möglichkeiten, Grenzen, Ergebnisse, 2. Aufl.* Karlsruhe : s.n., 1972.

—. 1982. *NS-Verbrechen vor Gericht. Versuch einer Vergangenheitsbewältigung.* Heidelberg : s.n., 1982.

—. 1978. *NS-Vernichtungslager im Spiegel deutscher Strafprozesse. Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno, 2. Aufl.* München : dtv, 1978.

Rusinek, Bernd A. 1989. *Gesellschaft in der Katastrophe. Terror, Illegalität, Widerstand Köln 1944/45.* Essen : s.n., 1989.

Schabow, Dietrich. 1979. *Zur Geschichte der Juden von Bendorf.* Bendorf : s.n., 1979.

Schilling, Konrad, [Hrsg.]. 1964. *Monumenta Judaica. 2000 Jahre Geschichte und Kultur der Juden am Rhein, 2. Aufl.* Köln : s.n., 1964.

Schmid, Heinz Dieter. 1979. *Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt [d.i. Reutlingen].* Frankfurt/M : s.n., 1979.

Schmieder, Fritz. 1936. *Das Geburtstrauma im Fragenkreis des Erbgesundheitsgerichts Köln, Diss. med.* Köln : s.n., 1936.

Schminck-Gustavus, Christoph, [Hrsg.]. 1984. *Hungern für Hitler. Erinnerungen polnischer zwangsarbeiter im Deutschen Reich 1940-1945.* Reinbek : Rowohlt, 1984.

Schmitz, J. 1938. Altenrath. *HBll Siegkreis.* 1938, Bd. 14, S. 73 ff.

Schoenberner, Gerhard, [Hrsg.]. 1982. *Der gelbe Stern. Die Judenverfolgung in Europa 1933-1945.* Frankfurt/M : s.n., 1982.

—. 1981. *Wir haben es gesehen. Augenzeugenberichte über die Judenverfolgung im Dritten Reich.* Wiesbaden : s.n., 1981.

Schorn, Helmut. 1959. *Der Richter im Dritten Reich. Geschichte und Dokumente*. Frankfurt/Main : s.n., 1959.

Schramm, Hanna, [Hrsg.]. 1977. *Menschen in Gurs. Erinnerungen an ein französisches Internierungslager 1940-41*. Worms : s.n., 1977.

Schubert, Helga. 1990. *Judasfrauen. Zehn Fallgeschichten weiblicher Denunziation im Dritten Reich*. Frankfurt : Luchterhand, 1990.

Schulte, Albert. 1979. Die Friedrich-Wilhelms-Hütte. Troisdorfs jüngster Ortsteil. *Troisdorfer Jahreshefte*. 1979, Bd. 9, S. 119 ff.

—. 1983. Die Machtergreifung 1933 in Sieglar. *Troisdorfer Jahreshefte*. 1983, Bd. 13, S. 2 ff.

—. 1968. *Kirchen und Schulen der Gemeinde Sieglar*. Sieglar : s.n., 1968.

Schulz, Gerhard. 1974. *Die Anfänge des totalitären Massnahmenstaats*. Frankfurt/Main : Ullstein, 1974.

Schwarberg, Günther. 1982. *Der SS-Arzt und die Kinder. Bericht über den Mord vom Bullenhuser Damm*. München : Goldmann, 1982.

Siegfried, Klaus-Jörg. 1988. *Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945*. Frankfurt/New York : s.n., 1988.

Starke, Käthe. 1975. *"Der Führer schenkt den Juden eine Stadt". Bilder, Impressionen, Reportagen, Dokumente*. Berlin : s.n., 1975.

Streichardt, Gerd. 2008. Nicht alle waren Mörder. Katharina Overath ... *Lohmarer Heimatblätter*. 2008, Bd. 22, S. 60 ff.

Streit, Christian. 1978. *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945*. Stuttgart : s.n., 1978.

Szrojt, Eugene. Belzec Extermination Camp. *German Crimes in Poland*. Bd. 2, S. 87 ff.

Thieleke, Karl-Heinz, [Hrsg.]. 1965. *Fall 5. Anklageplädoyer, ausgewählte Dokumente, Urteil des Flick-Prozesses ...* Berlin (DDR) : s.n., 1965.

Trippen, Peter Paul. 1940. *Heimatgeschichte von Troisdorf*. Köln : s.n., 1940.

Troisdorf, VHS, [Hrsg.]. 1985. *Troisdorfer Senioren erzählen Geschichte(n)*. Troisdorf : s.n., 1985.

Trunk, Isaiah. 1972. *Judenrat. The jewish Councils in eastern Europe under Nazi Occupation*. New York/London : s.n., 1972.

Vaupel, Dieter. 1988. "Unauslöschliche Spuren". Zwangsarbeiterinnen der DAG berichten nach mehr als 40 Jahren. *1999 Zs.f.Sozialgeschichte*. 1988, Bd. 4, S. 60 ff.

—. 1984. *Das Aussenkommando Hessisch-Lichtenau des KZ Buchenwald 1944/45, 2. Aufl*. Kassel : s.n., 1984.

—. 1987. Zwangsarbeiterinnen für die DAG. *1999 Zs.f.Sozialgeschichte*. 1987, Bd. 1, S. 50 ff.

Verschleppt, verwaltet, vergessen. ... russische Patienten in Wiesloch. **Klee, Ernst. 1986.** 20. 06 1986, Die Zeit, S. 29.

Vespignani, Renzo. 1976. *Über den Faschismus.* [Hrsg.] Neue Gesellschaft für Bildende Kunst. Berlin (West) : s.n., 1976.

Viersen, Kreis, [Hrsg.]. 1991. *Geschichte der Juden im Kreis Viersen.* Viersen : s.n., 1991.

von dem Knesebeck, Rosemarie. 1980. *Filbinger gegen Hochhuth. Die Geschichte einer Vergangenheitsbewältigung.* Reinbek : Rowohlt, 1980.

von Münch, Ingo, [Hrsg.]. 1982. *Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems.* Paderborn : s.n., 1982.

Voswinckel/Berninger, [Hrsg.]. 2005. *Exil am Mittelmeer. Deutsche Schriftsteller in Südfrankreich 1933-1941.* München : Allitera, 2005. S. 167.

Wagner, Johannes Volker. 1983. *Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und NS-Alltag in einer Revierstadt.* Bochum : s.n., 1983.

Waibel, Alfons. 1983. *Das Euthanasieprogramm des Dritten Reiches. Die Ereignisse in Heggbach und Ingerkingen.* Maselheim-Heggbach : s.n., 1983.

Walk, Joseph, [Hrsg.]. 1981. *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat Eine Sammlung ...* Heidelberg/Karlsruhe : s.n., 1981.

Walterscheid, Joseph. 1966. Der Volkshausprozess (1933). *HBll Siegkreis.* 1966, Bd. 91, S. 33 ff.

Wanjekewitsch, Alla Georgiejewna. 1986. *Exkursion nach Trostenez [russisch].* Minsk : s.n., 1986.

Weinmann, Martin, [Hrsg.]. 1990. *Das nationalsozialistische Lagersystem - Catalogue of Camps and Prisons ...* Frankfurt/M : s.n., 1990.

Weisenborn, Günther, [Hrsg.]. 1962. *Der lautlose Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes 1933-1945.* Hamburg : Rowohlt, 1962.

Wellers, Georges. 1946. *De Drancy à Auschwitz.* Paris : s.n., 1946.

Werner, Wolfgang Franz. 1983. *"Bleib übrig!" Deutsche Arbeiter in der NS-Kriegswirtschaft.* Düsseldorf : s.n., 1983.

Weskamp, Albert. 1911. *Geschichte der Stadt Dülmen 1311-1911.* Dülmen : s.n., 1911.

Westphalen, Ludger Graf von. 1971. *Geschichte des Antisemitismus in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert.* Stuttgart : s.n., 1971.

Winkler, Dörte. 1977. *Frauenarbeit im Dritten Reich.* Hamburg : s.n., 1977.

Winter, A. 1987. Der Ruhrkampf im Amtsbezirk Marl. *Vestischer Kalender.* 1987, S. 76 ff.

Wisskirchen, Josef. 1987. *Juden in Stommeln, Teil 2.* Pulheim : s.n., 1987.

Wulf, Josef. 1962. *Lodz. Das letzte Ghetto auf polnischem Boden.* Bonn : s.n., 1962.

Zelzer, Maria. 1964. *Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden. Ein Gedenkbuch.* Stuttgart : s.n., 1964.

Zimmer, Hasko. 1984. Faschismus als Gesang. *Diskusion Deutsch.* 1984, Bd. 74, S. 368 ff.

Zwölf blieben am Leben. Der Bericht eines Entkommenen. **Burstein, Ignatz. 1944.** New York : s.n., 21. Juli 1944, Aufbau.

Index

A

Aachen 17, 137, 166
Abscheu 139
Abschiedsbrief 77
Abt 130
Adenauer 42
ADGB 13, 175
Adolph 173
Affidavit 163
Afrika 56
AG 163, 164, 175, 178
Agger 8, 11
Agnes 8
Ahlbeck 62
Aisne 157
Akademiker 29, 39
Aktion 26, 68, 83, 86, 87, 89, 99, 101, 108, 125, 127, 133, 134
Albert 28, 29, 49, 54, 57, 59, 64, 68, 70, 73, 84, 88, 89, 90, 93, 110, 147, 160, 174
Alexander 135
Allendorf 153, 155, 156
Allendorfer Höhe 155
Alltag 7, 8, 72, 155
Alt 10, 90, 115, 116, 151, 175
Altenrath 7, 8, 17, 19, 49, 50, 51, 52, 170, 175
Altreich 74, 77
Am Teich 155
Ammon 12
Ammoniak 76
Amsterdam 98
Amtsgericht 25, 53, 103, 160, 175
Andernach 125, 131
André 146, 157, 158
Ankläger 43
Anna 135
Anpassung 59, 138
Anstalt 123, 125, 126, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 151, 164
Anton 23, 24, 89, 111, 135, 143, 170
Apotheker 60
Araber 65
Arbeit 4, 41, 45, 46, 55, 65, 70, 71, 76, 80, 82, 83, 88, 116, 119, 132, 153, 154, 156, 159, 167
Arbeitsamt 13, 29, 75, 157, 175
Arbeitserziehungslager 117, 166
Arbeitskommando 78, 80, 83
Arbeitskräfte 118, 154, 156, 161
Arbeitslager 87
Arbeitsplatz 29, 68, 117, 157
Aretz 70
Arier 61
Arlt 84, 94, 95, 96, 150
Armee 150
Arolsen 172
Asche 89, 126, 127, 129, 151
Assenmacher 173
Aufbau 35, 41, 147, 152, 153, 155
Auferstehung 45
Aufrichtigkeit 143
Augustowo 137
Augustowska 87
Auschwitz 4, 66, 72, 90, 91, 92, 93, 96, 97, 98, 100, 154, 155, 156, 172
Ausstellung 50, 146

B

Bad Godesberg 32
Baden 64
Banas 145, 153, 156, 171
Bankguthaben 104, 109
Baranowicze 93
Barczak 171
Batterie 67
Bauer 39, 101
Bauern 101, 134
BDM 47, 175
Becker 52, 164, 171
Bedburg 134
Bedburg-Hau 134
Beethoven 61
Beigeordneter 19, 25, 175
Belgien 29, 51, 65, 96, 99, 154
Belzec 84, 88, 89, 99, 150
Bendix 103, 109
Bendorf 85
Bendorf-Sayn 85
Berger 68, 90, 92, 160, 173
Bergheim 43, 149
Berghold 13, 14

Bergstrasse 66, 69, 70, 92, 107, 114, 151, 160
Berlin 10, 25, 30, 35, 44, 46, 48, 56, 67, 70, 78, 79, 81, 83, 93, 124, 125, 126, 129, 160, 171, 172, 175, 176
Bernauer 62, 93, 100, 101, 117, 174, 206
Bernburg 125, 128, 129, 131, 132
Bers 102, 169
Betriebsführer 117, 152
Beuel 23
Beurlaubung 40, 42
Bewegung 10, 19, 34, 46, 141
Beziehungen 113, 118
Biebow 75, 76, 79
Bier 158
Binding 122, 123
Binz 150
Birkenau 92, 155
Bischof 127
Blagowtschina 150
Blobel 80
Blum 147
Blumen 34, 71
Blut 78, 81, 95, 102, 130
Bocklemünd 120
Bogota 172
Boller 45
Bonn 7, 40, 43, 44, 53, 56, 70, 85, 102, 103, 109, 111, 113, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 145, 146, 157, 162, 164, 168, 169, 172, 173, 174, 176, 178, 206
Börgermoor 31
Bornheim 116, 172
Bothmann 77, 80
Bottrop 60
Bouhler 124, 125
Bousquet 97
Boykott 57, 116
Brack 125
Brand 49, 53, 63
Brandenburg 125
Brandt 124, 125
Braschos 145
Braun 11
Brauweiler 24, 27, 31, 64, 129
Breda 157
Bremen 81, 83
Brod 96, 97
Brodesser 46
Broermann 38
Bröhle 26
Bromberg 93, 94
Brot 55, 77, 82, 91, 92
Bruder 13, 14, 23, 26, 27, 63, 64, 70, 98, 132, 133
Brühl 168, 173
Brünell 54, 57, 59, 65, 73, 77, 96, 97, 98, 110, 160, 161, 162
Brünn 81, 83
Bruno 8, 16, 18
Brüssel 96, 118, 157
Büchel 63
Buchenwald 154, 155
Bürger 34, 35, 36, 45, 59, 139, 150, 158
Bürgermeister 6, 11, 12, 15, 16, 17, 18, 20, 23, 24, 25, 26, 28, 29, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 43, 44, 46, 48, 51, 52, 53, 54, 57, 58, 59, 67, 68, 69, 72, 84, 87, 100, 116, 126, 134, 140, 141, 146, 174, 175, 206
Burkhardt 81, 82
Buttlar 14, 15, 17, 20, 25, 27, 42, 44, 45, 48, 147, 206

C

Caecilia 34, 36, 37
Cahn 65, 66, 93, 107, 145, 149, 171, 173, 174
Canberra 173
Carl 10, 34, 50
CDJC 175
Chalons 97
Chaos 91, 139
Charlottenburg 125
Chelmno 72, 73, 77, 78, 79, 80, 84, 96, 100, 107, 108
Chronik 77
Commerzbank 105, 173
Conrady 145, 171
Corbach 145
Cornides 88
Court 45, 47, 69
Crailsheim 173

D

Dachau 64, 112
DAF 42, 175
DAG 29, 31, 42, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 56, 112, 115, 116, 118, 119, 134, 140, 141, 151, 152, 153, 157, 158, 159, 163, 175
Dannecker 97
Dattenfeld 135, 136

David 89
de Haer 70, 100, 115, 116, 117, 134
Dederichs 145, 146
Defektmenschen 122, 123
Degussa 103
Dehez 171
Demokratie 37, 40
Denkschrift 117
Denunziation 52, 148, 156
Deportationen 72, 99, 104
der Ehren 33, 37
Deserteur 141, 142
Desinfektion 128
Detmold 172
Deutz 73, 85, 93, 94
Diktatur 52
Dinitrobenzol 180
Disziplinarverfahren 43, 161
DN 116, 153, 157, 175
Dohmen 206
Donrath 101
Dörpen 31
Dorth 101
Dortmund 70, 92, 160, 172
Drancy 73, 97, 98
Draussmühle 155
Dreieck 119
Dufeu 171, 173
Duisburg 20, 172
Dülmen 93, 169, 172
Dunkel 7
Düren 133
Düsseldorf 17, 64, 65, 78, 81, 98, 145, 149, 160, 164, 172, 176
Dzialoszyc 75

E

Ebert 24, 36, 38
Eck 29
EGG 123, 167, 176
Ehe 55, 56, 98, 100, 102
Ehre 61
Ehrenbürger 34, 35
Ehrenbürgerbrief 35
Ehrenbürgerschaft 37
Ehrenrechte 55
Ehringshausen 172
Ehrverlust 30
Eichen 35
Eichmann 66, 79, 84, 97
Eifer 46, 50
Eigennutz 35
Eil 51
Einberufung 118
Einigkeit 36
Einsatzgruppe 82, 168
Einwilligung 120
Eisen 74, 77, 154
Elbe 101
EL-DE 24, 52, 119, 120
Elfgen 15
Elias 62
Elisabeth 23, 65, 66, 93, 98, 102, 160
Elsen 173
EM 176
Emigranten 143
Emigration 24, 59
Endenich 85, 106
England 98
Engländer 52, 161, 173
Entlassung 14, 17, 18, 28
Entschädigung 116, 121
Erbgesundheitsgericht 123, 130, 131, 132, 133, 176
Erbgesundheitsgesetz 121, 123, 176
Eremitage 30, 49
Erftstadt 172
Erholung 26, 42
Ernst 11, 44, 45, 46, 47, 87, 112, 174
Erschiessung 14, 137
Ersfeld 111
Erzdiözese 172
Erziehung 133
Essen 28, 31, 58, 60, 81, 116, 155, 157
Esser 126, 145
Essig 76
Eugen 80
Eupen 29
Eure 94
Euskirchen 160, 172
Euthanasie 8, 120, 121, 122, 123, 125, 126, 127, 129, 132, 136, 151, 166, 167
Eva 63, 70, 103, 113
Evakuierung 68

F

Fabrik 33, 66, 77, 152, 153, 154
Fahne 31, 32, 36, 44
Falkenhahn 155
Falkenstein 64, 65, 66, 70, 93, 149, 160, 164, 173, 174
Fanatiker 122

Faust 172
Faustgasse 110, 161
Feder 14
Feier 33, 34, 35, 37, 40, 41, 42
Feinde 55
Felix 37
Ferdinand 19
Filk 70
Finanzamt 106, 107, 110, 114, 151, 176
Fischbach 145
Fische 148
Flamersheim 173
Flecken 86
Fleckes 46
Fleckfieber 75
Fleisch 55, 64, 89, 91
Fleischer 14, 149
Fleischmann 92
Flick 116
Flugblatt 48
Flugblätter 26, 48, 55, 140
Folter 153
Forsbach 38
Fort 100, 101
Frank 81, 83
Frankfurt 78, 81
Frankreich 51, 96, 97, 98, 99, 146, 150, 154, 162, 172, 176
Franziskaner 133
Frauen 17, 62, 74, 77, 82, 83, 87, 92, 98, 99, 117, 118, 124, 148, 154, 155, 156, 159
Frechen 39
Freiburg 122, 126, 145, 163, 175
Freiheit 17, 18, 26, 36, 62, 157
Fremdarbeiter 115, 116, 120, 153
Frenkel 70
Freund 62, 142
Frick 10
Frieden 45
Friedrich-Wilhelms-Hütte 7, 17, 19, 31, 146, 176
Fröhlich 62
FS 176
Führer 15, 16, 18, 19, 36, 46, 48, 52, 53
Funk 108
Fürth 87
FWH 16, 18, 31, 176

G

Galen 127
Galgen 120
Galkhausen 130, 134
Gans 102
Gansen 102
Ganzen 34
Gas 42, 78, 96, 97, 105, 126
Gaskammer 72, 99, 133, 155
Gaswagen 77, 78, 84, 96, 150
Gefängnis 12, 14, 16, 17, 18, 22, 23, 24, 30, 52, 59, 91, 114, 206
Gefühl 40, 122
Gehlen 173
Gehör 35, 36
Geistingen 126
Geistlichkeit 35
Gekrat 125, 126
Gelassenheit 99
Gelbfärbung 152
Geld 74, 76, 91, 99, 105, 107, 108, 112, 113, 123, 134
Gemeinderat 19, 29, 32, 33, 35, 37, 39, 140, 176
Gemeinderatssitzung 34, 37, 38, 41
Gemeinnutz 35
Generalbevollmächtigte 117
Generalgouvernement 86, 88
Genf 96
Georg 46, 49
Gerhard 142, 158
Gericht 8, 30, 39, 55, 88, 107, 110, 131, 137, 138, 148
Gerstein 88
Gertrud 63, 145
Geruch 89
Gerüchte 126, 147
Geschäft 64, 71, 100
Geschlechtsverkehr 61, 118
Geschmack 44
Gesellschaft 122, 152, 153, 172
Gesetz 38, 39, 44, 61, 96, 121, 137, 139, 176
Gestapa 46, 47, 176
Gestapo 20, 24, 26, 27, 28, 32, 43, 46, 47, 48, 49, 51, 53, 54, 56, 64, 67, 68, 74, 75, 77, 84, 86, 97, 99, 100, 102, 104, 105, 106, 109, 116, 118, 119, 120, 166, 170, 176
Getto 74, 75, 83
Gettoverwaltung 74, 107
Gewehre 12
Gewinn 108
Gewissen 53, 113, 143
Ghetto 59, 67, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 80, 81, 82, 83, 84, 86, 91, 101, 105, 107, 111, 171

Ghettogeld 107
Ghettoverwaltung 75, 76, 79, 107
Giordano 173
Gisela 133, 168
Gleuel 26
Glück 8, 13, 30, 118
Gnadentod 125, 126
Godesburg 32
Goebbels 45, 86
Gold 103, 105, 107, 108
Goldschmidt 92
Göring 10, 15, 17, 27, 32, 53, 58, 70, 206
Gottfried 16, 18
Götz 8, 16, 24, 25, 173
Grafenberg 126
Grafeneck 125, 127
Granaten 154
Greiser 77
Griechenland 31
Grille 146, 152
Grippe 82, 135
Grohé 50
Gross 173
Gruben 94, 95, 96
Grundstück 20, 103, 110, 112, 113, 114
Guerra 153
Günter 64, 68, 70, 93, 98, 145, 160
Gurs 96, 97, 162
Gutachten 130, 131
GzVeN 121, 124, 176

H

Haas 173
Hadamar 125, 126, 127, 129, 131, 133, 143, 151, 164, 169, 172
Haft 18, 19, 20, 22, 24, 26, 28, 29, 52, 157
Haftbefehl 13, 30
Häftlingslager 27
Hagen 11, 19, 20, 33, 34, 89, 206
Haifa 173
Halle 118
Hamacher 23, 24, 37, 38, 139, 143, 167, 173
Hamburg 78, 80, 81, 82, 84, 160, 172
Hamm 29, 168, 169, 172
Handelsmann 149
Handlung 42, 122, 142
Hartheim 125
Harzem 23
Hauptmann 137
Hauptverhandlung 30
Hausfriedensbruch 32
Haut 102, 117, 154
HED 93, 176
Heedt 117
Heidelberg 134
Heim 12, 21, 23, 102, 113, 133, 134, 135
Heimann 145, 172
Heimat 49, 50, 51, 52, 60, 65, 66, 74, 87, 107, 118, 141, 146, 147, 153, 157
Heimtücke 149, 165
Heinrich 11, 13, 19, 23, 26, 27, 28, 29, 44, 142, 146, 147
Heirat 102, 119
Heise 173
Held 67
Heller 12
Helzer 171
Hennef 84, 146
Henseler 14
Herbert 77, 125, 133, 151
Herborn 133, 151
Herchenbach 33, 36
Hermann 10, 15, 16, 17, 18, 27, 32, 65, 93, 160
Herrmann 173
Herschbach 49
Herz 51, 85, 135
Herzberg 173
Herzschwäche 75, 92, 135, 136
Hessisch Lichtenau 146, 152, 153, 154, 155, 156
Hexogen 180
Hilarius 29
Hilfrich 127
Hindenburg 10, 12, 34, 35, 36, 37, 38, 41
Hinrichtung 120
Hippolytus 46, 142, 145, 171, 173
Hirsch 9, 69, 70, 90, 92, 149, 160
Hirschfeld 44, 59
HJ 19, 53, 176
Hoche 122, 123
Hochverrat 30
Hoeck 49
Hoegen 8, 24
Hof 21, 22, 79, 93, 94, 95, 98, 101, 106, 150
Hoffmann 93, 94, 95, 150
Hoffstätter 36
Hofgartenstrasse 64, 69, 70, 114
Höfle 87, 88
Hofwiese 155
Hokosalpeter 180
Holland 65, 99
Homberg 7, 20, 28, 141

Honnef 63
Hoppe 11, 206
Hörsch 23, 28, 29, 140
Horst 7, 26, 27, 28, 37, 41, 45, 48, 73, 173
Horst-Wessel-Lied 28, 37, 41, 45
Hospital 24, 82
Huiskes 146
Hüls 153
Hunger 75, 77, 90, 153
Hürth 26, 169, 172
Hütte 12, 19, 48
Huybregts 146, 148, 149, 153, 157, 166, 171
Hygiene 155

I

Ihrlich 32
IKG 86, 177
IMT 177
Industrie 72, 116, 147, 152
Innungen 45
Invalidenstation 135
IRK 177
Isbica 86, 87
Israel 62, 66, 79, 101, 114, 173
Italien 56, 66, 154, 170, 176
Izbica 84, 85, 86, 87, 88, 89, 100

J

Jacob 4
Jacobi 171
Jakob 22, 23, 28, 49, 64, 93, 140, 160
Jakobs 44, 51, 59, 161
Jerusalem 102, 173
JKG 161, 177
Johann 12, 13, 16, 17, 18, 19, 138, 142, 147, 160, 166
Johannes 136, 173
Jonas 65, 107, 173, 174
Josef 8, 11, 13, 16, 17, 18, 24, 26, 27, 28, 29, 45, 46, 63, 64, 65, 86, 98, 99, 106, 111, 135, 140, 149, 206
JTC 109, 177
Jude 60, 62, 72, 74, 79, 80, 83, 90, 93, 98, 101, 104, 107, 111, 113, 114
Juden 7, 54, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 110, 111, 112, 113, 121, 127, 139, 143, 147, 149, 150, 151, 165, 168, 169, 178, 206
Judenaktion 86, 170
Juden-Boykott 57, 147
Judengarten 150
Judenhaus 70, 84, 107
Judenhäuser 67, 68
Juden-Möbel 150
Judenschaft 169
Judenvermögensabgabe 103, 104
Justiz 10, 44, 139, 148

K

KA 177
Kaas 35, 139
Kader 20
Kaiser 111
Kälte 72, 90
Kanzlei 125
Kapitel 72, 116, 206
Kargl 173
Karl 12, 16, 17, 18, 19, 21, 33, 45, 70, 81, 122, 125, 151, 173
Karlsruhe 172
Karski 72
Karstadt 60
Kaspar 116
Kassel 60, 100, 168
Katharina 27
Kaufmann 39, 63
Kaufvertrag 110
Kaunas 117
Kaup 173
Keller 79, 119
Kenntemich 31, 62, 100, 142
Kiefer 89
Kiel 30
Kirchhainer Weg 155
Kirchstrasse 16, 19, 25, 38, 40, 63, 64, 71, 110, 140
Kirmes 52
KL 177
Klee 121
Klein 13, 14, 68, 69, 116, 134, 151, 173
Kleinbahn 45, 55, 78, 115
Klima 24, 153
Klingelpütz 17, 27, 157
Klöckner 8, 44, 45, 47, 115, 116, 140
Kloster 85, 134
Klöster 126
Knaup 52

Knochen 89, 97, 139
Koblenz 17, 27, 84, 85, 145, 162, 173, 175
Kohl 91
Kohlenmonoxyd 125
Köhn 46, 52
Kolleve 36
Köln 7, 12, 13, 14, 17, 18, 20, 22, 23, 24, 26, 27, 29, 40, 42, 44, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 63, 67, 68, 73, 78, 84, 85, 93, 94, 99, 100, 101, 102, 105, 106, 109, 110, 111, 112, 113, 116, 117, 119, 120, 123, 126, 129, 130, 131, 140, 141, 143, 145, 146, 160, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 172, 173, 176, 177, 178
Kölner Kontroverse 148
Kolo 78
Kommando 15, 77, 78, 80
Komorowski 173
Königsberg 93
Königsfeld 24
Königswinter 158, 206
Konrad 16, 18, 42
Kontinuität 42
Konzentrationslager 27, 28, 118, 177
Kowno 80, 117
KPD 7, 10, 11, 12, 13, 15, 16, 19, 20, 24, 25, 28, 30, 31, 33, 37, 44, 46, 47, 48, 129, 140, 141, 147, 148, 177
Krakau 86
Krankenblatt 135
Krankenhaus 14, 23, 44, 82, 115, 126, 172
Krasnystaw 85, 87
Kraus 173
Kreislaufschwäche 127, 135
Kreissparkasse 105, 107, 110, 111
Kreuz 99, 106, 136, 177, 178
Kreuzberg 85
Krieg 25, 56, 65, 66, 67, 70, 75, 87, 95, 98, 101, 111, 112, 115, 152, 158
Kriegsgefangene 77, 117, 146, 161, 166
Kriegsproduktion 158, 163
Kriegstagebuch 163
Kube 83
Kühe 87
Kuhn 12, 17, 18, 19
Kulmhof 77
Kunibert 146
Kurt 44, 88, 133, 151
Küster 142
Kuttenkeuler 14
KVJD 31
KZ 22, 27, 31, 64, 116, 117, 129, 154, 155, 177

L

Lager 27, 49, 50, 67, 68, 81, 83, 84, 85, 87, 92, 96, 97, 98, 102, 116, 119, 134, 141, 150, 154, 156, 158
Lahnstein 151, 172
Landesarbeitsamt 167
Landgericht 56, 88, 109, 111, 113, 132, 177
Landrat 11, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 25, 26, 27, 28, 29, 31, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 51, 53, 54, 58, 67, 84, 100, 102, 123, 126, 147, 206
Landratsamt 13, 14, 25, 31, 44, 48, 68, 84, 177
Landwirtschaft 84, 86, 87, 135
Lange 34, 77, 78, 79, 80
Langen 8, 11, 12, 15, 16, 17, 18, 20, 33, 37, 39, 40, 41, 42, 57, 58, 112, 166, 170, 206
Langenfeld 130
Lebensmittel 71, 107
Leber 154
Lechenich 96
Leclère 146, 153, 157
Lehrer 12, 19, 39
Leichtsinn 53
Leiden 122, 125, 133
Leipzig 122
Leo 14, 129, 130, 131, 171
Leopold 65, 98, 160
Leserbrief 19
Leverkusen 172
Levi 114
Levy 57, 63, 64, 65, 68, 73, 77, 80, 84, 93, 98, 106, 110, 111, 113, 149, 160, 161, 164, 167
Ley
  Willi 36
LG 177
Lichtenau 153, 156
Limburg 125, 127, 129, 163
Linden 125
Linn 146, 172
Linz 125
Litzmannstadt 67, 73, 75, 77, 104
Lob 139
Lodz 67, 72, 73, 75, 76, 77, 78, 80, 90, 104, 107, 111, 171
Loewenstein 81, 82, 83, 84
Loge 80

Lohmar 8, 38, 51, 52, 101, 102, 172
Lohse 83
London 72, 171, 173, 179
Lörrach 87
Lublin 84, 85, 86, 87, 88, 89, 99
Lücke 122
Ludmilla 135, 136, 168
Ludwig 15, 65, 67, 101, 102, 109, 173, 174, 206
Luft 134, 170
Lungenentzündung 44, 135, 136
Lützel 85
Luxemburg 51, 78
Luxus 64
LVR 177
Lyon 49

M

Main 81
Mainz 87
Mandat 38, 45
Mangel 76, 152
Mannheim 172
Mannstaedt 8, 11, 12, 14, 15, 24, 33, 34, 44, 45, 46, 47, 100, 115, 116, 140
Mantelvertrag 163
Marburg 168
Marcus 57, 65, 68, 84, 88, 89, 90, 149, 160
Maria 91
Maria Theresia 91
Mark 90, 110, 177
Martha 124, 127, 129, 130, 131, 168
Marx 67, 69, 70, 74, 93, 94, 103, 104, 105, 106, 107, 109, 110, 111, 113, 114, 149, 150, 151, 160, 161, 164, 170
Maselheim-Heggbach 161, 173
Matrosen 138
Matthias 8, 11, 15, 16, 17, 18, 29, 39, 112, 145, 146, 166
Mechernich 172
Meier 64, 65, 68, 69, 70, 93, 98, 99, 101, 151, 160
Meldebogen 131
Meldekarte 111
Mendel 90, 92, 160
Menden 7, 12, 19, 48, 146
Menschenfreund 114
Menschheit 122
Menschlichkeit 24, 152
Meseritz-Obrawalde 134, 136, 143
Messehalle 93
Metallindustrie 7
Methanol 180
Methylalkohol 180
Metzger 61, 65, 110, 114, 150
Michael 173
Miedzyrzecz 134
Miete 21, 25, 42, 106, 114
Mietvertrag 151
Milch 91, 92
Minsk 80, 81, 82, 83, 84, 93, 94, 95, 96, 149, 150
Mischa 119
Missstände 27
Mitgliederzahl 147
Mittelstand 147
Möbel 12, 68, 150
Mogilew 136
Möller 19, 20
Mönchberg 133, 151
Monschau 118
Montabaur 49
Montan 152, 153, 163
Moral 120
Mord 23, 68, 77, 127, 136, 149, 151
Mörder 42, 53, 79, 95, 121
Mörsch 40, 45, 116
Moskau 21, 25, 26, 27, 29
Much 67, 68, 69, 70, 84, 85, 93, 102, 135, 136, 162, 172
Mülheim 26
Müller 13, 15, 38, 44, 45, 63, 72, 138, 140, 146, 171, 172, 173
München 148, 152, 156, 168, 173, 177
Münchmühle 155, 156
Müngersdorf 100, 101
Münster 16, 18, 27, 31, 32, 44, 127, 141, 163, 168, 179

N

Nass 36
Natur 103
Naumann 74, 75
Nervenklinik 129, 178
Neueinstellungen 46
Neujahr 79
Neumann 68, 69, 70, 72, 93
Neusser 173
New York 66
Niederkassel 39, 84, 135, 136, 145, 173
Niederklein 155
Niederlande 26, 146, 154, 177

Niederrhein 110, 137
Niederwarmbach 93
Nikolaus 32
Nitropenta 180
Notar 110, 112, 114
Notverordnungen 17
NSBO 45, 177
NSDAP 7, 10, 13, 18, 20, 25, 32, 33, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 43, 49, 50, 58, 68, 69, 139, 141, 170, 178
NSV 42, 128
Nuremberg 177
Nürnberg 14, 61

O

Oberkassel 135
Oberlar 7, 23, 24, 49, 116, 119, 134, 141, 159
Oberreichsanwalt 30, 164
Obst 116
Odenthal 29, 30, 33, 149, 171, 173
Oder 101, 117
Odermath 70
Ohm 7, 26
OKH 152, 153, 163
OKW 177
OLG 24, 178
Olga 158, 159
Orth 172
Oskar 93, 94, 95, 132, 133, 150
Ossendorf 173
Ostarbeiter 115, 117, 134, 155
Ostarbeiterin 117
Ostarbeiterinnen 117, 119
Osten 70, 72, 73, 84, 85, 86, 90, 97, 98, 104, 111, 118, 143, 156
Ostende 98
Österreich 89, 125, 150
Ostland 83
Otto 8, 11, 68, 70, 93, 99, 168, 206

P

PA 170, 178
Pacht 111
Papenburg 31
Paradies 65
Paris 97, 173, 175
Partei 20, 33, 39, 44, 46, 50, 68, 102, 103, 108, 137, 138, 175, 177
Parteien 13, 30, 32, 33, 38, 113, 139, 147
Patienten 54, 120, 123, 125, 126, 131, 132, 133, 135, 151
Pau 162, 172
Paul 16, 18, 27, 31, 32, 44, 45, 80, 140, 141, 146, 170
Pawel 119, 120
Pension 24, 64
Peter 8, 21, 22, 23, 26, 27, 28, 30, 31, 32, 34, 44, 64, 113, 146, 147, 152, 158, 164, 206
Peters 27
Pfand 128
Pfarrer 31, 45, 62, 100, 164
Pflegeanstalt 85, 127, 129, 131, 132, 133, 134, 176
Pflicht 10, 11, 15, 33, 35, 54
Philipp 11, 23, 93, 111, 125, 160, 206
Piaski 85, 86, 87, 88
Pikrin 153
Pikrinsäure 153, 180
Pins 9, 57, 60, 62, 64, 65, 67, 69, 70, 90, 92, 93, 103, 104, 109, 114, 150, 151, 160, 161, 164, 167, 173, 174, 206
Pirna 125
Pistolen 12
Platz 48, 73, 91, 142, 150, 152, 154
Podchlebnik 78
Pogrom 62, 63
Polen 66, 67, 73, 86, 90, 97, 98, 115, 145, 150, 154, 155, 156, 170, 173
Polizei 10, 11, 12, 18, 23, 27, 31, 44, 48, 49, 50, 51, 55, 58, 87, 94, 97, 118, 133, 142, 147, 148, 162, 165, 178
Polizeipräsidium 24
Pol-VO 178
Pommern 134
Popella 100, 101
Porz 54
Posen 77, 79
Postsperre 24, 25
Potsdam 30, 38, 40, 164
Poznan 77
Prag 78, 90, 91, 92, 101
Preussen 10, 15, 17, 40, 58, 59, 60
preußisch 178
Przybyla 145, 153
Przybylow 77
Putsch 53
Pütz 32

Q

Quadt 146

R

RAD 67, 68, 178
Radegast 74, 77
Rademacher 50
Radio 21, 25, 26, 28, 48, 67
Radogoszcz 74, 78
Rathaus 11, 32, 41, 46, 102, 143
Raub 9
Rauschenberger 70
RBD 93, 178
Rechenschaft 113
Recklinghausen 176
Regierungspräsident 12, 15, 31, 50, 104, 167, 168, 178
Reich 9, 10, 16, 37, 38, 52, 64, 83, 86, 88, 89, 90, 92, 94, 95, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 114, 115, 142, 146, 148, 152, 155
Reichsbahn 39, 45, 77, 78, 82, 93, 100, 159, 175
Reichsbank 108
Reichsbanner 12, 19, 147
Reichsbürgergesetz 61, 100, 104, 105, 107, 114
Reichsfluchtsteuer 104, 108
Reichskanzler 10, 11, 34, 35, 36
Reichskristallnacht 54, 62, 64, 66, 110
Reichsminister 45, 163
Reichssicherheitshauptamt 93, 103, 162, 178
Reichstag 33, 39, 40, 53, 139, 178
Reichstagswahl 32
Reichsvereinigung 71, 105, 178
Reinartz
  Josef 24, 25, 26, 31, 32, 38, 43, 46, 48, 53, 59, 140, 141, 146, 147, 206
  Peter 32, 36, 44
Repolowo 137
Republik 8, 24, 38, 140
Reuter 87
Revolution 139
RGBl 100, 178
RGO 44, 45, 141, 178
Rheidt 70
Rhein 7, 146, 172, 173, 175, 178, 206
Rheinbach 169, 172
Rheinland 63, 66, 84, 86, 105, 132, 167, 174, 177
Ribbe 107
Richard 61, 146
Richter 17, 137, 148
Riga 72, 80, 87, 93, 100
RJM 178
RLK 178
RM 21, 22, 25, 26, 42, 46, 48, 52, 62, 63, 70, 74, 76, 77, 79, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 117, 123, 132, 134, 153, 155, 178, 206
RMF 103, 104, 105, 178
RMI 178
Roedel 173
Romazanowa 171
Rosbach 74, 84
Rosenberg 80, 81, 83, 84
Rosh Pinna 173
Rösrath 173
Rote Kreuz 96, 97
Roth 146
Rotterdam 27, 98
RP 178, 206
RSHA 67, 68, 79, 84, 93, 103, 104, 105, 120, 178
RSK 178
Rückerstattung 109
Rückerstattungsakten 167
Ruhe 15, 129, 139, 143
Ruhr 24, 75, 127
Ruhrgebiet 51, 141
Rumkowski 73
Ruppichteroth 63, 172
Russen 52, 117, 119, 153, 156, 158
Russinnen 116, 117, 158
Russland 32, 67, 143, 145, 168, 170
Rüstung 163
Rüstungsinspektion 163
Rüstungskommando 163
Ruth 63, 73, 160
RVJD 105, 178
RWS 14, 27, 178

S

SA 13, 14, 18, 20, 21, 22, 23, 31, 33, 34, 37, 38, 41, 44, 45, 47, 53, 57, 58, 63, 137, 143, 161, 179
Saal
  Gabriel 36
Sabotage 11, 24, 48, 165
Sabotageakte 141
SA-Heim 20, 21, 22, 23, 143, 161
Saint-Cyprien 96
Salz 76, 82

Samuel 57, 63, 64, 73, 80, 98, 110, 111, 114, 160, 164, 167
Sarajevo 91
Sattler 173
Sauberkeit 36, 83, 206
Sauckel 117
Säugling 101
Schaden 30, 63, 147
Schaefer 68
Schäfer 45
Scharlach 92
Scheiderhöhe 52
Scheidfeld 155
Schell 70
Schellberg 32
Schiedrunn 117
Schiesserei 13, 44
Schild 78, 113
Schindler 152
Schizophrenie 121, 124, 129, 130, 131, 132
Schlauch 78, 99
Schloss 77, 78, 79, 125
Schlosser 39, 150
Schmerz 127
Schmidt 173
Schmied-Lossberg 163
Schmitz 101, 146
Schmuck 91, 104, 108, 109, 111
Schneidemühl 93
Schneider 33, 38, 150
Schöffen 114
Schöneberg 160
Schöneshöfer 40
Schramm 173
Schreiber 77
Schreinerei 20, 98
Schulchronik 50, 52, 170
Schuld 59, 110
Schule 19, 40, 52, 81, 168
Schulte 70
Schumacher 116
Schünemann 44, 54, 67, 68, 100, 112, 116, 117, 134, 206
Schutzhaft 15, 17, 18, 19, 20, 25, 27, 28, 29, 46, 140, 148, 165
Schutzpolizei 26
Schwachsinn 121, 124, 133
Schwarz 34
Schwarz-Weiss-Rot 36
Schweden 27, 66, 174
Schwefelsäure 155
Schweine 135
SD 66, 84, 97, 126, 168, 175, 179
Seife 81, 91
Selbstmord 62, 77, 159
Seligmann 74, 149
Sepsis 128
September 20, 21, 22, 24, 27, 30, 42, 43, 46, 51, 55, 61, 66, 67, 70, 71, 84, 90, 96, 97, 98, 99, 101, 105, 111, 116, 124, 127, 130, 132, 133, 149, 151, 152, 156, 174
Severing 10
Sfad 66
Shanghai 65, 66
Sheffield 66
Siebels 146, 171
Siebengebirge 31
Siegburg 7, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 19, 20, 25, 28, 31, 36, 38, 44, 45, 49, 53, 55, 58, 59, 60, 62, 63, 64, 65, 67, 68, 70, 84, 85, 93, 102, 103, 105, 106, 107, 109, 110, 111, 114, 118, 123, 126, 145, 146, 157, 158, 160, 161, 165, 168, 169, 172, 173, 177, 178, 179, 206
Siegkreis 18, 28, 31, 35, 40, 44, 63, 67, 68, 84, 109, 141, 166, 167, 206
Sieglar 22, 23, 26, 29, 39, 66, 93, 115, 116, 134, 135, 136, 141, 145, 146, 153, 161, 170, 173, 206
Silber 103, 104, 105, 109
Simon 96
SIPO 84
Sliwinska 75
Sobibor 84, 89, 98, 99, 100
Solbach 68
Soldau 77
Sollmann 140
Sommer
  Eduard 69, 70, 114, 150, 151, 160, 164
  Ehepaar 69, 70, 93, 104, 160
  Erich 65, 66
  Familie 149
Sonderaktion 79
Sondergericht 53, 55
Sonderkonto 105, 109, 113
Sonderzug 84, 93
Sonderzüge 77
Sonderzuteilung 79
Sonnenstein 125
Sowjetunion 24, 25, 26, 27, 66, 67, 115, 179
Spa 105, 107, 110
Spanien 66, 154
Sparbuch 105, 107, 109
Sparta 26

SPD 7, 10, 11, 13, 14, 16, 17, 19, 20, 29, 30, 33, 37, 38, 54, 140, 147
Spich 51, 70, 115, 158
Sprengstoff 48, 49, 141, 152, 154, 178, 180
SS 13, 20, 23, 38, 47, 58, 63, 64, 67, 70, 71, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 88, 94, 95, 96, 97, 99, 102, 103, 104, 108, 121, 150, 154, 155, 156, 176, 178, 179
Staatskommissar 20, 29, 36, 37, 41, 42
Staatspolizeistelle 23, 117, 119
Stackelberg 68
Stadtallendorf 146
Stahl 117
Stalingrad 56
Stanislawa 134
Stark 60, 172
Stationsweg 7, 20, 21, 161
Statistik 75
Steinbach 172, 173
Steinbruch 155
Steinhauer 146, 172
Steinmetz 18, 22, 25, 32, 33, 34, 38
Sterblichkeit 75, 92
Sterilisierung 124
Stern 83, 89, 173
Steuern 146
StGB 52, 179
Stimmungsbericht 22, 32, 51
Stockhausen 173
Stommeln 149
Strack 115
Strafe 30, 31, 55, 137, 148
Sturm 96, 137
Stüssgen 55
Stuttgart 161, 173
Suppe 64, 77, 92
S-Wagen 84
Swerdlowsk 24
Synagoge 64
SZ 37, 45, 179, 206

T

T4 125, 127, 132
Tafel 89
Taube 37
Taubheit 121
Taufe 111
Tel Aviv 173
Ternay 49
Teufel 54
Thälmann 46
Theodor 97, 206
Theologie 177
Theorie 78
Theresienstadt 73, 90, 91, 92, 93, 100, 101
Thiel 11, 14, 15, 20, 25, 26, 33, 36, 206
Thiesen 34, 38, 45
Thorn 93
Tiergartenstrasse 125
Tietz 60
Titel 122, 141
TNT 153, 154
Tobias 173
Tod 7, 8, 30, 67, 70, 72, 74, 83, 91, 92, 120, 122, 125, 127, 133, 134, 136, 148, 156, 159
Tode 23, 75, 90, 95, 113, 135, 137, 142, 150
Todeserklärungen 160
Todesfälle 75, 142
Todesstrafe 56, 118
Toeppe 173
Töppe 172
töten 84
Transport 31, 73, 78, 80, 81, 84, 86, 88, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 105, 125, 131, 149
Trawniki 85, 86
Trelleborg 66
Treue 33
Treuhand 163
Treuhänder 39, 103, 109
Tri 155
Tribunal 177
Trier 17
Trimethylamin 180
Trinitrophenol 153
Trinitrotoluol 153, 180
Trösser 111, 112, 113, 161, 164, 167
Trostbrief 131
Trostenez 66, 93, 95, 96, 149, 150
Tujak 89
Tüttenberg 173
Typhus 92

U

Überstunden 71
Udert 38
UdSSR 24, 154, 156
Ufer 137
Ukraine 170
Ukrainer 156
Ullmer 149

Umlauf 43, 147
Unfruchtbarmachung 120, 121, 123, 124, 130, 131, 132, 133
Ungarn 154, 155, 176
Union 96
Universität 29, 122, 129, 131, 143
Unruhe 14, 129
Unsinn 140
Unterricht 52
Untersuchungshaft 24, 26, 31, 55, 130, 157
Urbach 54
Urfeld 66
Uri 173
Urin 22, 78
Urne 126, 128, 133
Urteil 30, 55, 138, 147, 148, 164, 165, 169, 206
USA 63, 65, 66, 72, 99, 107, 174

V

Valentine 158
Vaterland 33, 34, 37, 46, 139
VB 179
Verbindlichkeiten 110
Verbrechen 24, 30, 53, 56, 112, 122, 124, 153
Verfassung 10, 126, 130, 148
Verhör 23
Verleger 19
Verleumdung 44, 149, 157
Verlust 56, 104, 137
Vermögen 9, 62, 75, 103, 104, 105, 109, 150, 167
Vermögenserklärung 105
Vernichtung 67, 72, 76, 98, 104, 122, 150
Vernichtungslager 80, 88, 89, 90, 91, 99
Vernunft 122
Verordnung 12, 17, 18, 53, 63, 100, 104, 105, 109, 114, 128, 176, 178, 179
Verstand 91
Versuch 7, 30, 50, 75, 112, 141
Vertreibung 8, 51
Verwertchemie 152, 153, 154, 155, 163
Vichy 96, 97
Virnich 106
VO 17, 100, 104, 107, 110, 176, 179
Volksgerichtshof 30, 148, 164
Volkshaus 12, 13, 14, 15, 44
Volksschule 51
Vormund 29
Vorst 15
Vulkanfiber 157
VVN 145

W

Waffen 10, 12, 79, 80, 83, 94, 95, 140
Wagner 61
Wahl 29, 33, 36, 139
Wahlen 62, 162
Wähler 13, 147
Wahlergebnisse 39, 206
Wählerschaft 147
Wahlscheid 24
Wahn 46, 51, 167
Wahner 8, 50, 52
Wahner Heide 8, 50, 52
Wahrheit 12, 94, 143, 147
Wald 30, 46, 51, 137, 150, 154
Waldbreitbach 133, 151, 171, 172
Waldbröl 160, 172
Waldfriedhof 52
Wallraf 172
Walter 21, 65, 138, 145
Warschau 77, 92, 93, 168, 171, 173
Warthbrücken 78, 134
Warthegau 77
WASAG 163
Wäsche 46, 91
Wasser 42, 82
WB 19, 30, 37, 38, 44, 48, 63, 179
Wehrbezirkskommando 118
Wehrmacht 29, 51, 60, 67, 77, 117, 118, 131, 136, 152, 177
Weimar 38, 139
Weingarten 149
Weizenmehl 76
Werkschutz 166
Werner 145, 173
Wertsachen 78, 99, 105, 108
Wessel 7, 11, 14, 15, 26, 27, 48, 73, 206
Westerbork 73, 98, 99
Westerhoff 71
Westfriedhof 133
Wetzlar 160, 172
Weyerbusch 172
WHW 179
Widerstand 12, 32, 38, 48, 52, 72, 127, 138, 139, 140, 148
Wiederaufbau 36
Wien 78, 81, 83, 168
Wiersberg 23
Wieseler 173

Wiesloch 134
Wilhelm 16, 18, 19, 25, 32, 37, 45, 50, 106, 139, 140, 167, 173
Wille 46
Wilna 90
Winterhilfswerk 79, 179
Wirth 88
Wissen 8
Wittlich 157
Witwe 20, 24, 27, 102, 111, 112, 113
Wlodawa 99
Wohlfahrt 50
Wolf 63, 70, 75, 103, 110, 113, 161
Wolgast 172
Wolkowysk 94
Woroschilowgrad 159
Würde 60, 66
Wurm 127
Württemberg 127
Würzburg 86, 87, 106

Z

Zaidl 72
Zamosc 88
Zander 32
Zawadka 78
Zeidelhack 163
Zeitung 31, 33, 37, 41, 52, 66, 140, 141, 169, 179
Zentrum 4, 11, 15, 32, 38, 39, 139, 141, 147, 179
Ziegenhain 156
Ziert 9, 26, 27, 28, 173
Zuchthaus 24, 30, 55, 125, 138, 168
Zukunft 81, 117
Zündorf 45, 55
Zwangsarbeiter 8, 9, 92, 146, 153, 156, 158
Zwangsarbeiterinnen 154

Anmerkungen

[1] Die SZ nennt am 4. 7.33 für Troisdorf 10.330 Einwohner.
[2] In einem Fall muss auch schon eine Legende zurecht gerückt werden: Der NS-Bürgermeister Schünemann hat der Familie Bernauer (siehe unten S. 99 ff) kein Versteck besorgt und auch nicht von ihrem Versteck gewusst.
[3] Otto N. an Vf., 7. 10. 82.
[4] siehe die Zeitungsberichte im General-Anzeiger (Ausgabe Siegburg), Rhein-Sieg-Anzeiger, Rhein-Sieg-Rundschau vom 26. 1. 83, 1. 2. 83, 6. 5.85.
[5] siehe (Linn, 1983) und (Linn, 1985).
[6] Foto in (Ossendorf, 1985 S. 36).
[7] dazu siehe (Schulte, 1979).
[8] dazu siehe (Hönscheid, 1979); Fotos in (Ossendorf, 1985 S. 36 und 128 f).
[9] siehe Kapitel 5.
[10] ein Beispiel: *Vor dem Einmarsch der amerikanischen Streitkräfte in den Siegkreis im Frühjahr 1945, hat der derzeitige [gemeint ist: der damalige] Bürgermeister von Sieglar, Herr Dohmen, angeordnet, dass unter anderem[!] auch alle Akten, welche irgendwie mit der Rassenfrage in Zusammenhang standen, zu vernichten seien.* Das schreibt der Sieglarer Standesbeamte am 6. 5. 47 an den Landrat (ARSK, LSK 4594, Bl.40 v.; vgl. (Linn, 1985 S. 171).
[11] Der Ltd. Oberstaatsanwalt Bonn an Vf., 22. 10.84: *Im übrigen sind Verfahrensakten aus dem Sie interessierenden Zeitraum mit Ausnahme weniger geschichtsbedeutsamer Einzelfälle bereits vernichtet, so dass sie auch bei dem Nachweis eines zur Akteneinsicht berechtigten Interesses nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können. […]* Die Anfrage bezog sich auf ein Urteil des Schöffengerichts Siegburg vom 2. 6.39 gegen den Juden Alfred Pins; wegen „Steuerhinterziehung“ war Pins zu 60 RM bzw. 12 Tagen Gefängnis verurteilt worden (zu den Einzelheiten siehe Kapitel 7.) Es bleibt die Frage, welcher Jurist nach welchen Gesichtspunkten irgendwann einmal entschieden hat, dass das Terror-Urteil gegen Pins kein geschichtsbedeutsamer Einzelfall gewesen ist.“Trotz eingehender Nachforschungen“ derselben Behörde konnte „der Verbleib“ folgender Akten „nicht mehr festgestellt werden“: - gegen Bgm. Langen (OStAnw Bonn, Az. 5 J 545/33), - gegen F. H. (StAnw Bonn, Urteil am 8. 8.34), - gegen Bgm. P. J. Reinartz (OStAnw Bonn, Az. 5 Js 168/35), - gegen Peter K. (StAnw Bonn, Az. 5 J 1074/33), - gegen Theodor S. (StAnw Bonn, Az. ?/34), - gegen Josef B. (StAnw Bonn, Az. 2 Js 961/35). Der Ltd. Oberstaatsanwalt Bonn an Vf., 16. 9. 83.
[12] Siehe dazu neuerdings: (Flörken, 2009 S. 120 und öfter).
[13] aaO.
[14] (Flörken, 1986).
[15] (Flörken, 1993).
[16] (Flörken, 2009).
[17] Nach (Janssen, 1983 S. 12 ff), dort auch das folgende; Fotos S. 15 und 22.
[18] nach: (Bracher, 1969 S. 213).
[19] Foto in (Lorant, 1985 S. 210).
[20] nach: Vermerk Hoppe, 3. 2.33, in HStAD, LAS 44, Bl.85; nach anderen Angaben: zehn Wohnungen.
[21] Innenmin. an alle Regierungspräsidenten, Funkspruch, 31. 1.33, weitergeleitet vom RP an Landräte, 1. 2.33, aaO, Bl. 92; Landrat an alle Bgm., 2. 2.33, aaO, Bl. 93.
[22] Wahlergebnisse siehe Kapitel 2 und (Flörken, 2009).
[23] RdErl. des Innenmin. vom 3. 7. 30, abgeheftet in ARSK, LSK 834, Bl. 9.
[24] aaO, Bl. 5.
[25] zitiert in (Kempner, 1983 S. 141).
[26] Beig. Hagen an Landrat, 2. 2.33, in HStAD, LAS 44, Bl. 108. Wessel wurde am 15. 4.33 von dem k. Bgm. von Königswinter, Ludwig von Buttlar, abgelöst.
[27] Mündl. Mitt. des Sohnes, Philipp St., 11. 10.84. Zu Waffenfunden in der Sieg siehe unten.
[28] Thiel an Bgm. Langen, 3. 2.33, in HStAD, LAS 44, Bl.84, ganz im Sinne des neuen Innenministers Göring, der die Beamten zu „Sauberkeit, Sparsamkeit, hingebende(r) Pflichterfüllung“ und „echte(r) Vaterlandsliebe“ aufruft (nach SZ, 8. 2.33).
[29] Bis zum 1. 10. 1946, als die britischen Besatzungsbehörden in ihrer Zone die Doppelbesetzung der kommunalen Spitze mit „Bürgermeister“ und „Gemeinde-/Stadtdirektor“ einführten, war der Bürgermeister

gleichzeitig Vorsitzender des Gemeinderates und oberster Beamter der Verwaltung, der Landrat ebenso Vorsitzender des Kreistages und Chef des Landratsamtes.

[30] Vermerk der Telefonistin im Landratsamt, ohne Datum, in HStAD, LAS 44, Bl.85.

[31] an der Poststrasse; Fotos in (Trippen, 1940 S. 289) und in (Ossendorf, 1985 S. 56).

[32] gemäss Geschäftsverteilungsplan des Landratsamtes vom 1. 7. 32, in ARSK, LSK 811, ohne Bll. zählung.

[33] Vermerk Hoppe, 3. 2.33, in HStAD, LAS 44, Bl.85

[34] in ARSK, LSK 1835, ohne Bll. zählung.

[35] Der WB schreibt am 27. 2.33, an dem Gerücht, der „SPD-Hauptwachtmeister M." sei in die NSDAP eingetreten, sei nichts wahr.

[36] WB, 1. 10.36 (StaT, Ortschronik).

[37] zu der Volkshaus-Schiesserei siehe den folgenden Abschnitt.

[38] SZ, 16. 2.33.

[39] SZ, 31. 3.33.

[40] Das folgende nach: S. (Sicherheitsdienst) an Landrat, 18. 3.33, in HStAD, LAS 44. Bl. 318; seine Schilderung des Vorganges erscheint plausibel, ist jedenfalls nicht zu widerlegen.

[41] Die „Hilfspolizei" war eine Schöpfung der Nazis: Die ordentliche Polizei wurde „verstärkt" durch 40.000 Mann SA und SS, ferner durch „Stahlhelm". Foto in (Bundeszentrale für politische Bildung, 1983 S. 56 f); vgl. dazu (Aleff, 1970 S. 27), (Wagner, 1983 S. 157 f), (Bracher/Lademacher/Hey/Winkler, 1983 S. 38), (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. 19 ff).

[42] nach SZ, 2. 3.33. Ammon war auch einer der Redner beim Begräbnis des SS-Mannes Franz Müller (SZ, 20. 2.33).

[43] damit sind die beiden Arbeitersiedlungen „Rote" und „Schwarze Kolonie" gemeint: siehe Vorwort.

[44] siehe Anm. 39.

[45] Ku. an Landrat, 9. 3.33, in HStAD, LAS 44, Bl. 319.

[46] RP an Landräte, 2. 2.33, in HStAD, LAS 5, Bl. 24.

[47] RGBl I, S.35; (von Münch, 1982 S. 64 ff).

[48] RP an Landräte, 11. 2.33, in HStAD, LAS 5, Bl. 26.

[49] siehe dazu den folgenden Abschnitt.

[50] RP an Landräte, 16. 2.33, in HStAD, LAS 5, Bl. 28.

[51] siehe dazu (Walterscheid, 1966 S. 33 ff), ausserdem die Berichterstattung in der SZ vom 15. bis 20. 2.33, im WB, passim, ferner (Schorn, 1959 S. 664 ff).

[52] In der SZ vom 17. 2.33 erscheinen zwei Todesanzeigen: eine von der Familie, die andere von SS und NSDAP. In der Partei-Anzeige heisst es: Franz Müller wurde *von Angehörigen des Reichsbanners und der eisernen Front [...] erschossen. Er starb im Glauben an Gott und sein Vaterland*. An dem Begräbnis am 20. 2.33 nehmen teil 750 Mann SA, 200 Mann SS, 100 Mann „Stahlhelm"; prominente Redner sind Pfarrer Rehmann, SS-Standartenführer Zenner, Ortsgruppenleiter Ley und vom Troisdorfer „Stahlhelm" Dr. ing. Ammon (SZ, 20. 2.33).

[53] Dies und weitere Einzelheiten nach dem Bericht des Bgm. NN von Siegburg an Landrat, 16. 2.33, in HStAD, LAS 221, Bll. 128 ff; vgl. SZ vom 16. 2.33.

[54] Vermerk von B., 15. 2.33, in HStAD, LAS 221, Bl. 124.

[55] wie Anm. 53 und SZ vom 16. 2.33; Ke. veröffentlicht in der SZ vom 2. 5.33 eine *Warnung! Ich warne hiermit jeden, der das Gerücht verbreitet, dass ich irgendein Schaufenster in Siegburg mit Teer beschmutzt haben soll. Johann Ke[...], Siegburg*.

[56] wie Anm. 53.

[57] Der k. Bgm. Ley (Siegburg) an Landrat: Antrag auf Kostenerstattung für Schutzhäftlinge, 1. 8.33, in HStAD, LAS 39, Bll. 561 ff.

[58] Bgm. Langen an Landrat, 18. 4.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 299 v.

[59] siehe unten S.28.

[60] Xaver K. an RJM, 2. 4.33, in HStAD, LAS 39, Bl. 108.

[61] K. an Landrat, 15. 6.33, aaO, Bl. 113.

[62] K. an Landrat, 9. 7.33, aaO, Bll. 301 ff.

[63] handschr. Eintrag Buttlars auf K. s Antrag vom 9. 7., ebd.

[64] Thiel an Bgm. Reinartz, 11. 7.33, Entwurf auf dem Antrag K. s vom 9. 7., ebd.

[65] Wahrscheinlich musste er sich verpflichten, sich regelmässig bei der Polizei zu melden - abgesehen von dem Verbot jeder politischen Betätigung.

[66] Henseler benutzt noch die alte Abkürzung, die für „Rheinisch-Westfälische Sprengstoff AG" steht; seit 1926 hiess das Unternehmen „Dynamit-Nobel AG", abgekürzt DAG, später DN.

[67] Vermerk von Thiel, 15. 2.33, in HStAD, LAS 221, Bl. 123.

[68] Foto in (Ossendorf, 1985 S. 171).
[69] wie Anm. 67.
[70] siehe folgende Anm.
[71] in HStAD, LAS 221, Bll. 135 ff.
[72] aaO, Bll. 133 ff.
[73] nach SZ, 6. 4.33; vgl. STADT-ANZEIGER, 5. 4.33.
[74] Preuss. Innenmin. an RP, Funkspruch, 15. 4.33, in ARSK, LSK 1004, Bl.339; SZ, 19. 4.33; STADT-ANZEIGER, 21. 4.33.
[75] nach SZ, 8. 4.33.
[76] Foto in STADT-ANZEIGER(?), o. D. (StaT, Ortschronik); Buttlar wurde 1891 in Frankfurt geboren und wohnte seit 1928 in Königswinter. Buttlar wird im Oktober 1936 abgelöst von Hans Weisheit (Pg. seit 1922): STADT-ANZEIGER vom 2. und 14. 11.36 (StaT, Ortschronik).
[77] nach SZ, 24. 4.33.
[78] nach SZ, 18. 4.33.
[79] Foto in SZ, 16. 2.33. Der HPFW leitete die gesamte Polizei und „Hilfspolizei“: Preuss. Innenmin. an Oberpräsidenten usw., 11. 2.33, in HStAD, LAS 5, Bl. 202. Zum NS-Kommissar und den HPFW siehe (Schulz, 1974 S. 93 und 130).
[80] HPFW an Landräte usw., 18. 2.33, in HStAD, LAS 5, Bl. 50.
[81] Thiel an die Bgm., Entwurf, 21. 2.33, aaO, Bll. 50 v.
[82] in HStAD, LAS 44, Bll. 200 ff.
[83] in HStAD, LAS 5, Bll. 52 ff.
[84] G. war bereits 1932 untergetaucht; siehe unten.
[85] dazu u. a. (Höhne, 1983 S. 285 ff). Der Bochumer Gewerkschaftssekretär Hans Mugrauer erinnert sich: Die Nazis „hatten vorbereitete Namenslisten mit Wohnort und Funktion.“ nach: (Wagner, 1983 S. 187).
[86] Bgm. Langen an Landrat, 1. /2. 3.33, in HStAD, LAS 33, Bll. 31 f. Die SZ meldet am 2. 3.33 nur fünf Verhaftungen.
[87] Die Festnahme von Reichstagsabgeordneten der KPD ist von Göring für ganz Preussen angeordnet worden: siehe (Flörken, 2009).
[88] nach der Liste in HStAD, LAS 33, Bll. 1 ff.
[89] ebd.
[90] siehe (Flörken, 2009).
[91] ebd.; am 1. 3.33 waren es 55 Kommunisten: SZ, 2. 3.33.
[92] HPFW, Morgenmeldung, 25. 3.33, in HStAD, LAS 44, Bl.367 v.
[93] (Bracher/Lademacher/Hey/Winkler, 1983 S. 38); (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. II, 20).
[94] (Bracher/Lademacher/Hey/Winkler, 1983 S. 38); (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. II, 21).
[95] (Bracher/Lademacher/Hey/Winkler, 1983 S. 38).
[96] Das folgende nach (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. II, 13 f).
[97] RGBl I, S.35 und S. 83. Die Reichstagsbrand-VO ist abgedruckt u. a. in (Hofer, 1982 S. 55 f).
[98] Schutzhaftbefehl siehe (Flörken, 2009).
[99] Preuss. Innenmin. an alle Polizeibehörden, 6. 3.33, in HStAD, LAS 5, Bl. 108.
[100] K. an Landrat Wessel, 23. 3.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 300.
[101] Frau K. an Thiel, 15. 4.33, aaO, Bl. 298. Frau K. bittet für ihren Mann um Hafturlaub während der Ersten Hl. Kommunion ihrer Tochter Mia; der Urlaub wurde nicht gewährt: mündl. Mitt. von Frau Meta K., 20. 7.84.
[102] Buttlar an K., Entwurf nach Formular, 5. 5.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 297.“Luisenstrasse 90“ ist die Postanschrift des Gefängnisses.
[103] Der k. RP, zur Bonsen, an R., 28. 4.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 270.
[104] Person nicht eindeutig identifiziert.
[105] Bgm. Langen an Landrat, 7. 4.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 270.
[106] d. i. Ludewig, nach SZ, 28. 4.33.
[107] Bgm. Langen an Landrat, 18. 4.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 299v.
[108] dazu siehe das Kapitel 3.
[109] Beig. Steinmetz an Landrat, 13. 5.33, in HStAD, LAS 33, Bl.370.
[110] Das Datum seiner Festnahme ist unbekannt.
[111] Die letzten drei nach STADT-ANZEIGER, 27. 3.33 (StaT, Ortschronik).
[112] Daten nach den Anweisungen des Landrats und den Rückmeldungen der Gefängnisverwaltung, in HStAD, LAS 33, Bll. 176-211 passim.
[113] Geschäftsstelle des Gefängnisses an Landrat, 4. 5.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 220.

[114] Landrat an mehrere Bürgermeister, 2. 6.33, aaO, Bl.422; Landrat an Gefängnisverwaltung, 2. 10.33, in ARSK, LSK 2853, Bl. 76.
[115] Der k. Bgm. Ley (Siegburg) an Landrat: Antrag auf Kostenerstattung für Schutzhäftlinge, 1. 8.33, in HStAD, LAS 39, Bll. 561 ff.
[116] Der k. Bgm. Söntgen (Menden) an Landrat: Nachweisung der Transportkosten für Schutzhäftlinge, 3. 8.33, aaO, Bll. 541 ff.
[117] Die Akten dazu sind nicht vollständig; der Sachverhalt wird rekonstruiert nach der späteren (10. Mai) Aussage eines Zeugen, in: k. Bgm. Söntgen an Landrat, 10. 5.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 226.
[118] ebd.
[119] Landrat an Gefängnis, 8. 5.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 227.
[120] STADT-ANZEIGER, 1. 11.33 (StaT, Ortschronik); nach (Trippen, 1940 S. 297), ab Schuljahr 1935.
[121] mündl. Mitt. von Herrn Dr. Wilhelm N., 3. 12.84.
[122] ebd.
[123] dazu siehe das folgende Kapitel.
[124] Liste der Schutzhäftlinge in HStAD, LAS 33, Bll. 1 ff.
[125] siehe unten.
[126] wie Anm. 116.
[127] wie Anm. 124.
[128] Gefängnis an Landrat, 15. 3.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 177.
[129] SZ, 3. 4.33.
[130] Der k. Bgm. Söntgen an Landrat, 30. 6.33, in HStAD, LAS 39, Bll. 47 ff; siehe u.
[131] Anzeige des POW P., 22. 6.33, in HStAD, LAS 39, Bl. 159; Schutzhaftanweisung 30. 6.33, aaO, Bl. 160; Landrat an Gefängnis, 3. 8.33, aaO, Bl.385.
[132] Anzeige vom 22. 6.33, wie vorige Anm.
[133] wie Anm. 116.
[134] Der Vorgang - einschliesslich des „Anzeiger"-Exemplars - in HStAD, LAS 33, Bll. 47 ff und 268 ff.
[135] Zur Biographie von Naas, auch der späteren Jahre, siehe neuerdings (Fischer, 1991 S. 128 ff).
[136] siehe auch Meldung des STADT-ANZEIGERS vom 1. 5.33.
[137] Handschr., undatierte (vermutlich nach 1945) Aufzeichnung von L. R.; die Termine wurden bestätigt vom Wiedergutmachungsausschuss des Siegkreises in seinem Beschluss vom 27. 1. 49. Kopien der Privatakten im Besitz des Vf.
[138] Lageskizze siehe (Flörken, 2009).
[139] zuweilen auch bezeichnet als die „Kadersche Kistenfabrik".
[140] AG SU an Abt. 3, im Hause, 27. 3.33, in AG SU, Grundakte Stationsweg, S. 55.
[141] Vermerk Dresdner Bank Duisburg, 1. 4.36, in Grundakte Stationsweg 4, S. 65 ff.
[142] Einweihung war Anfang Juli: WB, 7. 7.33.
[143] R. an Landrat, 13. 12.34, in ARSK, LSK 2952, ohne Blattzählung; des weiteren siehe u.
[144] Radio- und Motorradlärm ist von Zeugen mehrfach bestätigt worden.
[145] Handschr. Vermerk von Unbekannt auf dem Haushaltsplan 1934, in ARSK, LSK 331, ohne Bll. zählung.
[146] Ganz genau genommen lag das Grundstück bereits einige Meter auf dem Gebiet der damaligen Gemeinde Sieglar, Ortsteil Oberlar (s. Skizze in (Flörken, 2009).
[147] Liste siehe (Flörken, 2009).
[148] wie Anm. 134.
[149] Mündl. Mitt. vom 10. 1. 83.
[150] am 26. 9.33, siehe Seite 20; demnach war R."nur" sieben Tage im SA-Heim.
[151] Als dieser Gefangene wieder zu Hause war, sollen Nazis mindestens einmal in die Wohnung eingedrungen und ihn und seine Ehefrau ins Schlafzimmer eingesperrt haben; die Kinder mussten im Wohnzimmer zurückbleiben. Die Eltern hörten dann aus dem Nebenraum Gewehrschüsse: Die Nazis führten an den Kindern Scheinexekutionen durch. Der Mann soll sich - was nicht sicher ist - am 9. April 1936 im Schlafzimmerschrank erhängt haben.
[152] in ARSK, LSK 3260, Bl. 1; das Schreiben trägt das maschinenschriftlich eingetragene Datum „25. 5.33", der Eingangsstempel des Landrats den „30. Sep[tember 19]33".
[153] in HStAD, LAS 39, Bll. 515 f.
[154] siehe Foto in (Flörken, 2009).
[155] Sterbeurkunde vom 5. 12.33, Standesamt Sieglar (heute: Troisdorf-Sieglar) Nr. 91/33.
[156] Die Sterbeurkunde enthält keine Angaben über die Todesursache; Akten des St. Johannes-Krankenhauses Sieglar aus dieser Zeit existieren nicht mehr (mündl. Mitt. der Krankenhausverwaltung, Herr Dinkelbach, vom

28. 3.85; Kath. Pfarramt St. Johannes an Vf., 15. 11.85). Der Sohn desjenigen Sieglarer Arztes, der angeblich den Totenschein ausgestellt hat, kann sich nicht erinnern.
[157] so auch die Töchter des Mitgefangenen Karl Kr.
[158] Mündl. Mitt. vom 9. 3. 83.
[159] Personalakte des Bgm. Jakob Hörsch im Archiv des Rhein-Sieg-Kreises. Den Hinweis auf die Akte verdanke ich Herrn Hermann Müller aus Troisdorf-Kriegsdorf.
[160] Richtig: Harzem.
[161] Landrat an RP, 12. 07. 1934, siehe Anm. 159.
[162] Ein ähnlicher Fall wird aus Hilden berichtet: Schmitt in (Huckenbeck, 1981 S. 1 ff).
[163] Az. : 2 J 802/34 „gegen Dernau und Genossen"; die Akte ist nicht mehr erhalten: Mitteilung des HStAD vom 14. 12. 07.
[164] Mündl. Mitt. vom 12. 7. 83.
[165] (Huiskes, 1983 S. 45).
[166] Diese und die folgenden Angaben zum Lebenslauf nach dem Urteil, in HStAD, Rep. 145, Nr. 472.
[167] dazu allgemein: (Huiskes, 1983).
[168] nach: RSHA an alle Stapostellen, 30. 4.40, in HStAD, RW 34, VIII-173-b-16/10/16 (alte Zählung).
[169] Meldekarte, Stadt Troisdorf.
[170] Bgm. -Amt Sieglar an Landrat, 18. 12. 30, in ARSK, LSK 834, Bl. 12.
[171] Mündl. Mitt. von Frau Wally G., 23. 12. 82.
[172] Bgm. Reinartz an Landrat, 17. 2.34, in HStAD, LAS 423, Bl. 514.
[173] Hans Götz an Wally Götz, 30. 9.33, in ARSK, LSK 2850, Bl.42.
[174] nach Todeserklärung G., Bl. 1.
[175] Beig. Braschoss an Landrat, 22. 3.34, in HStAD, LAS 423, Bl. 704.
[176] Handschr. Vermerk Buttlars, ebd.
[177] wie Anm. 174.
[178] AG SU, Beschluss, 1. 10. 55, wie Anm. 174, Bl. 11.
[179] Foto in (Ossendorf, 1985 S. 49) unten.
[180] Beig. Steinmetz an Landrat, 23. 11.33, in HStAD, LAS 423, Bl. 257.
[181] Foto des Radios siehe Foto in (Flörken, 2009); auf dem Originalabzug ist auf der Rückseite vermerkt: „1934". Das Foto zeigt Frau G. in ihrer Küche vor dem Schrank. Auf den beiden Ablagen steht das aus zwei Teilen bestehende Radiogerät.
[182] Wally G. an Landrat, 18. 11.33, in HStAD, LAS 423, Bl. 259.
[183] wie Anm. 180.
[184] Beig. Steinmetz an Landrat, 26. 7.33, in ARSK, LSK 2850, Bl.86.
[185] wie Anm. 180.
[186] Handschr. Vermerk Thiels, wie Anm. 180.
[187] Bgm. Reinartz an Landrat, 18. 12.33, in HStAD, LAS 423, Bl. 258.
[188] Das folgende nach den Akten in ARSK, LSK 2952, ohne Bll. zählung.
[189] R. an Landrat, 18. 12.34, aaO.
[190] Bgm. Reinartz an Landrat, 9. 1.35, aaO.
[191] Heller (Gemeindekasse) an Bgm. Reinartz, 2. 1.35, aaO.
[192] Das folgende nach mündl. Mitt. von Heinrich Z. am 31. 1. 83, 9. 3. 83, 12. 9. 83.
[193] Foto in (Ossendorf, 1985 S. 116); zu Heinrich siehe Seite 28.
[194] Stapo Köln an Landrat, 26. 10.33, in ARSK, LSK 2850, Bl.35.
[195] Person nicht identifiziert.
[196] d. i. Josef Ziert, in Schutzhaft bis 3. 10.33.
[197] d. i. Peters Verlobte, siehe unten S. 24.
[198] d. i. die ehemalige Bäckerei Bröhle (heute: Sieglar, Larstrasse 88).
[199] Peter Z. an Josef Z., 13. 10.33, in ARSK, LSK 2850,Bl.41.
[200] Peter Z. an Josef Z., 24. 10.33, aaO, Bl.40.
[201] in der Akte verbessert aus: „abfangen".
[202] wie Anm. 194.
[203] Peter Z. an Paul Münster, 19. 10.33, in ARSK, LSK 2850, Bl.39. Der Sinn dieser Zeilen ist recht dunkel: Es ist eigentlich ungewöhnlich, dass sich Genossen mit „Sie" anreden. Sollten die beiden verschiedenen Lagern angehören? Die Ergänzungen „R[ot] F[ront]" und „Fr[aktion]" sind deswegen recht unsicher. Auf wen spielt Peter Z. mit „die anderen" an?
[204] Stapo Köln an Landräte, „Geheim!", 5. 11.34, in ARSK, LSK 2850, Bll. 514 f.

[205] RP an Katharina L. 15. 9.33, in ARSK, LSK 2853, Bl. 96.
[206] Preuss. Innenmin. an Oberpräsident Koblenz, 12. 10.33, aaO, Bl. 114.
[207] Der genaue Termin ist nicht zu ermitteln; Margarete Ke. (siehe Seite 27) wird am 21. oder 22. 10.33 nach Brauweiler gebracht: Landrat an RP (Entwurf), 21. 10.33, aaO, Bl. 115.
[208] Der Leiter des KZ Brauweiler an Landrat, 23. 12.33, aaO, Bl. 230.
[209] siehe (Flörken, 2009).
[210] wie Anm. 192.
[211] Landrat an Stapo Köln, 9. 3.34, in HStAD, LAS 423, Bl. 567.
[212] siehe Foto in (Flörken, 2009).
[213] Peter Z. und Katharina L. an Johanna L., 1. 6.34, mit Passfoto in HStAD, LAS 34, Bl. 120.
[214] Stapo Köln an Landrat, 20. 6.34, aaO, Bl. 122.
[215] siehe dazu (Flörken, 2023).
[216] RP an Josef Z., 25. 6.33, in HStAD, LAS 39, Bl. 157.
[217] Damit sind Moorlager gemeint.
[218] zur Person siehe (Schulte, 1983).
[219] Bgm. Hörsch an Landrat: „Nachweisung über Schutzhäftlinge“, 13. 7.33, in HStAD, LAS 39, Bll.369 f; vgl. Hörsch an Landrat, 21. 7.33, aaO, Bl.390.
[220] Josef Z. an Wohlfahrtsamt Sieglar, 18. 7.33, in ARSK, LSK 2853, Bl. 18.
[221] Gefängnisdirektor an Bgm. Hörsch, 24. 8.33, aaO, Bl. 19 v.
[222] Mündl. Mitt. von Heinrich Z., 12. 9. 83.
[223] ebd.
[224] Text in (Zimmer, 1984 S. 368).
[225] Weitere Spottversionen bei (Lammel, 1980 S. 177 ff und 239 f).
[226] Aussage des Martin Sch., 8. 5.33, in HStAD, LAS 39, Bl. 23.
[227] Vernehmungsniederschriften, 8. /9. 5.33, aaO, Bll. 24-27.
[228] Staatskommissar Hörsch an Landrat, 9. 5.33, aaO, Bl. 21.
[229] Landrat an Kr. bzw. Z., 9. 5.33, aaO, Bll. 28 ff.
[230] Landrat an Gefängnisverwaltung, 3. 8.33, aaO, Bl.385.
[231] Das Folgende nach mündl. Mitt. von Heinrich Z., 9. 3. 83 und 12. 9. 83.
[232] nach den Lebensläufen von 1929, 1942 und 1961; Kopien im Besitz des Vf.
[233] siehe (Flörken, 2009).
[234] SZ, 14. 3.33.
[235] wie Anm. 232.
[236] Gefängnis an Landrat, 8. 4.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 207.
[237] SZ, 24. 4.33.
[238] SZ, 12. 5.33.
[239] OLG Hamm, Urteil vom 27. 9.34, S. 14, in StAM, Akten der GeneralStAnw Hamm, 1. Instanz, Nr. 124.
[240] ebd.
[241] KSA, Rhein-Sieg-Ausgabe vom 6. 11. 62.
[242] Reichsgericht Essen, Haftbefehl, 9. 1.34, in ARSK, LSK 2853, Bll. 264 ff.
[243] Staatliche Archivverwaltung Potsdam (DDR) an Vf., 13. 7.84 und 12. 8.85. Jetzt siehe aber Seite 147.
[244] WB, 15. 7.35, abgeheftet in : Landrat an Stapo Köln, 15. 7.35, in HStAD, LAS 38, Bl. 163.
[245] Bgm. Jakobs an Landrat, 14. 7.35, in ARSK, LSK 3261, Bll. 298 f.
[246] Mündl. Mitt. von Peter K. vom 10. 1. 83.
[247] zu den Moorlagern allgemein siehe (Langhoff, 1978).
[248] Oberpräsident an die RPs, 22. 6.33, RP Köln an Landräte etc., 27. 6.33, in HStAD, LAS 39, Bll. 337 f.
[249] aaO, Bll.342 ff. Dort sind drei Blätter mit unterschiedlichen Namenslisten und handschr. Eintragungen erhalten: Bl.344 ist nur der unbearbeitete Durchschlag von Bl.342. Bei einem Vergleich der Listen, ihrer Änderungen und handschr. Ergänzungen ergibt sich mit einiger Zuverlässigkeit:
* Bl.343 (getippt) ist die erste Liste,
* Bl.343 (handschr. verbessert) ist identisch mit
* Bl.342 (getippt) und die zweite Liste,
* Bl.342 (handschr. verbessert) ist die dritte und vermutlich die letzte Liste.
[250] Bgm. Söntgen (Menden) an Landrat, 22. 6.33, in ARSK, LSK 2853, H. 2, Bl. 12.
[251] ebd.
[252] d. h. mit dem zweiten Transport, für den der Siegkreis 19 Häftlinge stellen musste: RP an Landrat, 17. 7.33, in HStAD, LAS 39, Bl.339.

[253] Landrat an RP, 2. 9.33, in ARSK, LSK 2853, H. 2, Bl. 4.
[254] Bgm. Söntgen an Landrat, 15. 1.34, in ARSK, LSK 2853, Bl.338.
[255] siehe Foto in (Flörken, 2009).
[256] Bgm. Reinartz an Landrat, 12. 1.34, aaO, Bll.370 ff.
[257] SZ, 17. 6.33 und 20. 6.33.
[258] Anonymer Bericht, 6. 5.33, in HStAD, LAS 423, Bl. 244.
[259] Katharina L. und Gottfried Ra.
[260] Haftbefehl in ARSK, LSK 2853, Bll. 264 ff.
[261] Bgm. Reinartz an Landrat, 6. 2.34, in ARSK, LSK 2853, Bl.345.
[262] Leiter KZ Brauweiler an Landrat, 13. 3.34, aaO, Bl. 297.
[263] RP an Frau M., 26. 2.34, aaO, Bl. 318.
[264] RP an Pfarramt St. Hippolytus, 4. 4.34, aaO, Bl. 287. Foto von Pfarrer Kenntemich in (Ossendorf, 1985 S. 62) und (Müller, 1969 S. 112).
[265] siehe Foto in (Flörken, 2009).
[266] Originale im Besitz der Tochter, Frau Änne D.
[267] Bgm. Reinartz an Landrat, 15. 4.35, in ARSK, LSK 3261, Bll. 187 f.
[268] Mündl. Mitt. von Frau Änne D., 8. 9. 82; auch das folgende.
[269] So im STADT-ANZEIGER, 8. 3.33 (StaT, Ortschronik).
[270] Foto in (Trippen, 1940 S. 289) und (Ossendorf, 1985 S. 56).
[271] z. B. Köln (Bracher/Lademacher/Hey/Winkler, 1983), Abb. 6; (Köln, 1974 S. 54 ff), Bochum und Wattenscheid (Wagner, 1983 S. 163 ff).
[272] Göring an RP u. a. : Funkspruch, 7. 3.33, in W+V KÖLN, S. 58.
[273] Bgm. Zander wird im April 33 beurlaubt und tritt Ende des Monats zurück; der Vorgang in WB, 4. 4.33, und GA, 22. 4.33 = (Bonn, 1983), Nr. 103 und 140).
[274] nach SZ, 1. 3.33.
[275] Ergebnisse nach SZ, 14. 3.33.
[276] Gefängnisverwaltung an Landrat, 8. 4.33, in HStAD, LAS 33, Bl. 207.
[277] SZ, 3. 4.33.
[278] Preuss. Innenmin., Runderlass, 20. 3.33, in SZ, 29. 3.33.
[279] Sitzungsprotokoll vom 4. 4.33, in StaT, Protokollbuch 1926-1937, S.433 ff.
[280] Der Wahlvorgang selbst kann ja noch als rechtsstaatlich eingestuft werden. Dass KPD und SPD fehlen, steht auf einem anderen Blatt.
[281] Liste der umbenannten Strassen siehe (Flörken, 2009).
[282] Die Namen und zentrale Begriffe, im Original gesperrt gedruckt, sind hier gross geschrieben.
[283] die „Hitler-Bewegung“ ist gemeint: die NSDAP.
[284] im Original: „begrüsste“.
[285] gemeint ist Prälat Kaas, der Vorsitzende der Zentrumspartei.
[286] Es folgt noch ein Absatz, in dem Wünsche für die Zukunft ausgedrückt werden.
[287] gemeint ist der Saal Thiesen.
[288] im Original gesperrt.
[289] in anderen Texten: Naas.
[290] gemeint ist die „Gemeinnützige Interessengemeinschaft“, die 5 Gemeindeverordnete zählte, also genauso viele wie die NSDAP.
[291] Hitler nimmt die Ehrenbürgerschaft an (Sitzungsprotokoll vom 17. 5.33, aaO, S.452), Hindenburg ebenso (STADT-ANZEIGER, 21. 4.33):
Der Reichspräsident Berlin, den 12. April 1933
Sehr geehrte Herren!
Für die Ernennung, die mir die Gemeindevertretung von Troisdorf durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes erwiesen hat, spreche ich meinen aufrichtigen Dank aus. Ich nehme die Ehrung gern an und sende Ihnen und meinen neuen Mitbürgern meine herzlichen Grüsse und besten Wünsche für die Zukunft der Gemeinde Troisdorf.
von Hindenburg

vgl. SZ, 24. 4.33.
Hitler antwortet (STADT-ANZEIGER,15. 12.33):
An den Gemeinderat Troisdorf
Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts von Troisdorf erfüllt mich mit aufrichtiger Freude. Ich nehme die Ehrenbürgerschaft an und bitte, dem Gemeinderat meinen ergebensten Dank sowie meine besten Glückwünsche für das Blühen und Gedeihen von Troisdorf aussprechen zu dürfen.
mit deutschem Gruss !

Adolf Hitler.

Ehrenbürgerschaften für Hindenburg, Hitler oder andere NS-Grössen u. a. auch in Düsseldorf (Görgen, 1982 S. III, 108), Dortmund (Dortmund, 1981), Nr. 107, Wattenscheid und Bochum (Wagner, 1983 S. 219 ff), Aachen (Kirschgens/Spelsberg, 1983 S. 81), Bonn (Bonn, 1983), Nr. 88, Bad Godesberg aaO, Nr. 122, Beuel aaO, Nr. 104), Karlsruhe (Karlsruhe, 1983 S. 23).

[292] Sitzungsprotokoll, wie Anm. 279.

[293] vgl. Kapitel 11.

[294] Forsbach legt sein Mandat nieder, *weil er Vorstandsmitglied der Krankenkasse der Klöcknerwerke ist*. So steht es im STADT-ANZEIGER, 12. 5.33; warum das ein Grund ist, leuchtet nicht ganz ein. Vgl. SZ, 12. 5.33.

[295] SZ, 11. 2.33.

[296] SZ, 20. 2.33.

[297] SZ, 22. 3.33.

[298] Der Saal Thiesen in der Poststrasse wird überhaupt das von den Nazis bevorzugte Verkehrslokal. Thiesen wird Obmann der Gastwirte im „[NS-] Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand“ (WB, 3. 4.33). Kreisleiter Hoffstätter legt dem Vorsitzenden des DAG-Werkchores, Prokurist Klefisch (s. Foto in (Flörken, 2009), im Januar 1934 nahe, von dem „jüdischen“ Saal Trösser („Deutsches Haus“) zu Thiesen zu wechseln: Hoffstätter an Klefisch, 27. 1.34, in HStAD, LAS 243, Bl.441; zu Frau Trösser siehe unten Seite 111.

[299] SZ, 31. 3.33.

[300] SZ, 22. 6.33.

[301] Sitzungsprotokoll vom 21. 6.33, in StaT, Protokollbuch 1926-37, S.453 ff.

[302] siehe (Flörken, 2009). Ein solcher Vordruck ist Blum und Welter (beide von der Hütte) ausgehändigt worden: Bgm. Söntgen (Menden) an Landrat, 30. 6.33, in HStAD, LAS 39, Bl. 47.

[303] STADT-ANZEIGER, 23. 6.33 (StaT, Ortschronik).

[304] (Hofer, 1982 S. 60).

[305] (Brüning, 1970 S. 673).

[306] RGBl I, S. 479; (von Münch, 1982 S. 74).

[307] STADT-ANZEIGER, 1. 7.33; SZ, 1. 7.33.

[308] STADT-ANZEIGER, 1. 7.33.

[309] SZ, 28. 2.33.

[310] SZ, 6. 3.33 und 14. 3.33.

[311] (Bracher, 1969 S. 173); vgl. auch die Resultate von Bonn und Bad Godesberg in (Bonn, 1983), Nr. 58, 61 und 74.

[312] siehe dazu Kra. : Keine Kleinbürger, in FAZ, 24. 4. 91, über: (Hamilton, 1990).

[313] SZ, 25. 2.33.

[314] SZ, 2. 3.33.

[315] Foto in (Trippen, 1940 S. 180).

[316] Gegen Ende der 20er Jahre stellt das Zentrum von 539 politischen Beamten Preussens 113, die SPD 105, die DVP 95 und die DP 71 (Schulz, 1974 S. 146).

[317] siehe oben S. 10.

[318] OStAnw Bonn an Landrat, 27. 7.33, in StaT, PA Langen I, Bl. 223; die Akten der OStAnw Bonn sind nicht mehr erhalten: StAnw Bonn an Vf., 16. 9. 83. Ähnliche Fälle in Köln (Köln, 1974 S. 53 ff), Düsseldorf (Görgen, 1982 S. 117), Bochum (Wagner, 1983 S. 202), Beuel (Bonn, 1983), Nr. 90.

[319] siehe unten S. 57.

[320] z. B. Lindlau (Sieglar); ferner Lürken (Bonn), Zander (Bad Godesberg), Nücker (Oberkassel): (Bonn, 1983), Nr. 65, 66, 70, 199, 205.

[321] Person nicht identifiziert.

[322] SZ, 14. 3.33, ebenso der Polizeiwachtmeister Mü. und Obersekretär Sch. : STADT-ANZEIGER, 15. 3.33 (StaT, Ortschronik).

[323] STADT-ANZEIGER, 15. 3.33 (StaT, Ortschronik).

[324] RP an Landräte, 15. 3.33, in ARSK, LSK 2588, ohne Bll. zählung.

[325] SZ und STADT-ANZEIGER vom 17. 3.33.

[326] STADT-ANZEIGER, 17. 3.33 (StaT, Ortschronik).

[327] Fotos in (Lorant, 1985 S. 218 f).

[328] SZ, 22. 3.33; STADT-ANZEIGER, 22. 3.33; WB, 22. 3.33 (StaT, Ortschronik).

[329] siehe Kapitel 2.

[330] Naas ist „Beigeordneter“ in Troisdorf, meldet der STADT-ANZEIGER am 24. 3.33.

[331] siehe (Flörken, 2009); in StaT, Ortschronik, nebeneinander eingeklebt.

[332] siehe Fotos in (Flörken, 2009).
[333] siehe (Flörken, 2009).
[334] Langen in seinem Entnazifizierungs-Fragebogen, HStAD, NW 1049, Nr. 77575; Oberpräsident Düsseldorf an den Amtsdirektor Troisdorf, 4. 7. 46, in StaT, PA Langen I, Bl. 282.
[335] Niederschrift, gegengezeichnet von Steinmetz (26. 4.33), genehmigt von Naas (ohne Datum), unterschrieben von Langen, 3. 5.33, aaO, Bl. 199: statt ab 1. 4. 09 jetzt ab 1. 5. 19.
[336] Bgm. Langen an Landrat, 12. 5.33, aaO, Bl. 200; Abschrift an Staatskommissar Naas, die Vertretung übernimmt zunächst der Beig. Steinmetz (NSDAP).
[337] (Schulz, 1974 S. 158).
[338] Langen in: Military Government of Germany, Fragebogen, in HStAD, NW 1049, Nr. 77575, ohne Bll. zählung.
[339] Leserbrief im RSA (23. 12.85) und GA (3. 1.86).
[340] siehe dazu (Köln, 1974 S. 53 ff).
[341] siehe den Antrag des Vf. vom 26. 11.85 an Bgm. Hans Jaax, die „Matthias-Langen-Strasse“ in Troisdorf umzubenennen in „Anton-Hamacher-Strasse“, veröffentlicht in RSA (28. 11.85), GA (28. 11.85) und RSR (29. 11.85).
[342] Haushaltsplan 1934, Ruhegehalt Langen 3. 600 RM (Soll), 4. 078,57 RM (Ist), in ARSK, LAS 331, ohne Bll. zählung. Zum Vergleich: Brutto-Wochenlohn eines Industriearbeiters (1936): 24,94 RM; Brutto-Monatsgehalt eines Angestellten (1936): 199 RM, nach (Aleff, 1970 S. 118).
[343] Der neue Landrat hat dem Troisdorfer Bürgermeister am 17. 1. 46 mitgeteilt, dass die britischen Behörden die Personalanfragebögen der Gemeindebediensteten - auch der ehemaligen - geprüft hätten; danach *kann Langen eingestellt werden, wenn unbedingt nötig*. (Landrat an Bgm. von Troisdorf, 17. 1. 46, in StaT, PA Langen II, Bl. 180). Der Troisdorfer Entnazifizierungsausschuss hat Langen als *only nominal member* eingestuft; der Entnazifizierungshauptausschuss für den Regierungsbezirk Köln hatte am 7. 3. 47 *no objections to employment*, weil *nothing adverse found*; und auch der britische Sicherheitsoffizier vermerkte *may be employed*.
In der Troisdorfer Stellenanzeige vom 13. 8. 1946 sind ehemalige Pgs ausdrücklich abgelehnt worden (Bgm. Hagen, Anzeigentext, aaO, Bl. 237).
Bei der ersten Gemeindewahl nach 1945, am 15. 9. 1946, entfallen auf die CDU 11, das Zentrum 6, die SPD 3 und die KPD 1 Sitze. Langen erhält bei der Wahl am 29. 10. 46 (d. h. vor dem Abschluss der Entnazifizierung) 12 Stimmen, der Gegenkandidat Kutzner 5; drei „weisse Stimmzettel“ werden abgegeben; Agnes Klein (SPD) fehlte (StaT, Niederschriftenbuch..., S.330).
[344] Aus dem Schriftwechsel Staatsanwaltschaft/ Landrat/ Staatskommissar Naas, Sommer 1933, in StaT, PA Langen I, Bll. 223 ff.
[345] OStAnw Bonn an Landrat, 6. 10.33, aaO, Bl. 227.
[346] vom 7. 4.33, in RGBl I, S. 175; Auszug in (von Münch, 1982 S. 29 ff).
[347] Landrat an Langen, 28. 12.33, in StaT, PA Langen I, Bl. 208.
[348] seit 9. 7.33 (WB 7. 7.33), vorher kommissarisch.
[349] Angaben nach dem Personalmerkblatt, in ARSK, LSK 2618, ohne Bll. zählung; Foto des Betriebes (1986 abgerissen) siehe Foto in (Flörken, 2009).
[350] Diese und die folgenden Angaben nach ARSK, LSK 2618.
[351] STADT-ANZEIGER, 24. 5.35 (StaT, Ortschronik).
[352] Foto in (Trippen, 1940 S. 189); WB, 1. 6.35, dort auch einige der folgenden Personalangaben; Personalakte im ARSK.
[353] Bericht im WB, 3. 6.35 (StaT, Ortschronik).
[354] in WB, 17. 2.36 (StaT, Ortschronik); auch in PA Jakobs, in ARSK, LSK 2129, ohne Bll. zählung.
[355] Fotos von den Trauerfeierlichkeiten in Troisdorf siehe Foto in (Flörken, 2009).
[356] STADT-ANZEIGER, 3. 3.35 u. ö. (StaT, Ortschronik).
[357] Foto in TRIPPEN, S. 191, und WB, 30. 4.35 (StaT, Ortschronik).
[358] So die Schlagzeile des „VORWÄRTS“ vom 31. 1.33, nach (Höhne, 1983 S. 11).
[359] vgl. den Artikel des Vf. im GA, Bonn, vom 30. 1. 73.
[360] siehe oben S. 13.
[361] Vernehmungsprotokoll des Willi Fi., 28. 9.33, in ARSK, LSK 2853, Bll. 46 ff.
[362] in HStAD, LAS 423, Bll. 243-247; Zitat auf Bl. 244.
[363] ebd.
[364] SZ, 3. 3.33.
[365] SZ, 7. 3.33.
[366] SZ, 29. 4.33. Am selben Tag wurde im „Hohns Geloog“ die Maikönigin gekürt: SZ, 3. 5.33; Foto von „Hohns Geloog“ in (Ossendorf, 1985 S. 37).

[367] SZ, 24. 4.33.
[368] SZ, 28. 4.33. Ein Vorarbeiter der DAG soll noch das Gerücht in die Welt gesetzt haben, dass der 1. Mai nicht bezahlt würde: Spitzelbericht (s. o.) in HStAD, LAS 423, Bll. 243-247.
[369] SZ, 5. 5.33.
[370] SZ, 19. 5.33.
[371] siehe Statistik in (Flörken, 2009).
[372] SZ, 2. 3.33.
[373] Bgm. Reinartz an Landrat: Stimmungs- und Lagebericht, 23. 2.34, in ARSK, LSK 3260, Bl. 279.
[374] dto. vom 15. 9.34, ARSK, LSK 3259, Bl. 125.
[375] dto. vom 15. 6.35, aaO, Bl. 479.
[376] STADT-ANZEIGER, 23. 3.33 (StaT, Ortschronik).
[377] STADT-ANZEIGER, 20. 3.33 (StaT, Ortschronik).
[378] Die DAG verschenkt an die Arbeiter 12.000 RM: 3 RM an Ledige, max. 15 RM an Verheiratete: SZ, 7. 6.33.
[379] Bgm. Reinartz, Stimmungsbericht...vom 19. 4.34, ARSK, LSK 3260, Bl.382.
[380] dto. vom 20. 6.34, in ARSK, LSK 3259, Bl. 19.
[381] dto. vom 20. 11.33, in ARSK, LSK 3260, Bl. 168.
[382] dto. vom 22. 1.34, aaO, Bl. 243.
[383] dto. vom 22. 3.34, aaO, Bll.355 f.
[384] WB, 3. 2.34: *Die erste Aussaat soll am Mittwoch, dem 4. April, in feierlicher Form erfolgen*; das Land wurde *an die Troisdorfer Bauern über den Bauernstand verpachtet*. Der WB am 5. 4.33 bringt einen halbseitigen Artikel über dieses Ereignis.
[385] k. Bgm. von Hirschfeld, Stimmungsbericht vom 12. 3.36, in ARSK, LSK 3262, Bll. 196 f.
[386] Haushaltsplan in ARSK, LSK 331, ohne Bll. zählung.
[387] ebd.
[388] Bgm. Reinartz an Landrat: Stimmungsbericht vom 16. 8.34, in ARSK, LSK 3260, Bl.434.
[389] dto. vom 20. 6.34, in ARSK, LSK 3259, Bl. 19.
[390] dto. vom 15. 9.34, aaO, Bll. 125 f.
[391] Gestapa an alle Stapostellen, 8. 1.35, in ARSK, LSK 526, Bl. 159.
[392] Stapo Köln an Landräte etc., 19. 1.35, ARSK, LSK 526, S. 161 f, Hervorhebung im Original.
[393] Landrat an Bürgermeister und Gendarmerie-Obermeister: Entwurf, 25. 1.35, aaO, S. 163 f.
[394] Landrat an Stapo Köln, 18. 4.34, aaO, S. 55.
[395] Gestapa Berlin/Stapo Köln an Landrat, 17. 4. /23. 4.34, aaO, S. 57/59.
[396] Landrat an Bgm., Entwurf, 26. 4.34, aaO, S. 61.
[397] Stapo Köln an Landräte, 27. 4.34, in HStAD, LAS 423, Bl.372.
[398] Gestapa Berlin, 29. 4.34, in ARSK, LSK 526, S. 65.
[399] Landrat an RP, 19. 4.35, in ARSK, LSK 2850, Bl. 646.
[400] Kreisleitung an NS-Organisationen, 26. 4.35, in HStAD, LAS 38, Bl. 9 f.
[401] Landrat an Stapostelle Köln, 3. 5.35, aaO, Bl. 13; aber Beig. Keil im monatlichen Stimmungsbericht: *gewaltige Massenkundgebung*, ARSK, LRS 3261, Bl. 247.
[402] Landrat an Bgm. Reinartz, 4. 5.35, HStAD, LAS 34, Bl. 694.
[403] Bgm. Reinartz an Landrat, 7. 5.35, ebd.
[404] Beig. Keil im mtl. Stimmungsbericht, siehe Anm. 401.
[405] Bgm. Söntgen (Menden) an Landrat, 30. 4.35, in HStAD, LAS 38, Bl. 32.
[406] STADT-ANZEIGER, 30. 4.36 (StaT, Ortschronik).
[407] WB, 3. 5.36 (StaT, Ortschronik).
[408] Stapo Köln an Landräte, 1. 9.34, in ARSK, LSK 526, S. (!) 133.
[409] (Bludau, 1973 S. 152).
[410] ebd. So auch in dem Flugblatt einer illegalen Betriebszelle von Blohm & Voss, Hamburg 1939, zitiert in (Grossmann/Gahlmann, 1983 S. 163 f).
[411] Der Briefwechsel in HStAD, RW 18/19, Bll. 64 ff.
[412] siehe (Flörken, 2009).
[413] Stapo Köln an Landräte, 24. 11.42, aaO, Bl. 72; Stapo Köln an Landrat, 19. 12.42, aaO, Bl. 75.
[414] Die Zahl erscheint übertrieben hoch; vermutlich hat die Gestapo alle Leute, die sich zu dem fraglichen Zeitpunkt irgendwie auffällig benommen haben, als tatverdächtig eingestuft.
[415] Briefwechsel in HStAD, RW 18/19, Bll. 141 ff.
[416] DAG, Zündhütchenfabrik (Dr. Friedrich) an Kriminalassistent Dürholt, 17. 6.44, aaO, Bl. 144.
[417] Kriminalsekretär Dürholt, Bericht, 14. 6.44, aaO, Bl. 142.

[418] SZ, 30. 3.33.
[419] SZ, 5. 4.33.
[420] Mündl. Mitt. Fritz Tüttenberg, 23. 5.84.
[421] „Schul-Chronik der Schule Altenrath“, im StaT.
[422] Im November 1934 nimmt er an einem „nationalpolitischen Lehrgang“ teil, der ihm *zu einem unvergesslichen Erleben nationalsozialistischer Gemeinschaftsarbeit [verhalf]. In froh kameradschaftlichem Zusammenleben, in körperstählendem Sport und Geländedienst und weitem Eindringen in nationalsozialistische Weltanschauung flossen drei[!] Wochen allzurasch dahin*. aaO, S. 65.
[423] Sohn Kaiser Wilhelms II., genannt „Auwi“, Foto in (Lorant, 1985 S. 218); (Janssen, 1983 S. 127).
[424] Schulchronik. .., S. 63.
[425] aaO, S. 64.
[426] Kopie in der Schulchronik, StaT.
[427] Ein Nachgesang auf Altenrath ist die Artikelserie von Irmgard THOMAS im Bonner Generalanzeiger vom 9. 7., 6. 8. und 17. 9.38 in der Rubrik „Unser Land“.
[428] STADT-ANZEIGER, 4. 3.33 und 22. 3.33 (StaT, Ortschronik).
[429] STADT-ANZEIGER, 29. 8.33 (StaT, Ortschronik).
[430] RP Köln, Verordnung, in STADT-ANZEIGER, 3. 4.34 (StaT, Ortschronik).
[431] STADT-ANZEIGER, 5. 4.34 und 6. 4.34 (StaT, Ortschronik).
[432] Bgm. Jakobs an Landrat, Stimmungsbericht, 13. 7.35, in ARSK, LSK 3261, Bll. 298 f.
[433] Bgm. Reinartz an Landrat, 14. 9.34, in HStAD, LAS 34, Bll. 290 f.
[434] Stapo Köln an Landrat, 22. 12.33, in ARSK, LSK 2850, Bl. 179.
[435] Vermerk von Thiel (?), ebd.
[436] Schulchronik, S. 71; im September 1936 und Januar 1937 wird Land für drei Tage bzw. drei Wochen zum Manöver einberufen: ebd.
[437] STADT-ANZEIGER, 7. 5.36 (StaT, Ortschronik).
[438] Pfr. Bendermacher (Altenrath): Pfarrchronik, nach (Hellmund, 1984 S. 87).
[439] Schulchronik, S. 71 f.
[440] Fotos von Häusern der Neu-Altenrather in Troisdorf in (Trippen, 1940 S. 196).
[441] STADT-ANZEIGER, 20. 5.37 (StaT, Ortschronik).
[442] Schulchronik, S. 72 f; siehe Foto in (Flörken, 2009).
[443] Zu den Schülern siehe Foto in (Flörken, 2009).
[444] Schulchronik, S. 75.
[445] Grundakte AG SU, Gemarkung Troisdorf, Artikel 96, S. 18 ff; heute [1986] kostet ein Quadratmeter Ackerland in Troisdorf zwischen 6 und 8 DM (Auskunft der Fa. Norbert Klein, Siegburg, 14. 4.86).
[446] und drei weitere, siehe (Flörken, 2009) und Endnote 1269.
[447] siehe S.119.
[448] Der ganze Vorgang in HStAD, LAS 34, Bll. 222-226.
[449] Die Ermittlungsakten sind nicht mehr erhalten: StAnw Bonn an Vf., 16. 9. 83.
[450] dazu siehe (Bracher, 1969 S. 262).
[451] Ermittlungsakte des Sondergerichts in HStAD, Rep. 112/9395, 16 Bll.
[452] „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei“, 20. 12.34, RGBl I, S. 1269, abgedruckt in (von Münch, 1982 S. 75 ff).
[453] nach Klein in (Klein/Rennen, 1981 S. 146).
[454] nach (Bracher/Funke/Jacobsen, 1983 S. 278).
[455] Klein in (Klein/Rennen, 1981 S. 147).
[456] nach (Schorn, 1959 S. 114).
[457] Sperrung im Original.
[458] Der ganze Vorgang in HStAD, RW 18/15, Bll. 53 ff.
[459] siehe unten S. 110.
[460] Der ganze Vorgang in HStAD, RW 18/13, Bll. 138-162.
[461] Das Urteil in HStAD, RW 18/20, Bll. 199 ff; darin auch die folgenden Angaben.
[462] Original-Lebensmittelkarten siehe Foto in (Flörken, 2009).
[463] Bgm. von Sieglar an Landrat, 2. 9.43, in HStAD, RW 181/51, ohne Bll. zählung; der Landrat vernichtet im Laufe des Monats September Marken für ca.33 kg Margarine, 360 kg Brot, 150 kg Fleisch, aaO.
[464] Meldekarte, Stadt Troisdorf.
[465] ebd.

[466] Frau Wilhelmine B. aus der Louis-Mannstaedt-Strasse 34 wird am 8. 2.44 verhört, weil sie bei der Metzgerei Effertz, Kölnerstrasse, sonderbare Marken abgegeben hat. Nach zwei Monaten ist gewiss, dass diese Marken wirklich echt sind - auch wenn sie aus Dülmen sind: wie Anm. 463.
[467] (Müller, 1969 S. 96 f); dort auch alle weiteren Angaben. Die Akte (Az: GenStAnw Hamm 50 Js 97/44) ist im StAM nicht mehr erhalten: StAM an Vf., 9. 10.84.
[468] Der Vorgang in HStAD, RW 18/15, Bll. 163 ff.
[469] siehe unten S. 115.
[470] zu dem Thema: Ausländer siehe Kapitel 8.
[471] Vermerk des Landrats, 9. 10.39, in HStAD, RW 18/15, Bl. 49.
[472] Ein Slogan, der schon seit 1895 in Umlauf ist: (Westphalen, 1971 S. 30 f); Fotos vom „Boykott“ u. a. in (Schoenberner, 1982 S. 28 f); (Eschwege, 1966 S. 38); (Lorant, 1985 S. 224 f); (Leiser, 1984 S. 101); (Richarz, 1982 S. 3, 259); (Janssen, 1983 S. 134); (Karlsruhe, 1983 S. 21); (Vespignani, 1976 S. 17 und 92).
[473] Foto in (Trippen, 1940 S. 123).
[474] Bgm. Langen an Landrat, 10. 3.33, in HStAD, LAS 44, Bl. 316; dort auch die folgenden Zitate.
[475] Die SZ veröffentlicht am 31. 3.33 eine „Erste Boykott-Anordnung“ der „Boykott-Bewegung gegen die Greuellügen“.
[476] Handschr. Vermerk von Unbekannt auf dem Bericht von Langen, siehe Anm. 474.
[477] in (Eschwege, 1966 S. 36).
[478] Hilberg in (Lanzmann, 1986 S. 101).
[479] nach (Richarz, 1982 S. 2, 19 ff).
[480] (Linn, 1985 S. 114 ff).
[481] Wahlen im Gasthof Herrengarten, 1925, 1928 und 1932, in ARSK, LSK 91, ohne Bll. zählung. - Zur Steuerkraft der Siegburger Judengemeinde: 1917 gehören 11 Personen zur 1. Steuerklasse (maximaler Steuersatz: 900), 25 zur 2., 108 zur 3. Von „unseren“ Juden gehören Albert Marcus (420) und Adolf Wolf (160) zur 2., Albert Brünell (118), Emanuel Meier (80), Jakob Falkenstein (70), Samuel Levy (36), Erwin Bernauer (31) und Moses Falkenstein (6) zur 3. Klasse: aaO.
[482] Bgm. Reinartz an Landrat, 26. 10.33, in HStAD, LAS 423, Bl. 487; „Einstellung“ ist auf dem Original verbessert aus „Empörung“. Ähnliche Schreiben in den folgenden Monaten: aaO, Bll. 497 und 502.
[483] Bgm. Jakobs, Stimmungsbericht, 16. 9.35, in ARSK, LSK 3261, Bll. 306 f.
[484] zur Sache siehe unten S. 60.
[485] k. Bgm. Hirschfeld, Stimmungsbericht vom 12. 3.36, in ARSK, LSK 3263, Bll. 196 f.
[486] Ludwig Pins an Vf., 7. 2.84; man beachte das Wort „die Fremde“!
[487] siehe (Flörken, 2009).
[488] SZ, 30. 3.33.
[489] Die Frankfurter Israelitische Gemeinde in ihrem Gemeindeblatt vom 30.3.33, nach: (Fischer/Ludwig-Winters, 2007 S. 268).
[490] (Comité des délégations Juives, 1983 S. 285 f); (Düwell, 1968 S. 83 f).
[491] Nach SZ vom 10. 3.33 sind „Rhela“ und „Schuhhaus für alle“ in der Kaiserstrasse betroffen: Dort pinseln die Nazis mit weisser Farbe auf die Schaufenster: *Von der SA geschlossen*. Am 11. 3.33 (Samstag) erscheint in der SZ eine Geschäftsanzeige des Schuhhauses mit dem unübersehbaren Satz: *Unser Geschäft ist den ganzen Tag durchgehend geöffnet*.
[492] siehe (Flörken, 2009).
[493] „Gesetz zur Wiederherstellung[!] des Berufsbeamtentums“, RGBl I, S. 175; Auszug in (von Münch, 1982 S. 29 ff). Von den folgenden Punkten sind die meisten aus (Adam, 1979 S. 73 ff und 115 ff); vgl. (Walk, 1981) passim.
[494] zu den Hintergründen siehe (Adam, 1979 S. 114 ff).
[495] vom 15. 9.35, in RGBl I, S. 1146; Faksimilie in (Eschwege, 1966 S. 69); (von Münch, 1982 S. 123 f).
[496] ebd.
[497] (Adam, 1979 S. 130 f).
[498] (Adam, 1979 S. 126 f).
[499] (Adam, 1979 S. 108 ff).
[500] Das Folgende nach (Adam, 1979 S. 132 f); (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. 271 f).
[501] vgl. den Artikel des Vf. im GA, Ausgabe Siegburg, vom 9. 11.85. Weitere Angaben über Ilse und ihren Freund waren zunächst in Ahlbeck nicht mehr zu finden: Rat des Kreises Wolgast (DDR) an Vf., 14. 10.85; neuerdings sind die Vorgänge vom Vf. aufgeklärt worden.

[502] (Linn, 1983 S. 491 f) (nach ARSK, LSK 769, Bl. 194; vgl. ebenso Bl. 153 v.) veröffentlicht eine Liste, die der k. Bgm. von Hirschfeld am 11. 3.36 erstellt hat. Darin teilt er dem Landrat mit, welche *Nichtarier [...] der Stimmliste Troisdorf [...] entzogen* worden sind.
[503] z. B. Karola M. das Siegburger Mädchen-Lyzeum; siehe (Adam, 1979 S. 213) für 1938; (Düwell, 1968 S. 113 ff).
[504] F. N. an Gestapo Köln, 18. 11.41, siehe unten.
[505] Mündl. Mitt. von Frau Karola M., 18. 11.84.
[506] VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden, 26. 4.38 (RGBl I, S.414) und D-VO, 18. 6.38 (RGBl I, S. 640).
Die VO ist teilweise abgedruckt bei ADLER, Mensch, S. 492 f. Ein Blanko-Formular des „Verzeichnisses“ nebst Anleitung und D-VO im Sta Hürth; das „Verzeichnis“ ist abgedruckt bei (Adler, 1974 S. 547 ff).
Verzeichnisse Troisdorfer Juden sind nicht gefunden worden: FA SU an Vf., 10. 4.84; HStAD an Vf., 7. 5.84; Kultusminister NRW an Vf., 17. 10.85; die OFD Köln, bzw. der Herr Bundesfinanzminister, hat die Einsichtnahme in Akten der OFD Köln nicht gestattet: OFD Köln an Vf., 7.2., 1.4., 25.6.85.
[507] Landrat an RP, Entwurf, 13. 10.38, in ARSK, LSK 3159, Bl. 5; abgedruckt in (Linn, 1983 S. 483 f).
[508] Auszug aus der Vornamensliste: Anlage zum Runderlass des Reichsinnenministers vom 18. 8.38, in (Linn, 1983 S. 221).
[509] *Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen*, 17. 8.38, RGBl I, S. 1044; abgedruckt in (von Münch, 1982 S. 128 f); (Eschwege, 1966 S. 81).
[510] nach der 3. VO über Kennkarten, RGBl I, S. 913 ff; vgl. (Linn, 1983 S. 213). Foto in (Hellmund, 1981 S. 80); (Eschwege, 1966 S. 80).
[511] Ermittelt 1947 aufgrund einer Anordnung des nordrheinwestfälischen Innenministers für seinen Amtsbezirk, in ARSK, LSK 4594, Bl. 58. Die Akte wurde beim Abriss des Landratsamtes im Keller gefunden.
[512] siehe die Schilderung von Inge Deutschkron (Deutschkron, 1985 S. 28 f).
[513] Acht Fotos in (Flörken, 2009); Namensliste in (Hellmund, 1981 S. 99).
[514] Für Bonn siehe den Artikel des Vfs. in „neues rheinland“, Jg. 21, Nr. 11 (Nov. 1978), S. 10 ff.
[515] d. i. der am 14./15.2.33 in Siegburg erschossene SS-Mann, siehe unten und (Flörken, 2009).
[516] Mündl. Mitt. von Käthe J., 27. 3.84, ebenso das folgende. Albert B. hat bereits in der Nacht (2 - 3 Uhr) Nazis am Werk gesehen: Mündl. Mitt. vom 2. 1.85.
[517] vgl. die Schilderung in (Müller, 1969 S. 87).
[518] So Ossendorf in (Hellmund, 1981 S. 81).
[519] Die US-Behörden gaben den möglichen Einwanderern, die die Einwanderungsbedingungen erfüllten, Registriernummern. Der Abruf dieser Nummer musste abgewartet werden. Entsprechend ihrem Quotensystem erlaubten die USA jährlich nur ca. 27.000 Personen aus Deutschland und Österreich die Einwanderung. Infolge des starken Flüchtlingsstromes war diese Quote 1939 und 1940 in keiner Weise ausreichend. Das US-amerikanische Einwanderungsgesetz von 1921, das das Quotensystem festlegte, wurde jedoch nicht geändert. (nach (Richarz, 1982 S. 3, 393),
[520] Landrat an Stapo Köln, 12. 11.38, in HStAD, RW 18/14, Bl. 14.
[521] vom 12. 11.38, in RGBl I, S. 1581; abgedruckt in (von Münch, 1982 S. 133).
[522] WB, 11. 11.38.
[523] Mündl. Mitt. von Frau Wally G., 22. 12. 82.
[524] Gestapa an Stapostellen, FS, 9. 11.38, in (Schoenberner, 1982 S. 21).
[525] Liste der Verhaftungen in HStAD, RW 18/14, Bl. 14.
[526] Hilde Jonas an Vf., 3. 3.84.
[527] Meldekarte, Stadt Troisdorf.
[528] ebd.
[529] Internationaler Suchdienst Arolsen an AG SU, 14. 11. 52, in Todeserklärung Albert Falkenstein.
[530] dto., in Todeserklärung Jakob Falkenstein.
[531] wie Anm. 525; vgl. (Linn, 1983 S. 211).
[532] Mündl. Mitt. der Töchter Erna und Julia, 8. 5.85.
[533] (Linn, 1983 S. 212).
[534] siehe Anm. 529 f; zu Dachau siehe Alfred Schwerin in (Richarz, 1982 S. 3, 346 ff)
[535] wie Anm. 529 f.
[536] wie Anm. 526.
[537] wie Anm. 529 f.
[538] wie Anm. 526.
[539] Sie wird später in Sobibor ermordet: siehe S.98.

[540] Meldekarte, Stadt Troisdorf.
[541] Sie werden 1942 bei Malyj Trostenez erschossen, siehe unten S.93.
[542] Günter Meier an Nanny Bernauer, 19. 7.42, Sammlung Metzger.
[543] Norbert Cahn (aus Sieglar) an Vf., 20. 2.86.
[544] Pol-VO „über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit“, 28. 11.38, RGBl I, S. 1676; (von Münch, 1982 S. 133); (Adam, 1979 S. 215).
[545] WB, 5. 12.38; (Linn, 1983 S. 218); (Adam, 1979 S. 213).
[546] VO „über den Einsatz des jüdischen Vermögens“, 3. 12.38, RGBl I, S. 1709; Auszug in (von Münch, 1982 S. 134 ff).
[547] Görings „Schnellbrief“ vom 28. 12.38, in HStAD, RW 18/14, Bll. 157 f; abgedruckt in (IMT, 1947) Bd. 25, S. 131 ff; paraphrasiert bei (Adam, 1979 S. 218).
[548] nach (Höhne, 1981 S. 306). Von 1933-37: ca. 129.000 (Linn, 1983 S. 223); von 1933-38: ca. 169.000 (Focke/Reimer, 1980 S. 116); vom 1. 1.38 bis zum 1. 10.41: 170.000 (Schilling, 1964 S. 643).
[549] siehe (Flörken, 2009).
[550] Mündl. Mitt. von Ludwig Pins, 15. 5.85.
[551] Mrs. Ann Herrmann an Vf., 2. 5.85.
[552] zitiert nach (Höhne, 1981 S. 304).
[553] siehe (Linn, 1983 S. 204 ff).
[554] Norbert Cahn an Vf., 20. 2. und 9. 4.86; Norbert Cahn ist inzwischen verstorben.
[555] Siehe (Flörken, 2009); zu Malyj Trostenez siehe unten S. 93.
[556] Aufzeichnungen dieser Tagung in HStAD, RW 33, Heft 2, Bll. 12 ff.
[557] vgl. die britische Karikatur zum Hitler-Stalin-Pakt: „Der Abschaum der Erde, nehme ich an?“ fragt Hitler, „Der blutige Mörder der Arbeiter, vermute ich?“ fragt Stalin, als sich die beiden begegnen.
[558] siehe (Adam, 1979 S. 234 f).
[559] nach (Adam, 1979 S. 235); (Düwell, 1968 S. 250) (VB, 1. 2.39).
[560] (Mann, 1966 S. 229).
[561] Stapo Köln an Landräte, 12. 9.39, in HStAD, RW 18/14, Bl. 215.
[562] Stapo Köln an Landräte, 20. 9.39, aaO, Bl. 216; nachgedruckt in (Reifenrath, 1982 S. 95).
[563] In Siegburg werden bei den Troisdorfer Juden folgende Geräte abgeholt:
Marcus - Philipps, Albert Falkenstein - Signalbau Huth E 82, Albert(?) Falkenstein - Nora L 21 (nach HStAD, RW 18/14, Bl. 224 f; nachgedruckt in (Reifenrath, 1982 S. 97 f).
[564] siehe (Zelzer, 1964 S. 213).
[565] Bgm. Schünemann an Landrat, 23. 9.39, in HStAD, RW 18/14, Bl. 234.
[566] Stapo Köln an Landräte, 28. 9.39, aaO, Bl. 230.
[567] Bgm. Schünemann an Landrat, 6. /12. 10.39, aaO, Bll. 227 f.
[568] Liste des Landratsamtes, 27. 9.39, aaO, Bll. 234 f.
[569] Stapo Köln an Landrat, 29. 11.39, aaO, Bl. 238; die Ausnahme nach dem handschr. Vermerk vom 6. 12.39 auf Bl. 235.
[570] Landrat an RP: monatliche Kreisstatistik, 10. 10.41, in HStAD, RW 18/18, Bl. 77; drei Jahre später, am 10. 10.44, lebten im Siegkreis (offiziell) nur noch 2 (zwei) Juden: aaO, Bl. 125.
[571] Bgm.-Amt Much an Landrat, 17. 6.41, in HStAD, RW 18/18, Bl. 238; nachgedruckt in (Reifenrath, 1982 S. 113).
[572] Zur Geschichte des Lagers und seiner Bewohner siehe (Reifenrath, 1982); Fotos und Beschreibung ebd.
[573] Namensliste, erstellt von Gottlieb am 16. 6.41, in HStAD, RW 18/18, Bll. 206-210.
[574] Ob Selma Meier, Günters Mutter, dabei war, ist fraglich.
[575] Sophia Levy, geborene Cahn, geboren 24. 08. 80 in Kommern, zuletzt wohnhaft Luisenstrasse 9, verheiratet mit Josef Levy, Schwester von Helwine Brünell, Mutter von Erna Falkenstein und Julia Cahn, deportiert 19. /20. Juli 1942. Die anderen Angaben von (Reifenrath, 1982 S. 79) sind nicht zutreffend.
[576] Stapo Köln an Landräte, 12. 5.41, in HStAD, RW 18/18, Bll. 144 ff.
[577] ebd.
[578] Stapo Köln an Landrat, 3. 6.41, aaO, Bl. 192.
[579] Vermerk des Landratsamtes, 7. 6.41, aaO, Bl. 198.
[580] Im Original steht: Kurth; gemeint ist Ernst Court, siehe unten S. 68.
[581] Vermerk des Landratsamtes, 9. 6.41, ebd.
[582] gemeint sind die Juden, die nicht in das Lager deportiert worden sind; Stapo Köln an Landräte, 12. 5.41, in HStAD, RW 18/18, Bl. 144.
[583] Zum jüdischen Vermögen siehe unten S. 102.

[584] siehe (Flörken, 2009).
[585] Stapo Köln an Landräte, 22. 7.42, HStAD, RW 18/18, Bl. 1.
[586] Bgm. Schünemann an Landrat *Verzeichnis der am 1. 6.41 im Gemeindebezirk Troisdorf noch[!] ansässigen Juden unter Angabe [...] des von ihnen z. Zt. benutzten Wohnraumes*, 26. 5.41, in HStAD, RW 18/18, Bll. 186 f.
[587] Kreisleitung der NSDAP an Ortsgruppenleiter, 6. 6.41, aaO, Bl. 197.
[588] Kreisleitung an Ortsgruppenleiter, 20. 6.41, aaO, Bll. 222 f.
[589] nach dem Krieg abgerissen.
[590] wie Anm. 586.
[591] Meldekarten, Stadt Troisdorf.
[592] Kontenbogen des FA Siegburg, 15. 8. 50, in Rü 36/118/ 16102/b, Bl. 23.
[593] ebd.
[594] nach dem Krieg abgerissen.
[595] wie Anm. 586.
[596] Meldekarten, Stadt Troisdorf.
[597] Mündl. Mitt. von Frau H., geb. Kattwinkel, 17. 7.85.
[598] nach dem Krieg abgerissen, 1986 Gelände eines Kaufhauses.
[599] wie Anm. 586.
[600] wie Anm. 586.
[601] Fa. Filk an Landrat, 20. 6.41, in HStAD, RW 18/18, Bl. 226.
[602] Fa. Odermath an Landrat, 20. 6.41, aaO, Bl. 227.
[603] nach (Linn, 1983 S. 219), dort auch weitere Belege.
[604] vgl. dazu die Kontroverse auf der „Wannsee-Konferenz“ im Januar 1942, abgedruckt in (Poliakov/Wulf, 1983 S. 119 ff), insbes. S. 125 f, und dazu (Adler, 1974 S. 215 f), (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. 2, 317), (Ferencz, 1981 S. 42).
[605] wie Anm. 586.
[606] wie Anm. 586 ; ferner „Liste“ von ?, o. D., in HStAD, RW 18/18, Bll. 67 ff, hier: Bl. 69; „Liste“ des Siegkreises, 10. 2.41, aaO, Bll. 147 ff, hier: Bll. 159 f.
[607] „Liste“ von ?, o. D., aaO, Bl. 6.
[608] § 1 der „VO über die Beschäftigung von Juden“, 3. 10.41, in RGBl I, S. 675; abgedruckt in (Michaelis/Schraepler, o.J.), 19, S.441 f; (von Münch, 1982 S. 141), (Eschwege, 1966 S. 161), (Adler, 1974 S. 213).
[609] D-VO dazu, abgedruckt in (Michaelis/Schraepler, o.J.), 19, S.442 ff; Auszug in (Adler, 1974 S. 213 ff).
[610] Foto des „Sterns“ in (Hellmund, 1981 S. 87); Fotos von Juden, die den „Stern“ tragen: (Eschwege, 1966 S. 156 ff).
Text der PolVO vom 1. 9.41 in RGBl I, S. 547; ferner in (Hofer, 1982 S. 297 f) Auszug; (von Münch, 1982 S. 140); (Michaelis/Schraepler, o.J.), 19, S.416 ; (Eschwege, 1966 S. 155 ff) Faksimile; (Asaria, 1959 S. 367 f); (Rückerl, 1978 S. 102); (Adler, 1974 S. 47 ff); (Hilberg, 1982 S. 130 f).
[611] Stapo Köln an Landräte, 10. 4.42, in HStAD, RW 18/18, Bl. 241; vgl. Synagogengemeinde Köln an alle Juden in Köln, 7. 4.42, in (Asaria, 1959 S. 374 f); vgl. (Eschwege, 1966 S. 159 f).
[612] Stapo Köln an Landräte, 30. 6.42, HStAD, RW 18/18, Bll. 246 f; „Erfassung“ im November 1941: Synagogengemeinde Köln an alle Juden in Köln, 17. 11.41, in (Asaria, 1959 S. 369 f).
[613] Synagogengemeinde Köln an alle Juden in Köln, 7. 4.42, in (Asaria, 1959 S. 375); in Frankfurt/Main siehe (Michaelis/Schraepler, o.J.) 19, S.410 f; vgl. (Eschwege, 1966 S. 157).
[614] Synagogengemeinde Köln an alle Juden in Köln, 15. 5.42, in (Asaria, 1959 S. 377).
[615] in Berlin: zwischen 16 und 17 Uhr, PolVO vom 4. 7.40, in (Eschwege, 1966 S. 126).
[616] in Dresden, Anordnung der Israelitischen Religionsgemeinde, 16. 3.42, in (Eschwege, 1966 S. 186).
[617] in Dresden, 24. 4.42, ebd.
[618] in Dresden, 22. 8.42, ebd.
[619] nach mündl. Mitt. einer Augenzeugin, 9. 5.85.
[620] Heydrich stellt sich der „Wannsee-Konferenz“ als den „Beauftragten für die Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage“ vor, lt. Wannsee-Protokoll, 20. 1.42, in (Poliakov/Wulf, 1983 S. 119 ff), Zitat auf S. 120; vgl. Görings Auftrag an Heydrich, 31. 7.41, abgedruckt in (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. 2, 306 f); (Rückerl, 1978 S. 98 f) nach IMT, PS-710.
[621] nach (Broszat, 1973), in (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. 2, 108), (Adam, 1979 S. 310 ff).
[622] So Ernst G. Lowenthal in der „Jüdischen Allgemeinen“ vom 28. 3.86 zu einem solchen „Sammelwerk“ über Heidelberg.
[623] (Lanzmann, 1986 S. 95 ff).

[624] aaO, S. 223 ff.
[625] aaO, S. 27 ff.
[626] Jetzt (2024) auch von Arthur und Johanna Hirsch, geb. Pins. Nach neuesten Unterlagen sind sie am 02.03.1943 von Dortmund nach Auschwitz deportiert und dort ermordet worden: https://juedisches-dortmund.de/die-dortmunder-opfer-der-shoah/.
[627] nach der 11. VO zum Reichsbürgergesetz, 25. 11.41, RGBl I, S. 614; abgedruckt in (Michaelis/Schraepler, o.J.) 19, S. 462 ff und öfter.
[628] Nur 1 (ein) Jude hat Belzec und den Krieg überlebt: Rudolf Reder siehe (Reder, 1946); (Henkys, 1964 S. 103 f); (Gilbert, 1982 S. 240); vier Juden haben Chelmno überlebt: (Henkys, 1964 S. 95); drei: (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 145); zwei: (Lanzmann, 1986 S. 17); 870 haben Lodz überlebt (Wulf, 1962 S. 52).
[629] Der allererste Transport deutscher Juden nach Lodz wurde am 14. 10.41 angeordnet: (Adam, 1979 S. 311).
[630] (Schilling, 1964 S. 637).
[631] Todeserklärung Levy.
[632] AG Köln, Beschluss, 18. 5. 55, in Todeserklärung Brünell, Bl. 68. Die Gemeindeverwaltung von Kommern, dem Geburtsort von Frau Brünell, bescheinigt am 30. 4. 52, dass Albert und Helwine Brünell *1941 von Kommern[!] mit unbekanntem Ziel deportiert* worden sind (aaO, Bl. 4). Das ist zwar nicht zu widerlegen, aber anzuzweifeln; jedenfalls wohnen sie nicht im Juni 1941 in Kommern: ihr Name fehlt in der „Aufstellung der in Kommern wohnenden Juden“, abgedruckt in ARNTZ, S.350.
[633] Meldekarte, Stadt Troisdorf.
[634] dto.
[635] in (Kommission Frankfurter Juden 1933 ff, 1963 S. 437 und 524 ff); für Bielefeld siehe (Schoenberner, 1982 S. 147 f).
[636] (Schilling, 1964 S. 637).
[637] abgedruckt in (Eisenbach, 1946 S. 35 ff), und (Trunk, 1972 S. 14 ff).
[638] (Adler, 1974 S. 170).
[639] So Regierungspräsident Uebelhör, zitiert in (Rückerl, 1978 S. 255).
[640] Texte in (Eisenbach, 1946 S. 38 ff und 45 ff); Ausführungsbestimmungen auch in (Trunk, 1972 S. 17 ff).
[641] so (Adler, 1974 S. 171); Schwurgericht Bonn, Urteil vom 30. 3. 63: 233.000 von 700.000 Einwohnern, nach (Rückerl, 1978 S. 254).
[642] Aus der „Denkschrift des Gesundheitsamtes der Stadt Lodsch“ vom 1. 2.40, in (Adler, 1974 S. 169).
[643] Foto von Rumkowski in (Dabrowska/Dobroszycki, 1965 S. 2, 161); Rumkowski war der „Prototyp des Kollaborateurs“, ein „Diktator“((Wulf, 1962 S. 41 f); ein „Autokrat“, so der Verfasser der "Briefe" (Gumkowski, 1967 S. 51).
[644] Ausführungsbestimmungen zur PolVO vom 8. 2.40, wie Anm. 640.
[645] Fotos in (Flörken, 2009) und in (Schoenberner, 1982 S. 89) und öfter.
[646] Oberbürgermeister Litzmannstadt an Judenältesten, 30. 4.40, in (Eisenbach, 1960 S. 74 f) und (Trunk, 1972 S. 64 f); vgl. ferner die „Sonderanweisung“ des Polizeipräsidenten vom 10. 5.40, in (Eisenbach, 1946 S. 83 ff).
[647] Auszug aus dem „Sonderbefehl für den Schusswaffengebrauch bei der Bewachung des Ghettos Litzmannstadt“, herausgegeben von dem Kommandeur der Schutzpolizei, 11. 5.41, in (Eisenbach, 1946 S. 86 f) und öfter.
[648] Fast 60.000 Menschen pro km^2 oder 5,8 Personen in einem Raum: Oberbürgermeister Litzmannstadt an Regierungspräsident in Kalisz (Kalisch), 24. 9.41, in (Eisenbach, 1946 S. 197). Am 1. 1.42 leben dann 162. 681 Menschen im Ghetto: (Dabrowska/Dobroszycki, 1965 S. 1, 359).
[649] Aus dem „Erfahrungsbericht“ der Schutzpolizei, 13. 11.41, in (Eisenbach, 1946 S. 204); (Eschwege, 1966 S. 188 ff). Fotos von ankommenden Juden in (Eschwege, 1966 S. 189). Fotos von Juden bei der Abfahrt aus Hanau in (Hilberg, 1981 S. 29 und 44). Fotos von deportierten Juden in Lodz: (Vespignani, 1976 S. 121).
[650] aus dem „Erfahrungsbericht“, siehe Anm. 640.
[651] Foto dieser Strasse in (Dabrowska/Dobroszycki, 1965 S. 2, 320).
[652] in (Linn, 1983) S. 263 ff, 554 ff und 651.
[653] Die Dokumente sind im Besitz von Frau M.
[654] Mündl. Mitt. Frau Käthe J., 27. 3.84.
[655] (Wulf, 1962 S. 41).
[656] RVJD an Frau Müller, 19. 12.41 in (Arntz, 1983 S. 383); ferner RVJD, 10. 4.42, in (Adler, 1974 S. 468). Am 13. 2.42 liefert die NS-Ghettoverwaltung *Briefsachen aus dem Altreich, die für die Insassen*

des Ghettos in den letzten Wochen hier eingegangen sind, bei der Gestapo Lodz ab: (Blumental, 1947 S. 231).

[657] vgl. J. + H. Seligmann an Maria Seligmann, 21. 6.42, in (Linn, 1983 S. 558).

[658] in (Blumental, 1946 S. 98); (Poliakov/Wulf, 1983 S. 201); (Eschwege, 1966 S. 195).

[659] Schulz, Reserveleutnant der Schutzpolizei, an S. [?] Ak. [?] Nord, 2. 12.41, in (Blumental, 1946 S. 99); überliefert auch in (Dabrowska/Dobroszycki, 1965 S. 283 und 286).

[660] ebd.; in dem NS-Dokument bei (Blumental, 1946): Wemler.

[661] Schulz an S. Ak. Nord, siehe Anm. 659.

[662] (Wulf, 1962 S. 17).

[663] Foto in (Berenstein, 1960 S. 184). - Biebow wurde am 20. 4. 47 in Lodz hingerichtet: (Rückerl, 1978 S. 247).

[664] Biebow an Arbeitsamt Litzmannstadt, 10. 6.42, in (Blumental, 1946 S. 150 f), (Wulf, 1962 S. 31).

[665] Nach (Hershkovitch, 1950 S. 95) waren 75 % der Ghettobewohner tuberkulös; 20.000 Tbc-Kranke im Mai 1941: (Wulf, 1962 S. 31).

[666] Biebow an Gestapo Lodz, 4. 3.42, in (Eisenbach, 1946 S. 243 ff); (Wulf, 1962 S. 31); (Linn, 1983 S. 262 f).

[667] nach (Hershkovitch, 1950 S. 97 f).

[668] Judenrat, Bevölkerungsbewegung Jan. -Juli 1942, in (Berenstein, 1960 S. 285); vgl. (Gilbert, 1982 S. 54).

[669] Gestapo Lodz, Lagebericht, 2. 7.42, in (Berenstein, 1960 S. 292 f).

[670] vom Vf. zusammengestellt nach (Dabrowska/Dobroszycki, 1965) I, S. 309, 367, II, S. 497; vgl. die Angaben bei (Hershkovitch, 1950 S. 104), die etwas abweichen.

[671] (Hershkovitch, 1950 S. 101).

[672] Regierungspräsident Uebelhör, zitiert in (Rückerl, 1978 S. 255).

[673] so Biebow, nach (Hilberg, 1982 S. 186).

[674] (Hershkovitch, 1950 S. 111), dort auch das folgende; (Wulf, 1962 S. 34).

[675] Foto in (Flörken, 2009).

[676] nach dem deutschsprachigen Stadtplan in (Eisenbach, 1946), Anhang; (Hershkovitch, 1950 S. 119); Foto „Frauen beim Federzupfen“ in (Berenstein, 1960 S. 233).

[677] (Gumkowski, 1967 S. 45 f).

[678] nach (Wulf, 1962 S. 31) für den Stichtag 4. 3.42.

[679] Biebow an OB Litzmannstadt, 19. 4.43, in (Blumental, 1946 S. 180); (Wulf, 1962 S. 35). (Hershkovitch, 1950 S. 110) spricht von 9,5 Stunden täglich und einer 6-Tage-Woche.

[680] (Dabrowska/Dobroszycki, 1965) I, S.363, II, S. 481.

[681] wie Anm. 678; (Gumkowski, 1967 S. 38): Ich sehe *die ausgemergelten Körper und Gesichter [...] der Arbeiter [...], die tief eingekerbten Runzeln*.

[682] (Gumkowski, 1967 S. 29).

[683] Aus dem Tagebuch des Shlomo Frank, nach (Wulf, 1962 S. 38).

[684] für die Ghettobewohner: (Adler, 1974 S. 174); (Rückerl, 1978 S. 276).

[685] Karten in (Rückerl, 1978 S. 260 f); (Gilbert, 1982 S. 82).

[686] (Henkys, 1964 S. 95); Lange ist angeblich 1945 gefallen, nach (Rückerl, 1978 S. 248).

[687] Foto in (Pilichowski, 1980 S. 160). Zu den Gaswagen siehe (Rückerl, 1972) Anhang, und (Rückerl, 1978 S. 266 f und 291).

[688] HSSPF Koppe an HSSPF, SS-Gruf Sporrenberg, 18. 10.40, in (Klee, 1983 S. 191); (Rückerl, 1978 S. 258).

[689] Zahlen bei (Henkys, 1964 S. 95) und öfter.

[690] Instytut an Vf., 6. 7.85.

[691] Gestapo Lodz, Lagebericht, 9. 6.42, in (Berenstein, 1960 S. 285 f); (Dabrowska/Dobroszycki, 1965 S. 1, 562 f) berichtet am 17. Mai, dass 10. 915, d. h. also 18 Menschen weniger, ausgesiedelt worden seien; diese Zahl auch in der Statistik Jan. -Juli 1942, siehe Anm. 668.

[692] DR Litzmannstadt an Gestapo Litzmannstadt, „Nachweis der in der Zeit vom 4. 5. -15. 5.42 abgefertigten Juden-Sdz.“, 19. 5.42, in (Berenstein, 1960 S. 280 f); für März 1942: Nachweis für 16. 3. -2. 4.: 16. 748 Juden, in (Hilberg, 1981 S. 146); vgl. auch (Rückerl, 1978 S. 276 f).

[693] (Dabrowska/Dobroszycki, 1965 S. 1, 507 f); Übersetzung aus dem Polnischen.

[694] Nach der Anklageschrift des Obersten Polnischen Volksgerichtshofs gegen den „Reichsstatthalter“ Artur Greiser, 10. 6.45, Auszug in (Rückerl, 1978 S. 332 ff).

[695] Das Foto in (Berenstein, 1960 S. 284) unten, könnte die Waggons der Kleinbahn zeigen; weitere Fotos aaO (S. 284 oben, 315, 337), (Hilberg, 1981) S. 57, 68, 71, 94, 102.

[696] Zeugenaussage 1962: *unmenschliche Umstände beim Umladen der Juden*, in RÜCKERL, Vernichtungslager, S. 277.

[697] Foto (1980) in GILBERT, S. 82.

[698] Dazu (Rückerl, 1978 S. 266).
[699] (Klee, 1983 S. 371 f); Zeugenaussage eines Gaswagenfahrers in (Rückerl, 1982 S. 53 ff).
[700] in (Lanzmann, 1986 S. 111ff).
[701] aus dem Vernehmungsprotokoll des E., zitiert nach (Höhne, 1981 S. 343 f).
[702] Biebow an den „Reichsbeauftragten“ usw., 13. 6.42, in (Eisenbach, 1946 S. 227); (Wulf, 1962 S. 48); Bothmann betrunken: (Rückerl, 1978 S. 265 f); vgl. Ribbe an den Reichsstatthalter, 28. 9.43, in (Wulf, 1962 S. 72).
[703] Biebow an Landeswirtschaftsamt Posen, 26. 6.42, in (Eisenbach, 1946 S. 229); (Wulf, 1962 S. 48 f).
[704] Biebow an die Personalstelle seiner Ghettoverwaltung, 29. 6.42, in (Kermisz, 1946 S. 76); (Poliakov/Wulf, 1983 S. 202); (Wulf, 1962 S. 49); vgl. (Rückerl, 1978 S. 264); für die Ghettoverwaltung ordert Biebow im September 1943 zusätzliche Seife: (Wulf, 1962 S. 70).
[705] Ghettoverwaltung Lodz an Wirtschaftsamt Posen, 27. 5.42, in (Berenstein, 1960 S. 396); (Wulf, 1962 S. 25); (Rückerl, 1978 S. 275).
[706] (Wulf, 1962 S. 27).
[707] Der Gaubeauftragte für das WHW Posen an Ghettoverwaltung Lodz, 9. 1.43, in (Kermisz, 1946 S. 168 ff) und öfter.
[708] Blobel wurde im Einsatzgruppen-Prozess in Nürnberg zum Tode verurteilt und hingerichtet: (Rückerl, 1978 S. 248).
[709] Man lese die Schilderung von Leon Weliczker, einem Überlebenden dieses „Enterdungskommandos“, in (Schoenberner, 1981 S. 355 ff).
[710] nach (Gilbert, 1982 S. 168 f); 300.000 nach (Höhne, 1981 S. 431).
[711] nach (Höhne, 1981 S. 342); die Leute von 1005 werden hinterher in Erholungsheime der Sipo nach Grinizza oder Zakopane geschickt: (Artzt, 1979 S. 72).
[712] Briefwechsel dazu auszugsweise in (Rückerl, 1978 S. 283 f) und öfter.
[713] Errechnet aus dem sog.“Korherr-Bericht“ (Langfassung): *Das Ghetto Litzmannstadt zählt Anfang 1943 87.180 Juden, davon 83.133 mit ehem[als] polnischer Staatsangehörigkeit*., zitiert nach (Berenstein, 1960 S. 348); (Henkys, 1964 S. 96).
[714] Meldekarte, Stadt Troisdorf.
[715] Deportationsbefehl vom 24. 10.42, unterzeichnet von Daluege, in (IMT, 1947) Bd. 22, S. 535 f (=PS 3921).
[716] (Gilbert, 1982 S. 80).
[717] nach (Rosenberg, 1985 S. 14).
[718] aaO, S. 14-74.
[719] Einsatzgruppe A, Bericht, 31. 1.42, in IfZ, Bestand Fb 101/35, Bl. 536; auszugsweise gedruckt in (IMT, 1947) Bd.30, S. 71 ff (= PS 2273); Auszüge in (IMT, 1947) Bd.8, S. 325 ff (=USSR 57), und (Krausnick/Wilhelm, 1981 S. 586).
[720] Bericht vom 31. 1.42, aaO, Bl. 538; im Original heisst es weiter: „Seit Dezember 1940“ kamen 7.000 Juden aus dem Reich: 1940 ist offensichtlich ein Schreibfehler, Dezember wohl fälschlich für November.
[721] ChSipoSD, EM UdSSR Nr. 151, 5. 1.42, (=NO 3257), in (Adler, 1974 S. 184) auszugsweise; vgl. (Krausnick/Wilhelm, 1981 S. 652).
[722] Burkhardt, Bericht, nach dem 31. 12.41, in (Krausnick/Wilhelm, 1981 S. 586 f).
[723] Synagogengemeinde Köln „An alle Juden in Köln“, 13. 11.41, in (Adler, 1974 S. 398 f); der Transport ist nicht abgegangen.
[724] Das Folgende nach (Rosenberg, 1985 S. 18 ff).
[725] aaO, S. 20.
[726] EM 140, 1. 12.41, in IfZ, Bestand R 58/219, Bl. 222; vgl. dazu (Krausnick/Wilhelm, 1981 S. 178) Anm.42.
[727] (Loewenstein, 1956 S. 707 ff); danach auch das folgende. Foto aus dem russischen Ghetto in (Rosenberg, 1985 S. 23).
[728] (Adler, 1960 S. 21)
[729] (Zwölf blieben am Leben. Der Bericht eines Entkommenen, 1944).
[730] wie Anm. 719, Bl. 539.
[731] Temperatur im Januar 1942: minus 40 Grad: (Rosenberg, 1985 S. 36).
[732] wie Anm. 722.
[733] (Rosenberg, 1985 S. 40 f); (Loewenstein, 1956 S. 710 ff) spricht von 300 Juden in mehreren Lazaretten.
[734] (Rosenberg, 1985 S. 42).
[735] Günther Katzenstein, in: (Rosenberg, 1985 S. 62).
[736] nach (Loewenstein, 1956 S. 710 ff); vgl. (Rosenberg, 1985 S. 43).
[737] wie Anm. 719; Hervorhebung im Original.
[738] Eine andere Version bei (Rosenberg, 1985 S. 37): Erschiessung.

[739] (Loewenstein, 1956 S. 716).
[740] Fotos in (Schoenberner, 1982 S. 96).
[741] (Loewenstein, 1956 S. 715 f); vgl. aber die EM Nr. 178 vom 9. 3.42: *Bei einer [...] Judenaktion wurden in Minsk 3.412 Juden erschossen.*, zitiert nach (Loewenstein, 1956 S. 716). Vgl. anschliessend den „Tätigkeitsbericht [...]“ Nr. 11, 1. 3. - 31. 3.42, in Pol. Archiv des AA, Sign. Inland II g 431, Bl. 281 (=IMT, Bd.33, S. 287 ff (=3876-PS)): *Bei grösseren Judenaktionen wurden in Minsk 3.412, in Wileijka 302, Baranowitsche 2. 007 Juden erschossen.* Auch wenn es makaber ist: Es besteht kein Grund, an der NS-Zahl zu zweifeln, es sei denn, man nimmt einen zweifachen Schreibfehler an.
[742] (Rosenberg, 1985 S. 47).
[743] Kube hat der SS wegen ihrer Behandlung „deutscher“ Juden einige Schwierigkeiten gemacht: siehe dazu (Heiber, 1956 S. 87); (Höhne, 1981 S. 340 ff); (Reitlinger, 1961 S. 324).
[744] Kube an Lohse, 31. 7.42, in (IMT, 1947) Bd.26, S. 279 (= PS 3428); Kube spricht von „Minsk-Stadt“, demnach gibt es ausserhalb von Minsk noch ähnliche Lager und ähnliche „Aktionen“. Weder Kube noch (Loewenstein, 1956 S. 715) erwähnen Hamburg.
[745] Arlt, Tätigkeitsbericht, 3. 8.42, in (NN, 1965 S. 242); Auszug in (Adler, 1974 S. 196); (Krausnick/Wilhelm, 1981 S. 595).
[746] (Loewenstein, 1956 S. 715).
[747] (Reitlinger, 1961 S. 325); (Rosenberg, 1985 S. 69 ff).
[748] (Loewenstein, 1956 S. 716) ist hinsichtlich der äusseren Umstände vage: Wo lief der Zug ein? Die Passage ist abgedruckt in (Hofer, 1982 S. 311 f).
[749] BdS Ostland an RSHA, 15. 6.42, in (IMT, 1947) Bd.27, S. 106 ff (= PS 501).
[750] (Rosenberg, 1985 S. 36 f); die Gesamtzahl „1.000“ (S.37) muss ein Druckfehler sein.
[751] siehe unten S. 93.
[752] RSHA an Stapo Köln u. a., 3. 6.42, in (Düwell, 1968 S. 309), (Schabow, 1979 S. 22).
[753] in HStAD, RW 18/18, Bll. 60-66 („Siegkreis“), oder Bll. 67-70(?).
[754] Stapo Köln an Landräte, 8. 6.42, in HStAD, RW 18/18, Bl. 58; Faksimile in (Reifenrath, 1982 S. 151); Druck in (Linn, 1983 S. 536).
[755] Landrat an Bgm., 10. 6.42, in HStAD, RW 18/18, Bl. 59.
[756] „DA“ für Deportationszüge mit Juden, deren Ausgangsort ausserhalb Polens lag: (Hilberg, 1982 S. 292) und (Hilberg, 1981 S. 257).
[757] wie Anm. 752.
[758] Stapo Köln an Stapo Koblenz, 11. 6.42, in (Düwell, 1968 S. 310).
[759] ebd.; für 318 Menschen: (Reifenrath, 1982 S. 58); für 800 Menschen: (Schilling, 1964 S. 637).
[760] Bgm. (Much), Liste vom 15. 6.42, in HStAD, RW 18/18, Bl. 73.
[761] siehe nächste Seite.
[762] (Gansen, 1928 S. 48): Der Jude Samuel Moses, geboren 1774 (Trippen, 1940 S. 112), hat den neuen Familiennamen „Marcus“ angenommen. Albert hatte noch eine Schwester (Emma, gestorben 1950) und einen Bruder (Max, gestorben nach dem 15. 1.43, in Theresienstadt?).
[763] Hildegard mit Ehemann und Tochter Hannelore (geb. 1931) am 21. 2.38 nach Italien (heute in USA); Grete am 10. 5.39 nach GB (heute in USA); Margot mit Ehemann am 24. 7.39 nach GB (heute in USA); nach Meldekarten, Stadt Siegburg.
[764] Manche Personen durften das Lager verlassen: (Reifenrath, 1982 S. 51).
[765] (Reifenrath, 1982 S. 53).
[766] nach (Reifenrath, 1982 S. 58 f).
[767] Fotos einer solchen Verladung, angeblich vom 27. 7.42, im Sta Siegburg, abgedruckt in (Reifenrath, 1982 S. 56), (Linn, 1983 S. 649).
[768] Dazu (Linn, 1983 S. 251).
[769] in (Reifenrath, 1982 S. 59); weitere Abschiedsbriefe in (Arntz, 1983).
[770] am 27. 7.42 mit Omnibussen: E. Waldmann in (Linn, 1983 S. 252).
[771] Stapo Koblenz an Stapo Köln, u. a., 11. 6.42, in (Düwell, 1968 S. 310) und öfter.
[772] (Schabow, 1979 S. 24); (Klee, 1983 S. 262).
[773] so etwa (Reifenrath, 1982 S. 58).
[774] Sipo Transferstelle Piaski an Sipo Lublin, 11. 4.42, in (Kermisz, 1946 S. 194).
[775] Schwurgericht Hagen, Urteilsbegründung 20. 12. 66, zitiert nach (Rückerl, 1978 S. 147).
[776] nach (Adler, 1974 S. 421).
[777] Judenrat Izbica an IKG Würzburg, 29. 3.42, in (Adler, 1958 S. 69 f).
[778] Judenrat Lublin an JSS Krakau, 12. 4.42, in (Berenstein, 1960 S. 275).

[779] Sipo Piaski an Sipo Lublin, 11. 4.42, in (Kermisz, 1946 S. 194 f).
[780] Eintragung vom 27. 3.42, in (Reitlinger, 1961 S. 282).
[781] Beschreibungen in (Rückerl, 1978 S. 51).
[782] nach (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 170) und öfter.
[783] siehe (Flörken, 2009).
[784] Die Begründung ist etwas dunkel, wahrscheinlich steckt etwas anderes dahinter: Es lief gerade eine „Aktion“ am Zielort.
[785] Die Frage, wer vorher dort gewohnt hat, wird unterdrückt.
[786] Beispiele in (Adler, 1974 S. 468 f). Transporte von Düsseldorf nach Izbica (22. 4.42): (Artzt, 1979 S. 120), von Würzburg nach Izbica (25. 4.42): (Adler, 1974 S. 459).
[787] in KLEE, S. 262; sind „Augustowska“ und „Augustovka“ identisch?
[788] Höfle beging am 21. 8. 62 in Wien Selbstmord: (Rückerl, 1978 S. 46). Höfles Kinder - Zwillinge - starben 1943 im Kleinkindalter an Diphtherie: (Hilberg, 1982 S. 366).
[789] dazu siehe unten S. 102.
[790] soviel wie: Oberkreisdirektor, nach (Rückerl, 1978 S. 50).
[791] zuerst abgedruckt in (Reder, 1946 S. 29 f) und (Kermisz, 1946 S. 32 f)KERMISZ, S. 32 f; später öfter.
[792] Karten in GILBERT, S. 91 ff.
[793] (Glowna Komisja badani zbrodni, 1979 S. 94) und öfter.
[794] (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 174).
[795] Schwurgericht München, Urteil vom 21. 1. 65, nach (Rückerl, 1978 S. 133 f)f; zu „T 4“ siehe unten S.120 ; Foto von Wirth in (Klee, 1985 S. 277).
[796] (Gilbert, 1982 S. 240); nur 1 Überlebender nach (Rückerl, 1978 S. 83); (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 183).
[797] Fotos, undatiert, in (Glowna Komisja badani zbrodni, 1979), Anhang Nr. 64.
[798] abgedruckt zuerst in VjhZG 1953, S. 177 ff; der Gesamttext ab S. 185, der Belzec-Abschnitt ab S. 189, und öfter.
[799] abgedruckt in VjhZG 1959, S.333 ff; (Hilberg, 1981 S. 188 ff) gekürzt.
[800] SS-Leute Schlauch, Jührs, Pfannenstiel in (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983) S. 56 f, 169 f, 172 f.
[801] Aussage des G., in (Rückerl, 1978 S. 143), (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 188).
[802] in (Rückerl, 1978 S. 143 ff).
[803] (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 171).
[804] (Rückerl, 1978 S. 133).
[805] (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 183).
[806] (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 177 f).
[807] in (Rückerl, 1978 S. 156).
[808] Transportbefehl in HStAD, RW 18/18, Bll.39 f. Druck (Faksimile) in REIFENRATH, S. 152 f.
[809] Transportbefehl in HStAD, RW 18/18, Bll. 1 f; Druck (Faksimile) in REIFENRATH, S. 158 f.
[810] nach den jeweiligen Todeserklärungen. Bei LEDERER, S. 258 ff, ist ein Kölner Transport mit diesem Datum nicht registriert; nach einer Deportationsliste der Kölner Synagogengemeinde ist dieser Transport zunächst *nach Berlin [gegangen]. Wurde dort geteilt. Die [eine] Hälfte wurde nach Auschwitz, die andere Hälfte nach Theresienstadt gebracht. Anzahl nicht vermerkt*., in (Asaria, 1959 S. 390).
[811] III für den Herkunftsort Köln, /1 und /2 ist die fortlaufende Numerierung: (Linn, 1983 S. 253).
[812] So Heydrich auf der Wannseekonferenz, siehe o.; Gestapo Köln an Landrat, 13. 6.42, wie Anm. 808.
[813] Fotos in (Novak, 1974), passim; Stadtplan in (Adler, 1960); (Lederer, 1953 S. 244 f).
[814] vgl. (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. 2, 326); (Linn, 1983 S. 252 f).
[815] siehe den Film „Der Führer schenkt den Juden eine Stadt“.
[816] so sinngemäss Eichmann, in (Linn, 1983 S. 253); vgl. (Adler, 1958 S. 9 f).
[817] z. B. aus Bonn Professor Alfred Philippson, für den sich Sven Hedin einsetzt und der den Holocaust überlebt: siehe (Schilling, 1964 S. 645).
[818] so sinngemäss Eichmann, in LINN, S. 253.
[819] (Lederer, 1953 S. 89); Übersetzung des Vf.
[820] So der SS-Statistiker Korherr in einem Referat, 23. 3.43; mit Zahlen in (Berenstein, 1960 S. 348).
[821] nach (Lederer, 1953 S. 49); vgl. (Reitlinger, 1961 S. 188): 130 Tote pro Tag.
[822] Zahlen nach (Lederer, 1953 S. 40 und 49).
[823] aaO, S. 46.
[824] aaO, S.45.
[825] aaO, S.45.

[826] aaO, S.37 f.
[827] H. Ems in (Adler, 1960 S. 104).
[828] (Lederer, 1953 S. 45).
[829] d. i. Dampfnudeln.
[830] Faksimile in (Starke, 1975 S. 238).
[831] (Lederer, 1953 S. 141).
[832] aaO, S. 140.
[833] Todeserklärung Elise Mendel, Beschluss.
[834] StandA Rheinbach, Geburtenbuch, Vermerk nach Angaben des Sonderstandesamtes Arolsen, Abt. I, Nr. 1471/1980.
[835] (Philipp, 1949 S. 444 ff); „L[ängs] 212“ bedeutet „Bahnhofstrasse 12“, „Qu[er] 613“ bedeutet „Rathausgasse 13“.
[836] Reproduktion in (Adler, 1958 S. 273).
[837] nach: (Gottwaldt/Schulle, 2005 S. 430 f).
[838] Emanuel Goldschmidt, Mein Letztes!, 21. 2.43, in (Dortmund, 1981 S. 297).
[839] nach (Weskamp, 1911 S. 187).
[840] (Bielefeld, 1927), nach Sta Dülmen, Akte: Namensänderung der Juden, 1813, Nr. 2 und 3.
[841] *Verzeichnis der in den Jahren 1933/1939 in Dülmen ansässig gewesenen jüdischen Mitbürger*, 1966, in Sta Dülmen.
[842] ebd.
[843] Dies ist die Schreibweise des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ im Zentrum Berlins, der zentralen Holocaust-Gedenkstätte Deutschlands; daneben gibt es noch Maly Trostinez, Maly Trostenets und Mischformen.
[844] RBD Königsberg an DR-Stellen; Fahrplananordnung Nr. 62, 13. 7.42, in BA, R 5/3618, Bl. 67.
[845] Oskar Hoffmann an Erwin Bernauer, (20. 7.42), in (Hellmund, 1981 S. 90).
[846] nach (Reifenrath, 1982 S. 62).
[847] Emanuel Meier ist am 4. 3.42 in Much gestorben; Sterbeurkunde (Faksimile) in (Reifenrath, 1982 S. 119).
[848] siehe Foto in (Flörken, 2009).
[849] siehe Foto in (Flörken, 2009).
[850] Zu Oskar siehe neuerdings (Rexhaus, 2012).
[851] wie Anm. 845.
[852] RBD Königsberg an HED Minsk, FS, 10. 7.42, in BA, R 5/ 3618, Bl. 61; Faksimile in (Hilberg, 1981 S. 172).
[853] nach den Postkarten.
[854] Erich und Rosa Marx an Familie Bernauer, o. D., abgedruckt in (Flörken, 2009).
[855] Oskar Hoffmann an Erwin Bernauer, 24. 7.42, in (Flörken, 2009).
[856] Siehe (Flörken, 2009).
[857] RBD Königsberg an DR-Stellen, wie Anm. 844.
[858] ebd.
[859] d. h. etwa 12 Stunden Fahrt und 19(!) Stunden Aufenthalt in Kojdanowo, nach: HED Minsk an DR-Stellen, Telegrammbrief, 17. 7.42, in BA, R 5/3618, Bl. 71; siehe (Flörken, 2009). 19 ½ Stunden Warten für den Transport vom 6. 5.42 aus Wien (8 Tote): (Hilberg, 1982 S. 327 f); die Zustände in einem Waggon beschreibt Aron Carmi in (Schoenberner, 1981 S. 177 ff).
[860] wie Anm. 855.
[861] siehe Anm. 844 und 852.
[862] siehe Anm. 845 ; Oskar Hoffmann schreibt zum richtigen Datum irrtümlich *Donnerstag*.
[863] Arlt, Tätigkeitsbericht, 3. 8.42, in (NN, 1965 S. 242 f); auszugsweise in (Adler, 1974 S. 195).
[864] (Zwölf blieben am Leben. Der Bericht eines Entkommenen, 1944).
[865] Arlt, Tätigkeitsbericht, 16. 6.42, in (NN, 1965 S. 240).
[866] Fotos solcher Erschiessungen z. B. in (Schoenberner, 1982 S. 124-137); (Chagoll, 1979 S. 95 ff); in Minsk (Stadt? Kreis?) wurden von Juli 1941 bis Februar 1943 86.632 Juden ermordet: (Gilbert, 1982 S. 152 und 149); in 10 Wochen 55.000: (Reitlinger, 1961 S. 254).
[867] Alfred Metzner, Eidesstattliche Erklärung, 18. 9. 47, in (Schoenberner, 1982 S. 121 f), (Schoenberner, 1981 S. 137 f); Metzner beschreibt eine Erschiessung in Shirowitz bei Slonim, 180 km südwestlich von Minsk.
[868] (Hilberg, 1982 S. 703).
[869] (Zwölf blieben am Leben. Der Bericht eines Entkommenen, 1944).
[870] (Adler, 1974 S. 198).
[871] (Krausnick/Wilhelm, 1981 S. 547).

[872] (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 87 ff).
[873] siehe Anm. 865.
[874] Rosel Brod an Lagerkommandanten St. Cyprien, 22. 11.40, in Archives Departementales, Pau (F), Bestand Gurs, Akte Erwin Brünell, Nr. 15128; siehe (Flörken, 2009).
[875] StandA Erftstadt, mündl. Auskunft vom 25. 4. 88.
[876] (Kaplan, 1945 S. 79).
[877] Karten in (Gilbert, 1982 S. 48 und 56).
[878] (Laharie, 1985 S. 173 f); Skizze von Gurs siehe (Flörken, 2009).
[879] Lagerleitung an Mme. Brod, 9. 12.40, wie Anm. 874.
[880] siehe die folgende Anm.
[881] Union Générale ... an Lagerkommandanten, o. D. (vermutlich Juli/August 1942), wie Anm. 874.
[882] Lagerkommandant an Union ..., 8. 8.42, ebd.
[883] Lagerkommandant an IRK, 3. 9.42, ebd.
[884] Lagerkommandant an Mme. Brod, 25.9.42, ebd.; siehe (Flörken, 2009).
[885] Lagerkommandant an das belgische RK, 19.11.42, ebd.; siehe (Flörken, 2009).
[886] Lagerkommandant an Präfekt, 18. 7.42, in (Schramm, 1977 S. 384) Faksimile.
[887] Dienstbesprechung zwischen Eichmann und Dannecker, Vermerk, Paris 1. 7.42, in (Poliakov/Wulf, 1983 S. 223 f) Faksimile; abgedruckt in (Klarsfeld, 1977 S. 70 f).
[888] Besprechung Knochen/Dannecker/Bousquet u. a., Vermerk, Paris 6. 7.42, aaO, S. 81 f.
[889] Röthke, Vermerk, Paris 28. 7.42, aaO, S. 98.
[890] (Adler, 1974 S. 158).
[891] Heini Walfisch, Bericht, in (Schramm, 1977 S. 140).
[892] Heinrichsohn, Vermerk, Paris 5. 8.42, aaO, S. 107.
[893] Knochen an Chef Generalstab beim Militärbefehlshaber Frankreich, o. D., in (Klarsfeld, 1977 S. 102).
[894] Fotos in (Wellers, 1946 S. 17).
[895] aaO, S. 88.
[896] Dies und das folgende aaO, S. 48, 52 f, 70.
[897] In (Klarsfeld, 1978): Convoi Nr. 17, wird er als *BRUNNER, Ervin* aufgeführt. Der Minister „des Anciens Combattants et Victimes de Guerre“ bestätigt am 17. 6. 52 seine Deportation, in AG Euskirchen, Todeserklärung Helwine Brünell, Bl. 6.
[898] aaO: Vorbemerkung zu Convoi Nr. 17.
[899] ebd.; in (Czech, 1960 S. 79) und (Klarsfeld, 1977 S. 107) wird als Gesamtzahl 1. 006 Juden angegeben.
[900] ebd.
[901] wie Anm. 897.
[902] Museum Auschwitz-Birkenau an Vf., 10. 12.85.
[903] Übersicht in Sta Siegburg, Nachlass Bers.
[904] Meldekarte, Stadt Troisdorf.
[905] Norbert Cahn (früher Sieglar) an Vf., 20. 2.86.
[906] nach (Reifenrath, 1982 S. 82). Dass Selma Meier in Much gewesen ist, wie Reifenrath schreibt, ist nahezu auszuschliessen.
[907] Foto in (Gilbert, 1982 S. 107).
[908] wie Anm. 906.
[909] Heirat 1898 in Düsseldorf, nach AG Düsseldorf, Todeserklärung Leopold Levy.
[910] Max Levy an AG Düsseldorf, 1. 7. 58, ebd.; ebenso Synagogengemeinde Düsseldorf an AG Düsseldorf, 20. 6. 58, ebd.
[911] Die Akte (s. Anm. 912) ist kaum lesbar.
[912] Internationaler Suchdienst des Roten Kreuzes, Arolsen, 21. 2. 57, an RP Düsseldorf, ebd.; die Angabe nach der Transportliste des Lagers Westerbork.
[913] nach Schwurgericht Hagen, Urteil vom 20. 12. 66, in (Rückerl, 1978 S. 156 f).
[914] Jan Pinkowski, seit Februar 1942 Hilfsweichensteller in Sobibor, in (Lanzmann, 1986 S. 58).
[915] (Rückerl, 1978 S. 149).
[916] Deswegen wurde Sobibor in Tarnbriefen auch „Arbeitslager Wlodawa“ genannt: (Rückerl, 1978 S. 175).
[917] Karten siehe (Gilbert, 1982) S. 99, 101, 154, 162; Plan des Lagers in (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 338 ff) und (Rückerl, 1978 S. 160 ff). Fotos aus den 70er Jahren in (Glowna Komisja badani zbrodni, 1979) Anhang, Nr. 66-68.
[918] so Pinkowksi, in (Lanzmann, 1986 S. 94); Mai: (Lukaszkiewicz S. 99); (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 175); (Bracher/Funke/Jacobsen, 1983 S. 558). (Höhne, 1981 S. 345) rechnet ab April.

[919] (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 191 f); (Rückerl, 1972 S. 37). (Lukaszkiewicz S. 99) rechnet bis November.
[920] (Lukaszkiewicz S. 99); RÜCKERL, Prozesse, S.37.
[921] (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 178); Lagerkommandant war bis Herbst 1942 OStuf Franz Stangl, auch er T 4- Spezialist: (Klee, 1983 S. 376 f).
[922] (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 177).
[923] Ada Lichtmann, Bericht, in (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 175).
[924] Bericht in (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 158); vgl. (Klee, 1983 S. 376 f).
[925] „Schnellbrief" des „Beauftragten für den Vierjahresplan" [Göring] betreffend „Unterbringung der Juden u. a., Mischehen", 28. 12.38, in HStAD, RW 18/14, Bll. 157 f.
[926] siehe ADAM, S. 316-333.
[927] PolVO „über die Kennzeichnung der Juden", 1. 9.41, RGBl I, S. 547; (von Münch, 1982 S. 140 f); (Hofer, 1982 S. 297 f) und öfter.
[928] Der gesamte Vorgang in HStAD, RW 18/14, Bll. 249-287.
[929] Mündl. Mitt. von Frau G., 12. 10.84; ebenso das folgende.
[930] Fotos in (Asaria, 1959 S. 346).
[931] Dieser Bombenangriff bei Kassel wird auch erwähnt bei (Rusinek, 1989 S. 250). Ein Zusammenhang mit dem ehemaligen Kloster Breitenau in Guxhagen bei Kassel, in dem u. a. auch Juden interniert waren, scheint nicht zu bestehen. In den Breitenauer Listen sind die Troisdorfer nicht enthalten (mündl. Mitteilung von Herrn Gunnar Richter, Gedenkstätte Breitenau, 26. 7. 89). Am 27. 9.44 wurde ein Bombenangriff auf Kassel geflogen: Fliegerschäden-Bauabteilung Kassel, 5. 10.44, Aufstellung über die eingetretenen Fliegerschäden ..., in: Sta Kassel.
[932] Ähnliche Schicksale in (Arntz, 1983 S. 404).
[933] Dazu neuerdings (Streichardt, 2008).
[934] Gansen an Landrat, 23. 3.44, in ARSK, LSK 4594, Bl. 8 ff; dort auch die folgenden Zitate.
[935] (Gansen, 1940 S. 262); (Trippen, 1940 S. 109 ff) druckt im selben Jahr das Bürgerbuch vollständig ab. In dem Zeitungsartikel (STADT-ANZEIGER, 16. 2.37) sind die jüdischen Namen genannt.
[936] Gansen an Bers, 21. 2. 62, in Sta Siegburg, Nachlass Bers.
[937] siehe oben S. 60.
[938] Landrat, Vermerk, 28. 3.44, in ARSK, LSK 4594, Bl. 9.
[939] Landrat an Gestapo Köln, 31. 5.44, in HStAD, RW 18/18, Bl. 292, Az: IV b 4 -269/44.
[940] Mündl. Mitt. Frau He., 9. 5.85.
[941] Meldekarten, Stadt Siegburg.
[942] Das Reich: Göring, Beauftragter für den Vierjahresplan, Geheime Anordnung, 10. 12.38: *Im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers ordne ich folgendes an: [...] Der Nutzen aus der Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben kommt allein dem Reich zu*., in (IMT, 1947) Bd. 27, S. 69 ff (=1208-PS).
[943] Göring an RMI, 24. 1.39, in (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. 2, 282 f).
[944] (Hilberg, 1982 S. 103), dort auch weitere Einzelheiten; (Adler, 1974 S. 544).
[945] siehe das folgende.
[946] Das Finanzamt Rheinbach gibt Herrn Schweitzer sein Sparbuch zurück, nachdem es die 3. und 4. Rate davon abgebucht hat: (Arntz, 1983 S. 298).
[947] OFD Köln an LG Bonn, 5. 8. 53 (Wiedergabe eines Schreibens der Stadt Bonn vom 27. 2. 51), in HStAD, LG Bonn, Rü T 652/51, Bl. 15.
[948] Göring (Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan): Anordnung vom 21. 2.39, in RGBl I, S. 282, auf Grund der VO über die Anmeldung des Vermögens von Juden (s. o.), siehe (Walk, 1981) III, Nr. 146; vgl. (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. 2, 278).
[949] Rosa Marx an AG SU, Abteilung 4a (Az 4a 53/39), 31. 3.39, in HStAD, LG Bonn, Rü 114/52; ebenso aaO, Rü 112/52, Bll. 28 f.
[950] Bendix, Antrag, 14. 4. 48, in HStAD, Rü 22/49, Bl. 9.
[951] Bendix, Antrag, 14. 4. 48, in HStAD, Rü 301/50, Bl. 3.
[952] Bendix, Antrag, 14. 4. 48, in HStAD, Rü 81/49, Bl. 2 f; in diesem Fall sind wir ausnahmsweise über den Einzelposten „Judenvermögensabgabe" etwas genauer unterrichtet: siehe Anm. 950.
[953] siehe Aufstellung der Mucher Juden in (Reifenrath, 1982 S. 137).
[954] (Hilberg, 1982 S. 333); zum Sparbuch Marx siehe unten.
[955] (Adler, 1958 S. 89) vgl. Mädel (RMF), Vermerk 14. 12.42, aaO, S.87 ff.
[956] RGBl I, S. 722 ff; (Adler, 1974 S. 500 ff); vgl. (Buchheim/Broszat/Jacobsen/Krausnick, 1982 S. 2, 313 ff).
[957] Verfügung, Blankoformular, o. D. (Herbst 1941) in RP Köln, unbezeichneter Bestand, Kopie im ARSK, siehe (Flörken, 2009).
[958] RMI an RP, 8. 10.41, siehe (Flörken, 2009).

[959] wie Anm. 956.
[960] RGBl I, S. 1097 f; (Eschwege, 1966 S. 139).
[961] verschiedene Rundschreiben und Zahlungsaufforderungen in (Adler, 1974 S. 563 ff).
[962] Ebd.
[963] nach (Hilberg, 1982 S. 328).
[964] aaO, S. 571.
[965] RVJD, Merkblatt der Bezirksstelle Köln, 6. 6.42, in HStAD, RW 18/18, Bll. 48 f.
[966] Commerzbank Köln an Vf., 7. 5.86; dort auch das folgende.
[967] wie Anm. 965.
[968] Blanko-Formular in RP Köln, unbezeichneter Bestand, Kopie im ARSK (wie Anm. 957); ebenso in HStAD, RW 18/18, Bll. 50 ff.
[969] gemeint sind jeweils 25 % des flüssigen Vermögens auf das Sonderkonto „W“ (s. o.); Beispiele in (Adler, 1974) S. 567, 404, 409.
[970] Fotos von Deportierten mit Gepäck: (Linn, 1983 S. 649) und öfter.
[971] dazu siehe (Adler, 1974 S. 612).
[972] Ähnlich vertraut Albert Marcus seine Metzgergeräte einer Mucher Familie zur Aufbewahrung an, siehe (Reifenrath, 1982).
[973] HStAD, LG Bonn, Rü T 744/52; Warum zahlen die O. s das Geld ein, warum erst nach der NS-Zeit? Sie hätten es heimlich behalten können: rechnen sie mit dem Überleben Marx'? Haben sie es nicht eingezahlt, um nicht aufzufallen und den Nazis nicht die Herkunft preisgeben zu müssen?
[974] in Siegburg, Brandstrasse: Foto in (Linn, 1983 S. 649).
[975] nach (Adler, 1974 S. 579 ff); dort auch die weiteren Beispiele.
[976] Frau Luise Küpper-Kleina an Bers, 8. 7. 53, in Sta Siegburg, Nachlass Bers.
[977] siehe (Flörken, 2009).
[978] Frau Levy sollte im Juni 1941 in das Lager Much „umsiedeln“. Zu diesem Zeitpunkt lag sie aber im jüdischen Krankenhaus Köln-Ehrenfeld, Ottostrasse 85: Anmerkung von Gottlieb auf seiner „Liste der nach dem ADL Much umgesiedelten Juden des Siegkreises“, 16. 6.41, in HStAD, RW 18/18, Bll. 206
[979] Erklärung der Käufer, des Ehepaares H., 20. 7. 49, in HStAD, LA f. gesperrte Vermögen: Sophia Levy, 36/160/16144, ohne Bll. zählung.
[980] LG Köln, Beschluss (zu 28 Rü Sp 61/58), 29. 10. 58, in HStAD, LA f. gesperrte Vermögen: Sophia Levy, 36/160/16144.
[981] ebd.
[982] Finanzamt Siegburg, Erklärung, 5. 8. 48, in HStAD, LG Bonn, Rü T 742/52, Bl. 4, und Rü T 740/52, Bl. 2.
[983] siehe (Flörken, 2009).
[984] LG Köln, Beschluss, 14. 6. 63, in HStAD, LG Köln, 29 Rü Sp 496/61, Bll.86 ff.
[985] angeblich die Familie eines Polizisten; der Name des Nachmieters war Fassbender (LG Köln, Rü 170/59, Bll. 27 f).
[986] wie Anm. 984.
[987] Finanzamt Siegburg, Erklärung, 5. 8. 48, in HStAD, LG Bonn, Rü T 742/52, Bl. 4; bestätigt von der OFD Köln, 6. 1. 53, aaO, Bl. 7; LG Bonn, Beschluss, 7. 4. 53, aaO, Bl. 8.
[988] LG Bonn, Beschluss (zu Rü T 382/51), 12. 9. 53, in HStAD, LA f. gesperrte Vermögen: Rosa Cahn, 32/325/19138.
[989] Foto: SS Lodz vor jüdischem Vermögen, in (Berenstein, 1960 S. 174 f).
[990] nach (Hershkovitch, 1950 S. 96).
[991] Judenältester, Bekanntmachung Nr. 71, 24. 6.40: Die Ghetto-Einrichtungen nehmen *ab Freitag, dem 28. Juni 1940, keine Deutsche Reichsmark, sondern nur noch die von mir herausgegebenen Mark-Quittungen an.*: (Trunk, 1972 S. 70); vgl. (Wulf, 1962 S. 19 f).
[992] Foto des Ghetto-Geldes in (Dabrowska/Dobroszycki, 1965 S. 1, 480).
[993] Ribbe an ?, 23. 2.42, in (Blumental, 1947 S. 230 f).
[994] Ghettoverwaltung Litzmannstadt, „Kontoauszug per 31. 3. 1942.“, in (Hilberg, 1981 S. 142 f).
[995] siehe die Schilderung im Gerstein-Bericht, siehe Anm. 798.
[996] (Hilberg, 1982 S. 100 ff).
[997] (Adler, 1974 S. 544 und 494).
[998] nach folgenden Unterlagen: a) „Vorläufiger Abschlussbericht der Kasse Aktion »Reinhard« Lublin per 15. Dezember 1943“, in (Eschwege, 1966 S. 282 f); (Artzt, 1979 S. 101); vgl. Globocnik an ?, o. D., in (IMT, 1947) Bd.34, S. 82 ff (= 4024-PS); (Michaelis/Schraepler, o.J.) Bd. 19, S. 483 ff. b) „Wertmässige Aufstellung der bis

zum 3. 2. 1943 zur Ablieferung gelangten Judensachen“, 27. 2.43, in (IMT, 1947) Bd.34, S. 60 ff (= 4024-PS); (Michaelis/Schraepler, o.J.) Bd. 19, S. 482; (Poliakov/Wulf, 1983 S. 43 f).

[999] *Beim Sonderkommando Lange [=Chelmno] lagern schätzungsweise 370 Waggons Kleiderstücke.:* Ghettoverwaltung an Wirtschaftsamt Posen, 27. 5. 1942, nach (Wulf, 1962 S. 25): je Waggon 13. 294 RM nach der Liste »Reinhard« (s. o.) ergeben 4.918.780 RM.

[1000] nach (Hilberg, 1982 S. 648); vgl. Affidavit von Emil Puhl, in (IMT, 1947) Bd.33, S. 570 ff (=3944-PS).

[1001] (Hilberg, 1982 S. 649); (Adler, 1974 S. 542 f).

[1002] Restverwaltung des ehemaligen RFM, Bericht, 14. 11. 46, in (Adler, 1974 S. 545).

[1003] (Eschwege, 1966 S. 282 f): 1 Goldbarren = 34.522 RM; (Michaelis/Schraepler, o.J.) 19, S. 485.

[1004] Bendix an Zentralamt für Vermögensverwaltung, Bad Nenndorf, 13. 4. 49, in HStAD, LG Bonn, Rü 301/50, Bl. 7.

[1005] LG Bonn, Beschluss, 22. 4. 52, in HStAD, LG Bonn, Rü 301/50, ohne Bll. zählung.

[1006] zum Grundstück siehe unten.

[1007] Hervorhebung vom Vf.

[1008] LG Bonn, Beschluss, 7. 4. 53, in HStAD, LG Bonn, Rü T 742/ 52, Bl. 8.

[1009] Fotos siehe (Flörken, 2009); Wilhelm Kuhla berichtet von Eisengittern, einer Eisentür und einer stählernen Rollade, die Brünells irgendwann nach 1933 einbauen liessen: SENIOREN, S. 56.

[1010] Kaufvertrag in AG SU, Grundakte, S. 52 ff.

[1011] Notarvertrag, aaO, S. 65.

[1012] Zollfahndungsstelle an Brünell, 10. 2.39, aaO, S. 66.

[1013] LG Bonn, Niederschrift, 4. 4. 56 und 20. 11. 56, aaO, S. 81 und 84.

[1014] Schmidt, Ermittlungsbericht, 13. 6. 51, in HStAD, LA f. gesperrte Vermögen: Samuel Levy, 36/101/16058 a), o. Bll. zählung.

[1015] Mündl. Mitt. Frau Käthe J., 27. 3.84.

[1016] siehe oben S. 62.

[1017] Grundschuldbestellung, 2. 10.39, AG SU, Grundakte Bl. 2032, S. 1 ff.

[1018] Meldekarte, Stadt Troisdorf.

[1019] eine Verwandte des Käufers, gestorben 1986.

[1020] Mündl. Mitt. Frau Käthe J., 27. 3.84.

[1021] Frau J. im Gerichtstermin vor LG Bonn zu Rü 124/52, 10. 11. 52, in HStAD, LG Bonn, Rü 81/49, Bll. 49 ff.

[1022] LG Bonn, Beschluss, 12. 11. 52, in HStAD, LG Bonn, Rü 84/49, Bl. 65.

[1023] LG Bonn, Vergleich, 2. 3. 53, zu Rü 124/52, wie Anm. 1014.

[1024] Bendix, Ermittlungsbericht, 23. 5. 51, wie Anm. 1014.

[1025] Kaufvertrag, 9. 11.39, in AG SU, Grundakte, S. 26 ff.

[1026] gestorben 1934, Foto in (Ossendorf, 1985 S. 58).

[1027] Meldekarte, Stadt Troisdorf.

[1028] siehe (Flörken, 2009).

[1029] Karoline Trösser an LG Bonn, 30. 12. 48, in HStAD, Rü 297/50, Bl. 3.

[1030] Der Kreisbeauftragte für gesperrte Vermögen an den Landesbeauftragten f. g. V., 4. 5. 49, aaO, Bl. 6.

[1031] ebd. und Kaufvertrag, wie Anm. 1025.

[1032] Der Kreisbeauftragte ..., wie Anm. 1025.

[1033] Tauschvertrag, 29. 12. 20, in AG SU, Grundakte, S. 134 ff.

[1034] Inventarverzeichnis zum Kaufvertrag, 9. 11.39, wie Anm. 1025.

[1035] siehe Kapitel 2.

[1036] Die Akten in HStAD, LG Bonn, Rü 297/50.

[1037] Hans T. an LG Bonn, aaO, Bll. 27 f.

[1038] Frau Trösser an LG Bonn, 2. 4. 51, aaO, Bl. 29.

[1039] M. -S. an LG Bonn, 10. 9. 51, aaO, Bl.33 f.

[1040] LG Bonn, Vergleich, 19. 8. 52, aaO, Bl.33.

[1041] Kaufvertrag, 5. 2. 53, in AG SU, Grundakte, ohne Bll. zählung.

[1042] Mündl. Mitt. des StandA Leverkusen, 13. 8.84.

[1043] Eheleute S. an LG Bonn, Widerspruch, 14. 5. 52, in HStAD, LG Bonn, Rü T 380/52, Bll. 10 f.

[1044] Mündl. Mitt. von Frau N., geb. K., 17. 7.85.

[1045] ebd.; die Miete wurde an einen Rechtsanwalt in Köln, dessen Name nicht mehr bekannt ist, gezahlt.

[1046] Gemeinde Troisdorf an LG Bonn, 5. 11. 49, in HStAD, LG Bonn, Rü 81/49, Bl. 13.

[1047] K. an LG Bonn, 6. 6. 52, in HStAD, LG Bonn, Rü T 460/52, Bl. 9.

[1048] K. an LG Bonn, in HStAD, LG Bonn, Rü 112/52, Bll. 15 f.

[1049] ebd.
[1050] Mündl. Mitteilung von Josef Engländer sen., 10. 7.85.
[1051] Vergleich, 23. 2. 1956: in HStAD, LG Bonn, Rü 112/52, Bll. 64 ff; ebenso in AG SU, Grundakte Klevstr. 25, S. 9 ff.
[1052] Vergleich 12. 5. 1960, HStAD, LG Köln, 28 Rü Sp 404/59, Bl. 206 f; ebenso in AG SU, Grundakte Klevstr. 25, S. 21 ff.
[1053] Im Vergleich mit den anderen Käufern jüdischer Häuser hinterlässt K. auch den schlechtesten Eindruck. Andere waren sicher in einer schwierigeren wirtschaftlichen Lage als er;

- aber wenn der Richter beim LG Bonn 1955 im Protokoll festhält: Das Gericht hält die (erste) Forderung von 5.000 DM „für der Sach- und Rechtslage angemessen", K. ist erst „nach einigem Bedenken und nach Belehrung" durch das Gericht damit einverstanden;

- wenn der Richter beim LG Köln 1959 schreibt, K. erkläre „nach streitiger Verhandlung", die (zweite) Forderung von 3.000 DM sei zu viel;

- wenn man die abstrusen Einlassungen („verseuchtes Vieh", „allgemeine[!] wirtschaftliche Lage") des K. liest;

dann muss man annehmen, dass er am wenigsten den Sinn der „Wiedergutmachung" verstanden hat. Ungeschicklichkeit würde ja nur bedeuten, dass man von ihm behauptet, er habe sich nicht geschickt genug auf das jetzt (1955 ff) politisch erwünschte Verhalten umgestellt - Was mag ihm wohl lieber sein?
[1054] Das folgende nach WB, 21. 2.39.
[1055] StaT, 2. Meldekarte; das Urteil (AZ: 5 Js 61/39) ist nicht mehr erhalten: StAnw Bonn an Vf., 22. 10.84/29. 11.84.
[1056] für Sommer: FA SU an AG SU, 13. 10.42, in AG SU, Grundakte, S. 25; siehe (Flörken, 2009).
[1057] RGBl I, S. 722 ff; ADLER, Mensch, S. 500 ff.
[1058] „VO über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter", in RGBl I, S.419 ff; U+F, Bd. 18, S. 633 ff.
[1059] nach (Herbert, 1985 S. 181).
[1060] siehe Foto in (Flörken, 2009).
[1061] siehe (Flörken, 2009). - Unterlagen über „Fremdarbeiter"-Lager der DAG (Mülheimer Strasse und Agnesstrasse) oder der Fa. Strack (Lindenstrasse) sind erst vereinzelt entdeckt worden (s. (Flörken, 2009); diese Lager befanden sich in Oberlar, d. h. auf Sieglarer Gebiet. Die Zahl der bei DAG oder Strack insgesamt beschäftigten Ausländer dürfte also deutlich über den im Text angeführten liegen. Ob das Fremdarbeiterlager der Fa. Klöckner-Mannstaedt in der Steinackerstrasse, von dem Lagepläne existieren, jemals beendet worden ist, konnte nicht geklärt werden. Es sollte in der Endstufe 3. 200 Arbeiter umfassen (Skizze in (Hermes, 1983) Anhang). Ebenso ist nicht sicher, ob auch die Ausländer, die im Lager „Hoffnungsthal" (auch: „Stephansheide" oder „Kalmusweiher") in der Wahner Heide lebten, in Troisdorf eingesetzt wurden; siehe (Fidler/Gernert, 1981).
[1062] WB, 29. 5.41.
[1063] DN an Vf., 12. 6.86; Klöckner-Mannstaedt an Vf., 7. 3.85 und 14. 10.85.
[1064] zu dem ganzen Thema siehe (Ferencz, 1981 S. 195 ff).
[1065] d. i. die jüdische Organisation, die die Forderungen der überlebenden jüdischen Zwangsarbeiter gegenüber der deutschen Industrie vertritt.
[1066] Eberhard von Brauchitsch an John McCloy, 7. 1. 70, in (Ferencz, 1981 S. 210).
[1067] Vier nach dem Sterberegister der Pfarrei St. Hippolytus.
[1068] neuerdings (Herbert, 1985) und (Schminck-Gustavus, 1984); für unseren Raum (Fidler/Gernert, 1981); zuletzt noch (Verschleppt, verwaltet, vergessen. ... russische Patienten in Wiesloch, 1986).
[1069] dazu folgende Veröffentlichungen:

„Im Zugzwang" (Daimler-Benz und Zwangsarbeiter), in Der Spiegel, Nr. 5, 1986, S. 99 f;

„Vernichtung durch Arbeit - KZ-Häftlinge: Sklaven für die deutsche Industrie" von Lea Rosh, ARD, 4. 11.84;

„Initiative der Zwangsarbeiter" von Li., in „Jüdische Allgemeine", 28. 3.86;

„Daimler-Benz in der NS-Zeit" von Heiner Lichtenstein, aaO, 21. 3.86;

„Sklavenarbeit: Flicks böses Erbe. 22 Jahre zu spät: Die Deutsche Bank begleicht eine Fünf-Millionen-Schuld" von Karl-Heinz Janssen, in Die Zeit, Nr. 4, 1986, S. 9 f.

[1070] Heinrich Heuberg, Anlage zum Baugesuch, 11. 10. 1904, in Stadt Troisdorf, Bauakte Frankfurterstr. 75.
[1071] Wilhelm Klein, Baugesuch für Umbau der Toiletten, 14. 3.39, in Stadt Troisdorf, Bauakte Frankfurterstr. 75.
[1072] Bgm. Schünemann an Landrat, 12. 10.42, in StaT, o. N.
[1073] aaO.
[1074] Heedt ist seit Anfang 1938 in Troisdorf tätig, zunächst als Polizeimeister: STADT-ANZEIGER, 23. 2.38 (StaT, Ortschronik).
[1075] Vermerk von Heedt, 13. 10.42, in StaT, o. N.
[1076] Sauckel an Gauleiter, 24. 9.42, zitiert in (Herbert, 1985 S. 179).
[1077] zitiert in (Herbert, 1985 S. 232).
[1078] Mündl. Mitt. von Frau Karola M., 27. 10. 83.
[1079] „PolVO Ostarbeitereinsatz“, 17. 9.43, in ARSK, Amtsblatt des RP vom 9. 10.43.
[1080] handschr. Vermerk von Schünemann (2. 10.42) auf dem Rundschreiben RP/Landräte an Bgm., 4. 9. /14. 9.42, in StaT, o. Nr.
[1081] OKW, Erlass, 20. 7.42; abgedruckt in (Michaelis/Schraepler, o.J.) Bd. 18, S. 619 f; vgl. (Krausnick/Wilhelm, 1981).
[1082] (Aitmatov, 1981 S. 127 ff und 244), zuerst in „Nowyj Mir“ 1980.
[1083] (Herbert, 1985 S. 178).
[1084] Stapo Köln an Ortspolizeibehörden usw., 7. 12.42, in StaT, o. Nr.
[1085] DAG, Abt. Celluloidfabrik, an Polizeileutnant Heedt, 7. 5.43, in StaT, o. Nr.
[1086] Kreisstabsamt der NSDAP an Wehrbezirkskommando, 30. 8.44, in StaT, o. Nr.
[1087] DAG an Wehrbezirkskommando, 6. 9.44, aaO.
[1088] Wehrbezirkskommando an Kreisleitung der NSDAP, 8. 9.44, aaO.
[1089] handschr. Vermerk auf: Kreisamt für Volkstumsfragen an Arbeitsamt, 26. 9.44, aaO.
[1090] Gestapo Siegburg, Wochenbericht, 3. -10. 12.44, in HStAD, RW 34, VIII-173-b-16-18/32 (alte Zählung), ohne Bll. zählung; zum Aussenposten Siegburg siehe (Huiskes, 1983 S. 34).
[1091] Zum Allgemeinen siehe (Huiskes, 1983); genaugenommen liegt das Gebäude an der Elisenstrasse. Siehe Kölnischer Kurier # 43 vom 23.10.1945, Seite 5.
[1092] (Huiskes, 1983) Nr. 605, S. 165; (Jung, 2014 S. 356, 154 f).
[1093] (Huiskes, 1983) Nr. 506, S. 150; (Jung, 2014 S. 348).
[1094] (Huiskes, 1983) Nr. 605, S. 165.
[1095] DAG, Abt. Zündhütchenfabrik: Der Abwehrbeauftragte, an Ortspolizeibehörde Troisdorf, 28. 4.43, in StaT, o. Nr.
[1096] Foto des Galgens in (Huiskes, 1983 S. 314).
[1097] Inspekteur SipoSD an alle Gestapo-Stellen, 24. 1.45 und 26. 1.45, in (Köln, 1974 S. 401 f), Auszüge.
[1098] Foto siehe (Flörken, 2009).
[1099] (Huiskes, 1983 S. 38 ff).
[1100] Das Wort „Euthanasie“ wird von den Nazis übrigens selten benutzt; sie sagen öfter „Vernichtung“, „Tötung“, „Desinfizierung“, „Sterbehilfe“ oder ähnliche verharmlosende oder täuschende Wörter. Der Einfachheit halber wird das, was die Nazis gemacht haben, „Euthanasie“ genannt.
[1101] Einigermassen bekannt und zugänglich ist das Buch von (Mitscherlich/Mielke, 1983) als Taschenbuch zuerst 1960; regelrecht versteckt waren Zeitschriftenaufsätze wie die von (Dörner, 1967), (Gruchmann, 1972), (Becker, 1968); ein besonderer Fall war sicher (Schwarberg, 1982). Dann kam das Buch von (Klee, 1983) und sein Dokumentenband (Klee, 1985), kurze Zeit später (Kölnische Gesellschaft, 1985). Parallel dazu Zeitschriftenartikel von Klee und Dörner, z. B. in Die Zeit.
[1102] (Rückerl, 1982 S. 303).
[1103] Der Bundesminister der Finanzen an M. Hannes, 19. 2.85, in (Dörner, 1967).
[1104] Text in RGBl I, S. 529; (von Münch, 1982 S. 116 ff).
[1105] (Binding/Hoche, 1922).
[1106] Daten nach (Klee, 1983 S. 20 f).
[1107] Hoche, in (Binding/Hoche, 1922 S. 55); Hervorhebung im Original.
[1108] ders., aaO, S. 57.
[1109] Binding, aaO, S. 31 f.
[1110] (Hitler, 1937 S. 279).
[1111] nach (Klee, 1983 S. 25); Binding ist 1920 gestorben: aaO, S. 20.
[1112] Briefwechsel Stapo Köln/Landrat/Bürgermeister vom Januar 1934 in ARSK, LSK 2850, Bll. 229 f.
[1113] Landrat an RP, 26. 11.35, in HStAD, LAS 538, Bl. 172 v.
[1114] zitiert nach (Karlsruhe, 1983 S. 63).

[1115] aus: „Handbuch für Lehrer. Mathematik im Dienste der nationalpolitischen Erziehung“, 1935, zitiert nach (Focke/Reimer, 1980 S. 89) und öfter.
[1116] ebd.
[1117] (Dalicho, 1971 S. 13).
[1118] aaO, S. 13 und 46 ff.
[1119] Die Zahlen für die HPA Düsseldorf-Grafenberg (1934): Insgesamt 264 Verfahren zur Unfruchtbarmachung, davon 96 wegen Schizophrenie, 94 wegen Schwachsinn, 27 wegen zirkulärem Irresein, 24 wegen erblicher Fallsucht, 23 wegen schwerem Alkoholismus: MÜLLER, Irrenanstalt, S. 22.
[1120] Gütt/Rüdin/Ruttke, in (Dalicho, 1971 S. 78).
[1121] aaO, S. 89.
[1122] ebd.
[1123] aaO, S. 88 f.
[1124] Gütt/Rüdin/Ruttke, aaO, S. 79.
[1125] (Bock, 1986 S. 236 ff) hat für das Reichsgebiet und die Zeit 1934-1945 360.000 vollzogene Eingriffe errechnet.
[1126] aaO, S. 8.
[1127] zuerst in (IMT, 1947) Bd.26, S. 169 (=630 PS) und öfter. Der Brief wurde auf den 1. September 1939 zurückdatiert.
[1128] (Klee, 1983 S. 80).
[1129] aaO, S. 103.
[1130] aaO, S. 102.
[1131] (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 33 f).
[1132] aaO, S.34 f.
[1133] siehe (Flörken, 2009).
[1134] Faksimile in (Klee, 1983 S. 176) und (Klee, 1985 S. 95); Archiv RLK Bonn.
[1135] Besprechung Brack/Linden/Heyde u. a., 9. 10.39, Protokoll in (Kaul, 1973 S. 63 ff).
[1136] ebd.
[1137] ebd.; Probe-Vergasung in Brandenburg: (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 37).
[1138] Liste (Faksimile) in (Klee, 1983 S. 228 f).
[1139] Fotos in (Klee, 1983 S. 125); (Klee, 1985 S. 105); (Euthanasie, 1986).
[1140] Foto in (Flörken, 2009).
[1141] HPA Bernburg an „Leo“, siehe unten S. 127 und (Flörken, 2009); weitere Beispiele in (Klee, 1983 S. 151 f) und öfter.
[1142] nach (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 55 f), (Klee, 1983 S. 158).
[1143] zitiert in: Bischof Hilfrich (Limburg) an Gürtner, 13. 8.41, in (IMT, 1947) Bd.26, S. 165 ff (=PS 615); (Klee, 1985 S. 231 f).
[1144] ebd.
[1145] gemeint ist Grafeneck.
[1146] dto.
[1147] SD Köln (Abt. III b 3) an RSHA, 19. 6.41, in HStAD, RW 34/30, Bll. 17 ff.
[1148] in: ARSK, LSK 3295, Bll. 24 ff; der Landrat übernimmt diese Passage in seinem Bericht an den Regierungspräsidenten in Köln, aaO, Bl.44.
[1149] Anlage zum Bericht Nr. 251 vom 15. 1.42, in (Boberach, 1965 S. 207 ff).
[1150] Alle drei Briefe in (Waibel, 1983 S. 31 ff).
[1151] siehe Anm. 1143.
[1152] Bischof Wurm an Frick, 19. 7.40, in (IMT, 1947) Bd.38, S. 195 ff (=M 151); (Klee, 1985 S. 162 f) und öfter.
[1153] (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 56); seine Predigt vom 3. 8.41 in (Klee, 1985 S. 193 ff) und öfter.
[1154] z. B. die Denkschrift des Pastor Braune, 9. 7.40, aaO, S. 151 ff.
[1155] (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 57 f)
[1156] nach der sog. Hartheim-Statistik, in (Klee, 1985 S. 232 f); vgl. (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 62).
[1157] Diese und andere Passagen des Briefes sind unlesbar geworden; sie wurden sinngemäss - z. T. nach ähnlichen Briefen - ergänzt.
[1158] HPA Bernburg an „Leo“, 14. 8.41, in Sammlung „Leo“, siehe (Flörken, 2009).
[1159] Die Nachnamen der Opfer und ihrer Angehörigen sind weggelassen, die Vornamen sind verändert worden.
[1160] Soldbuch des „Leo“, Eintragung vom 4. 9. 1941, in Sammlung „Leo“, siehe Foto in (Flörken, 2009).
[1161] Fotos von Bernburg in (Klee, 1985) S. 121, 123, 132.
[1162] HPA Bernburg, Bescheinigung, 6. 9.41, in Sammlung „Leo“.

[1163] siehe Anm. 1158.
[1164] KA Martha, Psych. Köln, Eintragung vom 19. 2.34.
[1165] aaO, Eintragung vom 20. 2.34; Hervorhebung im Original.
[1166] ebd.
[1167] Strafanstalt Essen, Entlassungsschein, 27. 2.34, in Sammlung „Leo“.
[1168] KA Martha, Psych. Köln, Eintragung vom 20. 3.34.
[1169] ebd.
[1170] aaO, Eintragung vom 4. 6.34.
[1171] HPA Bonn an EGG Köln, 8. 8.34, in HAStK, EGG-Akte Martha, Bl. 1.
[1172] in HAStK, EGG-Akte Martha, Bll. 5 ff, siehe (Flörken, 2009).
[1173] (Dieckhöfer, 1984 S. 264). Dr. Le. erhält vom EGG als Sachverständigengebühr 6,00 RM, für Eisenbahn und Strassenbahn 2,50 und 0,50 RM erstattet: HAStK, EGG-Akte Martha, Bl. 15. Dr. Le. hatte jüdische Grosseltern; er hat die NS-Zeit als Beamter (!) überlebt und ist nicht deportiert worden.
[1174] „Leo“ an RP Köln, 25. 11. 49, in Sammlung „Leo“.
[1175] EGG Köln, Beschluss, 28. 9.34, in HAStK, EGG-Akte Martha, Bll. 13 ff.
[1176] aaO, Bl. 21.
[1177] Die Krankenschwester der HPA Bonn, die Martha von Köln nach Bonn begleitet hat, erhält 3,95 RM an Fahrgeld für sich und Martha zurückerstattet: aaO, Bl. 16.
[1178] Prof. K., Uni-Frauenklinik, an Kreisarzt Köln-Nord, 11. 10.34, aaO, Bl. 24.
[1179] Karteikarte Martha, Archiv RLK Bonn.
[1180] Soldbuch „Leo“, S. 2, in Sammlung „Leo“.
[1181] siehe (Flörken, 2009).
[1182] StAnw Bonn, Vermerk, 15. 10. 73 (Az: 8 Js 282/65), Faksimile in (Grosse, 1983 S. 86 f).
[1183] (Dieckhöfer, 1984 S. 242).
[1184] Foto siehe (Kölnische Gesellschaft, 1985 S. 33 und 87); zur Person, aaO, S. 88; (Klee, 1983).
[1185] Dr. G., fachärztliches Gutachten, 4. 8. 53, in Sammlung „Leo“.
[1186] (Klee, 1983 S. 155); (Kogon/Langbein/Rückerl, 1983 S. 51 f).
[1187] Eberl, Organisationsschema, o. D., in (Klee, 1985 S. 129 f).
[1188] KA Oskar, Archiv RLK Bonn, ohne Bll. zählung; dort auch die folgenden Belege, falls nicht anders vermerkt.
[1189] LG Bonn, Unterbringungsbefehl, 22. 2.37; siehe (Flörken, 2009).
[1190] Die Ermittlungsakten (5 Js 466/36, später: 5 K. Ls 4/37) sind nicht mehr vorhanden: StAnw Bonn an Vf., 18. 5.84.
[1191] Liquor ist die Hirn-Rückenmarks-Flüssigkeit.
[1192] Briefwechsel LG Bonn - HPA Bonn, August 1937.
[1193] Frau [...] an HPA Bonn, 30. 5.37.
[1194] HPA Bonn, Dr. W., an Frau [...], 1. 6.37.
[1195] Dr. Wi., Vermerk, 5. 6.37, siehe (Flörken, 2009).
[1196] ebd.
[1197] Frau [...] an HPA Bonn, 20. 9.37; siehe (Flörken, 2009).
[1198] EGG Bonn, Beschluss, 23. 9.37, siehe (Flörken, 2009).
[1199] Kreisgesundheitsamt SU an HPA Bonn, 7. 1.38, siehe (Flörken, 2009).
[1200] StandA Altenkirchen an Vf., 16. und 21. 5.84.
[1201] Psychiatrisches Krankenhaus Hadamar an Vf., 3. 7.84.
[1202] Meldekarte, Stadt Troisdorf.
[1203] siehe LThK (1938), Bd. 10, „Waldbreitbach“.
[1204] ebd. und (Hockerts, 1971) S. 4 ff, 39 ff, 50 ff.
[1205] Meldekarte, Gemeinde Waldbreitbach.
[1206] vgl. dazu (Klee, 1983 S. 66 f und 70).
[1207] nach Bestattungsbuch, Köln, Westfriedhof. Der „Trostbrief“ ist erhalten (Pfarrarchiv St. Hippolytus, Troisdorf); auch darin steht als Todesdatum der 17. 2.41.
[1208] StandA Köln an Vf., 15. 10.84.
[1209] wie Anm. 1207.
[1210] wie Anm. 1202.
[1211] wie Anm. 1205.
[1212] wie Anm. 1207.
[1213] wie Anm. 1207.
[1214] StandA T, Geburtenbuch.

[1215] StandA Hadamar-Mönchberg, Nr. 77/1941, StandA Bornheim an Vf., 2. 4.85. Der „Trostbrief“ an ihren Ehemann ist erhalten im Pfarrarchiv St. Hippolytus, Troisdorf.
[1216] StandA Meseritz-Obrawalde, Sterbeurkunde Reg. -Nr. 2793/ 1944, 6. 10.44; Kopie im Besitz des Vf.
[1217] in (Klee, 1983 S. 405). Die polnische Hauptkommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen in Polen ermittelt 1947: „[...] *Mindestens 13.000 Patienten fast ausschliesslich Deutsche [sind hier] ermordet worden.*“ (Klee, 1985 S. 75); vgl. das Protokoll der 16. Einheit der sowjetrussischen Luftwaffe (Februar 1945) in der „Erklärung“ des gerichtsmedizinischen Hauptexperten der I. Weissrussischen Front, Schkarawskij (Januar 1967), aaO, S. 306 ff.
[1218] (Klee, 1983 S. 409 f).
[1219] siehe Foto in (Flörken, 2009).
[1220] nach „Aufenthaltsanzeige“, StaT.
[1221] ebd.
[1222] zitiert in (Verschleppt, verwaltet, vergessen. ... russische Patienten in Wiesloch, 1986 S. 29).
[1223] nach: (Köln, Erzdiözese, 1933 S. 584).
[1224] HPA Bonn an RP Köln, 9. 2.43, in Linda Orth, Kurzbericht über die Aussenfürsorge, 1981, in Archiv RLK Bonn.
[1225] ebd.
[1226] so in der Sterbeurkunde, Standesamt Troisdorf.
[1227] so im Krankenblatt, Archiv RLK.
[1228] Bgm. von Obercassel an HPA Bonn, 15. 2.33, in KA Ludmilla, Archiv RLK Bonn; dort auch die folgenden Angaben.
[1229] d. i. Altersverwirrtheit
[1230] Schw[ester] Luitgardis, St. Josephs-Krankenhaus, Sieglar, an HPA Bonn, 15. 3.41: Todeszeit: 15. 3.41, 7. 00 Uhr.
[1231] KA Ludmilla, Archiv RLK Bonn.
[1232] Belegt sind Beispiele aus der „Pflegeabteilung“ der Jugendpsychiatrischen Klinik in Loben-Lubliniec, Oberschlesien. Dort wurden *Kinder mit langsam gesteigerten Dosen des Betäubungsmittels Luminal in eine immer tiefere, mit Atemlähmung verbundene Bewusstlosigkeit getrieben [...], bis sie schliesslich an Lungenentzündung oder anderen schweren Infektionen und an Herzkreislaufversagen zugrundegingen*. (Roth, S. 90 f).
[1233] Kirchenvorstand von St. Johannes, Troisdorf-Sieglar, an Vf., 15. 11.85.
[1234] siehe (Flörken, 2009).
[1235] Der Vorname ist geändert, der Nachname weggelassen; die Schwägerin hat dem Vf. erklärt, Willi sei *in Russland gefallen*.
[1236] Alle Angaben nach dem Bestand HStAD, RW 23, Nr. 223 (=22 Bll.); Zeit und Ort des Todes nach Standesamt I in Berlin(West), Sterbebuch Nr. 11034/1944. Im BA, Zentralnachweisstelle Aachen-Kornelimünster, sind keine Akten über Willi vorhanden: BA an Vf., 21. 2.84.
[1237] Bedeutung unbekannt.
[1238] Büro: Cäcilienstrasse 2 (WB, 17. 1.38; StaT, Ortschronik).
[1239] (von dem Knesebeck, 1980 S. 33).
[1240] Urteilsbegründung vom 16. 4.44, aaO, S.36 f; dort auch die folgenden Zitate.
[1241] aaO, S. 183; vgl. (Graml., 1997).
[1242] Die folgenden Passagen nach einer schriftlichen Mitteilung von Alexander Friedrich, Sohn des Rektors Friedrich, vom 30. 3. 90.
[1243] gemeint ist die Reichstagswahl vom 12. 11.33, bei der die NSDAP 92 % der Stimmen erhielt, siehe ALEFF, S. 46.
[1244] Fritz Flörken an Sara Flörken, 17. 12.33, Durchschlag in Sammlung des Vf.
[1245] Kaas, Bericht in der Fraktionssitzung vom 23. 3.33, 11. 15 Uhr, in (Morsey, 1963 S. 26).
[1246] Memoiren 1918-1934, S. 656.
[1247] z. B. Wirth, siehe Niederschrift der Abgeordneten Clara Siebert (Z) in (Morsey, 1963 S. 42 f).
[1248] Übertritte in die NSDAP z. B. in Aachen (10. 7.33): (Kirschgens/Spelsberg, 1983 S. 121).
[1249] siehe oben S. 32.
[1250] Zur Person siehe Kühn in (Köln, 1981) und (Köln, 1974 S. 115 ff).
[1251] SZ, 6. 2.33.
[1252] Mündl. Mitt. Josef Assenmacher, 15. 4.86.
[1253] ebd.
[1254] Bgm. Reinartz an Landrat, 14. 10.33, in HStAD, LAS 423, Bl. 115 v; auch später wurde nichts herausgefunden: Bgm. Reinartz an Landrat, 1. 12.33, aaO, Bl. 114. Zwei Exemplare der „Sozialistischen Republik“, Nr. 8, in HStAD, LAS 423, Bll. 118 ff.

[1255] Bgm. Reinartz an Landrat, 28. 1.35, in HStAD, LAS 34, Bl. 520.
[1256] siehe oben S. 46.
[1257] Staatskommissar Hörsch an Landrat, 28. 10.33, in ARSK, LSK 2853, Bl. 119.
[1258] Bo. an Landrat, 6. 5.33, in HStAD, LAS 423, Bll. 243 ff.
[1259] aaO, Bl. 244.
[1260] Aus den Akten kann man eine ellenlange Liste der Personen und Schriften erstellen, vor denen die Nazis die untergeordneten Behörden warnten (Okt. 1933-Aug. 1934), Auszug: 28. 10.33 Warnung vor Zersetzung der Polizei, 2. 11.33 Flugblätter und Tarnschriften der KPD und SPD, 3. 11.33 Flugblatt „Rot Sport“, 3. 11.33 Druckschrift Anti-Kriegs-Weltjugendkongress, 4. 11.33 katholische Druckschriften allgemein, 6. 11.33 Mundpropaganda, ungültige Wahlzettel, 6. 11.33 Druckschriften der SOPADE, „Graphia“-Verlag, Prag, 6. 11.33 Warnung vor Unterwanderung des Stahlhelms durch die KPD, 6. 11.33 Otto-Strasser-Bewegung, 11. 11.33 Druckschrift „Die Trommel“, „Rote Fahne“ u. a., 11. 11.33 Tarnschrift „Vom deutschen Rundfunk“, 11. 11.33 Tarnschrift „Reiseland Ostpreussen“, 11. 11.33 Flugblatt: „Bis wann regiert Hitler?“, 11. 11.33 Klebezettel. Reichstagsbrand, 11. 11.33 Broschüre „Sturmvogel“, 15. 11.33 Warnung vor herumstehenden Kommunisten (!), 16. 11.33 Warnung vor dem „Verein der Reichsbankgläubiger“, 16. 11.33 Tarnschrift „Braunbuch“, 16. 11.33 Druckschrift „Der Spiegel“, 18. 11.33 Druckschrift „Inselbücherei“, 18. 11.33 Druckschrift „Roter Frontkämpfer“, 20. 11.33 ausländische Kinderballons(!), 23. 11.33 Warnung vor dem „Bund deutscher Landstreicher“(!), 23. 11.33 Druckschrift „Antikriegsaktion“, 24. 11.33 Druckschrift „neuer Vorwärts“, 27. 11.33 Zeitschrift „Gegen den Strom“ [...], 2. 12.33 Warnung vor „Versicherung gegen Reichserbhofgesetz“ [...], 20. 12.33 Handzettel der „Bibelforscher“ [...], 20. 6.34 Französische Journalisten des „Paris Soir“.
[1261] wie Anm. 1258, Bl. 245.
[1262] Bgm. Reinartz an Landrat, 27. 11.33, in HStAD, LAS 423, Bl. 28.
[1263] (Mundorf, 2008 S. 72 f).
[1264] nach (Greiffenhagen, 1979 S. 331).
[1265] Ein „Wort des Rates der EKD zu den NS-Prozessen“, 1963, zitiert nach (Mitscherlich, o.J. S. 58).
[1266] Richard von Weizsäcker, Ansprache, 8. 5.85.
[1267] vgl. allgemein dazu: (Rusinek, 1989 S. 15 ff).
[1268] teilweise mit anderer Akzentsetzung: Angermund in (Faust, 1992 S. 50 ff).
[1269] Auf die mögliche Bedeutung von Denunziationen siehe neuerdings Robert Gellately, in (Faust, 1992 S. 40 ff); Beispiele aus Ratingen bei Uwe Kaminsky, aaO, S. 193 f; (Reuband, 2001).
[1270] siehe die einschlägigen Zeitungsartikel in General-Anzeiger Bonn, Rhein-Sieg-Anzeiger und Rhein-Sieg-Rundschau vom 7. bis 12. Mai 1993.
[1271] Mehr aus Zufall sind bislang Kontakte nur zu ehemaligen DAG-Arbeitern hergestellt worden. Ausnahme ist M. Huybregts, der nach DAG und Haft in einer Troisdorfer Autowerkstatt gearbeitet hat. Von den anderen grossen oder grösseren Firmen ist bislang noch kein(e) Zwangsarbeiter(in) ausfindig gemacht worden. – Nachtrag von 2012: Zum Besuch ausländischer Zwangsarbeiter 1993 siehe (Flörken, 2009).
[1272] z. B. in seiner Erzählung „Weihnachten mit dem Silberfuchs“ in: (Guerra/Günter, 1992 S. 24 ff).
[1273] (König/Schneider, 1987 S. 63).
[1274] (Vaupel, 1987 S. 53).
[1275] (König/Schneider, 1987 S. 101).
[1276] (König/Schneider, 1987 S. 92 ff); am 31. März 1944 wurden 71 Personen getötet; von allen diesen Toten wurde nur noch ein Ringfinger gefunden. Den Familien der deutschen Opfer wurden mit Sand gefüllte und verschweisste Särge zugestellt (König/Schneider, 1987 S. 94).
[1277] Die NS-Akten verzeichnen als jüngste Arbeiterinnen 15jährige Mädchen; in ihren Entschädigungsforderungen nach 1945 gaben einige Frauen an, vom Geburtsjahrgang 1931 zu sein.
[1278] Nachkriegsfoto einer solchen Baracke in (Vaupel, 1988 S. 66).
[1279] siehe dazu die Berichte der Frauen aaO, S. 61 ff.
[1280] „Kanarienvögel“ wurden die erkrankten Frauen von der Bevölkerung genannt, nach: (Vaupel, 1987 S. 68).
[1281] KZ Buchenwald an WVHA, 8. 12.44, Faksimile in (Klewitz, 1986 S. 227).
[1282] aaO, S. 66 ff.
[1283] aaO, S. 72, nach einer zeitgenössischen DAG-Statistik.
[1284] aaO, S. 107, nach einer zeitgenössischen DAG-Statistik.
[1285] aaO, S. 119.
[1286] aaO, S. 218.
[1287] aaO, S. 245 f.
[1288] Ansichtskarten (Sammlung Wirges) von den Baracken aus den 20er Jahren sind wiedergegeben bei (Guerra/Günter, 1992 S. 120).

[1289] siehe (Müller, 1991).
[1290] Er ist inzwischen verstorben.